HAW HAMBURG

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Fakultät Life Sciences

Studiengang Ökotrophologie

Das Potenzial sozialräumlicher lokaler Kooperationen zur Reduzierung gesundheitlicher Ungleichheit und Ernährungsarmut in Deutschland - eine Best-Practice-Perspektive für den Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg

- Bachelorarbeit -

Betreuende Prüferin: Frau Prof. Dr. Birgit Käthe Peters

Zweitprüferin: Silke Schwartau

Eingereicht am: 29.08.2019

Verfasserin: Sarah Fricke

Matrikelnr.: [redacted]

Kontakt: [redacted]

Danksagung

Ich möchte mich an dieser Stelle für die Bereitschaft aller befragten Personen bedanken, die im Rahmen eines Interviews an der empirischen Untersuchung teilgenommen haben. Ohne diese Unterstützung wäre das Verfassen dieser Arbeit nicht möglich gewesen.

Ort, Datum

Unterschrift

Inhaltsverzeichnis

1. Überblick ... 1

2. Bedürftigkeit in Deutschland ... 5

2.1 Soziale Ungleichheit im deutschen Wohlfahrtsstaat ... 5

2.2 Der Bedürftige im Sinus-Modell ... 7

2.3 Soziale Lage des Bedürftigen ... 8

2.4 Die Prävalenz von Armut ... 10

2.5 Armut und gesundheitliche Ungleichheit ... 12

2.6 Ernährungsarmut in Deutschland ... 13

3. Politische Aktionspläne und Interventionen ... 16

3.1 Aktionspläne auf internationaler Ebene ... 16

3.2 Aktionspläne auf nationaler Ebene ... 17

4. Kooperationen in der Praxis ... 20

4.1 Das Potential sozialer Netzwerke ... 20

4.2 Die sozialräumliche Kooperation ... 21

4.3 Best-Practice-Kriterien für Kooperationen ... 22

5. Organisationen im Bereich Lebensmittel(-verteilung) ... 24

5.1 Die Tafel „Arbeitsloseninitiative Wilhelmsburg e. V.“ ... 24

5.2 Foodsharing e. V. ... 27

5.3 Solidarische Landwirtschaft „Superschmelz e. V.“ ... 29

5.4 Das Projekt „Minitopia“ ... 30

5.5 Die App „Too Good To Go“ ... 31

6. Forschungsmethodisches Vorgehen ... 34

6.1 Begründung der Methodenwahl ... 34

6.1.1 ExpertInnen-Interview ... 36

6.1.2 Qualitative Inhaltsanalyse ... 37

6.2 Durchführung ... 39

6.3 Dokumentation und Datenauswertung ... 40

7. Vorstellung der empirischen Ergebnisse ... 44

8. Diskussion ... 65

9. Fazit ... 79

9.1 Resümee ... 79

9.2 Einschränkungen ... 81

9.3 Ausblick ... 81

Zusammenfassung ... 83

Abstract ... 85

Literaturverzeichnis ... 87

Rechtsquellenverzeichnis 95
Verzeichnis ExpertInnen-Gespräche 96
Anlage 97

Abkürzungsverzeichnis

BLS	Bundeslebensmittelschlüssel
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
CEO	Chief Executive Officer
CSR	Corporate Social Responsibility
DEGS	Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland
DGE	Deutsche Gesellschaft für Ernährung
e. V.	eingetragener Verein
FEBA	European Food Banks Fédération
mtl.	monatlich
NKI	Nationale Klimaschutzinitiative
NVS	Nationale Verzehrsstudie
RKI	Robert Koch-Institut
SGB II	Zweites Sozialgesetzbuch
sic	so, auf diese Weise (lat.)
s. a.	siehe auch
SOEP	Sozio-oekonomisches Panel
Solawi	Solidarische Landwirtschaft
SoS	Sozio-ökonomischer Status
WHO	World Health Organization

1. Überblick

Theoretisch verfügen alle StaatsbürgerInnen in Deutschland über die gleichen Rechte. Diese werden beispielsweise über das nationale Erziehungs- oder das Sozialversicherungssystem mit dem daraus abgeleiteten universellen Zugang zu Bildung oder der medizinischen Versorgung gewährleistet (vgl. Giegel, 1987, S. 346). In der Praxis zeigt sich bei Betrachtung des sozialen Gradienten ein anderes Bild: So sind Gesundheitschancen und Krankheitsrisiken zuungunsten der unteren Einkommensklasse verteilt, was sich darin äußert, dass ein niedriger Sozialstatus sowohl mit einer höheren Prävalenz von chronischen Krankheiten, Beschwerden oder Behinderungen korreliert als auch eine subjektiv schlechter empfundene Gesundheit mit sich führt (vgl. Robert Koch-Institut, 2016, S. 40). Somit ist auch die epidemische Ausbreitung von Übergewicht sowie Adipositas in Deutschland überproportional mit einem erhöhtem Armutsrisiko verbunden, welches wiederum durch die damit einhergehende Morbidität neben individuellem Leid zu einer hohen finanziellen Belastung des Sozialsystems führt (vgl. Lampert et al., 2018, S. 302; s. a. Schwarz, 2005, S. 7). Weiterhin ist in Deutschland seit 2011 eine Zunahme von Ernährungsarmut zu verzeichnen (vlg. Pfeiffer/Oestreicher/Ritter, 2016, S. 17 f.), deren Ausmaß sich indirekt auch durch eine stetig steigende Anzahl an Tafeln widerspiegelt, von denen es im Jahre 2018 bundesweit 942 Stellen mit 1,5 Millionen AbnehmerInnen gab (vgl. Tafel Deutschland e. V., 2019, S. 8-11). Mit Blick auf die Aufgaben des deutschen Wohlfahrtsstaates für Bedürftige stellt sich die Frage, inwieweit diese noch erfüllt werden. Denn laut Zweitem Sozialgesetzbuch § 1 soll die „Grundsicherung für Arbeitsuchende […] es Leistungsberechtigten ermöglichen, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht“ (§ 1 Abs. 1 Satz 1 SGB II, 2019), die aufgrund der subjektiv empfundenen Stigmatisierung durch die Inanspruchnahme der Tafel-Angebote nicht für jedes Individuum gewahrt werden kann. Ferner umfasst der Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts auch die Ernährung (§ 20 Abs. 1 Satz 1 SGB II, 2019), deren angemessene Gewährleistung aufgrund der steigenden Anzahl an Tafeln offenbar nicht erfüllt wird. Paradox scheint bei Betrachtung der steigenden Ernährungsarmut auch die Problematik der gleichzeitig steigenden Verschwendung von noch genießbaren Lebensmitteln zu sein. So entstehen in privaten Haushalten jedes Jahr rund 4,4 t Lebensmittelabfälle, von denen sich etwa die Hälfte, die sich im Wesentlichen aus frischen Produkten wie Gemüse, Obst, Milchprodukten oder Backwaren zusammensetzt, vermeiden ließe (vgl. Gesellschaft für Konsumforschung, 2017, S. 11 f.). Die Hauptursachen sind hier vor allem im individuellen Verhalten beim Einkaufen, Lagern sowie Zubereiten von Nahrungsmitteln zu finden (vgl. Gesellschaft für Konsumforschung, 2017, S. 25). Zusätzlich könnte das wahre Ausmaß der Lebensmittelverschwendung von Seiten der Wirtschaft durch Spenden an die Tafeln kaschiert werden (vgl. Muriana, 2017, S. 557).

Das Problem gesundheitlicher Ungleichheit umfasst demnach viele weitere Bereiche, die Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik tangieren, und verweist darauf, dass für intervenierende Maßnahmen interdisziplinäre Ansätze gefordert sind. Ob „Agenda 2030" der Vereinten Nationen zur Reduzierung von Armut, zu der sich 2015 rund 193 Staats- und RegierungschefInnen inklusive Deutschland verpflichteten (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2017, S. 28) oder das dank der „Ottawa-Charta" seit 1986 geltende Postulat „Gesundheit für alle" (WHO, 1986) - die Forderung nach einer fachübergreifenden Zusammenarbeit im Bereich Gesundheit eint bereits seit dreißig Jahren die Aktionspläne im politischen Handlungsfeld des Mehrebenensystems. Auch die im Jahre 1999 amtierende Gesundheitsministerin Andrea Fischer unterstrich bei einem Kongress des „Gesunde Städte-Netzwerks" die Dringlichkeit eines interdisziplinären Dialogs aller politischer AkteurInnen zur Bewältigung gesundheitlicher Ungleichheit:

> *„Formal haben alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zur gesundheitlichen Versorgung - unabhängig von Einkommen, Geschlecht oder Nationalität. […] Und dennoch wirken sich ungünstige Einkommensverhältnisse, Arbeitslosigkeit, niedriger Bildungsstand offensichtlich negativ auf die Gesundheitschancen der Bevölkerung aus. […] Damit wird Gesundheit zur gesamtpolitischen Aufgabe, die nicht allein durch die Gesundheitsministerin zu bewältigen ist. Sie muss als Querschnittsaufgabe in den verschiedensten Politikfeldern verstanden werden"* (Fischer, 2002, S. 19 f.).

Außerdem rückt das lokale Setting in den Fokus. Demnach sei laut der „Ottawa-Charta" insbesondere das koordinierte „Zusammenwirken unter Beteiligung der Verantwortlichen in Regierungen, im Gesundheits-, Sozial- und Wirtschaftssektor, in nichtstaatlichen und selbstorganisierten Verbänden und Initiativen sowie in lokalen Institutionen, in der Industrie und den Medien" essentiell, um eine effektive Gesundheitsförderung implementieren zu können (vgl. Mielck et al., 2002, S. 44). Ein Beispiel für aktuell in Deutschland laufende Interventionen im lokalen Setting ist beispielsweise das vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit unterstützte ressortübergreifende Programm „Soziale Stadt", welches das Quartier als Handlungsebene begreift und eine bessere soziale Infrastruktur für alle in einer Nachbarschaft lebenden Menschen erreichen will (vgl. BMU, 2016, S. 3 f.). Diese Ziele seien nach dem „Kooperationsverbund für Gesundheitliche Chancengleichheit" am besten über lokale Kooperationen realisierbar, die den effizienten Austausch von Informationen und Ressourcen ermöglichen (vgl. Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit, 2017, S. 40). George nennt als weiteres Charakteristikum die zielgerichtete Zusammenarbeit von Stadt, Kommune, Gemeinde oder Region mit Dritten wie BürgerInnen, Vereinen, Wirtschaftsunternehmen oder anderen Kommunen, was dem Ansatz der Interdisziplinarität folgt (vgl. George, 2010, S. 38 f.).

Es stellen sich nun folgende Fragen: Wie bewähren sich die eben vorgestellten Ansätze in der Praxis? Können zu diesem Zeitpunkt in deutschen Stadtteilen, Quartieren und Kommunen mit interdisziplinären Strategien sowie kooperativ ausgerichteten Projekten zur Reduzierung von gesundheitlicher Ungleichheit und Ernährungsarmut mögliche Effekte evaluiert und eine Bewertung von Nachhaltigkeit sowie Effizienz der Maßnahmen vorgenommen werden? Inwieweit sind AkteurInnen, die sich im lokalen Setting direkt oder indirekt gegen gesundheitliche Ungleichheit einsetzen, bereits miteinander vernetzt? Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, anhand eines exemplarischen Settings, dem Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg, diese Fragen mit Hilfe eines qualitativen explorativen Forschungsansatzes zu beantworten, um die Komplexität der verschiedenen sozialen Strukturen möglichst genau erfassen zu können. Das Ziel ist die Entwicklung einer Best-Practice-Perspektive mit Hilfe von induktiv gewonnenen Erkenntnissen aus qualitativen Interviews, die sich im Idealfall auch auf andere Stadtteile und Kommunen übertragen lässt. Der Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg wurde zum einen aufgrund seines überdurchschnittlich hohen Anteils an Arbeitslosen (9,1 %; Ø Hamburg: 5,2 %) und an LeistungsempfängerInnen nach SGB II (21,6 %; Ø Hamburg: 10,3 %) ausgewählt, die in signifikantem Umfang von gesundheitlicher Ungleichheit betroffen sind (vgl. Statistisches Amt für Hamburg & Schleswig-Holstein, 2017). Zum anderen sind eine für die qualitative Forschung ausreichende Anzahl an AkteurInnen vertreten, die sich für eine gerechte Verteilung von Lebensmitteln und/oder gegen die Verschwendung von Lebensmitteln einsetzen und somit Auskünfte über existierende beziehungsweise geplante Kooperationen vor Ort geben können.

Für die Beantwortung der Fragen in dieser explorativen Studie soll zu Beginn das theoretische Hintergrundwissen zu der Problematik von gesundheitlicher Ungleichheit vorgestellt werden. Hierzu gehören die Charakteristik und Aufgabenstruktur des deutschen Wohlfahrtsstaates, die Zuordnung der von Ernährungsarmut sowie gesundheitlicher Ungleichheit betroffenen Menschen im Feld der Sinus-Milieus und die damit einhergehenden Chancendefizite und Hürden (vgl. SINUS-Institut, 2018). Anschließend demonstriert die empirische Studienlage zur Prävalenz und Konsequenz von (Ernährungs-)Armut sowie gesundheitlicher Ungleichheit in Deutschland die hohe Relevanz des Forschungsthemas. Danach sollen bereits formulierte Gegenmaßnahmen und Interventionen im politischen Handlungsfeld eruiert werden, die der Tonus der interdisziplinären, ressortübergreifenden, kooperativen Zusammenarbeit eint und die eine Kooperation mindestens auf der Strukturebene befürworten. Für eine Beantwortung der Frage, in welchem Ausmaß kooperative Zusammenarbeit in der Handlungsebene für eine Reduzierung von gesundheitlicher Ungleichheit führen kann, soll zuerst die Kooperation als Begriff definiert werden und bereits veröffentlichte Best-Practice-Kriterien als möglicher Handlungsleitfaden vorgestellt werden. Im Anschluss sollen durch qualitativ geführte Interviews mit AkteurInnen aus dem Stadtteil Hamburg-

Wilhelmsburg, die in dem analysierten Raum wirken, weitere Möglichkeiten und Hürden für lokale Kooperationen zur Reduzierung von gesundheitlicher Ungleichheit ergründet werden. Da die Befragten als ExpertInnen ihres Feldes fungieren und neue wichtige Erkenntnisse vermitteln können, wurde für diese Arbeit der Ansatz der „Grounded Theory“ verfolgt. Durch qualitative Forschung und mit der Methode der Befragung soll verstanden werden, wie die beteiligten AkteurInnen das Potenzial, die Chancen und eventuell auftretende Probleme sozialräumlicher lokaler Kooperationen zur Reduzierung gesundheitlicher Ungleichheit und Ernährungsarmut in Deutschland einschätzen. Dieser Ansatz bedeutet für die forschende Person auch, dass das zu Beginn geplante Untersuchungsvorgehen im Verlauf der Forschung verändert und eventuell angepasst werden muss.

Der zweite Teil der Arbeit skizziert demzufolge das methodische Vorgehen: Die gewählte Forschungsmethode wird vorgestellt und begründet, danach wird das Erhebungsinstrument des ExpertInnen-Interviews erklärt und die Durchführung der Befragungen beschrieben. Im nächsten Schritt folgen die Dokumentation und die Datenauswertung des erhobenen Materials. In Kapitel 7 und 8 werden die Ergebnisse präsentiert und durch einen Abgleich mit der zuvor vorgestellten Fachliteratur kritisch diskutiert. Dank der gewonnenen Erkenntnisse kann anschließend ein Maßnahmenbündel aus bestehenden und innovativen Ansätzen skizziert werden, das für ein Best-Practice-Vorgehen von sozialräumlichen Kooperationen zur Reduzierung gesundheitlicher Ungleichheit und Ernährungsarmut dienen kann.

Abschließend wird in einem Fazit ein Resümee gezogen, das durch einen perspektivistischen Ausblick erweitert wird und Einschränkungen des qualitativen Forschungsansatzes berücksichtigt.

2. Bedürftigkeit in Deutschland

In diesem Kapitel soll das Phänomen der Armut im heutigen Deutschland skizziert werden, das keineswegs eine ausschließliche Problematik von Entwicklungsländern ist. So soll nachvollziehbar werden, inwieweit die derzeitige Konzeptionierung des deutschen Wohlfahrtsstaates die heutige Gesellschaftsstruktur beeinflusst und wie Bedürftigkeit definiert wird. Anschließend sollen mit einem niedrigen sozialen Status einhergehende Chancendefizite eruiert werden und die wichtigsten empirischen Erkenntnisse zur Prävalenz von Armut, welche in Verbindung mit gesundheitlicher Ungleichheit und Ernährungsarmut steht, vermittelt werden.

2.1 Soziale Ungleichheit im deutschen Wohlfahrtsstaat

Laut des Zweiten Sozialgesetzbuchs (SGB II) soll sichergestellt werden, dass jeder Mensch in Deutschland in Würde leben kann und der Zugang zu essentiellen Gütern des täglichen Bedarfs wie Lebensmitteln gewährleistet wird. Demgegenüber steht die Entwicklung, dass in den letzten Jahren eine Abnahme staatlicher Leistungen an Bedürftige zu verzeichnen ist, während die Zivilgesellschaft zunehmend soziale Aufgaben wie die Vergabe von Nahrungsmitteln über die Tafeln übernimmt. Für ein besseres Verständnis dieser Entwicklung werden in einem ersten Schritt der Begriff des Wohlfahrtsstaats und seine drei primären Typologien definiert, um seine eigentliche Aufgabensetzung besser nachvollziehen zu können. Im zweiten Schritt wird der Status quo des heutigen Wohlfahrtsstaates Deutschland durch einen Einblick in die spezifische Historie konturiert.

Der Wohlfahrtsstaat, welcher sich durch Zielsetzungen wie soziale Sicherheit und Verringerung sozialer Ungleichheit auszeichnet, wird zum einen als ein spezifischer politischer Bereich und zum anderen als institutionelles Setting definiert. In Abgrenzung zur Sozialpolitik, die durch staatliche Eingriffe zur Verbesserung von Lebensverhältnissen bestimmter Personengruppen beschrieben wird, ist die Wohlfahrtsstaatlichkeit nach Ullrich zudem mit der umfassenden Anerkennung sozialer Rechte und einer staatlichen Verantwortung für dessen Gewährung verbunden (vgl. Ullrich, 2018, S. 521). Wendt begreift Wohlfahrt ferner prozessual als „gutes Ergehen von Menschen in ihrer und gemeinsame[n] Lebensführung“, wobei diese Ökonomie des Sorgens um die Wohlfahrt von Menschen das Leben in Familien, in der Jugend, im Alter, als auch bei Krankheit oder Behinderung ungeteilt erfasst (Wendt, 2017, S. 108).

Weiterhin separiert John Clarke die Begriffe Wohlfahrt, Staat und Nation, um die unterschiedlichen Charakteristika dieser Termini im Setting des modernen Wohlfahrtsstaates herauszustellen. Für ihn ist Wohlfahrt eine variable soziale und nationale Konstruktion,

deren Ausprägung von der Historie eines Staates abhängt und bei der sich vielmehr die Frage nach Kontrolle und Regulation als nach intrinsischer Gutmütigkeit stellt, womit er dem Staat ein fehlendes Vertrauen in Wohlfahrtsbedürftige unterstellt (vgl. Clarke, 2014, S. 23). Im Begriffsfeld des Staates nennt er den Transfer von Verantwortlichkeit von öffentlichen zu privaten Settings und beschreibt diesen Privatisierungstrend als Entstehungsfaktor für einen neuen „Vierten Sektor" im Feld Familie und Haushalt. Als Konsequenz erfolge hiermit eine Familiarisierung der Wohlfahrt. Die Nation ist nach Clarke eine imaginäre Einheit, die durch geteilten Platz sowie eine gemeinsame Kultur hergestellt wird. Diesem Ansatz steht die Vielfalt einer Population gegenüber, deren konstante Unvollkommenheit nach Meinung des Staates nur durch stete Interventionen reduziert werden kann (vgl. Clarke, 2014, S. 24-31).

Ferner gibt es die weit verbreitete Unterscheidung von drei Wohlfahrtsstaat-Typologien, die der dänische Soziologe Esping-Andersen vornimmt: das liberale, das konservative sowie das sozialdemokratische Modell. Demgemäß gewährt ersteres ausschließlich Bedürftigen ein Minimum an Absicherung, das zweite will den Status quo vor allem durch Sozialversicherung absichern und letzteres ist durch Maßnahmen für die gesamte Bevölkerung gekennzeichnet (vgl. Emmenegger et al., 2015, S. 5). Während die USA das liberale und Dänemark sowie Schweden das sozialdemokratische Modell abbilden, gilt in Deutschland laut Esping-Andersen der konservative Typus, welcher sich durch eine schwache Umverteilungskapazität und eine niedrige Privatisierung auszeichnet (vgl. Oschmiansky/Kühl, 2010). Des Weiteren lässt sich anhand der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Wohlfahrtsstaates Deutschland seit der Wiedervereinigung ableiten, wie der Wandel vom paternalistischen zum aktivierenden Ansatz vollzogen wurde, dessen Konsequenzen für Wohlfahrtsbedürftige in einem späteren Abschnitt erläutert werden. So konnten aufgrund einer geringen wirtschaftlichen Dynamik und durch sozialpolitische Kürzungen während der neunziger Jahre nur geringe Wohlstandsgewinne für die Bevölkerung Deutschlands erzielt werden. Im gleichen Zuge nahm seit 1990 die soziale Ungleichheit zu, da sich Wohlstandsgewinne und Unsicherheiten sehr inhomogen in der Gesellschaft verteilt haben. So wurden insbesondere gering qualifizierte Beschäftigte, deren Nachfrage durch den wirtschaftlichen Strukturwandel sank und die zunehmend in Teilzeit oder geringfügige sowie befristete Beschäftigungsverhältnisse wechseln mussten, benachteiligt. Ein weiteres damit einhergehendes Problem war die Zunahme von Arbeitslosigkeit, wobei die Kürzungen der Transferleistungen seit Mitte der neunziger Jahre gleichzeitig das Armutsrisiko von Sozialhilfeempfängern erhöhten (vgl. Kroll, 2010, S. 174 f.).

Weiterhin folgt das heutige Deutschland durch seinen Wandel vom fürsorgenden zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat mit der seit 2002 geltenden „Hartz IV"-Reform und der „Agenda

2010“ dem Prinzip „Welfare to Workfare“, was bedeutet, dass Sozialleistungen an die Erbringung von Arbeitsleistungen sowie Qualifizierungsmaßnahmen geknüpft sind (vgl. Münchmeier, 2014, S. 81). Dazu gehört auch die Einforderung einer Neukonstruktion von Lebensentwürfen, die durch Kooperations- und Anpassungswillen, persönliche Verantwortung, Flexibilität sowie aktive Selbsthilfe der KlientInnen realisiert werden soll (vgl. Clarke, 2014, S. 32). Es kann bei der aktivierenden Sozialpolitik demnach auch von einer „Lebensstil-Politik“ gesprochen werden, die eine individuelle Verhaltensänderung anstelle der Modifikation des ökonomischen Marktes vertritt und folglich eine Regulation sowie Anpassung der Betroffenen erzwingt (vgl. Münchmeier, 2014, S. 82 f.).

Zusammenfassend ist für die derzeitige deutsche Wohlfahrtspolitik als potentielles Agens in der Herstellung von Chancengleichheit festzuhalten, dass die vorsorgende staatliche Politik mit dem Ansatz der Problemlösung durch Intervention (vgl. Hurrelmann/Richter, 2013, S. 157) und mit der laut Kroll damit einhergehenden „aktivierende[n] Transformation des deutschen Sozialstaates“ (Kroll, 2010, S. 174 f.) vielmehr zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheiten beigetragen hat. Zusätzlich induziert die schrittweise Reduzierung der sozialen Sicherungssysteme die Gefahr eines sozialen Abstiegs von Erwerbspersonen aller Statusgruppen. Im Folgenden werden die von sozialer Ungleichheit Betroffenen sowie deren soziale Lage in der Gesellschaft anhand des Sinus-Modells charakterisiert, um die Ursachen und Auswirkungen gesundheitlicher Ungleichheit besser nachvollziehen zu können.

2.2 Der Bedürftige im Sinus-Modell

Der zielgruppenorientierte Ansatz des Sinus-Modells berücksichtigt neben sozio-ökonomischen, schichtspezifischen Kriterien auch Lebensstilgemeinsamkeiten als Parameter sozialer Zugehörigkeit, womit auch Wertorientierungen sowie ästhetische Präferenzen inkludiert werden. Weiterhin setzt sich das Modell zum Ziel, durch stete Begleitforschung und Beobachtung soziokultureller Trends potentielle Veränderungen der Gesellschaft möglichst zeitnah zu erfassen (vgl. SINUS-Institut, 2018, S. 2-5). Der aktuell zehn Milieus umfassende Ansatz (vgl. SINUS-Institut, 2018, S. 5) basiert auf einem Koordinatensystem, in dem die horizontale Achse die Grundorientierungen von „Tradition“ über „Modernisierung/Individualisierung“ bis hin zu „Neuorientierung“ abbildet und auf der vertikalen die Einstufung sozialer Lagen auf der Basis von Bildung, Beruf und Einkommen vorgenommen wird (vgl. Burzan, 2011, S. 106).

Laut Burzan würden die Grenzen zwischen einzelnen Sinus-Milieus mit fließenden Übergängen zueinander verlaufen, was bedeutet, dass innerhalb einer sozialen Schicht auch mehrere Milieus nebeneinander koexistieren und somit die streng hierarchische Anordnung

aus älteren Sozialtheorien in die zeitgemäße Abbildung einer höheren sozialen Mobilität übertragen wurde (vgl. Burzan, 2011, S. 104).

Die Gruppe der von sozialer Ungleichheit betroffenen Menschen zeichnet sich unter anderem durch ein geringes Einkommen aus. Demzufolge gehören die Betroffenen im Sinne des Sinus-Modells dem prekären Milieu an. Letzteres ging im Jahre 2010 aufgrund der fortlaufenden Anpassung der Milieukonstruktion aus den „Konsum-Materialisten“ der unteren Mittelschicht beziehungsweise Unterschicht hervor (vgl. Burzan, 2011, S. 106). Das Leitmotiv der Prekären sei „Anschluss halten und dazugehören“ und beschreibt eine um Orientierung und Teilhabe bemühte Unterschicht, zu der im Jahr 2018 rund 9 % (6,4 Millionen) der deutschsprachigen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren gezählt werden. Gemäß des Modells sieht sich diese Gruppe als gesellschaftlich benachteiligt und wird durch Zukunftsängste sowie eine reaktive Grundhaltung geprägt. Daher sei der Wunsch nach Konsum, Prestige und Anerkennung mit der Ambivalenz von Ausgrenzungserfahrungen, Verbitterung, Ressentiments und der ständigen Bemühung nicht den Anschluss zu verlieren, gekoppelt (vgl. SINUS-Institut, 2018, S. 14).

Darüber hinaus verbindet das Ministerium für Arbeit und Soziales den Begriff „prekär“ mit spezifischen Arbeitsbedingungen: So sei ein prekäres Erwerbsverhältnis eine atypische Beschäftigung, aufgrund welcher die Beschäftigten deutlich unter „ein Einkommens-, Schutz- und soziales Integrationsniveau sinken, das in der Gegenwartsgesellschaft als Standard definiert und mehrheitlich anerkannt wird“ (BMAS, 2017, S. 84). Hierzu gehört folglich auch eine Erwerbsarbeit, mit der subjektiv negative Erfahrungen wie Sinnverlust oder Anerkennungsdefizite einhergehen. Somit müsse prekäre Arbeit immer in Abhängigkeit von gesellschaftlichen Normen und Erwartungen gesehen werden (vgl. BMAS, 2017, S. 84).

Wie aber manifestiert sich die soziale Lage des Prekariats? Und welche Parameter führen dazu, dass insbesondere dieses Milieu von Ausgrenzungserfahrungen betroffen ist? Mögliche Antworten sind in der Soziologie zu finden und sollen nachfolgend in Ansätzen vorgestellt werden.

2.3 Soziale Lage des Bedürftigen

Laut Lockwood legitimiert die Praxis der sozialen Staatsbürgerschaft eine Verteilung geringerer Ressourcen an bestimmte soziale Gruppen, die demzufolge als BürgerInnen zweiter Klasse kategorisiert werden würden und problematisiert diese Chancendefizite durch den Typus einer latenten Beziehung mit den Staatsbürgerrechten. Insofern sei die defizitäre Staatsbürgerschaft weniger sichtbar sozial strukturiert als beispielsweise Nachteile durch eine Verbindung mit Geschlecht und Rasse (vgl. Lockwood, 1987, S. 37 f.). Weiterhin unterminiert die Heterogenität dieses Milieus eine mögliche Identitätsstiftung, mit deren

stärkender Funktion die Betroffenen als Gruppe für ihre Rechte einstehen könnten (vgl. Lockwood, 1987, S. 45 f.). Auch würden die Betroffenen bestimmte bürgerliche und soziale Rechte zur Geltendmachung von Chancengleichheit aufgrund fehlender materieller sowie moralischer Ressourcen nicht nutzen können und seien alleine schon durch ihren Status benachteiligt. Dieser determiniere ihre Lebenschancen und verleihe ihnen in der Gesellschaft einen untergeordneten Anspruch (vgl. Lockwood, 1987, S. 36).

Lockwood definiert die Betroffenen als „Staatsabgehängte“, deren Position sie von Markt- wie Klassensituationen entfernt und dadurch in eine disprivilegierte sowie stigmatisierte Statussituation stellt. Diese Statusdisprivilegierung erfahren vor allem Langzeitarbeitslose, RentnerInnen und SozialhilfeempfängerInnen, die durch Eingriffe in ihre Privatsphäre wie einer Vermögensprüfung als in der Gesellschaft lebende aber nicht zu ihr gehörende Menschen klassifiziert werden (vgl. Lockwood, 1987, S. 36). Von der Gefahr sozialer Ausgrenzung infolge einer fehlenden Integration im Arbeitsmarkt spricht auch Kroll. Das Risiko bestehe beispielsweise dann, wenn die eigene Qualifikation als zu gering erachtet wird, das Alter nicht dem des dynamischen „High Performers“ entspräche oder weil der wirtschaftliche Strukturwandel die Existenz bestimmter Arbeitsplätze obsolet gemacht hat (vgl. Kroll, 2010, S. 151).

Laut Burzan manifestieren sich Ausgrenzung und Exklusion insbesondere in dem Ausschluss der Betroffenen von vielen Konsummöglichkeiten und der gesellschaftlichen Teilhabe, was zusätzlich durch eine fehlende Nachfrage der Arbeitskraft dieses sozialen Milieus potenziert wird (vgl. Burzan, 2011, S. 148).

Der Ausschluss von der gesellschaftlichen Teilhabe wird auch mit dem Terminus der Armut besetzt, der allgemein als relationaler Begriff in Abhängigkeit vom jeweiligen Wohlstandsniveau einer Gesellschaft verstanden wird. So vertritt die Bundesregierung in ihrem „Armuts- und Reichtumsbericht“ die im Jahr 1984 vom Europäischen Rat beschlossene Definition, dass eine Person dann als arm gilt, wenn sie aufgrund des Ausmaßes an fehlenden materiellen, kulturellen und sozialen Mitteln von der im jeweiligen Mitgliedsstaat minimal als annehmbar bewerteten Lebensweise ausgeschlossen ist (vgl. BMAS, 2017, S. 98). Aus diesem Grund können die von Benachteiligung Betroffenen als Opfer gesellschaftlicher Dynamiken und gesellschaftsdynamischer Ursachen bezeichnet werden, denen sie aus eigener Kraft nichts entgegensetzen können. Daher fordern Hurrelmann und Richter, dass der Abbau sozialer Ungleichheit durch ökonomische und politische Strukturentscheidungen erfolgen müsse, auf die das Individuum keinen Zugriff hat (vgl. Hurrelmann/Richter, 2013, S. 160). Dieser Schritt erscheint auch deswegen umso dringender, weil eine Zunahme sozialer Exklusion im Gefüge der Ungleichheitsstruktur konstatiert wird, die trotz der gleichzeitigen

generell positiven Entwicklung materiellen Wohlstands in Deutschland auftritt. Demzufolge hätten sich insbesondere Ungerechtigkeiten, die durch Benachteiligungen im sozialen, politischen, finanziellen, beruflichen, gesundheitlichen und kulturellen Bereich entstehen, seit Beginn des neuen Jahrtausends im Zuge von neoliberaler Wirtschaftspolitik und des gesellschaftlichen Strukturwandels verschärft (vgl. Kuhlmann, 2012, S. 41; ebenso Burzan, 2011, S. 117). Als Resultat würden die derzeit von Armut betroffenen Menschen subjektiv darunter leiden, vom „Wohlstand der Wohlstandsgesellschaft“ ausgeschlossen zu sein (Hurrelmann/Richter, 2013, S. 161 f.) und partizipieren nur eingeschränkt an den Unterstützungs- und Versorgungsleistungen lebenswichtiger Infrastrukturbereiche, von denen vor allem kinderlose Berufstätige, gut Ausgebildete sowie Vermögende profitieren (vgl. Hurrelmann/Richter, 2013, S. 29). Weiterhin werden die Betroffenen durch den Verlust an materieller Sicherheit von einer Angst vor dem sozialen Ausschluss belastet, die neben den unteren inzwischen auch die mittleren und oberen Soziallagen tangiert (vgl. Kroll, 2010, S. 178).

Im nächsten Schritt wird der empirische Forschungsstand zur Prävalenz von Armut, gesundheitlicher Ungleichheit und Ernährungsarmut in Deutschland aufgrund von Faktoren wie der gesellschaftlichen Entwicklung erläutert. Hierdurch soll die Relevanz des gewählten Forschungsthemas nachgewiesen werden.

2.4 Die Prävalenz von Armut

Im vorigen Kapitel wurde eruiert, dass eine Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen mit dem relationalen Begriff der Armut einhergeht. Im Folgenden wird zuerst deren Prävalenz in Deutschland anhand der Verwendung unterschiedlicher Messinstrumente dargelegt, um anschließend den Bezug zu gesundheitlicher Ungleichheit und Ernährungsarmut inklusive damit einhergehender Konsequenzen herzustellen.

Bei der Messung relativer Einkommensarmut über das sogenannte „Äquivalenzeinkommen“ richtet sich der Blick explizit auf finanzielle Ressourcen der Gesellschaft. Die hiermit ermittelte Armutsrisikoquote ist demgemäß ein Maß der Einkommensungleichheit und gewährt keine Aussagen über individuelle Bedürftigkeit (vgl. BMAS, 2017, S. VI). So zählt ein Haushalt laut Regelwerk der Europäischen Union zur „Armuts-Risikogruppe“, wenn dieser unter Berücksichtigung von Größe und Zusammensetzung über weniger als 60 % der finanziellen Mittel verfügt, die dem statistischen Durchschnitt eines Landes entsprechen. Folglich seien hauptsächlich Arbeitslose, kinderreiche Familien, Ein-Eltern-Familien und Haushalte mit Migrationshintergrund von einem hohen Armutsrisiko betroffen, dessen Prävalenz in der deutschen Gesellschaft seit Mitte der neunziger Jahre zunimmt (vgl.

Hurrelmann/Richter, 2013, S. 39). Und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales konstatiert bezüglich der Analyse nach Lebensphasen in seinem „Armuts- und Reichtumsbericht“, dass Kinder und junge Erwachsene eher überdurchschnittlich und Personen im mittleren oder höheren Erwachsenenalter eher unterdurchschnittlich betroffen sind (vgl. BMAS, 2017, S. VI). Überdies stagniere die Armutsrisikoquote seit 2005 in etwa auf dem gleichen Niveau, wobei vornehmlich am Rand der Gesellschaft trotz einer guten wirtschaftlichen Lage im Zeitraum der Berichterstattung eine Zunahme zu verzeichnen ist (vgl. BMAS, 2017, S. VI). Als besonders schwerwiegendes Armutsrisiko gilt die Langzeitarbeitslosigkeit, welche dadurch definiert wird, dass Betroffene seit mindestens einem Jahr arbeitslos sind und die oft durch ungünstige Voraussetzungen wie gesundheitliche Probleme oder mangelnde berufliche Qualifikation für eine Reintegration im Arbeitsmarkt die Gefahr verfestigter Armut und gesellschaftlicher Exklusion mit sich bringt (vgl. BMAS, 2017, S. XIX).

Mittels der sogenannten sozialen Mindestsicherungssysteme soll leistungsberechtigten, von Armut betroffenen Bedürftigen, zu denen Ende 2016 etwa 9,5 % aller in Deutschland lebenden Menschen gezählt wurden, finanzielle Unterstützung geboten werden (vgl. Pfaff/Proksch/Rübenach, 2018). Zu dem Zuschuss gehören Transferleistungen wie Arbeitslosengeld, die Grundsicherung im Alter oder Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, welche die Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts von leistungsberechtigten Personen gewährleisten sollen (vgl. Pfaff/Proksch/Rübenach, 2018). Ein weiteres Messinstrument ist der Indikator der „materiellen Deprivation“ oder auch der „materiellen Entbehrung“, mit dem das Phänomen der Armut aus Sicht individueller Mangelsituationen beschrieben wird. Die Bemessungsgrundlage erfolgt mit Hilfe eines festgelegten Katalogs an Gütern und Aktivitäten, die einem durchschnittlichen Lebensstandard entsprechen. So müssen im Jahr 2015 rund 11 % aller Alleinerziehenden, 9 % der Personen mit niedrigem Bildungsgrad, 30 % aller Arbeitslosen und rund 10 % der Alleinlebenden aus finanziellen Gründen auf bestimmte Güter oder beispielweise eine ausreichende Beheizung ihrer Wohnung verzichten (vgl. BMAS, 2017, S. VI). Weiterhin zählen rund 5 % der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren zu den Betroffenen, deren Zahl mit der Erwerbslosigkeit beider Elternteile korreliert (vgl. BMAS, 2017, S. XXII). Dabei verringern Einkommensnachteile nicht nur die Konsummöglichkeiten, sondern resultieren additional in einer schlechteren Versorgung in Bereichen der Wohnsituation, der sozialen Integration oder der kulturellen Teilhabe (vgl. Hurrelmann/Richter, 2013, S. 38). Zusätzlich bringen sie bringen Segregationstendenzen mit sich (vgl. BMU, 2016, S. 5), weil zum Beispiel die Möglichkeit von Außer-Haus-Essensgelegenheiten begrenzt wird und somit „die alimentäre Partizipation zu einer Frage sozialer Ungleichheit und Exklusion“ (Pfeiffer/Ritter/Hirseland, 2011, S. 4) werde.

2.5 Armut und gesundheitliche Ungleichheit

Es wurde bereits herausgestellt, dass Einkommensnachteile zu einer schlechteren Versorgung der Betroffenen und zu sozialer Exklusion führen. Ein weiteres Merkmal ist das Phänomen der „gesundheitlichen Ungleichheit“, die soziale Unterschiede im Gesundheitszustand, im Gesundheitsverhalten sowie in der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung abbildet und deren Ursachen sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene zu finden sind (vgl. Lampert, 2016, S. 133; Lampert et al., 2018, S. 302). Ferner hat sich der allgemeine Gesundheitszustand in Deutschland in den letzten zwanzig Jahren verschlechtert, während die gesundheitliche Ungleichheit zugenommen hat (vgl. Lampert et al., 2018, S. 313). Darüber hinaus korrelieren Einkommensnachteile mit gesundheitlichen Problemen. So stellen auch Hurrelmann und Richter fest: Je niedriger das Einkommen ist, desto schlechter sei das Gesundheitsverhalten (vgl. Hurrelmann/Richter, 2013, S. 40). Dieser Erklärungsansatz entspricht der „Kausationshypothese“, die davon ausgeht, dass sich die Einkommenssituation auf die Gesundheit auswirkt und Armut krank macht, womit sie der „Selektionshypothese“ widerspricht, die Krankheit als primäre Ursache verortet, welche zu Einkommenseinbußen und sogar Armut führen könne (vgl. Lampert/Kroll, 2005, S. 22). In dieser Arbeit soll von dem Ansatz der Kausationshypothese ausgegangen werden.

Das Phänomen gesundheitlicher Ungleichheit wurde in den Jahren 2002 bis 2003 anhand des sogenannten „Sozio-oekonomischen Panels“ (SOEP) gemessen, das alters- und geschlechtsspezifische Variationen, Analysen zur Mortalität sowie die subjektive Wahrnehmung der Befragten berücksichtigt und ein differenziertes Bild von Effekten der Einkommensposition auf die Gesundheit widergibt (vgl. Lampert/Kroll, 2005, S. 3 f.). So steht ein niedriger sozio-ökonomischer Status (SoS) in Verbindung mit Fehlernährung, einem schlechten Ernährungsrhythmus, Krankheiten wie Magen- und Darmkrebs, Übergewicht, Adipositas sowie Diabetes mellitus, weshalb der unterste sozio-ökonomische Status demgemäß einen hohen Anteil der Kosten des Krankheitsversorgungssystems erzeugt (vgl. Hurrelmann/Richter, 2013, S. 37). Auch die „Commission on Social Determinants of Health“ (CSDH) der WHO konstatiert, dass zum einen das Leben in Armut mit einer schlechten Gesundheit einhergeht und zum anderen das Level des sozio-ökonomischen Status mit dem Gesundheitszustand korreliert (vgl. CSDH, 2008, S. 31). Weiterhin gibt es trotz des universellen Zugangs zur medizinischen Versorgung vom Einkommen abhängige Unterschiede im Inanspruchnahmeverhalten (vgl. Lampert/Kroll, 2005, S. 21 f.). Entsprechend sucht die häufiger von Krankheiten und Beschwerden betroffene, einkommensschwächere Bevölkerung seltener einen Arzt auf (vgl. Lampert/Kroll, 2005, S. 15). In Bezug auf das Mortalitätsrisiko unterliegen Personen mit niedrigem sozialen Status einer höheren vorzeitigen Sterblichkeit (vgl. Lampert, 2016, S. 133). Demzufolge haben Männer in der

niedrigsten Einkommensgruppe eine um vierzehn Jahre kürzere Lebenserwartung im Gegensatz zur höchsten, bei Frauen beträgt der Unterschied acht Jahre (vgl. Lampert/Kroll, 2005, S. 18 f.). Eine Metaanalyse aus dem Jahre 2011 zeigt darüber hinaus, dass die Gesamtmortalität bei Arbeitslosen im Vergleich zu beschäftigten Personen signifikant erhöht ist (Roelfs et al., 2011, S. 1-12).

2.6 Ernährungsarmut in Deutschland

Die überdurchschnittliche Prävalenz von Übergewicht und Adipositas bei Menschen mit einem hohen Armutsrisiko lenkt den Blick auf die Ernährungssituation der Betroffenen. So verdeutlichte die „Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland“ (DEGS), dass Männer in einer niedrigen im Vergleich zu einer hohen Einkommensgruppe ein um Faktor 2 erhöhtes Risiko für Adipositas aufweisen und dass die Gefährdung von Frauen sogar um den Faktor 3,1 erhöht ist (vgl. Lampert et al., 2018, S. 302). Weitere Daten liefert die „Nationale Verzehrsstudie“ (NVS), die zuerst in den Achtzigern (NVS I) und anschließend zwischen 2005 und 2007 erhoben wurde (NVZ II) und laut der einer von fünf Menschen in Deutschland als übergewichtig klassifiziert wird (vgl. Pfeiffer/Ritter/Hirseland, 2011, S. 1). Mit Hilfe der „Nationalen Verzehrsstudie“ sollen aktuelle Daten zum Ernährungsverhalten, zum Lebensmittelverzehr und zur Nährstoffaufnahme der deutschen Bevölkerung erhoben werden, welche anhand von Energie- und Nährstoffberechnungen mit dem Bundeslebensmittelschlüssel (BLS) sowie mit über 15.000 Interviews in der Methode der „Diet-History“ erfolgten (vgl. Max Rubner Institut, 2008, S. 1). In der Studie wurde zudem der Schichtindex berücksichtigt, um Besonderheiten im Essverhalten unterschiedlicher Milieus eruieren zu können, die eine höhere Prävalenz von Übergewicht und Adipositas erklären könnten. Demnach verzehren Frauen und Männer der unteren Schicht prinzipiell weniger Lebensmittel mit günstiger Nährstoffzusammensetzung wie Gemüse, Pilze, Hülsenfrüchte, Obst- und Fisch(erzeugnisse) sowie Krustentiere als die Oberschicht (vgl. Max Rubner Institut, 2008, S. XXII). Stattdessen werden höhere Verzehrsmengen von fett- und zuckerreichen Lebensmitteln wie Fleisch, Fetten sowie Süßwaren und insbesondere Softgetränken gemessen (vgl. Max Rubner Institut, 2008, S. XXII). Beispielsweise liegt der Verzehr von Fetten bei Frauen in der unteren Schicht bei 22 g/Tag, während dieser in den oberen Schichten mit 18-19 g/Tag beziffert wird. Bei Männern sinkt der Wert mit steigendem sozialem Gradienten von 31 g/Tag auf 26 g/Tag (vgl. Max Rubner Institut, 2008, S. 59).

Es darf bei der Betrachtung des schichtbezogenen, zu Übergewicht führenden Ernährungsverhaltens allerdings nicht übersehen werden, dass dieses in Deutschland in bestimmten Fällen mit dem Phänomen der Ernährungsarmut einhergeht. Laut Pfeiffer, Oestreicher und Ritter hat sich die Situation physiologischen Hungers seit dem Jahr 2011 intensiviert, während die wissenschaftliche und öffentliche Debatte lediglich das Thema Adipositas in den

Fokus stellt und infolgedessen der Faktor Armut und die Verantwortung des Wohlfahrtsstaates in den Hintergrund rücken. So seien in beiden „Nationalen Verzehrsstudien“ die Populationsgruppen mit einem höheren Risiko für Ernährungsarmut, wie beispielsweise MigrantInnen, Obdachlose oder Ältere, unterrepräsentiert, wodurch das Thema Ernährungsunsicherheit nicht den nötigen Stellenwert erhalte und die Studie dem Bias sozialer Schichtungseffekte unterläge. Daraus ableitend könnte angenommen werden, dass eine mangelhafte Ernährung in Deutschland ausschließlich auf ein individuell verschuldetes Essverhalten zurückzuführen sei (vgl. Pfeiffer/Oestreicher/Ritter, 2016, S. 17). Für ihre Hypothese existierender Ernährungsarmut haben die Autoren anhand des SOEP eine Einschätzung der Haushaltsausgaben der deutschen Bevölkerung für Nahrungsmittel vorgenommen. Diese wies nach, dass etwa 1 % der Bevölkerung in Deutschland weniger als 99 Euro pro Monat für Nahrungsmittel ausgeben und bei den Betroffenen somit von Ernährungsarmut ausgegangen werden müsse. Im Vergleich dazu wenden beschäftigte Haushalte rund 360 Euro monatlich für ihre Lebensmittel, Getränke sowie Tabak auf. Weiterhin wären über fünf Millionen Menschen mit einem monatlichen Budget zwischen 100 und 199 Euro von Ernährungsunsicherheit betroffen (vgl. Pfeiffer/Oestreicher/Ritter, 2016, S. 17 f.). Darüber hinaus liegen viele Parameter von Ernährungsarmut in Deutschland über dem europäischen Durchschnitt. Demzufolge könnten sich beispielsweise 27 % der Deutschen mit einem Einkommen unter 60 % des Median-Äquivalenzeinkommens jeden zweiten Tag keine angemessene Mahlzeit leisten, während der europäische Mittelwert vergleichsweise rund 23 % beträgt (vgl. Pfeiffer, Oestreicher, Ritter, 2016, S. 19). Wie die Betroffenen selber mit Ernährungsarmut umgehen, zeigt eine Längsschnittuntersuchung, für die in Deutschland lebende Leistungsberechtigte in Form von qualitativen Interviews befragt wurden (vgl. Pfeiffer/Oestreicher/Ritter, 2016, S. 21). Hierbei konnten spezifische Bewältigungsstrategien eruiert werden, mit denen der Alltag strukturiert wird. So werden unter anderem nach Möglichkeit primär die Kinder mit gesundem Essen versorgt oder es wird bei der Nahrungsversorgung auf Menge oder Qualität verzichtet. Eine weitere Modifikation ist ein sich im Laufe des Monats veränderndes Essverhalten, das zu Beginn Normalität simuliert und zum Ende hin ein sehr dem finanziellen Mangel unterworfenes Essverhalten widerspiegelt (Pfeiffer/Oestreicher/Ritter, 2016, S. 22). Sollte also von staatlicher Seite her nichts unternommen werden, könnten Leugnung, Stigmatisierung und Delegation von Ernährungsarmut zu einer weiteren Verschärfung dieses Problems sowie zu einer Progression von Hunger führen (vgl. Pfeiffer/Oestreicher/Ritter, 2016, S. 22 f.).

Aktuell ist die Tafel bundesweit die einzige direkte Nahrungsmittelhilfe und deutet aufgrund ihrer steigenden Zahl an KlientInnen und Abgabestellen auf ein Wachstum von Ernährungsarmut hin (vgl. Pfeiffer/Ritter/Hirseland, 2011, S. 8). Somit kommt die Frage auf, inwieweit

die laut Gesetz sicherzustellende Ernährung mit Hilfe des „Regelbedarfs zur Sicherung des Lebensunterhalts“ (§ 20 Abs. 1 Satz 1 SGB II, 2019) in der Praxis von staatlicher Seite gewährleistet werden kann. Denn im Gegensatz zu staatlichen Interventionen gibt es für die Nahrungsmittelhilfe durch die Privatwirtschaft und ehrenamtliche AkteurInnen keinen Rechtsanspruch (vgl. Simmet/Tinnemann/Stroebele-Benschop, 2018, S. 2). Außerdem besteht bei dem Besuch der Tafel durch die KlientInnen die Gefahr von subjektiv erlebter Stigmatisierung, da sie für die Gesellschaft als von Hunger Betroffene sichtbar werden (vgl. Pfeiffer/Ritter/Hirseland, 2011, S. 9). Demzufolge berichteten besonders ältere KlientInnen, dass das Schamgefühl, von Nahrungshilfe abhängig zu sein, eine signifikante Hürde für einen Besuch der Tafel sei (vgl. Simmet/Tinnemann/Stroebele-Benschop, 2018, S. 13). Eine weitere Studie aus dem Jahre 2015 zur Ernährungsunsicherheit in Deutschland ergab weiterhin, dass über 70 % aller erwachsenen Tafel-KlientInnen unter Ernährungsunsicherheit leiden würden, dass die Nahrungsmittelvarianz bei rund 60 % der Betroffenen innerhalb eines Jahres nur sehr klein war und zudem nahezu die Hälfte aller Probanden aufgrund ihrer finanziellen Eingeschränktheit nicht in der Lage gewesen sei, sich gesund und ausgewogen zu ernähren. Hiermit wird nachgewiesen, dass auch ein einkommensstarkes Land Problematiken wie Ernährungsarmut und -unsicherheit aufweisen kann (vgl. Depa et al., 2018, S. 96-100). Abgesehen davon ist die Tafel ausschließlich dazu da, Bedürftigen eine Unterstützung und nicht die vollständige Sicherung ihrer Nahrungsversorgung zu gewährleisten. Diese Tatsache impliziert, dass neben staatlichen Mitteln eine interdisziplinäre Unterstützung durch weitere AkteurInnen wie wohltätigen Lebensmittelorganisationen, dem sozialen Sektor sowie ExpertInnen aus den Ernährungs- oder Gesundheitswissenschaften essentiell wäre (vgl. Simmet/Tinnemann/Stroebele-Benschop, 2018, S. 14).

Im politischen Handlungsfeld wurden diesbezüglich Aktionspläne ausgearbeitet, die sich für eine Bekämpfung von Armut, gesundheitlicher Ungleichheit und Ernährungsarmut einsetzen. Die maßgeblichen Vereinbarungen werden auf den folgenden Seiten vorgestellt.

3. Politische Aktionspläne und Interventionen

Die vorigen Kapitel machen deutlich, dass gesundheitliche Ungleichheit und Ernährungsarmut nicht nur Probleme mit einer hohen Relevanz in Deutschland sind, sondern dass sogar mit einer Zunahme dieser Notlagen zu rechnen ist. Daher wird nun ein Blick auf das politische Handlungsfeld gerichtet, dessen Aktionspläne dank finanzieller und gesetzlicher Rahmenbedingungen für tiefgreifende Interventionen in der Gesellschaft sorgen können. Somit sei im Folgenden zu überprüfen, in welchem Maß bereits Lösungen auf multinationaler Ebene für die eben vorgestellten Problematiken konzipiert und beschlossen wurden.

3.1 Aktionspläne auf internationaler Ebene

Die World Health Organization (WHO) proklamiert seit ihrer am 21.11.1986 im Zuge der Internationalen Konferenz zur Gesundheitsförderung verabschiedeten „Ottawa-Charta", dass Ernährung, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit essentielle Voraussetzungen für die Gesundheit der Bevölkerung sind, zu der alle dank eines möglichst hohen Maßes an Selbstbestimmung befähigt werden sollten (vgl. WHO, 1986). Schließlich sei Gesundheit untrennbar mit dem Alltag und dem körperlichen, seelischen sowie sozialen Wohlbefinden verbunden. Dieser Aspekt verdeutlicht, dass die Ziele gesundheitsförderlicher Lebenswelten, „Gesundheit für alle" und die Bekämpfung gesundheitlicher Ungleichheit nur durch die koordinierte interdisziplinäre Zusammenarbeit „von Verantwortlichen in Regierungen, im Gesundheits-, Sozial- und Wirtschaftssektor, in nichtstaatlichen und selbstorganisierten Verbänden und Initiativen sowie in lokalen Institutionen, in der Industrie und den Medien" sowie mit Hilfe der Zivilgesellschaft zu realisieren seien (WHO, 1986). Hiermit befürwortet die WHO die Stärkung von Nachbarschaften und Gemeinden, da diese „auf den vorhandenen menschlichen und materiellen Möglichkeiten der größeren öffentlichen Teilhabe und Mitbestimmung" aufbauen, und fordert die Unterstützung von sozialen Organisationen inklusive der Gemeinde, da diese essentielle PartnerInnen für die Herstellung von Gesundheit seien (vgl. WHO, 1986). Für diese gesamtpolitische und ganzheitliche Herangehensweise plädieren auch Mielck et al., die unter anderem die Stärkung lokaler Aktivitäten und die Selbstwirksamkeit der BürgerInnen als elementare „Handlungsfelder der Gesundheitsförderung" charakterisieren (vgl. Mielck et al., 2002, S. 44).

Die eben skizzierten Ansätze finden sich auch in der am 25.09.2015 von allen 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen angenommenen „Agenda 2030" wieder. Diese befürwortet die Kooperation und Vernetzung aller AkteurInnen im Bereich Gesundheitsförderung auf kommunaler sowie globaler Ebene und propagiert die durch einen engen Austausch forcierte Entwicklung zuverlässiger Verfahren, die zur „Förderung von Gesundheit in allen Städten in der Europäischen Region sowie weltweit genutzt werden können" (vgl. WHO-

Regionalbüro für Europa, 2018, S. 7). Der Standpunkt gesamtstaatlicher und -gesellschaftlicher Lösungskonzepte ist ein Element der „17 Ziele für nachhaltige Entwicklung“ (Sustainable Development Goals, SDGs), zu denen unter anderem die Beendigung von Armut, die Reduktion von Ungleichheiten, der Schutz des Planeten, beispielsweise durch einen verantwortungsvollen Konsum, und die Gewährleistung von Frieden und Wohlstand für alle Menschen gehören (vgl. WHO-Regionalbüro für Europa, 2018, S. 10). Ferner müssten „gemeindenahe, transformative Wirtschaftsmodelle“ entwickelt werden, die im Gegensatz zum aktuellen Modell das menschliche und natürliche Kapital als wertvoll erachten (vgl. WHO-Regionalbüro für Europa, 2018, S. 7 f.). Maßnahmen im Detail wären die Regulierung der Ernährungsmuster durch gezielte Vorschriften, die Erhöhung der Partizipation der lokalen Bevölkerung und die Mobilisierung lokaler Ressourcen zur Chancenverbesserung benachteiligter Bevölkerungsgruppen (vgl. WHO-Regionalbüro für Europa, 2018, S. 11).

Auf europäischer Ebene wurde im Jahr 2018 die „Belfast Charta“ verabschiedet, die anlässlich der Jahrestagung und Fachkonferenz des „Gesunde Städte-Netzwerks“ der Europäischen Region, der WHO und des „Europäischen Verbunds der nationalen Gesunde Städte-Netzwerke“ stattfand und ebenfalls das Potenzial lokaler Settings zur Bewältigung gesundheitlicher Ungleichheit proklamiert. So gelten für die Einstufung einer gesunden Stadt beispielsweise die Berücksichtigung der Bedürfnisse sozial benachteiligter Menschen und die Herstellung von Chancengleichheit. Weiterhin ist es ein Ziel, die Partizipation der BürgerInnen zu erhöhen, indem das Recht auf Beteiligung an gesundheitsrelevanten Entscheidungsprozessen sichergestellt und eine partnerschaftliche, ressortübergreifende, strategische Zusammenarbeit von Politik, zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie anderen nichtstaatlichen AkteurInnen und der Forschung gefördert wird. Ein weiterer Aspekt ist die Vereinigung aller Städte in der „Gesunde Städte-Vernetzung“, was die Relevanz der in dieser Arbeit unternommenen Untersuchung des Potenzials von Kooperationen zur Reduzierung von gesundheitlicher Ungleichheit verdeutlicht (vgl. WHO-Regionalbüro für Europa, 2018, S. 17).

3.2 Aktionspläne auf nationaler Ebene

Das Quartier und der Stadtteil als Handlungsebene stehen auch bei dem ressortübergreifenden Programm „Soziale Stadt“ vom Bundesministerium für Länder und Kommunen im Vordergrund. Mit Hilfe dieses integrierten Ansatzes und mit Hilfe von 300 Millionen Euro Programmitteln in den Jahren 2017 bis 2020 sollen insbesondere benachteiligte Stadtteile und alle darin lebenden BürgerInnen durch eine verbesserte soziale Infrastruktur profitieren. Zusätzlich soll die fachübergreifende Vorgehensweise Synergieeffekte ermöglichen und die voranschreitende Segregation reduzieren (vgl. BMU, 2016, S. 3 f.). Das Bundesministerium beruft sich hierbei auf die „Leipzig Charta“ von 2007, in der das Ziel einer

nachhaltigen europäischen Stadt durch integrierte Stadtentwicklung und die Schaffung dafür notwendiger Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene verkündet wurde (vgl. BMU, 2007, S. 1). Außerdem wird die Signifikanz dieses Vorgehens betont, das die Städte und Kommunen bei der Bewältigung der Herausforderungen des ökonomischen, ökologischen und sozialen Wandels unterstützen soll (vgl. BMU, 2016, S. 7). Die Prämisse für die Förderung eines Stadtteils ist seit 2012 ein „räumlich integrierte[s], ressort- und akteursübergreifende[s] Konzept, in dem Entwicklungsziele und Maßnahmen expliziert werden“ (BMU, 2016, S. 9) und dank dem ein ineffizientes Einzelvorgehen vermieden werden soll. Dieser Prozess soll insbesondere durch lokale Kooperationen realisiert werden. Aus diesem Grund profitieren seit 2012 vorrangig städtebauliche Gesamtmaßnahmen, die beispielsweise mit Stiftungen oder privaten Unternehmen zusammenarbeiten sowie ein Quartiersmanagement inkludieren, das als Ansprechperson im Stadtteil dient und bei der „die Fäden des integrierten Handelns zusammenlaufen“ (vgl. BMU, 2016, S. 10).

Ein weiteres Element dieses Programms ist der sogenannte „Verfügungsfond“, welcher den AkteurInnen zu einer schnellen, unbürokratischen und selbstständigen Umsetzung von Stadtentwicklungsprojekten verhelfen soll und somit die Partizipation sowie das bürgerschaftliche Engagement im lokalen Setting fördert (vgl. BMU, 2016, S. 10). Auch Schubecker beschreibt den Verfügungsfond als „ein wertvolles Instrument für die Unterstützung des Mitwirkungsprozesses in der Bewohnerschaft“, welches das Vertrauen in die Politik stärken könne (vgl. Schubecker, 2002, S. 112).

Ein zusätzlicher Aspekt des Konzepts ist die Stärkung verletzlicher VerbraucherInnen wie einkommensschwache Personen oder MigrantInnen mit geringen Deutschkenntnissen, die in einem besonderen Maße auf Schutz und Vorsorge angewiesen seien und vorrangig in benachteiligten Stadtteilen wohnen. Demnach erfordern das niedrige Selbsthilfepotenzial, kulturelle sowie sprachliche Barrieren und das fehlende Wissen zu Rechten oder Unterstützungsmöglichkeiten eine sogenannte „Bring-Struktur“ von Verbraucherzentralen oder -organisationen, was bedeutet, dass diese die Betroffenen in Form eines aufsuchenden Verbraucherschutzes informieren (vgl. BMU, 2016, S. 29 f.).

Zusammenfassend kann festhalten werden, dass es im politischen Mehrebenensystem zur Reduzierung von Armut und gesundheitlicher Ungleichheit bereits vereinbarte Ziele und Aktionspläne gibt. Demgegenüber scheint die Umsetzung bei der Betrachtung von Prävalenz und der Zunahme dieser Problematiken entweder noch unzureichend zu sein oder aber es braucht mehr Zeit, um derart gesamtgesellschaftliche und -politische Maßnahmen mit signifikantem Erfolg umzusetzen. Entgegen der empirisch nachgewiesenen Delegation von Wohlfahrtsaufgaben in den privaten Sektor proklamiert die Bundesregierung in ihrem

Städtebau-Förderprogramm „Soziale Stadt“ mit der Zielgruppe benachteiligter Stadtteile, dass das bürgerschaftliche Engagement die staatliche Daseinsvorsorge niemals ersetzen dürfe. Im gleichen Zuge grenzt sie aber auch ein, dass ein zivilgesellschaftliches Engagement unzureichende staatliche Angebote abdecken würde, weshalb dessen Stärkung förderlich sei und die Voraussetzung für eine solidarische sowie zukunftsfähige Gesellschaft bietet. Die Herausbildung von stabilen „Engagementinfrastruktur“-Einrichtungen wie Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationshäusern oder Bürgerstiftungen, die Partizipation koordinieren, sei demzufolge ein wichtiges Ziel, um durch synergetische Arbeit „ein Nebeneinander von Akteuren und Ebenen zu vermeiden“ (vgl. BMU, 2016, S. 42).

Schließlich eint die Aktionspläne auf allen Ebenen, dass ein interdisziplinäres, kooperatives, lokales Agieren im Fokus von Interventionsmaßnahmen steht, welche sich den Zielen der gesundheitlichen Chancengleichheit und der Bekämpfung von Armut in Deutschland verpflichtet haben. Daher werden im nächsten Kapitel das Potenzial sozialer Netzwerke sowie die sozialräumliche Kooperation mit ihren spezifischen Charakteristika näher betrachtet. Hierbei soll ferner überprüft werden, ob und in welcher Form bereits Best-Practice-Kriterien und sozialräumliche Kooperationen auf lokaler Ebene existieren. Abschließend werden die für die Untersuchung dieser Arbeit relevanten AkteurInnen aus dem Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg sowie deren Aufgabenstruktur kurz vorgestellt und eine eventuell schon praktizierte Zusammenarbeit untereinander thematisiert.

4. Kooperationen in der Praxis

4.1 Das Potential sozialer Netzwerke

Die „Theorie der sozialen Netzwerke“ propagiert das soziale Netzwerk als effektives Setting für die Genese von Chancengleichheit. So steht die Inklusionstheorie für die Stärkung des sozialen Immunsystems eines Menschen, um Belastungen wie ungünstige soziale Bedingungen bewältigen zu können (vgl. Hurrelmann/Richter, 2013, S. 81). Darüber hinaus charakterisiert dieser Ansatz soziale Netzwerke als Prämisse für die Entfaltung von sozialem Kapital und gesundheitsrelevanten Beziehungen (vgl. Coleman, 1988, S. 97-100). Insbesondere durch eine Festigung der sozialen Netzwerke auf lokaler Ebene könnte demzufolge die Diskrepanz zwischen dem prekären Milieu und den oberen sozio-ökonomischen Schichten überwunden und dank einer Implementierung von identitätsstiftenden, gemeinsamen Werten und gemeinnützigen Aktivitäten letztendlich der Zusammenhalt der gesamten Bevölkerung gestärkt werden (vgl. Islam et al., 2006, S. 112-129). Als Konsequenz lassen sich Wohnort und -region als soziale Kategorien beschreiben, die in Korrelation mit Armuts- sowie Reichtumsaspekten stehen (vgl. BMAS, 2017, S. 162). In den Aktionsplänen rückt insbesondere das lokale Setting im Mittelpunkt, für das detaillierte Interventionsmaßnahmen erarbeitet wurden. Das im Folgenden zu untersuchende Handlungsfeld Hamburg-Wilhelmsburg ist formal betrachtet ein Stadtteil, welcher ebenso wie die Kommune mit Hilfe von Initiativen wie dem Netzwerk Bürgerbeteiligung nach Partizipation aller BürgerInnen sowie Selbstbestimmung strebt und auf der Ebene von Zivilgesellschaft sowie Wirtschaft ebenso wie die Kommune von lokal ausgerichteten Kooperationen profitieren könnte (vgl. Humburg/Rothschild, 2018). So gilt auch für den Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg als sozialräumliches System das Kriterium der Kommune, die als „lebendiges soziales System [..] Innenanforderungen […] und Außenanforderungen […] in ein Gleichgewicht bringen muss, um eine ‚relative Gesundheit‘ zu erhalten“ (Hurrelmann/Richter, 2013, S. 177). Der Begriff „Sozialraum“ sei in dieser Arbeit als Ort zu definieren, der „immer das Ergebnis menschlichen Handelns darstellt“ und der demnach sowohl den gesellschaftlichen als auch den menschlichen Handlungsraum abbildet (vgl. Kessel/Reutlinger, 2010, S. 25). Für das zu untersuchende Setting in Hamburg-Wilhelmsburg stehen aus diesem Grund die handelnden AkteurInnen einer lokalen Kooperation im Vordergrund. Diese Begrifflichkeit wird dem bereits dargestellten Wandel der Strukturen in einem Stadtteil gerechter als eine fixe, objektifizierte Raumdefinition.

Wie bereits beschrieben, wird das sozialräumliche System von der Gesellschaft geformt, welche nach Putnam in einem allgemeinen, bipolaren, sozialen Spannungsfeld steht (vgl. Putnam, 1995, 65-78). Daher gäbe es bei Menschen auf der einen Seite das grundlegende

Bedürfnis nach Homogenität in Form kooperativer Beziehungen, Kommunikation, Nachbarschaft sowie kollektiver Identität und andererseits das Streben nach Selbsterhaltung und -verwirklichung (vgl. Strasser, 1987, S. 68 f.). Diese Bedürfnisse gelte es in Einklang zu bringen, um nachhaltige und inklusive lokale politische Arbeit zu ermöglichen. Im Gegensatz zum Bedürfnis der Menschen nach kollektiver Identität sei in Deutschland jedoch eine Desorganisation lokalen Lebens zu verzeichnen, womit wiederum das Gefühl sozialer Kohäsion nachlässt und als eine Konsequenz die langfristig einsetzende Verschlechterung des körperlichen und psychischen Gesundheitszustandes der Bevölkerung bedinge (vgl. Hurrelmann/Richter, 2013, S. 178 f.).

Schlussfolgernd scheint eine partizipative Nachbarschaft für die Gesundheit der Bevölkerung essentiell zu sein, wie auch Hill, Ross und Angel in einer Metastudie zu Nachbarschaftseffekten feststellen. Demnach beeinflusse die Nachbarschaft die psychische Gesundheit und korreliere bei hohen Kriminalitätsraten oder Lärmbelastung mit einer allgemein schlechten Gesundheit sowie einem erhöhtem Stresslevel der AnwohnerInnen (Hill/Ross/Angel, 2005, S. 170, 181). Es wird an dieser Stelle deutlich, dass für eine Reduktion gesundheitlicher Ungleichheit Ansätze essentiell sind, die den Sozialraum und nicht nur eine isolierte Zielgruppe berücksichtigen.

4.2 Die sozialräumliche Kooperation

Im Zusammenhang mit positiven Effekten auf die Nachbarschaft und einer höheren Partizipation wird die lokale Kooperation genannt. Diese weist laut den Aktionsplänen ein hohes Potenzial zur Reduktion gesundheitlicher Ungleichheit und Ernährungsarmut in Deutschland auf. Was aber definiert eine Kooperation und im Spezifischen die sozialräumlich verortete? Was sind ihre Ziele und Bedingungen? Mit diesen Fragen beschäftigt sich der folgende Abschnitt.

Der Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit beschreibt die aus Kooperationen resultierende Vernetzung im lokalen Setting als „ein Geflecht von Beziehungen zwischen Akteur[Inn]en (Personen und Institutionen) eines Handlungsfeldes und auch darüber hinaus. Sie dient dem Austausch von Informationen, der Ergänzung materieller und nichtmaterieller Ressourcen oder auch der Abstimmung gemeinsamer Ziele und Werte“ (Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit, 2017, S. 40). Weiterhin definiert George eine kommunale Kooperation insbesondere durch die zielgerichtete und aufgabenorientierte Zusammenarbeit von Stadt, Kommune, Gemeinde oder Region mit Dritten wie BürgerInnen, Vereinen oder Wirtschaftsunternehmen. Der Fokus läge hierbei auf dem Schutz sowie der Verbesserung der Lebensqualität der Menschen und soll für eine hohe

Standortqualität sorgen, was durch „innovative Formen“ wie neuartige Prozesse realisiert werden soll (vgl. George, 2010, S. 38 f.). Die Notwendigkeit innovativer Herangehensweisen im gemeinsamen Handeln betont auch Landsberg, der aufgrund der Vielfalt und des schnellen Wandels heutiger Kooperationen auf lokaler Ebene ein hohes Maß an Flexibilität als essentielle Bedingung nachhaltiger Zusammenarbeit nennt. Demzufolge müsse diese Arbeitsstruktur aufgrund neuer Aufgaben oder zusätzlicher AkteurInnen stetig angepasst werden (vgl. Landsberg, 2010, S. 22 f.). Die Vorteile einer lokalen Kooperation sind zum einen, dass durch die Zusammenarbeit auch in kleineren Verwaltungseinheiten komplexe Projekte finanziert werden können, und zum anderen, dass eine hohe Partizipation der BürgerInnen ermöglicht wird (vgl. Landsberg, 2010, S. 21). Landsberg merkt hierzu ferner an, dass die prägnante Stärke einer lokalen Kooperation „ihre Flexibilität hinsichtlich Größe, Intensität und Inhalt der Zusammenarbeitsformen“ sei und es folglich für jeden Bedarf von Stadt oder Gemeinde ein passendes Format geben würde (Lvgl. andsberg, 2010, S. 27). Für den Erfolg einer Kooperation sollten jedoch schon bei der Gründung in einem ersten Schritt grundsätzliche Fragen geklärt und alle AkteurInnen in diesen Prozess eingebunden werden. Weitere Parameter zur Vermeidung von Konflikten seien nach Landsberg gegenseitiges Vertrauen, eine ähnliche Mentalität und das Schaffen gleichberechtigter Ebenen (vgl. Landsberg, 2010, S. 24 f.). In der Praxis wird ferner die hohe Relevanz des Faktors der Interdisziplinarität für kooperativ arbeitende AkteurInnen deutlich. So ist das „Gesunde Städte-Netzwerk“ mit seinem „Leitbild der Gesunden Stadt“ davon überzeugt, dass für eine Umsetzung der Gesundheitsförderung als Element vorbeugender Kommunalpolitik „die Mitwirkung verschiedener Politikfelder […] und relevanter Institutionen, Vereine sowie […] Bürgerinnen und Bürger“ vonnöten ist, da das „Aufgabenverständnis von Gesundheitsförderung […] nur durch eine ressortübergreifende und multiprofessionelle Zusammenarbeit umgesetzt werden“ könne (Mielck et al., 2002, S. 15). Daher arbeitet das Netzwerk sowohl mit Krankenkassen als auch mit dem Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit zusammen und möchte als Plattform die ExpertInnen und Laien im Gesundheitssystem sowie die AkteurInnen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft miteinander verbinden, um einen Austausch von Erfahrungen und Kompetenzen zu evozieren (vgl. Gesunde Städte-Netzwerk, 2019).

Einen fundierten Vorschlag für die Formulierung von Best-Practice-Kriterien für Initiativen im lokalen Setting bietet der Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit.

4.3 Best-Practice-Kriterien für Kooperationen

Um das Potenzial sozialräumlicher Kooperationen auf lokaler Ebene optimal ausschöpfen zu können, müssen alle AkteurInnen über ein evaluiertes Maßnahmenbündel verfügen, mit

denen sich je nach Situation eine effiziente Zusammenarbeit herstellen lässt. Für die sozialagenbezogene Gesundheitsförderung hat der Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit zwölf Kriterien für eine gute Praxis („Good-Practice-Kriterien“) entwickelt, welche die AkteurInnen bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen wie Projekten oder Initiativen unterstützen sollen und die durch eine prozessorientierte Qualitätsentwicklung laufend weiter verbessert werden können (vgl. Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit, 2017, S. 3). Die Kriterien wurden anhand von thematisch geclusterten Steckbriefen formuliert, zu denen beispielsweise die Bereiche Qualitätsmanagement, Empowerment oder Partizipation gehören und die, um dem individuellen Entwicklungsstand eines Quartiers gerecht zu werden, verschiedene Umsetzungsstufen berücksichtigen. Diese Operationalisierung soll sicherstellen, dass ein einheitliches Vorgehen implementiert werden kann, durch welches wiederum gebündelte Erkenntnisse gewonnen und notwendige Verbesserungen konzipiert werden können. Unter dem Stichpunkt „Integriertes Handlungskonzept/Vernetzung“ wird kooperative Zusammenarbeit in der Gesundheitsförderung als potentes Steuerungs- und Handlungsinstrument definiert. Weiterhin seien für eine „settingübergreifende, gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung […] verschiedene Handlungsebenen von Bund, Ländern und Kommunen sowie unterschiedliche Verwaltungsbereiche der Kommune, die Bevölkerung und lokale Akteurinnen und Akteure“ einzubeziehen (Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit, 2017, S. 39). Merkmale eines integrierten Handlungskonzeptes sind laut des Kooperationsverbundes beispielsweise die Bündelung multipler Ressourcen sowie AkteurInnen, ebenso wie unterschiedliche Handlungsebenen und AdressatInnen, womit wiederum die Komplexität und Vielfalt der Gestalt einer Kooperation deutlich wird. Essentiell für eine Überprüfung der Prozesse ist darüber hinaus eine regelmäßige Evaluation. Diese beschreibt nach Hurrelmann und Richter die „wissenschaftlich abgesicherte Beurteilung des Nutzens, der Wirkung und der Kosten von Projekten und Programmen“ und dient als „integraler Bestandteil der Qualitätssicherung zur kontinuierlichen Verbesserung von Umsetzungen der Programme“ (Hurrelmann/Richter, 2013, S. 234). Laut des Verbundes ist die Evaluation als Teil des Qualitätsmanagements ein für sich stehender, obligatorischer Bestandteil für eine erfolgreiche Kooperation (vgl. Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit, 2017, S. 43-50).

Demgemäß bieten die Kriterien des Kooperationsverbunds einen Handlungsrahmen bei der abschließenden Formulierung von Best-Practice-Kriterien für das Setting Hamburg-Wilhelmsburg, welche je nach Untersuchungsergebnis eventuell modifiziert und um weitere Ansätze ergänzt werden. Im nächsten Kapitel soll ein Überblick über die zu untersuchenden Organisationen vermittelt werden.

5. Organisationen im Bereich Lebensmittel(-verteilung)

In den nachfolgenden Ausführungen sollen die für die Beantwortung der Forschungsfragen relevanten AkteurInnen mit den Schwerpunkten Lebensmittelverteilung, Ernährungsbildung und/oder Reduktion der Lebensmittelverschwendung im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg vorgestellt werden. Die Auswahl der politisch agierenden Person für die Befragung soll abschließend durch die Aussagen der RepräsentantInnen der Organisationen ermittelt werden. Deshalb wird an dieser Stelle eine ausschließliche Beschreibung der Initiativen vorgenommen.

5.1 Die Tafel „Arbeitsloseninitiative Wilhelmsburg e. V."

Der 1995 gegründete Dachverband Tafel Deutschland e. V. sorgt mit 60.000 HelferInnen für das Einsammeln überschüssiger, nach den gesetzlichen Bestimmungen noch verwertbarer Lebensmittel, die sie bei über 2.000 Abgabestellen an Bedürftige unter ihrem Credo „Lebensmittel retten. Menschen helfen." verteilen (vgl. Tafel Deutschland e. V., 2019, S. 10-17, 51). Hierzu gehören vor allem Waren aus Lagerbeständen, Überproduktionen oder Sortimentsumstellungen, die ansonsten vernichtet werden würden (vgl. Tafel Deutschland e. V., 2019, S. 18). Die HelferInnen arbeiten ehrenamtlich, sind zum Großteil RentenempfängerInnen und teilweise selbst bedürftig (ExpertInnen-Gespräch Tafel Hamburg, s. S. 167). Die rund 940 Tafeln haben sich dabei dem Gebietsschutz verpflichtet, der Konkurrenz untereinander exkludiert (vgl. Tafel Deutschland e. V., 2019, S. 51) und werden über ihren jeweiligen Landesverband auf Bundesebene vertreten. Demzufolge gehören beispielsweise 61 Tafeln dem Landesverband Schleswig-Holstein/Hamburg an, welcher die regionale Tafel-Arbeit unterstützt (vgl. Tafel Deutschland e. V., 2019, S. 10 f.). Weiterhin stehen rund 60 % aller Tafeln in der Trägerschaft gemeinnütziger Organisationen wie der Caritas oder der Arbeiterwohlfahrt (vgl. Tafel Deutschland e. V., 2019, S. 16), so auch die Tafel „Arbeitsloseninitiative Wilhelmsburg e. V.", die ein Projekt der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden der Elbinsel Wilhelmsburg ist (vgl. Arbeitsloseninitiative Wilhelmsburg, 2016). Neben der Lebensmittelverteilung bieten viele Tafeln zusätzlich Projekte wie Deutschkurse, Seniorencafés oder die Vermittlung zu anderen sozialen Trägern an und fungieren folglich als soziales Kontaktfeld (vgl. ExpertInnen-Gespräch Tafel Hamburg, s. S. 167). In Bezug auf die Tafel in Wilhelmsburg können die KundInnen neben einem Frühstück und einem Mittagstisch zum Beispiel eine Sozialberatung in Anspruch nehmen (vgl. Arbeitsloseninitiative Wilhelmsburg, 2017).

Laut des aktuellen Geschäftsberichts des Dachverbandes nehmen im Jahr 2018 rund 1,5 Millionen AbnehmerInnen das Angebot der Tafel in Deutschland wahr. Hierzu gehören 280.000 Geflüchtete, 500.000 Kinder und 23 % Haushalte mit Rente oder einer

Grundsicherung im Alter (vgl. Tafel Deutschland e. V., 2019, S. 10-12). Wie bereits auf Seite 15 dargestellt, besteht kein rechtlicher Anspruch auf das Angebot. Bei einer Aufnahme erhalten die KundInnen einen Ausweis, mit dem sie sich vor jeder Abholung als AbnehmerInnen legitimieren. Des Weiteren muss die Bedürftigkeit nachgewiesen werden (vgl. ExpertInnen-Gespräch Tafel Hamburg, s. S. 167). Gegen einen Betrag von vier Euro können bei der Tafel Wilhelmsburg von Dienstag bis Samstag Lebensmittel erworben werden (vgl. Arbeitsloseninitiative Wilhelmsburg, 2017).

Von den rund 18 Millionen Tonnen Lebensmitteln, die jedes Jahr in Deutschland weggeworfen werden, rettet die Tafel etwa 264.000 Tonnen, die sich zum Großteil aus regelmäßigen Spenden von der Lebensmittelindustrie, dem Handel und Lagerbeständen zusammensetzen (vgl. ExpertInnen-Gespräch Tafel Hamburg, s. S. 167). Hierzu gehören Obst und Gemüse (41 %), Backwaren (20 %), Milchprodukte (13 %), Fleisch/Wurst (8 %), Trockenprodukte (7 %), Tiefkühlware sowie Süßigkeiten (jeweils 3 %) und Getränke (2 %) (vgl. Tafel Deutschland e. V., 2019, S. 4-9, 36; s. a. Simmet/Tinnemann/Stroebele-Benschop, 2018, S. 8). Weitere Spenden werden in unregelmäßigen Abständen unter anderem bei einmaligen Veranstaltungen oder regionalen Verteilungszentren eingesammelt (Simmet/Tinnemann/Stroebele-Benschop, 2018, S. 8). Eine Querschnittserhebung, bei der 366 Tafeln in Deutschland untersucht wurden, ergab zudem, dass nahezu 90 % aller Bezirke in Deutschland über eine Tafel verfügen und aus diesem Grund insbesondere in den Städten eine flächendeckende Versorgung von Bedürftigen sichergestellt werden kann. Gleichzeitig offenbart die Untersuchung einen Rückgang an Spenden: So sei von 2016 bis 2017 die Quantität fast aller Lebensmittelgruppen, außer den Backwaren, rückläufig, was entweder eine Reduktion der verteilten Nahrungsmittelmengen pro Haushalt oder die Zurückweisung neuer KlientInnen erfordert (vgl. Simmet/Tinnemann/Stroebele-Benschop, 2018, S. 8). Lokal betrachtet besteht dieses Problem nicht bei der Tafel Hamburg, wo dauerhaft eine gute Qualität und Quantität der eingesammelten Lebensmittel verzeichnet werden kann, wie der Vorstand der Hamburger Tafel bekräftigt (vgl. ExpertInnen-Gespräch Tafel Hamburg, s. S. 167). Gleichzeitig kommt es bei rund der Hälfte der in der Untersuchung berücksichtigten Tafeln durch die schlechte Planbarkeit im Vorwege zu Übereinnahmen von Nahrungsmittelspenden und führt entweder zu Umverteilungen an benachbarte Tafeln beziehungsweise Organisationen oder zu einer Abgabe größerer Lebensmittelmengen an die KundInnen (vgl. Simmet/Tinnemann/Stroebele-Benschop, 2018, S. 8 f.). Letzteres wird in der Studie als mögliche Ursache für eine schlechtere Ernährung und Gesundheit der KundInnen diskutiert, sollte das Überangebot hauptsächlich aus Backwaren und Gebäck bestehen (vgl. Simmet/Tinnemann/Stroebele-Benschop, 2018, S. 12). Eine zusätzliche Hürde für die Arbeit der Tafel stellt die Finanzierung dar. Zu den Ausgaben für die

Fahrzeuge addieren sich beispielweise die Instandhaltungskosten für die Ausgabe- und Lagerräume sowie für Investitionen in Tiefkühltruhen oder Lagertechnik (vgl. Tafel Deutschland e. V., 2019, S. 20). Als gemeinnütziger Verein finanziert sich die Tafel Deutschland ausschließlich über (privat-)wirtschaftliche Spenden, die im Jahr 2018 rund 6,7 Millionen Euro betrugen und sowohl aus Geld-, Sach- als auch aus Dienstleistungsspenden bestanden. Diese werden hauptsächlich an die Mitglieder ausgezahlt, um Projekte zu realisieren, oder für Verwaltung, Werbung und Aufklärungsarbeit verwendet (vgl. Tafel Deutschland e. V., 2019, S. 18-23, 30).

Beim Blick auf die Ziele des Dachverbandes thematisiert dieser vor allem die steigende Anzahl der Tafeln, welche ein Spiegel der fehlenden Aufgabenerfüllung des Sozialstaats Deutschlands sei, der benachteiligten Menschen per Gesetz (s. a. S. 1) Unterstützung zusichert. Sozialpolitische Missstände würden somit deutlich sichtbar werden (vgl. Tafel Deutschland e. V., 2019, S. 16). In einer gemeinsamen Erklärung mit dem Deutschen Caritasverband, der Diakonie Deutschland, dem Paritätischen Gesamtverband und dem Arbeiterwohlfahrt Bundesverband wurden daher die Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages dazu aufgefordert, die Themen Armut und Ausgrenzung stärker zu fokussieren (vgl. Tafel Deutschland e. V., 2019, S. 10 f.). Eine gewünschte Maßnahme wäre beispielsweise die staatliche Unterstützung der Grundfinanzierung der Tafel-Arbeit (vgl. Tafel Deutschland e. V., 2019, S. 36). Ein weiterer Schwerpunkt ist die Reduzierung der Lebensmittelverschwendung, gegen die sich die Tafel inzwischen auch europaweit einsetzen möchte. Hierfür hat sich der Dachverband im Jahr 2018 der „European Food Banks Fédération“ (frz. Abk. FEBA) angeschlossen, in deren Vorstand im Mai 2018 Jochen Brühl, der Vorsitzende von Tafel Deutschland, gewählt wurde. Zusammen mit 23 Mitgliedsländern sollen neben Lösungen für eine Reduzierung der Lebensmittelverschwendung auch die Themen Zuwanderung, Vielfalt, Toleranz sowie Solidarität mit den PartnerInnen in Europa behandelt werden. Auf nationaler Ebene unterstützt die Tafel das Vorhaben des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, dass die Weitergabe von Lebensmitteln an gemeinnützige Organisationen vereinfacht werden solle, welches in einem ersten Entwurf zur „Nationalen Strategie gegen Lebensmittelverschwendung“ im Oktober 2018 formuliert wurde (vgl. Tafel Deutschland e. V., 2019, S. 36 f.). Schließlich sei die Verteilung mit der Hürde verbunden, dass das deutsche Lebensmittelrecht die Zubereitung von Lebensmitteln durch die Abgabestellen verbietet, insofern keine Küchen mit Edelstahlarbeitsflächen vorhanden seien. Aus diesem Grund dürfen beispielweise keine Würste zugeschnitten werden oder Reisabgaben in Großpackungen ohne genaue Kennzeichnung jeder Umfüllverpackung mit Mindesthaltbarkeitsdatum erfolgen. Weiterhin ist die Kühlkette von der Abholung bis zur Abgabe streng einzuhalten (vgl. ExpertInnen-Gespräch Tafel Hamburg, s. S. 167).

Beim Blick auf aktuelle Partnerschaften mit anderen AkteurInnen hat die Tafel bereits bekanntgegeben, mit der Initiative Foodsharing zu kooperieren, die sich ebenfalls gegen Lebensmittelverschwendung einsetzt. In diesem Sinne haben sich beide Organisationen dazu verpflichtet, nicht miteinander in den Wettbewerb zu treten und stattdessen durch einen engen Austausch die Abholungen aufeinander abzustimmen, wobei die Tafel immer Vorrang habe (vgl. ExpertInnen-Gespräch Tafel Hamburg, s. S. 167). Eine weitere Kooperation mit dem Ziel, die Lebensmittelverschwendung zu reduzieren, besteht im Bereich Fundraising. So hat die Tafel mit Unternehmen sogenannte „Corporate Social Responsibility"-Kooperationen (CSR) ausgehandelt, wobei der Terminus „CSR" laut der Europäischen Kommission „die Verantwortung von Unternehmen für ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft" beschreibt (Europäische Kommission, 2011, S. 7). Beispielsweise wurde von Kooperationsmitgliedern im Jahr 2018 über Facebook zu Spenden an die Tafel Deutschland aufgerufen (vgl. Tafel Deutschland e. V., 2019, S. 22).

Für eine effizientere Vernetzung soll in Zukunft zudem eine digitale Plattform sorgen, die eine Vereinfachung, Automatisierung und bessere Planbarkeit der Logistik ermöglichen soll und in Idealfall die Menge der geretteten Lebensmittel erhöht (vgl. Tafel Deutschland e. V., 2019, S. 6). Inwieweit die Tafel Wilhelmsburg kooperativ tätig ist oder mit anderen AkteurInnen im Stadtteil zusammenarbeitet, soll die empirische Untersuchung in Form des qualitativen Interviews klären. Weiterhin soll erfragt werden, wie sich die KundInnen zusammensetzen und ob es individuelle Probleme gibt, die in der späteren Formulierung eines Best-Practice-Konzepts für Hamburg-Wilhelmsburg berücksichtigt werden müssen.

5.2 Foodsharing e. V.

Die gemeinnützige Initiative Foodsharing setzt sich ebenfalls für die Rettung von Lebensmitteln ein und bezieht diese sowohl von privaten Haushalten als auch von Betrieben jeder Größe. Die im Jahr 2012 in Berlin entstandene Bewegung kommuniziert hauptsächlich über die Online-Plattform „foodsharing.de", wo sich die LebensmittelretterInnen vor Ort vernetzen und über aktuelle Themen sowie Veranstaltungen informiert werden soll (vgl. Foodsharing e. V., o. J.). Für eine Aufnahme als Mitglied ist ein Mindestalter von 18 Jahren sowie eine Registrierung durch das Erstellen eines Accounts erforderlich; danach ist es möglich als „Foodsharer" Essenskörbe auf einer digitalen Karte einzustellen, bei einem „Fair-Teiler" [sic!] Lebensmittel zu hinterlegen oder abzuholen und einen Fair-Teiler zu betreuen (vgl. Foodsharing e. V., 2019). Dieser kann ein Schrank oder Kühlschrank sein, im Freien oder aber in teilnehmenden, nichtpolitischen Räumlichkeiten wie Bildungs- oder Beratungseinrichtungen stehen. Weiterhin ist die Station für jeden frei zugänglich und kann somit auch von Bedürftigen genutzt werden. Auf der Informationsseite der Initiative wird auf Hygienerichtlinien hingewiesen, die beispielsweise durch einen Hygieneplan am Fair-Teiler

die Einhaltung gewährleisten sollen. Wer für die Betreuung zuständig ist, muss täglich die Temperatur des Kühlschranks kontrollieren und weiterhin jeden Fair-Teiler alle zwei Tage reinigen. In Wilhelmsburg gibt es einen Fair-Teiler bei den Zinnwerken, der ohne Kühlung im Freien steht und daher nur für Lebensmittel ohne Kühlbedarf geeignet ist. Risikolebensmittel wie Hack oder rohes Ei und Lebensmittel mit überschrittenem Verbrauchsdatum dürfen grundsätzlich nicht abgegeben werden. Laut europäischem Leitfaden unterliegt ein Fair-Teiler nicht dem Lebensmittelrecht:

> *„In einem Fair-Teiler werden Lebensmittel nur zum privaten häuslichen Gebrauch kurzfristig gelagert. Privatpersonen, die den Fair-Teiler nutzen, tauschen dort ihre Lebensmittel, die ausschließlich für den privaten häuslichen Gebrauch gedacht sind, auf eigenes Risiko untereinander. Seine Funktion als Übergabeort und die Bestimmung der Lebensmittel für den privaten Rahmen ist auf dem Fair-Teiler eindeutig gekennzeichnet“* (Foodsharing e. V., 2019; s. a. VO (EG) Nr. 178/2002, Art. 1, Abs. 3).

Demzufolge sind die Voraussetzungen für die Rettung und Weiterverteilung von Lebensmitteln für die Initiative Foodsharing wesentlich weniger streng als für die Tafeln.

Wer zusätzlich in ehrenamtlicher Funktion Lebensmittel von kooperierenden Betrieben abholen möchte, um diese zu retten, muss einen Online-Test mit Fragen zur Initiative sowie zur Praxis der Abholungen bestehen. Im Anschluss erfolgt durch die Akzeptanz der Rechtsvereinbarung, die unter anderem die teilnehmenden Betriebe von der Haftung von abgegebenen Lebensmitteln freistellt, drei durch BotschafterInnen begleitete Probe-Abholungen, um die Verlässlichkeit der Foodsaver bei Abholungen und die nachhaltige Zusammenarbeit mit den Betrieben sicherzustellen. Nach der Verifizierung der persönlichen Daten inklusive der Erstellung eines Ausweises wird der Antragstellende auf der Plattform offiziell als Foodsaver durch die BotschafterInnen authentifiziert und kann sich durch eine Betriebsliste im Bezirk für Abholtermine anmelden. Durch das Eintragen für einen Termin in einem Betrieb werden die Foodsaver Teil des Betriebsteams, dem für Organisatorisches sowie Rückfragen ein bis drei Betriebspersonen vorstehen. Andere Möglichkeiten der Mitarbeit bei Foodsharing sind die Positionen der BotschafterInnen und Betriebsverantwortlichen, deren Anerkennung erneut mit spezifischen Voraussetzungen verbunden ist (vgl. Foodsharing e. V., 2019).

Zusammenfassend kann über die Initiative Foodsharing festgehalten werden, dass diese im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg mit verschiedenen AkteurInnen wie dem Handel sowie der Tafel kooperiert und durch ein digitales Netzwerk sowohl lokal als auch bundesweit im engen Austausch mit allen Beteiligten steht. Noch offen bleiben die Fragen, in welchen Aspekten kooperative Zusammenarbeit erschwert wird und inwieweit die Politik und das Lebensmittelrecht das Agieren der Initiative negativ oder positiv beeinflussen. Weiterhin soll in der empirischen explorativen Untersuchung eruiert werden, in welchem Maß die

voraussetzungsreichen Einstiegsbedingungen in höhere Positionen bei Foodsharing dazu beitragen, welche Soziallagen unter den Ehrenamtlichen vertreten sind und von welchen AbnehmerInnen die Abgabestellen hauptsächlich genutzt werden.

5.3 Solidarische Landwirtschaft „Superschmelz e. V."

Die im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg tätige Solidarische Landwirtschaft (Solawi) „Superschmelz e. V." gehört dem bundesweiten Netzwerk „Solidarische Landwirtschaft" an, dessen Konzept auf dem Zusammenschluss von landwirtschaftlichen Betrieben oder Gärtnereien mit privaten Haushalten beruht (vgl. Solidarische Landwirtschaft e. V., 2019). Diese Wirtschaftsgemeinschaft aus ErzeugerInnen und VerbraucherInnen finanziert sich durch vorab bezahlte Jahresbeiträge der AbnehmerInnen an die teilnehmenden Solawi-Betriebe, welche somit unabhängig vom Markt agieren können, finanziell abgesichert werden und über einen größeren Gestaltungsspielraum einschließlich einer höheren Planungssicherheit verfügen. Nach Vergabe aller Ernteanteile und der damit erfolgten Abdeckung aller eingeplanten Gesamtkosten für das Wirtschaftsjahr können weitere Interessenten auf einer Warteliste aufgenommen werden. Die AbnehmerInnen erhalten dafür ein Jahr lang jede Woche die gesamte Ernte. Das Ziel der teilnehmenden Betriebe ist nach eigener Aussage des Netzwerks eine vielfältige und bäuerliche Landwirtschaft, für die ErzeugerInnen und VerbraucherInnen gleichermaßen Verantwortung übernehmen und bei der wichtige Entscheidungen von allen gemeinsam gefällt werden. Zusätzlich können die AbnehmerInnen auch bei den landwirtschaftlichen sowie organisatorischen Aufgaben ehrenamtlich mithelfen, womit eine Solawi zu einer Vernetzung aller Beteiligten beiträgt. Außerdem soll auf diese Weise der bedürfnisorientierte, regionale und saisonale Konsum von frischen Lebensmitteln gefördert werden, wodurch die lokale Landwirtschaft gestärkt, die Lebensmittelverschwendung reduziert und die Wertschätzung für hochwertige Nahrungsmittel gestärkt werden sollen (vgl. Solidarische Landwirtschaft e. V., 2019). Die AbnehmerInnen der Solawi Superschmelz können ihren wöchentlichen Ernteanteil in einem von mehreren Depots von Freitag bis Sonntag zu festen Uhrzeiten von April bis März des nächsten Jahres abholen und haben bei der Bezahlung des Richtbetrages im Vorfeld die Option je nach individueller finanzieller Situation einen niedrigeren oder auch höheren Beitrag zu leisten. Dieses Vorgehen ermöglicht auch einkommensschwächeren Haushalten den Zugang zu dem Angebot der Solawi (vgl. Solawi Superschmelz e. V., 2019). In der Saison 2019/20 liegt der Richtbeitrag für eine Person bei 516 Euro pro Jahr (43 Euro/mtl.), der Familienanteil beläuft sich dementsprechend auf 1284 Euro (107 Euro/mtl.), dabei besteht die Option der Ratenzahlung. Hiermit will die Solawi Superschmelz den AbnehmerInnen Bio-Gemüse zur Verfügung stellen, welches im Idealfall günstiger als das aus dem Discounter ist, auch weil Zwischenhändler bei dieser Form der Logistikkette obsolet sind. Die Option der fairen

Beitragszahlung soll ferner langfristig dazu führen, dass neben besser Verdienenden oder AkademikerInnen auch andere soziale Schichten das Angebot wahrnehmen.

Ergänzend zu dem Familienanteil für zwei Erwachsene und kleinere Kinder können AbnehmerInnen optional Anteile für eine oder zwei Personen wählen, welche in der Regel den durchschnittlichen Gemüsekonsum eines Erwachsenen zu der Haupterntezeit im Sommer und Herbst abdecken sollen. Das angebaute Gemüse stammt bis auf die Zwiebeln vom „Hof Quellen“ in Wistedt bei Tostedt in Niedersachsen und umfasst je nach Saison beispielsweise Kohlgemüse, Hülsenfrüchte, Kräuter sowie Salate als auch Gurken, Nachtschattengewächse und seltene Sorten wie Rübstiel, welche auf Bio-zertifizierten Anbauflächen ohne Pestizideinsatz produziert werden. Beim Blick auf die Arbeitsbedingungen der angestellten GärtnerInnen oder LogistikerInnen werden diese Angestellten mit 20 Euro brutto pro Stunde weit über dem im Jahr 2019 geltenden gesetzlichen Mindestlohn von 9,19 Euro pro Arbeitsstunde bezahlt (vgl. BMAS, 2019; s. a. Solawi Superschmelz e. V., 2019).

Es kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass das Konzept der Solawi Superschmelz mit seiner solidarischen Ausrichtung nicht nur darauf ausgelegt ist, die Lebensmittelverschwendung zu reduzieren und die lokale Landwirtschaft sowie das Miteinander aller Beteiligten zu fördern, sondern dass es auch ein Ziel ist, mit seinem Angebot Menschen aus allen sozialen Lagen zu erreichen. Inwieweit dieses Konzept bereits Anwendung in der Praxis findet, soll mit Hilfe der empirischen Untersuchung geklärt werden. Weiterhin soll überprüft werden, ob bereits Kooperationen mit anderen AkteurInnen im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg bestehen, ob es Unterstützung durch die Politik gibt und zu welchem Anteil eine stärkere Vernetzung Thema der Zukunftsplanung ist.

5.4 Das Projekt „Minitopia“

Das im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg laufende Projekt „Minitopia“ wird von dem gemeinnützigen Verein „alterNation e. V.“ getragen und versteht sich als Plattform, Keimzelle und Spielplatz urbaner Selbstversorgung (vgl. Alternation e. V., 2019). Der Zweck laut der Satzung des Vereins sei die:

> *„Förderung der Bildung und des bürgerschaftlichen Engagements; insbesondere des Austauschs sowie der Vermittlung und Verbreitung von Informationen und Wissen im Themenfeld entwicklungs- und umweltpolitische Bildung und soziale Gerechtigkeit zwischen gesellschaftlichen Initiativen und interessierten Bürgern weltweit und die damit verbundene Unterstützung demokratischer Prozesse“* (Alternation e. V., 2019).

Im Sinne des Vereins wird daher im Rahmen des Projektes „Minitopia“ zusätzlich zu der Durchführung von Bildungs- und Informationsveranstaltungen mit den Schwerpunkten entwicklungs- und umweltpolitische Bildung oder soziale Gerechtigkeit auch die Förderung von regionaler, nationaler sowie internationaler Zusammenarbeit mit werteähnlichen Initiativen

forciert (vgl. Alternation e. V., 2019). Das Projekt wird neben vielen weiteren unterstützenden AkteurInnen aus Politik und Wirtschaft auf Bundesebene durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) gefördert. Auf lokaler Ebene wird es durch die Bürgerstiftung Hamburg und den Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg protegiert. So unterstützt das BMU vom 01.09.2018 bis zum 30.08.2020 mit Mitteln der „Nationalen Klimaschutzinitiative“ (NKI) die Durchführung des Minitopia-Programms „Klimaschutz für den kleinen Geldbeutel in Wilhelmsburg“, welches die klimaschützende Wirkung von Selbstversorgung anhand von Workshops oder Infoveranstaltungen vermitteln möchte (vgl. Alternation e. V., 2019). Für das Bestreben, die Selbstversorgung der BürgerInnen zu fördern, sollen beispielsweise mobile und autarke Selbstversorger-Hochbeetgärten nach den Regeln der Permakultur entwickelt werden und infolgedessen im Optimalfall nachhaltige, saisonal wachsende, möglichst hohe, pestizidfreie Erträge erzielt werden. Im Themenfeld Lebensmittel wird anhand einer Projektküche zudem Wissen über die größtmögliche Verwertung von Nahrungsmitteln oder deren Haltbarmachung vermittelt, womit der Lebensmittelverschwendung entgegengewirkt werden soll (vgl. Alternation e. V., 2019).

Nach Webseiteninformationen steht die Solawi Superschmelz e. V. in Verbindung mit Minitopia. In welcher Form diese Zusammenarbeit organisiert wird und ob eine kooperative Vernetzung mit weiteren hier vorgestellten AkteurInnen wie der Tafel oder der Initiative Foodsharing existiert, soll mit Hilfe der eigenen Untersuchung beantwortet werden. Konkret ist bei Betrachtung des Projektes „Minitopia“ die Frage interessant, wie der Verein eine Förderung durch das BMU erzielen konnte, ob es hierbei Hürden zu bewältigen gab und welche Maßnahmen zur Akquise von unterstützenden AkteurInnen wie Stiftungen und wirtschaftlichen Betrieben ergriffen wurden. Schließlich soll noch geklärt werden, ob unter den Teilnehmenden jede Soziallage vertreten ist und daraus resultierend eine Partizipation aller im Stadtteil lebenden BürgerInnen gewährleistet wird.

5.5 Die App „Too Good To Go“

Mit der aus Dänemark stammenden App „Too Good To Go“ unter dem CEO Mette Lykke soll die Lebensmittelverschwendung durch die Abnahme von überproduzierten Speisen aus Restaurants, Cafés oder Bäckereien durch die NutzerInnen reduziert werden können (vgl. Too Good To Go ApS, 2019). Mit Hilfe der Lokalisierung des persönlichen Standortes durch die App können NutzerInnen per Smartphone oder Tablet auf einer mit GPS ausgestatteten Karte oder aber über Listen-Vorschläge nach passenden Betrieben suchen, die wahlweise auch vegetarische Speisen anbieten. Die Mahlzeiten sind nach Webseiteninformationen mindestens um 50 % reduziert worden, kosten durchschnittlich drei Euro und werden ausschließlich über die App bezahlt (vgl. Too Good To Go ApS, 2019). Da die Speisen meist erst am späten Abend mit Vorlage des Kaufbeleges abgeholt werden können, richtet sich

das Angebot hauptsächlich an Studierende. Das Unternehmen „Too Good To Go ApS“ ist derzeit in elf europäischen Ländern tätig und bietet auch eine deutsche Version seiner App, die vorrangig in Großstädten wie Hamburg genutzt wird (vgl. Too Good To Go ApS, 2019). In dem Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg konnten nach eigener Recherche am 08.08.2019 zwei teilnehmende Betriebe, ein Schweinske-Wilhelmsburg, der vor allem Speisen der deutschen Küche offeriert, sowie ein Dönerladen, in der interaktiven Karte der App gefunden werden. Die Hauptauswahl für diesen Tag erstreckt sich auf die Innenstadt Hamburgs. Inwieweit diese Zufallsrecherche Rückschlüsse die reale Anzahl an registrierten Betrieben in Wilhelmsburg abbildet, soll in der späteren Untersuchung ermittelt werden. Da das App-Angebot zudem noch nicht lange auf dem deutschen Markt vertreten ist, könnten in Zukunft natürlich mehr Betriebe vor Ort partizipieren. Eine Einschätzung aus Unternehmenssicht zu der möglichen Entwicklung wäre aus diesem Grund aufschlussreich. Zurzeit nehmen insgesamt 27.784 Partnerbetriebe in Europa an dem Programm teil und sorgten nach Aussage des Unternehmens bislang für die Rettung von rund 1,5 Millionen zu einem vergünstigten Preis abgegebenen Mahlzeiten (Stand 08.08.2019) (vgl. Too Good To Go ApS, 2019). Die Finanzierung des Unternehmens wird zum einen durch einen pauschalen Kommissionsbeitrag von 1,09 Euro gewährleistet, der beim Verkauf einer „Too Good To Go“-Mahlzeit von dem jeweiligen Betrieb bezahlt wird und zum anderen durch einen jährlichen Mitgliedsbeitrag des registrierten Betriebes in Höhe von 39 Euro, der nach Ablauf einer nicht näher definierten Probezeit erhoben wird. Weiterhin finanziert sich das Unternehmen seit seiner Gründung durch die Unterstützung von Investoren. In Bezug auf die Tafeln bietet „Too Good To Go“ nach Webseiteninformationen keine Spenden an, da das Angebot des Unternehmens kleine Mengen samt bereits verarbeiteter Lebensmittel umfasst, welche die Tafeln aus rechtlichen Gründen nicht annehmen dürfen. Demnach sei das „Take Away“-Angebot als Ergänzung zur bisherigen Rettung von Lebensmitteln durch die Tafeln oder „Foodsharing“ zu sehen (vgl. Too Good To Go ApS, o. A.).

Es wäre in der empirischen Untersuchung demzufolge zu klären, ob und wie das Unternehmen „Too Good To Go“ bereits kooperativ tätig ist und wie die generelle Einstellung zu Kooperationen mit weiteren AkteurInnen aus dem Bereich Lebensmittelrettung oder -verteilung ist. Des Weiteren wäre es für die praxisnahe Entwicklung eines Best-Practice-Konzepts für den Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg von Bedeutung, auf welche Weise das Unternehmen Problemen bei der täglichen Arbeit oder bei kooperativen Tätigkeiten begegnet und inwieweit hier eventuell bereits Lösungsansätze formuliert wurden.

Es kann an dieser Stelle schlussfolgernd festgehalten werden, dass in dem Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg teilweise reichweitenstarke und bundesweit vertretene AkteurInnen wie die Tafel, Foodsharing oder die Applikation „Too Good To Go“ neben der Verschwendung

von noch genießbaren Lebensmitteln auch soziale Thematiken wie die Bereitstellung von hochwertigen Nahrungsmitteln für finanziell benachteiligte Menschen im Fokus ihrer Tätigkeit haben. Daher bestehen auf Seiten der Initiativen vor Ort bereits Angebote für von Ernährungsarmut Betroffene, und es wird durch vergünstigte Gemüseangebote oder Bildungseinheiten wie die Projektküche und die Selbstversorgergärten bei „Minitopia“ indirekt auch die Problematik der gesundheitlichen Ungleichheit behandelt, die unter anderem aus einer unausgewogenen Ernährung resultiert. Zusätzlich konnten über die Internetrecherche sowie über das Gespräch mit dem Vorstand der Hamburger Tafel kooperative Agitationen der berücksichtigten AkteurInnen im untersuchten Stadtteil ermittelt werden und bieten dadurch eine fruchtbare Basis für die abschließende Formulierung eines Best-Practice-Ansatzes in Form eines integrierten Handlungskonzepts.

Im Folgenden soll das geplante, forschungsmethodische Vorgehen vorgestellt werden, das sich an der Untersuchung eines spezifischen Settings orientiert.

6. Forschungsmethodisches Vorgehen

6.1 Begründung der Methodenwahl

Der Stadtteil als Forschungsfeld ermöglicht die Untersuchung von lokalem Wissen und Handeln und bedingt durch einen raschen sozialen Wandel sowie der Diversifikation von Lebenswelten ein Vorgehen, das durch die klassischen deduktiven Methodologien, welche Hypothesen aus theoretischen Modellen ableiten und empirisch überprüfen, nicht mehr ausreichend abgedeckt wird (vgl. Flick, 2017, S. 23). Aus diesem Grund wird für diese Arbeit eine induktive Vorgehensweise gemäß der sogenannten „Grounded Theory“ angewendet, bei der ein theoretischer Ansatz aus der empirischen Untersuchung heraus explorativ entwickelt wird und die im Sinne der qualitativen Forschung einem ergebnisoffenen Prozess unterliegt. Das Ziel ist folglich die empirisch begründete Formulierung von subjekt- und situationsspezifischen Aussagen, die je nach Signifikanz der Genese neuer Hypothesen dienen können. Die „Grounded Theory“ befürwortet darüber hinaus einen möglichst präzisen Kenntnisstand von Empirie und Hintergrund des Forschungsthemas, was in den vorigen Kapiteln gewährleistet wurde, und soll unter diesen Voraussetzungen eine möglichst genaue Aussage und korrekte Interpretation der Daten sicherstellen (vgl. Charmaz, 1996, S. 33). Allgemein priorisiert die Theorie eine Codierung, Kategorisierung und Analyse aufgrund des empirisch gewonnenen Datenmaterials und befürwortet, dass erst nach diesem ersten Untersuchungsprozess ein analytischer Vergleich mit vorhandener Literatur stattfinden solle. So wird der forschenden Person durch eine neutrale, offene Vorgehensweise die Möglichkeit gegeben, neue Erkenntnisse zu gewinnen, was ganz im Sinne dieser explorativ ausgerichteten Arbeit liegt (vgl. Charmaz, 1996, S. 47 f.).

Das Untersuchungsfeld umfasst alle an der Lebensmittelverteilung involvierten Organisationen einschließlich der daran in irgendeiner Form beteiligten politischen und privaten AkteurInnen im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg. Für eine möglichst präzise, multiperspektivische Wiedergabe des Untersuchungsfeldes sollen daher in einem ersten Schritt fünf vor Ort agierende Organisationen sowie im Anschluss an die erste Befragungsrunde eine politisch aktive Person für die Stichprobenauswahl eruiert werden. In einem zweiten Schritt kann optional je nach Erkenntnistiefe des bis dahin gewonnenen Datensatzes eine anschließende Selektion von VerbraucherInnen erfolgen. Die Selektion der in Kapitel 5 vorgestellten AkteurInnen soll durch die unterschiedliche Aufgaben-, AbnehmerInnen- und Organisationsstruktur das Kriterium der Multiperspektive gewährleisten. Weiterhin sind die Tafel, Foodsharing und die App „Too Good To Go“ bundesweit vertreten, was für eine Entwicklung eines Best-Practice-Konzepts für ähnliche Stadtteile wie Hamburg-Wilhelmsburg förderlich ist. Auch die Konzepte von Solawi und Minitopia finden in modifizierter Form

ebenfalls an anderen Orten in Deutschland Anwendung und bieten demzufolge eine Basis für die Übertragbarkeit auf andere Stadtteile. Überdies erfüllt die für die Untersuchung geplante Stichprobenzahl von minimal sechs ProbandInnen das Kriterium eines qualitativen Interviews, für das Brinkmann und Kvale ein Spektrum von 15 +/- 10 empfehlen (vgl. Brinkmann/Kvale, 2014, S. 49).

Ein Kennzeichen qualitativer Forschung ist laut Flick die Gegenstandsangemessenheit von Methoden und Theorien, welche so offen gestaltet sein müssen, dass sie der Komplexität im untersuchten Gegenstand gerecht werden. Dieses soll in der eigenen Untersuchung durch ein nicht standardisiertes Leitfadeninterview gewährleistet werden (vgl. Flick, 2017, S. 26-28), das durch eine ergebnisoffene Gestaltung der Interviewsituation die Sichtweise eines befragten Subjekts eher zur Geltung bringt als standardisierte Interviews (vgl. Flick, 2017, S. 194). Es soll zudem ein Satz von Fragen konzipiert werden, „der jedoch in variabler Reihenfolge und ggf. [!] leicht umformuliert gestellt wird, um dem Interviewten zu ermöglichen, seine Sicht auf bestimmte Dinge zu entfalten“ (Flick, 2017, S. 571). Es müssen für die spätere Untersuchung demzufolge mindestens zwei verschiedene Leitfäden erstellt werden: einer für die Organisationen, einer für die politisch agierende Person und bei Bedarf ein dritter für die VerbraucherInnen. Als weiteres Kennzeichen müssen in der qualitativen Forschung unterschiedliche subjektive Perspektiven berücksichtigt und analysiert werden, was in dieser Arbeit durch die Befragung sowohl von ExpertInnen der Organisationen als auch aus dem politischen Bereich realisiert werden soll. Zusätzlich fungiert die Reflexion der forschenden Person über die vorgenommene Untersuchung als Teil der Erkenntnis (Flick, 2017, S. 29; s. a. Brinkmann/Kvale, 2014, S. 48). Schließlich wird laut Flick das Verstehen zu einem Erkenntnisprinzip (vgl. Flick, 2017, S. 97). Um dieses Kriterium zu erfüllen, nennen Brinkmann und Kvale sowie Scholl das Stellen von Spiegelfragen, die analog zur klientenzentrierten Befragung des therapeutischen Fachpersonals sicherstellen sollen, dass die interviewenden GesprächspartnerInnen die eigene phänomenale Welt der Befragten möglichst präzise erfassen und Zweideutigkeiten vermieden werden. Das Interview entspricht in diesem Fall einem gemeinsamen, rekonstruktiven, unvoreingenommenen, möglichst spezifischen Suchprozess der Gesprächsbeteiligten, der Vielfalt evoziert und durch aktives Zuhören der interviewenden Person erfolgreich gesteuert wird (vgl. Brinkmann/Kvale, 2014, S. 14, 70; ebenso Scholl, 2018, S. 200 f.).

Für die AkteurInnen soll das persönliche (Face-to-Face-)Interview angewendet werden. Ein Vorteil dieser Methode ist zum einen die Möglichkeit, das Instrument des Fragebogens inhaltlich komplex anzulegen, da die interviewende Person dank des persönlichen Gesprächs auf Nachfragen der befragten Person eingehen kann (vgl. Scholl, 2018, S. 59), zum anderen ist diese Methode mit einer höheren Compliance, einer geringeren

Abbruchwahrscheinlichkeit sowie einer durch den größeren Verbindlichkeitsgrad einhergehenden höheren Ausschöpfungsquote verbunden, wohingegen die Gefahr von sozial erwünschten Antworten durch bestimmte Fragestellungen möglichst klein gehalten werden sollte (vgl. Scholl, 2018, S. 37). Gerahmt wird jedes Interview durch eine umfassende Aufklärung der befragten Personen. So soll die interviewende Person in Form eines kurzen Briefings vor Beginn der Befragung über den weiteren Verlauf des Gesprächs informieren und offene Fragen klären. Am Ende soll weiterhin durch ein Debriefing die Möglichkeit gegeben werden, Rückfragen zu stellen beziehungsweise weitere Anmerkungen einzubringen (vgl. Brinkmann/Kvale, 2014, S. 62 f.). Bei einem wissenschaftlichen Interview müssen zudem ethische Rahmenbedingungen eingehalten werden. Hierzu gehört unter anderem die Aufklärung des befragten Subjekts über das Ziel der Untersuchung sowie über die Verwendung der Daten und wird durch eine schriftliche Einwilligung vor Beginn des Interviews bestätigt (vgl. Brinkmann/Kvale, 2014, S. 30-35).

6.1.1 ExpertInnen-Interview

Als Methode der Befragung soll für die Organisationen und die politisch agierende Person das sogenannte „ExpertInnen-Interview“ Anwendung finden. Dank der kleinen Stichprobe ermöglicht es Tiefenperspektive, erzeugt bereichsspezifische als auch objektbezogene Aussagen und kann ein privilegiertes, professionelles ExpertInnen-Wissen erfassen (vgl. Scholl, 2018, S. 68-74). Die in dieser Untersuchung befragten ExpertInnen fungieren demzufolge als RepräsentantInnen einer Gruppe oder Organisation (vgl. Flick, 2017, S. 114 f.), sind die Zielgruppe der forschenden Person und können gleichzeitig neue Erkenntnisse über die VerbraucherInnen vermitteln (vgl. Scholl, 2018, S. 69). Sollten aufgrund noch offener Fragen in einem zweiten Schritt VerbraucherInnen befragt werden, wird für diese das problemzentrierte und fokussierte Interview angewendet. Dieses soll die Befragten durch einen minimal strukturierten Leitfaden (s. Anhang, S. 106) zu einer möglichst breiten Reaktions- sowie Antwortvielfalt motivieren, was dem größtmöglichen Erkenntniszuwachs in dieser Arbeit dient, Tiefe realisiert und einen Abgleich mit den faktisch-zentrierten Aussagen der ExpertInnen herzustellen vermag (vgl. Scholl, 2018, S. 74-76).

Die Erstellung der Interviewleitfäden beruht auf einem für diese Arbeit eigens erstellten Analyserahmen. Für diesen werden aus den eingangs formulierten Forschungsfragen sogenannte Schlüsselfragen abgeleitet, welche die Konzeption der einzelnen Leitfäden erleichtern (s. Anhang, S. 98-100). Die akademisch formulierten Schlüsselfragen dienen der Erfassung des Untersuchungszieles und werden für die Interviews in Alltagssprache sowie detaillierter aufgeschlüsselt aufbereitet (vgl. Brinkmann/Kvale, 2014, S. 41 f.).

Im Folgenden wird erläutert, wie das in der Untersuchung erzeugte Datenmaterial verarbeitet werden soll.

6.1.2 Qualitative Inhaltsanalyse

Das Interview bildet die Datengrundlage, das im Sinne der qualitativen Forschung die Gütekriterien Transparenz, Konsistenz, Kohärenz sowie Kommunikabilität erfüllen sollte (vgl. Flick, 2017, S. 107). Transparenz kann laut Scholl durch eine möglichst vollständige Dokumentation der Transkripte vom Gespräch und der Kategorisierungsschritte bei der Analyse hergestellt werden. Die Sicherung der Daten soll daher mit Hilfe eines Aufnahmegerätes erfolgen, das sicherstellt, dass das Interview möglichst verlustfrei festgehalten wird. Für die Untersuchung in dieser Arbeit sollen die Befragungen durch das Mobiltelefon und die App „Dictaphone“ von ALON Software (Version 1.7.6) begleitet werden, da die interviewten Personen bei der Verwendung von Tonbandgeräten eventuell weniger entspannt agieren als bei der Benutzung eines Alltagsgegenstandes. Der Terminus „Konsistenz“ entspricht in der qualitativen Forschung der Reliabilität in der standardisierten Forschung und definiert die Vergleichbarkeit unterschiedlicher Interviewverhältnisse sowie lebensweltlicher Situationen, was durch einheitliche Leitfäden realisiert wird (vgl. Scholl, 2018, S. 26). Weitere Aspekte sind beispielsweise die Gemeinnützigkeit aller Organisationen, das Wirken im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg und der Kontakt mit Lebensmitteln. Kohärenz wiederum beschreibt den bei der Auswertung festzustellenden thematischen Bezug der Aussagen der Befragten und Kommunikabilität korrespondiert mit der Validität in der quantitativen Forschung. Der letzte Terminus bezieht sich explizit auf den Abgleich vom erhobenen Datenmaterial mit der im Forschungsprozess entwickelten Theorie und kann konsequenterweise keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit, wie in der quantitativen Forschung angestrebt, erheben (vgl. Scholl, 2018, S. 26 f.). Diese Limitation auf den Einzelfall muss sowohl in der Analyse als auch in der Ergebnisdarstellung berücksichtigt werden.

Nach Flick kann das in dieser Untersuchung verwendete, nicht standardisierte Interview mit Hilfe von Text ein Verständnis sozialer Realität erzeugen (vgl. Flick, 2017, S. 107). Allerdings fügt er einschränkend hinzu, dass die Wirklichkeit nicht nachprüfbar sei. Vielmehr lasse sich feststellen, welche Konstruktion das erzählende Subjekt von Leben und Erfahrungen präsentiert und auch welche Version in der Forschungssituation entsteht. Hierdurch werde Wirklichkeit konstruiert (vgl. Flick, 2017, S. 116, 119). Es muss also bei der Analyse der Interviewsituation kritisch beurteilt werden, ob es mögliche Anhaltspunkte für Verzerrungen wie Verfälschungen einer Darstellung gibt und in welchem Ausmaß diese in der Interpretation zu berücksichtigen oder zu problematisieren sind (vgl. Flick, 2017, S. 494). Auch Scholl nennt die Gefahr eines Bias aufgrund des Effekts der sozialen Erwünschtheit. Verfälschte Antworten könnten nach Scholz dadurch gekennzeichnet sein, dass die

befragten Personen mit ihren Aussagen sozial erwünschte Verhaltensweisen wie prosoziales Verhalten überproportional darstellen möchten (Overreporting), während beispielsweise Stellungnahmen zu privaten oder öffentlich-normativen Verhaltensweisen durch Underreporting unterlassen werden. Ableitend aus diesen Erkenntnissen muss bei der empirischen Untersuchung auf eine Fragestellung geachtet werden, die nicht mit hohen sozialen Kosten verbunden ist (vgl. Scholl, 2018, S. 219-224).

Zuerst müssen die mit Hilfe der App „Dictaphone“ erhobenen Audiodateien der Leitfadeninterviews durch Transkription in Text umgewandelt werden. Im Idealfall erfolgt dieser Schritt nach Scholl durch eine inhaltlich-fokussierte Vorgehensweise, die in der Verschriftlichung nonverbale oder paraverbale Merkmale exkludiert und auch in dieser Arbeit aufgrund des inhaltlichen Forschungsschwerpunktes Anwendung findet (vgl. Scholl, 2018, S. 79).

Nach der Transkription kann das Datenmaterial analysiert werden. Für eine Untersuchung subjektiver Sichtweisen mit Hilfe von Leitfadeninterviews empfiehlt Flick die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (1983), wobei die Auswahl des Materials in der Regel nach vorab festgelegten Regeln erfolgt und unter Abschnitt 6.3 genauer beschrieben wird (vgl. Flick, 2017, S. 409-421). Auch Scholl plädiert für diese Methode, die er für die Analyse von Kontextinformationen sowie einer kleinen Stichprobe zwischen fünf bis 20 Personen befürwortet (vgl. Scholl, 2018, S. 79). Laut Brinkmann und Kvale impliziert das Vorgehen bei der Analyse, welches die Reduktion des Textes, dessen Kategorisierung und die Codierung thematisch zusammenhängender Abschnitte inkludiert, dass die forschende Person die Codierungen erst durch das Lesen, die Transkription und die Analyse der Inhalte entwickelt. Letztere können beispielsweise bestimmte Ereignisse, Strategien, Meinungen oder Normen umfassen (vgl. Brinkmann/Kvale, 2014, S. 121; ebenso Charmaz, 1996, S. 37). Dieses entspricht dem in dieser Arbeit verfolgten Ansatz der „Grounded Theory“, welche individuelle Fälle zu neuen Kategorien und Theorien synthetisiert und nach der neue Forschungserkenntnisse durch die induktiven Untersuchungsprozesse gewonnen werden können (vgl. Charmaz, 1996, S. 32). Weiterhin muss während der Analyse laufend beachtet werden, dass qualitative Forschung in einen Prozess eingebettet ist. Deshalb muss die Stimmigkeit des Forschungsprozesses stetig daraufhin überprüft werden, ob die getroffene Materialauswahl für die konkrete Fragestellung und das konkrete Vorgehen geeignet ist (vgl. Flick, 2017, S. 525). So muss unter anderem nach der Sichtung des Datenmaterials die Entscheidung getroffen werden, ob eine weitere Befragung von ausgewählten AbnehmerInnen der befragten Organisationen für die Beantwortung der Forschungsfragen notwendig ist.

6.2 Durchführung

Die Anfragen für die Interviews wurden im ersten Schritt ab dem 13.06.2019 per E-Mail versendet. Die angeschriebenen Personen waren die ExpertInnen von folgenden Organisationen: Tafel Arbeitsloseninitiative Wilhelmsburg, Tafel Hamburg, die Initiative Foodsharing sowie die „Too Good To Go"-GmbH. Des Weiteren wurden für Befragungen politischer AkteurInnen die Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit in Hamburg sowie eine Ansprechperson aus dem Stadtteilbeirat Wilhelmsburg angeschrieben. Nach einer erstmaligen Absage von „Too Good To Go" aufgrund fehlender zeitlicher Kapazitäten wurde um eine schriftliche Beantwortung des Fragebogens gebeten, woraufhin eine positive Rückmeldung folgte. Eine Absage erteilte auch die Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit und verwies auf andere politische AkteurInnen innerhalb von Wilhelmsburg, die für eine Beantwortung der Fragen eher geeignet wären. Bei einer telefonischen Nachfrage nach fehlender Rückmeldung bei der Ansprechperson der Bürgerinitiative verwies diese ebenfalls auf fehlende zeitliche Kapazitäten. Es mussten demnach neue ExpertInnen für die Repräsentanz der politischen Seite ermittelt werden. Dieser Prozess entspricht dem induktiven, prozessorientierten Vorgehen qualitativer Forschung. Der erste persönliche Kontakt kam über eine telefonische Terminvereinbarung zu einem Interview mit einem Vorstandsmitglied der Tafel Hamburg zustande. Im Rahmen eines einstündigen Besuchs vor Ort inklusive einer Rundführung durch den Betrieb und eines Gesprächs im Büro mit Hilfe des ExpertInnen-Interviews für Organisationen sowie schriftlichen Notizen konnten erste grundsätzliche Informationen bezüglich der Tafel-Arbeit in der Stadt Hamburg gesammelt werden. Es stellte sich jedoch heraus, dass die Arbeitsloseninitiative Wilhelmsburg unabhängig von der Tafel Hamburg agiert und demzufolge ein direktes Gespräch mit ersterer essentiell ist, um weiterführende Informationen für die Beantwortung der sich auf den Stadtteil gerichteten Forschungsfragen zu erhalten. Für das Setting Hamburg-Wilhelmsburg konnten keine spezifischen Aussagen getätigt werden und führten daher zu der Entscheidung, dass das Interview keinen Eingang in die qualitative Analyse finden kann. Die Erkenntnisse aus dem Gespräch mit der Tafel Hamburg dienen dafür der Vorstellung der Tafel-Arbeit in Kapitel 5.1 und können zusätzlich die Diskussion bereichern. Durch den lokalen Bekanntenkreis in Wilhelmsburg wurde im Anschluss der Kontakt zu einer Ansprechperson aus der Solawi Superschmelz hergestellt, dank der das erste Interview über eine Tonaufnahme mit dem Smartphone realisiert wurde. Die befragte Person hatte den Fragebogen vorliegen und hat diesen fast ausschließlich ohne notwendige Nachfragen beantwortet. Dieses entspricht auch dem empfohlenen Vorgehen Lamneks, der befürwortet, dass der Redefluss der befragten Person möglichst nicht zu unterbrechen sei (vgl. Lamnek, 2005, S. 397). Über dieses Gespräch konnten weiterhin zwei neue potentielle Kontakte für ein

wissenschaftliches Interview ermittelt werden: eine Ansprechperson der Wilhelmsburger Plattform und Initiative Minitopia sowie eine politisch aktive Person aus dem Regionalausschuss Wilhelmsburg. Nach einer schriftlichen Anfrage per E-Mail gaben beide ihr Einverständnis zu einer Befragung, und es wurde ein zeitnaher Interviewtermin bei der jeweiligen Person vor Ort vereinbart. Während dieser Zeitspanne konnte durch den E-Mail-Schriftverkehr mit verschiedenen Instanzen von Foodsharing auch ein Kontakt zu einer für Wilhelmsburg verantwortlichen Autorität hergestellt werden, die sich in ihrer Wohnung für eine Befragung bereit erklärt hat. Am Ende konnten fünf Interviews mit ExpertInnen von Organisationen mit dem Schwerpunkt Lebensmittel(-verteilung) und/oder Reduzierung der Lebensmittelverschwendung und eines mit einer politischen Autorität geführt werden. Die hieraus gewonnenen Ergebnisse spiegeln Scholls Meinung zur Stärke von ExpertInnen-Interviews wider, die neben neuen Erkenntnissen zur Organisation auch Wissenswertes in zufriedenstellender Höhe über die VerbraucherInnen vermitteln (vgl. Scholl, 2018, S. 68-70). Aufgrund dieser Entwicklung und entsprechend der „Grounded Theory“, nach der die forschende Person den Untersuchungsprozess in Folge neuer Einsichten innerhalb der Interviews anpasst, wurde sich gegen eine weitere Befragung von den AbnehmerInnen der Organisationen entschieden. Zum einen, weil vier der fünf Organisationsangebote nicht ausreichend von den Bedürftigen wahrgenommen werden, zum anderen, weil die ExpertInnen der Organisationen selbst als AbnehmerInnen agieren und in dieser Untersuchung daher die Grenzen zwischen AnbieterInnen und VerbraucherInnen verschwimmen.

Grundsätzlich wurde jedes Interview durch einen von Lamnek empfohlenen, festgelegten Ablauf geprägt: Nach einer kurzen Vorstellung von der interviewenden Person und des Forschungsthemas wurde der Ablauf des Interviews beschrieben. Die befragte Person wurde zur Wahrung der ethischen Rahmenbedingungen eines wissenschaftlichen Interviews über den Datenschutz, die Gewähr der Anonymität und über eine mögliche Veröffentlichung der Bachelorarbeit aufgeklärt und hat sich mit einer Unterschrift auf dem Aufklärungsbogen für eine Befragung einschließlich der Sicherung der Daten über ein Aufnahmegerät bereiterklärt (vgl. Lamnek, 2005, S. 401). Nachdem alle Fragen beantwortet wurden, gab es die Möglichkeit, Unklarheiten zu thematisieren oder weitere Informationen mitzuteilen. Nach einem Check der Vollständigkeit der aufgenommenen Audiodateien folgte die Verabschiedung. Von den ExpertInnen der Organisationen waren eine Person männlich und vier weiblich. Die Interviews dauerten zwischen 15 und 70 Minuten.

6.3 Dokumentation und Datenauswertung

Im ersten Schritt wurden die Audiodateien durch Transkription verschriftlicht, um die anschließende Verarbeitung zu ermöglichen. Hierfür wurden die Transkriptionsregeln nach Flick angewendet, die noch einmal ausführlich im Anhang (s. Tab. B.1, S. 101) aufgeführt

werden (vgl. Flick, 2017, S. 381 f.). So wurde die Orthografie aufgrund der Priorisierung des reinen Textinhaltes bereinigt und Füllworte wie „Ähm“ oder „Äh“ exkludiert. Des Weiteren wurden paralinguistische Äußerungen, Redepausen und auf bestimmte Art betonte Worte markiert, da diese nach Lamnek „für die Interpretation von erheblicher Bedeutung sein können“ (Lamnek, 2005, S. 403). Aufgrund der starken qualitativen Orientierung wird für die Auswertung und Analyse der Interviews eine interpretativ-explikative Form gewählt. Diese sei „gemäß der Methodologie qualitativer Forschung“ am besten für „durch qualitative Interviews produziert[e] Text[e]“ geeignet (Lamnek, 2005, S. 402).

Als inhaltsanalytische Technik soll die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (1983) verwendet werden. Schließlich werden die Einzelfälle durch zergliedernde Kategorien analytisch erfasst, was der Komplexität des Untersuchungsthemas und der Pluralität an Forschungsfragen mit verschiedenen Inhalten entspricht (vgl. Lamnek, 2005, S. 514, 518). Zur Unterstützung der qualitativen Untersuchung wurde das Computerprogramm „MAXQDA 2018“ (VERBI Software) eingesetzt, welches die einzelnen Analyseschritte dank vereinfachender Funktionen, beispielsweise durch die automatische Erstellung von Tabellen, erleichtert.

Für die qualitative Inhaltsanalyse rät Mayring zu einem systematischen, regelgeleiteten, schrittweisen Vorgehen (vgl. Mayring, 1994), für das er drei Grundtechniken empfiehlt: erstens die Zusammenfassung, zweitens die Explikation und drittens die Strukturierung.

Überdies müssen die erhobenen Daten bei der Zusammenfassung insoweit reduziert werden, dass durch eine Abstraktion bei gleichzeitigem Erhalt der Kernaussagen eine optimale Übersicht erreicht wird. Das heißt zum Beispiel, dass nicht inhaltstragende Textbestandteile sowie Doppelungen gestrichen werden und ähnliche Aussagen im Sinne einer Generalisierung zusammengefasst werden. Dieser Arbeitsschritt wird auch „Paraphrasieren“ genannt und kann auch mit Hilfe von theoretischen Vorannahmen erleichtert werden (vgl. Mayring, 1994, S. 166).

Bei der Explikation rät Mayring zu der Ergänzung unsicherer Textstellen mit zusätzlichem Material, um einen ganzheitlichen Kontextbezug aller relevanten Abschnitte zu garantieren. Da es allerdings keine unverständlichen Textpassagen gab, konnte dieser Schritt in dieser Arbeit entfallen.

Das Ziel der Strukturierung wiederum sei es, „bestimmte Aspekte aus dem Material herausfiltern, unter vorher festgelegten Ordnungskriterien einen Querschnitt durch das Material zu legen oder das Material aufgrund bestimmter Kriterien einzuschätzen“ (Mayring, 1994, S. 164). Hierfür schlägt Mayring drei verschiedene Methoden vor: die Eruierung einer inneren Struktur durch die formale Strukturierung, die Analyse von Material nach inhaltlichen

Gesichtspunkten (inhaltliche Strukturierung) oder aber die Bestimmung und Beschreibung markanter Materialausprägungen (typisierende Strukturierung) (vgl. Mayring, 1994, S. 170). Da bei dieser Arbeit bereits ein Analyserahmen mit akademisch formulierten Fragen vorliegt (s. Anhang, S. 98-100), konnten in einem ersten Schritt folgende, für die Schlüsselfragen verwendete Oberkategorien (Codes) mit nachgeordneten Unterkategorien (Subcodes) angewendet werden:

Code A: Kooperation
Subcode A.1: Aktuelle Kooperationsstruktur
Subcode A.2: Kooperative Zukunftskonzepte
Subcode A.3: Unterstützung von Kooperationen
Subcode A.4: Effekte von Kooperationen
Subcode A.5: Öffentlichkeitsarbeit

Code B: Hürden einer kooperativen Zusammenarbeit
Subcode B.1: Hindernisse einer Vernetzung
Subcode B.2: Hindernisse Lösungsstrategien
Subcode B.3: Gesetzlich bedingte Einschränkungen

Code C: Problembewusstsein
Subcode C.1: Status gerechte Lebensmittelverteilung
Subcode C.2: Lebensmittelqualität der Organisationen
Subcode C.3: Status Lebensmittelverschwendung

Code D: Evaluation
Subcode D.1: Qualitätsmanagement
Subcode D.2: Best-Practice-Kriterien

Bei der Durchsicht des Datenmaterials kamen aufgrund der explorativen, induktiven Vorgehensweise noch zwei weitere essentielle Kategorien hinzu, die die von gesundheitlicher Ungleichheit betroffene Zielgruppe des prekären Milieus des Stadtteils Hamburg-Wilhelmsburg in qualitativer Hinsicht näher beschreiben: „Essverhalten von Bedürftigen“ und „Interventionen für bedürftige Zielgruppen“. Diese sollen als Subcodes „E.1“ und „E.2“ des Codes „E: Bedürftige“ fungieren.

Im Anschluss wurden den Kategorien mit Hilfe des Programmes „MAXQDA“ konkrete Textstellen aus den Interviews zugeordnet und durch farbliche Markierung der jeweiligen Codings in eine übersichtliche Form transformiert. So erhielten beispielsweise alle Subcodes von „Code A: Kooperation“ die Farbe Blau. Abschließend wurden die einem Subcode zugehörigen, in einer Excel-Tabelle aufbereiteten Textstellen nach ihrer Aussagekraft von

Faktor 1 bis 3 gewichtet (s. Anhang, S. 107). Bei diesem Schritt wurden beispielsweise neue Erkenntnisse für die Beantwortung der Forschungsfragen oder mehrmalige Nennungen einer Aussage von AkteurInnen mit einer dreifachen Gewichtung bewertet. Beschreibungen eigener Erfahrungen wurden zweifach und ergänzende Informationen oder Einzelfallbeschreibungen einfach gewichtet. In der nachfolgenden Ergebnisdarstellung werden aufgrund der Fülle an eruierten Segmenten einzelner Kategorien ausschließlich Textstellen mit dem Faktor 3 präsentiert; die niedriger gewichteten Ausschnitte dienen als zusätzliches Material in der Diskussion (s. S. 65).

7. Vorstellung der empirischen Ergebnisse

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der ExpertInnen-Interviews präsentiert, die durch die Strukturierung über die Kategorien, wie von Mayring empfohlen, trotz der Datenmenge eine übersichtliche Form wahren. Dementsprechend wurden inhaltlich nicht relevante Füllworte sowie doppelte Propositionen exkludiert (vgl. Mayring, 1994, S. 164-166).

Code A: Kooperation

Subcode A.1: Aktuelle Kooperationsstruktur

> *„Wüsstest du davon, dass wir mit Foodsharing zusammenarbeiten? Nein, oder?“ (Aus dem Hintergrund:) „Zusammenarbeiten nicht. Ab und zu gibt es mal Lebensmittel, mehr nicht.“* (Tafel Wilhelmsburg)

> *„Wir arbeiten eng mit vielerlei Initiativen zusammen. Beispielsweise kann man über die App an die Tafeln in Berlin, Hamburg, München und Frankfurt spenden. Außerdem haben wir das Bündnis Lebensmittelverschwendung zusammen mit Foodsharing, SIRPLUS und ‚Restlos Glücklich‘ gegründet, mit dem wir verschiedene Themen mit vereinter Stimme in der Öffentlichkeit angehen.“* (Too Good To Go)

> *„Und klar machen wir auch eigene Angebote, aber hauptsächlich sind wir ein Netzwerk. Um Dinge zusammenzubringen und möglich zu machen. Und da kooperieren wir ständig. Wir hatten erst letztens das Nyéléni-Netzwerk hier, das war total toll. Da geht es halt um Ernährungssouveränität. Ich weiß nicht, wie viele Initiativen es da gibt, das ist ja eine weltweite Bewegung. Wie viele Initiativen da eigentlich * in diesem Netzwerk sind. Also da kommt alleine schon ein ganzer Haufen aus allen Bereichen zusammen. Und das hat halt einen unglaublichen Effekt. Wenn solche Leute zusammenkommen. Man muss aufpassen, dass man nicht immer nur die erreicht, die ohnehin schon immer voll aktiv sind. Aber das ist immer das Problem. Aber hier haben wir dann eine Plattform, wo sich auch mal Leute her trauen, weil die schon hier waren, weil die den Garten nutzen oder so. Die gehen dann auch mal zu solchen Treffen, wo sie sonst vielleicht nicht hingehen würden. Weil es hier dann heimisches Gebiet ist, dann kommen die auch. Aber insofern, alles ist hier auf Kooperation angelegt. Das ist die Hauptsache. Das macht voll Sinn. Da brauchen wir übrigens auch die Stadt nicht.“* (Minitopia)

> *„Wir haben jetzt zum Beispiel auch die Kooperation vom ‚Dockville‘ übernommen, das haben vorher die Harburger Botschafter gemacht. Jetzt machen es die Wilhelmsburger Botschafter, weil es ja auch in Wilhelmsburg stattfindet. Aber es gab keinen Botschafter, deswegen gab es da niemanden, der sich darum gekümmert hat und die*

*Harburger fanden es zu schade, dass einfach alles weggeschmissen wird. * Jedenfalls haben wir es dann letztes Jahr so gemacht, dass wir die restlichen Lebensmittel in dem Hausprojekt ‚Go Mokry' ausgestellt haben, wie in einem Laden. Und * da wohnen ja auch relativ viele Leute, ich glaube so an die hundert."* (Foodsharing)

*„Die Solawi ist wie sehr viele andere Solawis auch ziemlich eigenständig und unabhängig. * Andere Organisationen kooperieren bisher nur am Rande oder umgekehrt kooperiert die Solawi relativ wenig. Auf der Ebene der Erzeugung wird durchaus kooperiert mit Nachbarhöfen oder überhaupt in der Biogemüse-Szene, das ist aber ja eine Notwendigkeit der Arbeit."* (Solawi)

*„Wir nennen uns Spielplatz urbaner Selbstversorgung, also zum Beispiel eine Ernteschwemme haltbar machen für den Winter. Wo es halt nicht dieses ganze Sortiment zur Verfügung gibt. Also da ist zum einen schon dieser Fokus auf Bildungsangeboten, aber da haben wir auch die Solawi gegründet. Heißt, wir versorgen-, wir haben siebenhundert Anteile, die wir mit Gemüse versorgen. Und * parallel haben wir jetzt gerade eine Food-Koop gegründet, wo es um Lagersachen geht, Trockenware. Da tun sich auch Leute zusammen und kaufen in Großgebinden, lagern gemeinsam ein und holen sich ihren Bedarf dann jeweils ab. Das sind so die Hauptgeschichten. Ansonsten sind es überwiegend Bildungsangebote."* (Minitopia)

*„Ja, mit Foodsharing sowieso für unsere Reste. Wir machen aber auch Foodsharing, Slowfood, * mit den Containerleuten. Also was Lebensmittelverschwendung angeht. Schnippelparties mit Slowfood-Gärtnern, Ernährungsrat Hamburg, * sowas im Ernährungsbereich auf jeden Fall. Und dann aber auch sonst-, Alternulltiv, diese Zero-Waste-Geschichten. Also wir sind hier ja eine Plattform. Also ich lade die ein. Das sind nicht alles Angebote von uns, sondern das sind Angebote von Initiativen, die das hier nutzen dürfen. Nutzen SOLLEN."* (Minitopia)

„Also von dem Stadtteilbeirat kriege ich auch manchmal Protokolle. Und ich bin ja auch im Stiftungsrat vom Bürgerhaus. Ich habe von solchen Projekten hier auf der Insel überhaupt (betont) noch nichts gehört. Dass es sowas gibt." (Regionalausschuss)

In den persönlichen Gesprächen und durch die schriftliche Aussage von „Too Good To Go" stellte sich heraus, dass es nicht nur eine kooperative Zusammenarbeit zwischen den untersuchten AkteurInnen gibt, sondern auch innerhalb der jeweiligen Organisationsstruktur, auf der Mikroebene der Nachbarschaft und mit weiteren Aktiven wie lokalen Betrieben oder überregionalen Initiativen. Laut Erfahrungen aus dem Arbeitsalltag der Expertin des Regionalausschusses bestünden im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg jedoch keine lokalen

Kooperationen mit dem expliziten Ziel, gesundheitliche Ungleichheit sowie Ernährungsarmut zu reduzieren.

Subcode A.2: Kooperative Zukunftskonzepte

> *„[Eine lokale Kooperation] finde ich gut. Ich glaube, das wäre nicht schlecht. Also die, die du da schon recherchiert hast oder die ich auch noch aufgezählt hab, kann ich mir durchaus vorstellen. Wenn das da jemand in die Hand nimmt und wenn die da auch Interesse dran haben."* (Regionalausschuss)

> *„Natürlich arbeiten wir jeden Tag daran in noch mehr Läden in ganz Deutschland vertreten zu sein, denn unser Ziel ist es, dass nirgendwo mehr Essen entsorgt werden muss."* (Too Good To Go)

> *„Eine weitere mögliche Kooperation wäre natürlich, dass alle, die in irgendeiner Form Verteilstellen betreiben oder benötigen, sich auch zusammentun und eine gemeinsame Verteilstelle existiert, die zum Beispiel alle Formen von Lebensmitteln aus verschiedenen Quellen verteilt, wo die verteilt werden können. Wo vielleicht auch Informationen gebündelt sein können, wo Veranstaltungen stattfinden, wo zum Beispiel auch gekocht werden kann und in gewisser Weise dadurch auch wieder Informationen vermittelt werden."* (Solawi)

Bei den Aussagen, die der Kategorie „Kooperative Zukunftskonzepte" folgen, ist ein gemeinsamer Tonus von dreien der befragten AkteurInnen erkennbar. Es scheint eine interdisziplinäre, wachsende Vernetzung unter AkteurInnen, die sich Themen wie „Lebensmittelrettung" oder „soziale Chancengleichheit" verschrieben haben, wünschenswert zu sein, ebenso wie die Verankerung von Kooperationen im lokalen Setting.

Subcode A.3: Unterstützung von Kooperationen

> *„Wir werden vom Umweltministerium gefördert, dem BMU, also von dem Bundesministerium für Natur, Umwelt und Reaktorsicherheit. Das ist im Rahmen von ‚Kurze Wege für den Klimaschutz'. Das sind halt Bildungsangebote, die wir machen. Also für zwei Jahre sind wir da gefördert. Aber die Miete ist immer Querfinanzierung über unsere Schulgeschichten, Honorare, auf die wir verzichten, Spenden und halt Vermietungen und so was. Wenn wir Veranstaltungen und so was haben, damit müssen wir die Miete-. Also wir sind nicht institutionell gefördert."* (Minitopia)

> *„Und dann sind da teilweise auch Stiftungen, die dann mit unterstützen. Nicht die reinen Schulangebote, aber zum Beispiel Praxis-Lerntag, das ist so eine Metall-Berufsvorbereitung. Die kommen halt schon morgens, immer am Mittwoch. Das ist*

*Berufsorientierung und * die sind normalerweise-. Da zahlt die Schule gar nichts, weil die normalerweise einen Tag pro Woche im Betrieb sind. Und im Betrieb läuft das ja eh so mit. Die haben sowieso ihre Einnahmen. Die haben ihr Material, die haben ihre Angestellten. Das haben wir hier alles nicht. Also * das finanziert dann zum Beispiel die Bürgerstiftung Hamburg. Weil die das ermöglichen wollen, dass wir * vor allem Handwerk mit den Jugendlichen machen. Das müssen wir dann über Stiftungen holen. Aber Stiftungen finanzieren jetzt halt nicht normale Schulkurse oder die Betriebskosten dafür, denn das ist Aufgabe der Schule. Die finanzieren auch nichts, wo eigentlich der Staat zuständig wäre."* (Minitopia)

*„Also die Schulen sourcen ja aus. Die haben ja einen Ganztagsbetrieb, müssen also bis sechszehn Uhr Unterricht gewährleisten * und schieben das dann an die außerschulischen Lernorte *, aber die haben dann die Kosten. Dann ist hier natürlich auch so ein Kursleiter günstiger als ein angestellter Lehrer. Damit ist schon mal viel gespart. Aber halt die Anlagen, damit haben die nichts am Hut. Wird einfach- (pfeift). Keine Ahnung, wenigstens irgendeine Pauschale oder so etwas. Es gelten ja auch Museen als außerschulischer Lernort, weil da mal eine Schulklasse für einen Tag kommt. Aber wir haben halt jeden Tag Schüler."* (Minitopia)

*„Also Wirtschaft, * ja was das Sponsoring angeht. Also Reeder Vogel sponsert uns Industrierollen oder HPA hat uns ganz viele Elektroden, was zum Schweißen und Metallbearbeitungsgeräte geschenkt. Wir machen hier mit Unternehmen Teamtage. Die kommen dann für einen Tag mit ihren Mitarbeitern und arbeiten schwer und geben uns auch noch Geld dafür. Die sind uns irgendwie am liebsten. Oder manchmal gibt es hier Betriebsfeiern."* (Minitopia)

„Die Haspa hier, die spendet ja auch regelmäßig, die Affi - und ich glaube noch so eine Baufirma, ich bin mir aber nicht sicher. Ja, Einmalsachen, so hauptsächlich zu Weihnachten. Aber von der Stadt Hamburg, da kommt gar nichts, da gibt es gar keine Unterstützung." (Tafel Wilhelmsburg)

*„Ansonsten läuft es halt ohne Geld. * Also von politischer Seite ist das eigentlich mehr dahingenommen oder geduldet, als dass wir jetzt wirklich aktiv unterstützt werden. * Ich muss mal überlegen. *2 sec* Also zum Beispiel könnte man auch Uni-Politik mit dazu nehmen. * An der TUHH, an der HAW, an der UHH gibt es ja auch Fair-Teiler. Also Unis sind ja auch oft politisch, und von daher haben sie sich auch aktiv dafür eingesetzt oder haben ihren Zuspruch geleistet, dass die Fair-Teiler da geöffnet werden können. So, das wäre jetzt das Politischste, das ich mir vorstellen kann. Aber sonst werden wir nicht unterstützt. Ich glaube auch, das ist einfach noch nicht brisant*

*genug, das Thema. Da gibt es andere * Themen, die für Politiker (betont) gerade wichtig sind."* (Foodsharing)

„Und die Stadt Hamburg kommt jetzt nicht und sagt, joa, hier, euer Auto ist kaputt oder ich gebe euch [...] mal eine gewisse Summe. Ja, das wird halt alles von der Kirche gespendet, getragen oder auch nicht. Also insofern wäre es von der Stadt Hamburg schon wünschenswert." (Tafel Wilhelmsburg)

„Planen Sie eine Beantragung von Fördermitteln?" „Nein." (Too Good To Go)

Es lässt sich zusammenfassen, dass die untersuchten Organisationen nach eigener Aussage teilweise durch politische als auch durch wirtschaftliche AkteurInnen unterstützt werden. Das Ergebnis ist demzufolge sehr heterogen und hängt zum Beispiel außerdem davon ab, ob eine Organisation als Verein, als GmbH wie „Too Good To Go" oder über die Durchführung von gemeinnützigen Projekten fungiert.

Subcode A.4: Effekte von Kooperationen

*„Also ich hab dadurch so:: viele Leute in Wilhelmsburg kennengelernt. * Das hätte ich niemals gedacht, und das hat mir nochmal eine ganze Welt eröffnet, eine soziale. Und auch sowas wie-, Freunde einladen. ‚Ey, mein Kühlschrank platzt aus allen Nähten, kommt vorbei und helft mir, das aufzuessen.' Oder auch einfach, dass man mal bei Freunden vorbeiradelt und Essen vorbeibringt. Ja, das stärkt auf jeden Fall die Interaktion."* (Foodsharing)

*„Und wir verteilen untereinander Sachen, auch von der Solawi. Oder andere haben auch Öko-Kisten. Wir haben eine E-Mail-Adresse, wo alle drin sind * oder da [bekam] jemand neulich eine Schokolade geschenkt, die er nicht mochte. Und die Kinder sowieso, die werden dann reihum versorgt, wenn es irgendwo Pfannkuchen gibt. Oder Nudeln mit Tomatensoße."* (Regionalausschuss)

„Hauptsächlich dauert die Zusammenarbeit bei Kooperationen zwischen ehrenamtlichen Organisationen und hauptberuflich agierenden Organisationen ein bisschen länger, da unterschiedliche Verfügbarkeiten und Arbeitsweisen aufeinandertreffen. Es lohnt sich aber am Ende auf jeden Fall und ist bereichernd." (Too Good To Go)

Als positive Effekte einer kooperativen Zusammenarbeit wurden vor allem die Stärkung der Nachbarschaft und des sozialen Netzwerkes beschrieben. Außerdem gibt es auf der Mikroebene der nachbarschaftlichen Vernetzung über eine Hausgemeinschaft, wie von der Expertin des Regionalausschusses dargestellt, einen regelmäßigen Austausch von

Lebensmitteln. Ein negativer Aspekt ist nach Aussage von „Too Good To Go“ die zeitintensive Planungs- und Absprachephase zu Beginn einer neuen Kooperation.

Subcode A.5: Öffentlichkeitsarbeit

> *„Die Werbung für die Solawi, die ist auf jeden Fall auf verschiedenen Kanälen gemacht worden. Schwer zu sagen, welcher besonders wichtig ist. Also es wurde in verschiedenen Stadtteilen, in Stadtteilzeitschriften oder in der Lokalpresse versucht, darauf aufmerksam zu machen. Es gab Informationsveranstaltungen, die aber letztlich auch ohne die lokalen Medien eventuell gar nicht so bekannt gewesen wären. Es wurde ziemlich wenig in sozialen Netzwerken geworben. Viele Menschen kommen, glaube ich, auch dazu, weil die Freunde, Bekannten davon erzählen und es wird bei Veranstaltungen geworben.“* (Solawi)

> *„Der eine bringt dann noch eine Freundin mit. Oder, ah, ich weiß noch von einer Nachbarin, die muss unbedingt mal herkommen, und dann muss mein Sohn mal kommen und der bringt einen Kumpel mit. Wenn wir einen NDR-Bericht haben oder sowas, dann kommen hier ganz viele neue Leute auf den Hof. Aber wer dann andockt und wer halt nur mal gucken kommt oder eine Sache mitmacht, das ist nochmal ein Unterschied.“* (Minitopia)

> *„Also was wir dann gemacht haben, ist einfach mal die Veringstraße runterzugehen und in jeden Laden reinzugehen, Flyer mitzugeben, Handynummern dazulassen. ‚Wenn ihr was übrighabt, gebt es uns.‘ “* (Foodsharing)

Die befragten Organisationen kommunizieren mit der Öffentlichkeit als auch mit KooperationspartnerInnen vor allem über persönliche Gespräche und weniger über digitale Kanäle wie Social Media. Weitere Maßnahmen sind beispielsweise der Einbezug der lokalen Presse.

Code B: Hürden einer kooperativen Zusammenarbeit

Subcode B.1: Hindernisse einer Vernetzung

> *„Dank Push-Nachrichten, wenn im Umkreis von einem Kilometer ein Essenskorb gepostet wird, gar kein Problem, alles umsetzbar. Das Problem ist, dass auch die Entwickler, die dahinter sitzen und diese Apps betreiben, nicht bezahlt werden. * Das ist halt zu hundert Prozent ehrenamtlich. Da kriegt keiner (betont) irgendeinen Penny. Das einzige Geld, das fließt, * ist für Pfand.“* (Foodsharing)

> *„Seien es unzuverlässige Abholungen, die dann doch geplatzt sind, oder weil ich dann wieder mit zwanzig Kilo auf dem Rücken in die super volle S-Drei steigen musste oder*

*so was. Oder man schafft es doch nicht, das aufzubrauchen, was man gerettet hat, oder man wird es nicht los. Also gerade Fleisch ist super schwer loszuwerden. Dann kann ich nur für mein Gewissen sagen, ich habe alles gegeben, habe alle Kontakte gefragt, die ich kenne, ich habe es in alle möglichen Foren gestellt, in irgendwelchen Gruppen angeboten. Wenn ich es dann nicht loswerde, dann ist das so. Und * ja, da muss man sich dann auch von lösen können und nicht jeder Scheibe Wurst hinterhertrauern."* (Foodsharing)

„Hauptsächlich dauert die Zusammenarbeit bei Kooperationen zwischen ehrenamtlichen Organisationen und hauptberuflich agierenden Organisationen ein bisschen länger, da unterschiedliche Verfügbarkeiten und Arbeitsweisen aufeinandertreffen. Es lohnt sich aber am Ende auf jeden Fall und ist bereichernd." (Too Good To Go)

„Die [Umweltbehörde von Hamburg] duldet es, dass Foodsharing in Hamburg existiert. Die sagen nicht viel dagegen. Also da haben wir schon ziemlich Glück, im Gegensatz zu anderen Städten wie Berlin zum Beispiel. Da gibt es immer wieder Probleme mit dem Gesundheitsamt, [weil] die Bedenken haben." (Foodsharing)

Zu den möglichen Hindernissen für eine erfolgreiche Kooperation gehören nach Meinung mehrerer befragter AkteurInnen die heterogene Arbeitsweise verschiedener Organisationen samt der Planungsunsicherheit aufgrund der Unzuverlässigkeit beteiligter Betriebe oder wegen der ausschließlichen Duldung der lokalen Behörden. Überdies ist eine digitale Vernetzung mit Kosten für die Erstellung von Software verbunden, die für ehrenamtlich agierende Organisationen wie Foodsharing eine Hürde darstellen.

Subcode B.2: Hindernisse Lösungsstrategien

*„Es nützt ja nichts, wenn wir (betont) irgend so einen Bedarf ermitteln, aber die Seite, von der wir mutmaßen, dass sie einen Bedarf hätte, spürt den Bedarf gar nicht oder sagt, nein, ich bin doch gar nicht bedürftig. Ich kann mir mit meinem Geld bei Lidl oder Aldi, oder bei frag´ mich was die Sachen kaufen und ich brauche das nicht. [...] * Und dann sagen die, Gemüse will ich schon mal gar (betont) nicht haben. Das stelle ich mir eher als die Schwierigkeit vor. Das muss ja von beiden Seiten kommen. Also es muss ja eine Bedarfsanalyse oder so was da sein, ein empfundener Bedarf von Leuten, dass die sagen, wir würden gerne (betont) hochwertigere Lebensmittel zu uns nehmen, wenn wir das Geld hätten oder wir würden uns gerne gesünder ernähren, aber wir können uns das nicht leisten. Dann (betont) kann man sagen, da kann man die unterstützen."* (Regionalausschuss)

*„Bei vielen Familien, die es hier in Wilhelmsburg gibt und auch in den Schulen kriege ich das ein bisschen durch diese Förderung mit, wie wenig die Eltern an dem Vorankommen der Kinder interessiert sind, an den Erfolgen der Kinder. Ich habe das mal in der Neuhöfer Straße miterlebt, das war 2012, als sich die Sturmflut zum fünfzigsten Mal jährte, da habe ich mit den Jugendlichen einen Ausflug gemacht. Wir sind an die Nordsee und haben zu Sturmflut und Klima gearbeitet. Und die selber haben ein Jahr lang ein Theaterstück einstudiert, zwei Klassen, und haben das dann aufgeführt. Und sie haben zu dieser Aufführung alle ihre Eltern eingeladen. * Abends um sechs. Und ich war auch eingeladen. Und außer mir (betont) waren da noch drei andere Erwachsene. Die anderen Eltern hat das am Arsch nicht interessiert. Und die Kinder waren so enttäuscht, weil die so:: tolle Sachen auf der Bühne gemacht haben, das Bühnenbild selber gebastelt und das Theaterstück selber gemacht haben. Und da habe ich auch gedacht, wenn die so:: wenig von den Eltern unterstützt werden, dann brichst du auch irgendwann ab."* (Regionalausschuss)

„Es würde sich vielleicht lohnen, da [beim Bürgerausschuss] mal einen Antrag zu stellen. Wenn das sinnvoll erscheint. Also man kann da auch hingehen. Beim Regionalausschuss ist vorher, also immer zu Beginn, eine offene Fragestunde. Da können auch Bürgerinnen und Bürger, ist ja immer öffentlich, kommen. Am Anfang haben die ein Sprach- oder Fragerecht. Oder wir können auch mal als verschiedene Fraktionen Leute einladen. Das Schwierige ist ja immer, welche Ebene ist für was zuständig? Ist das jetzt der Bezirk oder die Stadt oder der Regionalausschuss?" (Regionalausschuss)

Es gibt laut Erfahrung der Expertin aus dem Regionalausschuss bereits Lösungsstrategien für benachteiligte Bevölkerungsgruppen in dem Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg. Die befragte Person nennt mehrere mögliche Gründe, warum diese Angebote nicht die erhofften Effekte erzielen. Dazu gehört beispielsweise die Unterlassung einer vorgeschalteten Bedarfsanalyse. Ferner scheint die Aufgabenverteilung der betreffenden Behörden undurchsichtig gestaltet zu sein, was beispielsweise das Stellen eines Antrages für ein kooperatives Projekt zur Reduktion gesundheitlicher Ungleichheit erschweren kann.

Subcode B.3: Gesetzlich bedingte Einschränkungen

*„Ich glaube, wenn solche Behörden es darauf anlegen, Solawis zu kontrollieren, gerade Solawis, die noch mehr als nur Gemüse und zum Beispiel Eier und Fleisch und sowas liefern, dann * gibt es auf jeden Fall große behördenrechtliche Probleme. Die Frage ist ja, aus welcher Sicht von jeglicher Art von Behörde, was eigentlich eine Solawi ist? Ist das ein Laden? [...] Oder ist es eine Abo-Kiste? Dann muss aber auch*

*irgendeine Firma bestehen und es müssen auf jeden Fall, so oder so, Steuern gezahlt werden. * [...] Bisher ist das eher auf der steuerlichen Ebene, da es sozusagen auf der vereinsrechtlichen Ebene ein Thema-. Weil es immer wieder Berichte von Solawis gibt, die von Ämtern nicht mehr einfach durchgewunken werden. [...] Dass gesagt wird, ihr seid doch schon als Konzept in den Medien. [...] Aber eine Unsicherheit, welche Rechtsform man wählt oder ob man Steuern einkalkulieren muss und wenn ja, in welcher Höhe als Solawi * und solche Unsicherheiten, die sind auf jeden Fall eine Hürde für Solawis, also für eine Neugründung oder für eine Weiterentwicklung. * Das liegt eben daran, dass diese Unternehmensform, diese klitzekleine, relativ neu ist und alle Gesetze im Durchschnitt deutlich älter und sich niemand die Mühe macht, ein kleines Solawi-Gesetz vorzuschlagen. Und in dem dann so ein paar spezifische Fragen geregelt sind."* (Solawi)

*„Aber die Diskussion war auch schon ziemlich lange in den Medien vertreten, ob Containern legalisiert werden sollte oder nicht. Hamburg wollte ja Vorreiter sein, hat das aber nicht geschafft. Irgendwie ist das durch die Bürgerschaft nicht durchgekommen. * Aber die Läden werden jetzt auch selbst aktiv und * bauen teilweise Regale auf. Es gibt bestimmte Ketten, da ist neben dem Eingang ein kleines Regal, da liegt abgelaufene Ware drin. Da steht dann drüber: Essen auf eigene Gefahr. * Deshalb wird ja Ware, die das Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten hat, weggeschmissen, weil der Laden dann in Haftung tritt. Und bis zum Mindesthaltbarkeitsdatum ist es der Hersteller. Der Laden möchte dieses große Risiko nicht eingehen, also werden die Lebensmittel weggeschmissen, obwohl sie vielleicht noch ok sind. Wenn das jetzt abgepackte Lebensmittel sind, dann muss es halt jeder selber entscheiden."* (Foodsharing)

„Die [Tafeln] dürfen, glaube ich, auch nichts verteilen, was schon abgelaufen ist. […] Was ich doof finde, ich kaufe immer (betont) abgelaufene Sachen, weil ich genau weiß, dass die noch gut sind." (Regionalausschuss)

„Wir haben mit dem Bündnis Lebensmittelrettung drei Forderungen an die Politik gestellt, die rechtlich bindende Maßnahmen beinhalten. Dazu gehört ein Wegwerfstopp, dass es schwerer wird Lebensmittel zu entsorgen und einfacher macht Lebensmittel zu retten." (Too Good To Go)

Zum einen beeinträchtigt nach Stellungnahme von Foodsharing das in Deutschland geltende Lebensmittelrecht die Rettung noch genießbarer Nahrungsmittel aufgrund der Haftung des Einzelhandels für Produkte, die das Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten haben. Zum anderen sind Organisationsformen wie die Solawi in Deutschland noch relativ

neu und es besteht die Sorge, dass die Belastung mit Steuern zu finanziellen Einschränkungen führen könnte.

Code C: Problembewusstsein

Subcode C.1: Status gerechte Lebensmittelverteilung

> *„Alle verdienen gleich viel und alle verdienen, würde ich behaupten, mehr als bei vergleichbaren Solawis, Biogärtnereien oder sonstigen Unternehmen, Abo-Kisten und so weiter. * Also das Arbeiten in der Logistik wird gleich entlohnt wie das Arbeiten mit Gemüse. Was noch nicht funktioniert, ist die Entlohnung der organisatorischen Arbeit."* (Solawi)

> *„Also manche sehen das schon so als * umsonst Einkaufen, aber es wird auch versucht, das bei Foodsharing zu unterbinden. Dass da solche Mentalitäten aufkommen, das geht einfach GAR NICHT. Das Optimale ist für uns natürlich, wenn es nichts abzuholen gibt. Dann heißt das, dass der Laden gut kalkuliert hat. Das ist eigentlich der Optimal-Zustand. Ich sag mal, wie in JEDEM Verein oder in JEDER Gruppe von Menschen hat man halt ein paar Idioten dabei. Aber es hält sich zum Glück in Grenzen. Und in Wilhelmsburg ist das sehr entspannt. Da gibt es jetzt nicht so:: (betont) viel Futterneid."* (Foodsharing)

> *„Und da ist es auch interessant, wie aufgeteilt wird. Also dass bei Foodsharing wirklich die Fairness großgeschrieben wird. Jeder bekommt den gleichen Anteil. Natürlich kann man was sagen, wenn man was nicht will, aber es geht vor allem darum, dass nicht einer die [ganze] Schale Erdbeeren nimmt. [...] Sondern, dass man erst versucht, alles aufzuteilen, was es aufzuteilen gibt und dann * gibt es die restlichen Lebensmittel, die nicht aufzuteilen gehen. * Und dann nimmt man in Runden."* (Foodsharing)

> *„Die Zielgruppe sind alle Menschen, de facto die AbnehmerInnen, in der Realität sind es auf jeden Fall überwiegend akademisch gebildete Menschen. *3 sec* Und ja, es ist ein bisschen, glaube ich, geteilt zwischen Stadt und Land. Also wir haben ein bisschen weniger als die Hälfte der Mitglieder auf dem ländlichen Raum, in der Nordheide in Buchholz, Tostedt, Buxtehude und einigen umliegenden Ortschaften und die andere Hälfte in Hamburg, Harburg, Wilhelmsburg. Und ich glaube, dass die Mitglieder auf dem Land eher *2 sec* ein leicht überdurchschnittliches bundesdeutsches Einkommen verdienen und die Mitglieder in Hamburg, gerade in Wilhelmsburg, nicht unbedingt. Aber was beide Seiten vermutlich eint, ist, denke ich, eine hohe formale*

Bildung und überhaupt guter Zugang zu Ressourcen und da sind auf jeden Fall alle, fast ausschließlich alle sehr privilegierte Menschen Teil dieser Solawi." (Solawi)

*„Der Nutzen [...] ist für viele die Hoffnung auf Gesundheit, auf gesunde Nahrung. Für viele auch ein ethischer Wert Richtung Umweltschutz oder globale Fragen. * Das ist dann aber erstmal, solange sich die Leute nicht intensiv in einer Laborstudie testen lassen, ob sie durch dieses Gemüse wirklich gesünder werden oder weniger schnell altern oder so, alles ein gefühlter Nutzen, also eher auf der psychologischen und einer ethisch, gesellschaftlich, politischen Ebene. * Der praktische Nutzen ist, dass man Nahrung hat, [man] bezahlt einen gewissen Preis * oder ein Teil der Mitglieder bezahlt vielleicht weniger als auf dem freien Markt, weil das intern eben solidarisch sein soll durch die verschieden hohen Gebote, und meine persönliche Meinung ist, [...] dass der Durchschnitt aller Mitglieder günstiger an das Biogemüse kommt als bei Aldi sogar, also nicht nur im Bioladen oder beim Wochenmarkt."* (Solawi)

„Eine offene Frage ist zum Beispiel, ob die Solawi auch regelmäßig der Zivilgesellschaft Gemüse zur Verfügung stellen möchte, damit das nicht ausschließlich in der geschlossenen Gruppe bleibt, sondern auch ein kleines Stück, vielleicht auch nur symbolisch, für zivilgesellschaftlich tätige Projekte gespendet wird." (Solawi)

„Wobei ich auch bei Foodsharing gelegentlich aktiv war und den Eindruck habe, dass es ein ähnlich in sich geschlossenes System ist wie die Solawi. Und die relativ hohe Hürden hat, [um] da mitzumachen. Ein Verteilungseffekt ist also eher zu vernachlässigen, also ein Umverteilungseffekt der Lebensmittel oder der Werte. Aus meiner Sicht funktioniert Foodsharing eher so, dass sich privilegierte Menschen Zugang zu kostenlosem, durchaus hochwertigem Essen verschaffen und das dann in der privilegierten Gruppe, also im Freundeskreis beispielsweise, weiter verteilen und nur ein Bruchteil und nur das Unbeliebte wird dann an prekär lebende Menschen weiterverteilt. Es gibt aber auch Ausnahmen." (Solawi)

*„Hauptsächlich Menschen, die Hartz Vier bekommen. Rentner können auch kommen, also halt Geringverdiener. Es ist natürlich eine gewisse Grenze gesetzt. Du musst schon einen Bescheid mitbringen, dass du irgendwie Sozialhilfe-, dass du was vom Sozialamt kriegst oder einen Hartz-Vier-Bescheid oder * Rentenbescheid geht auch. Aber es darf halt einen gewissen Satz nicht überschreiten."* (Tafel Wilhelmsburg)

Wie bereits in Abschnitt 2.6 dargelegt, ist der Zugang von Menschen mit einem niedrigen sozio-ökonomischen Status zu vollwertigen, frischen Nahrungsmitteln erschwert. In den Interviews mit Organisationen wie der Solawi und Foodsharing kristallisiert sich heraus, dass deren Angebote nach eigener Auffassung für alle Einkommensklassen gestaltet wurden

und sich das Miteinander durch Fairness und Gleichberechtigung aller auszeichnet. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass der überwiegende Mitgliederanteil über eine hohe Bildung verfügt und dass das prekäre Milieu stark unterrepräsentiert ist. Des Weiteren berichten die ExpertInnen von Foodsharing und Solawi von einer geschlossenen, homogenen Gruppendynamik, die einen Zugang durch andere Gesellschaftsgruppen erschweren könnte.

Subcode C.2: Lebensmittelqualität der Organisationen

> *„Und man dann aus meiner Sicht im Idealfall durchschnittlich etwas mehr Gemüse für das Geld bekommt als beim Einkauf auf dem Markt."* (Solawi)

> *„Ich denke, dass dieses Ein-Jahres-Abo für Gemüse, so könnte man es ja auch in gewisser Weise nennen, das ist ein Produkt, das gönnt man sich, man möchte sich gut damit fühlen, man möchte etwas Sinnvolles tun und so weiter. Oder was Gesundes haben oder was Frisches. Das ist auch für manche eine Motivation, dass sie denken, das wäre dann vielleicht frischer als der Durchschnitt. Und meine persönliche Meinung ist, dass die Menschen dann in der Regel davon ausgehen, dass das Angebot auch den Nutzen erfüllt, von dem sie denken, dass er diesen erfüllen soll. Dass sie das auch vielleicht deswegen gemacht haben, mehr Aufwand in Kauf genommen haben."* (Solawi)

> *„Und den Rest holt dann Foodsharing ab. Und zwar bedingungslos. Wir sortieren nicht aus, wir schauen nicht, kriegen wir das irgendwie los, esse ich das gerne, wie lange ist das noch haltbar. Das ist alles egal. In unserem Vertrag mit dem Vertrieb steht, wenn wir vorbeikommen, dann holen wir alles ab. * Und das liegt dann quasi an den Foodsavern, das weiter zu verteilen und vor der Tonne zu bewahren. Aber es gab auch schon Kooperationen, * insbesondere mit Gemüseläden, die sowieso schon von alleine das Gemüse im Wert runtersetzen und dann günstig verkaufen. [...] Da gab es auch schon Kooperationen, die wieder gestorben sind. Und manchmal fragt man sich, warum wurde da nicht abgeholt? Manche verkaufen bis zum bitteren Ende und dann lohnt es sich auch nicht, da hin zu gehen."* (Foodsharing)

> *„Ein Teil ging auch an die Tafel, das, was die Tafel halt haben wollte. Ja, wieder gut verarbeitete Lebensmittel. * Brot nehmen sie immer mit Kusshand, aber sowas wie Lebensmittel, die man noch stark verarbeiten muss, sowas wie Gemüse, Obst oder auch Alkohol nehmen sie GAR NICHT an. Genau, und Obst und Gemüse nur bedingt. Also solche Kooperationen gibt es auch."* (Foodsharing)

> *„Es läuft eigentlich in der Regel ganz gut. Also es gibt mal solche und solche Tage. Mal gibt es weniger [Essen für die Tafel], es gab auch schon mal ganz, ganz wenig.*

Aber eigentlich reicht es aus. Es ist auch immer von Dienstag bis Samstag geöffnet und das ist ja auch ein Unterschied zu anderen Tafeln. Die haben nur einmal die Woche geöffnet." (Tafel Wilhelmsburg)

Die Qualität der angebotenen Lebensmittel variiert je nach Aufgabenschwerpunkt der befragten Organisationen. So profitieren die AbnehmerInnen der Solawi von überdurchschnittlich hochwertigem Gemüse und erhoffen sich einen zusätzlichen Gesundheitsnutzen, während der Fokus bei Foodsharing auf der allgemeinen Rettung von Lebensmitteln liegt und folglich auch keine konkreten Qualitätsansprüche formuliert werden. Nach Aussage der Foodsharing-Expertin werden von der kooperierenden Tafel bei Absprachen zu gemeinsamen Abholungen vor allem verarbeitete Produkte und Backwaren priorisiert. Die Tafel Wilhelmsburg betont dafür die zufriedenstellende Quantität der gespendeten Lebensmittel.

Subcode C.3: Status Lebensmittelverschwendung

*„Und in der Zeit wird, soweit ich das beurteilen kann, im Vergleich zu anderen Biogärtnereien, die ich kenne, sehr viel Gemüse, was normalerweise auf dem Feld bleiben würde, auch [in der Solawi] verteilt. Das ist auch ein kleines Ziel, würde ich sagen, der Solawi oder auch des Teams, das dieses Gemüse anbaut, oder auch mancher Mitglieder, gerade der Mitglieder, die beim Ernten helfen, dass man möglichst viel Essbares verteilt und sich ein wenig löst von Handelsnormen und * na den ganzen Vorstellungen, mit denen man so aufwächst oder mit denen man so lebt, was ist essbar, was ist gesund, was ist komisch. [...] Ich hatte auch bis zu meiner Gärtnerausbildung mit siebenundzwanzig oder eigentlich nie wirklich auf einem typischen Gemüsefeld einen Einblick, und diese Erfahrung, die ich dann in der Ausbildung machen konnte, dass teilweise fünfzig Prozent, manchmal nur zwanzig, manchmal auch achtzig Prozent des Gemüses gar nicht geerntet wird oder kurz geerntet und dann wieder fallengelassen."* (Solawi)

„Wo genau das verteilt wird, was gerade reif ist, sodass eigentlich extrem wenig Reste entstehen sollten und weil ich auch denke, dass zumindest langjährige Mitglieder, die so ein bisschen engagierter dabei sind, das mit etwas Ernsthaftigkeit betrachten oder Leidenschaft, auch weniger von diesem Gemüse wegwerfen und zuhause vom Kühlschrank in die Tonne-, weil eine höhere Identifikation mit dem Produkt da ist." (Solawi)

„Genau, es heißt ja Mindesthaltbarkeitsdatum. Das heißt nur, dass die Lebensmittel in der Konsistenz, im Geschmack, im Aussehen bis genau zu diesem Datum haltbar sind. Das heißt ja nicht, dass sie schlecht werden. Einen Joghurt kannst du auch zwei Wochen später noch essen. Nur wenn du das aufmachst, musst du das gleich verbrauchen. Aber ich nehme mir ja auch zwischendurch was mit und habe eine Milch

im Kühlschrank stehen, die ist schon seit drei Tagen abgelaufen, aber die steht bei mir noch drei, vier Tage im Kühlschrank und ist noch gut. So, und das muss auch irgendwie in die Köpfe der Leute, weil dieses ‚EEW, HIER ist ja was abgelaufen, das ist SCHLECHT-.' Eine Freundin von mir, die hat zum Beispiel einen kleinen Sohn und da habe ich ihr gesagt, streiche doch das Mindesthaltbarkeitsdatum einfach durch, da der auch so drauf ist. ‚NEE, das esse ich nicht!' " (Tafel Wilhelmsburg)

„Minitopia ist grundsätzlich erstmal ein Bildungsort. Deswegen machen wir viele Angebote zum Thema Ernährung. Dazu zählt alles Mögliche: Lebensmittel haltbar machen, Aktionen gegen Lebensmittelverschwendung, Unverpackt-Geschichten, aus der Naturkosmetik, aus Abfall, Reinigungsmittel machen. Da geht es eher darum, Lebensmittelabfälle zu minimieren, Lebensmittel-VERPACKUNGEN zu minimieren. Und auch, wir nennen uns Spielplatz urbaner Selbstversorgung, zum Beispiel eine Ernteschwemme haltbar machen für den Winter. Wo es halt nicht dieses ganze Sortiment zur Verfügung gibt." (Minitopia)

„Aber dann geht es auch um unseren Konsum. Was wir auch auf Verbraucherebene verbessern können." (Minitopia)

*„Es ging ja prinzipiell darum, die Lebensmittelverschwendung einzudämmen und so:: hat in Berlin ein Foodsaver mit verschiedenen Bioläden kooperiert, die nicht wollten, dass er containern muss. Einfach weil sie nicht wollten, dass er in den Müll steigen muss und denen das aber auch leidtat, die Sachen wegzuschmeißen und so sind dann mehrere Kooperationen entstanden. * Und übers Hören-Sagen hat sich diese Idee verbreitet, und ich würde behaupten, die Epizentren sind Berlin und auch Hamburg."* (Foodsharing)

*„Natürlich versucht man da erst mal vorsichtig reinzugehen und zu fragen: Hey, was macht ihr eigentlich mit euren übrigen Lebensmitteln? Und dann kommen ganz unterschiedliche Antworten. Manche haben dann scheinbar die Panik, dass wir vom Gesundheitsamt sind und dann sagen sie ‚NE, es gibt keinen Müll und das geben wir GAR NICHT raus und so.' Was natürlich nicht unsere Intention ist. Manche sagen, wir verteilen das an die Putzfrauen, wir verteilen das unter den Mitarbeitern, wir verschenken das an die letzten Kunden, die bei uns sind. Und das ist ja auch alles in Ordnung. Wenn es da eine Lösung gibt, ist das vollkommen ok. * Foodsharing ist sozusagen das allerletzte Glied in der Kette der Möglichkeiten."* (Foodsharing)

„Weil Foodsharing prinzipiell schon dafür da ist, um sich selbst abzuschaffen. Um drauf aufmerksam zu machen, dass es Lebensmittelverschwendung gibt und dass die Leute ihre Gewohnheiten anpassen. Also in manchen Betrieben sieht man auch,

*dass es weniger wird. Aber * manchmal habe ich auch das Gefühl, das ist jetzt sozusagen der Ablassschein."* (Foodsharing)

Die Lebensmittelverschwendung in Deutschland wurde von allen ExpertInnen der Organisationen als gesellschaftlich relevantes Problem bewertet und verschiedene Ursachen genannt. So wurden sowohl die Ausleseprozesse von Landwirtschaft sowie Handel beschrieben als auch die Konfliktträchtigkeit der hiesigen rechtlichen Gestaltung des Mindesthaltbarkeitsdatums (MHD).

Code D: Evaluation

Subcode D:1: Qualitätsmanagement

*„Die Qualität der Arbeit wurde noch nicht evaluiert. Es wurde im Herbst eine Zufriedenheitsumfrage, eine Online-Umfrage durchgeführt, da haben auch mehrere hundert Menschen teilgenommen, soweit ich das in Erinnerung habe, und relativ aussagekräftige Rückmeldungen gegeben. Da ging es allerdings ausschließlich um das Gemüse, die Mengen, die Sorten, die Regelmäßigkeit und so weiter, und da ging es jetzt nicht um die Arbeitsprozesse. * Es ging auch nicht wirklich um die Mitbestimmungsprozesse, es ging, glaube ich, ein wenig um, wie möchte ich mich einbringen oder was wünsche ich mir noch."* (Solawi)

„Und da sind wir jetzt im dritten Jahr und Ende des Jahres machen wir die Strategieplanung, sag ich mal. Das geht aber natürlich jetzt schon los. Also es wird sich in allen Bereichen ein bisschen was verändern. Aber grundsätzlich ist erstmal das, was wir haben, zu stabilisieren. Das ist eigentlich das wichtigste. Food-Koop, Solawi, dass das läuft. Mit den Werkstätten. Wir haben noch so viele Ideen, die in der Schublade sind. Das schaffen wir alles gar nicht." (Minitopia)

*„In einzelnen Projekten, nicht insgesamt. Das machen wir vielleicht am Ende des Jahres mal. Keine Ahnung, alles mal Revue passieren lassen. Das müssen wir sogar auch machen, für unsere Förderer. * Die große Frage ist immer noch die Wirkung, die nachhaltige Entwicklung. Wie willst du das messen? Das kannst du eigentlich nicht. Du kannst zwischendurch mal wieder eine Umfrage machen. ‚Benutzt ihr eure Bienenwachstücher oder kauft ihr wieder Frischhaltefolie?' Ja, also im Rahmen der einzelnen Projekte, aber quantitativ, weniger qualitativ, weil es schwer ist-. Also mit unseren Schülern können wir es teilweise machen. Die sind ein halbes Jahr da und dann kannst du die beobachten, und kannst die auch befragen. ‚Wie hat sich das verändert und so. Hast du vielleicht ein paar neue Erkenntnisse?' Mit Schülern in Projekten, die*

über einen längeren Zeitraum laufen, können wir das machen. Und ansonsten ist die Evaluation quantitativ." (Minitopia)

*„Aber nichtsdestotrotz hat jeder Betrieb einen Betriebsverantwortlichen, auch wenn es Absprachen, Änderungen gibt. Um welche Uhrzeit wird gerettet? Wie ist der Ablauf der Rettung? Wie viele Leute kommen? Gab es Beschwerden über Foodsaver? Gab es Beschwerden von (betont) Foodsavern? Manchmal sind die Betriebe zum Beispiel nicht damit zufrieden, dass wir keine Handschuhe tragen. Dann wird das an den Betriebsverantwortlichen getragen, der kommuniziert das dann in der Gruppe und dann funktioniert es wieder. Oder * es gab auch immer wieder Abholungen, wo von den Mitarbeitern alles weggeschmissen worden ist. Also in einem Betrieb, wo es nicht kommuniziert wird, dass es Foodsharing gibt. Das ist dann auch Aufgabe des Betriebsverantwortlichen auf die Betriebsführung zuzugehen, * und das zu kommunizieren."* (Foodsharing)

„Also so wie letzte Woche, da kamen ein paar Sachen zusammen. Die Gärtner haben nicht richtig eingetragen, ich war in der Kommissionierung. Da wurde schon ein Teil falsch geliefert, das wurde dann aber falsch eingetragen. Aber haben wir alles schon wieder-. Also ist klar, was passiert ist und dann weißt du, darauf achten. Bitte gucke vorher nochmal die Liste an. Wir müssen uns auf die Liste blind verlassen können, was die Gärtner schon vom Feld abgeholt haben. Wenn das nicht stimmt, dann stimmt natürlich die ganze Kommissionierung nicht. Da ist halt nichts automatisiert, sondern das hängt von allen auch individuell ab. Und dafür sind wir ziemlich gut, mit Sicherheit." (Minitopia)

Die geplanten oder bereits vorgenommenen Evaluationen setzen sich bei den befragten Organisationen unterschiedlich zusammen. Bei der Solawi wurde eine qualitativ ausgerichtete Zufriedenheitsumfrage unter den AbnehmerInnen durchgeführt, bei Minitopia erfolgt die Evaluation hauptsächlich über quantitative Umfragemethoden. Die heterogene Projekt- und Angebotsstruktur von Minitopia erschwert außerdem ein einheitliches Qualitätsmanagement. Bei Foodsharing koordinieren die Betriebsverantwortlichen im Sinne des Beschwerdemanagements die Kommunikation zwischen dem kooperierenden Betrieb und dem dazugehörigen Abholteam, um Konflikte zu minimieren und Verbesserungen zu implementieren. Von der Tafel Wilhelmsburg wurden keine Aussagen zu diesem Thema getätigt.

Subcode D.3: Best-Practice-Kriterien

„Es ging halt am Anfang tatsächlich um Infrastruktur und um das Ziel, überhaupt eine gemeinsame Infrastruktur schaffen. Denn ganz viel, was du hier siehst, ist von Kids gebaut und gestaltet. Und das war uns auch wichtig, dass die hier Teil der Gestaltung

*sind. Dass die sich auch hier zeigen * und verewigen. Und das merkt man dann auch, wenn die kommen und dann zeigen, guck mal, das habe ich gemacht und das haben wir gemacht."* (Minitopia)

„Aber noch einmal zurück auf die Fördergeschichte. Die Stadt braucht das und die Stiftungen meistens auch. Aber die Stiftungen sind flexibler und es gibt mehr Möglichkeiten. Und du kannst deine Finanzierung auch auf verschiedenen Standbeinen aufbauen. [...] Wenn du einen Anteil Mitglieder hast, die dir deine Mitgliedsbeiträge bringen. Wenn du dauerhafte Spender hast. [...] Ich schreibe nie nur eine Stiftung wegen irgendwas an. Wenn die erste zusagt, ziehe ich die anderen Anträge zurück. Aber sich nur auf eine Sache zu verlassen-. Also ich habe so viel mit Trägern zusammengearbeitet, die institutionell gefördert werden, also von der Stadt finanziert werden, die sind echt träge, was das angeht. Die sind das so gewohnt. Und wenn da mal was wegfällt, stehen die völlig (betont) auf dem Schlauch. [...] Und was die Schulen angeht, wären wir gerne institutionell gefördert. Aber die einzelnen Projekte würde ich nach wie vor über Stiftungen machen." (Minitopia)

„Aber trotzdem bin ich immer dafür, dass da eine Zusammenarbeit ist. Ich habe das auch bei fast jedem Treffen, wo es darum geht, dass die Forderungen an den Staat stellen. Vielleicht können wir auch mal Vorschläge machen, statt immer nur Forderungen zu stellen. Mach doch mal ein Angebot statt einer Forderung. Das ist ja schon mal eine ganz andere Haltung. Und wir haben vielleicht Angebote. Wir haben vielleicht ganz gute Ideen für euch. Und dann aber auch eine Brücke bauen. Bei mir fällt auch die Klappe, wenn da irgendwie jemand mit einer Forderung kommt. Nicht dass man bei bestimmten Sachen nicht auch Druck machen sollte, die sie sich eigentlich schon auf die Fahnen geschrieben HABEN. Auf jeden Fall." (Minitopia)

„Und:: ich glaube, dadurch, dass ich das jetzt auch mache und mich so stark damit beschäftige und das auch sehr stark in meinem Freundes- und Bekanntenkreis trage, konnte ich meine Mitmenschen auch schon zumindest für das Thema sensibilisieren. Und die sehen ja auch, wie voll mein Kühlschrank ist." (Foodsharing)

„Gerade in Norwegen und so im Allgemeinen sind die skandinavischen Länder wie immer Vorreiter. Wo dann draufsteht, mindestens haltbar bis, aber könnte auch danach noch gut sein." (Foodsharing)

„Dass so eine gute Vernetzung einfach realisiert werden kann. Dass man nicht erst rumlaufen muss. Hast du noch einen leeren Kühlschrank? Hast du noch Interesse daran? Also gerade in Wilhelmsburg ist das mit den gekühlten Sachen schwierig. Da kann man entweder einen Essenskorb machen. Da gibt es auch eine riesige

Whatsapp-Gruppe, wo auch Nicht-Foodsaver dabei sind. Und wir haben uns einfach auch dafür entschieden, weil es auch auf dem Handy erscheint. Es gibt auch eine App von Foodsharing, aber die ist ganz, ganz grauenhaft". (Foodsharing)

Neben den unter Abschnitt 4.3 (s. S. 22) empfohlenen Kriterien guter Praxis, die auch die Partizipation aller Beteiligten bei der Genese von Aktionen kooperierender AkteurInnen inkludiert, formulieren die befragten Subjekte der Organisationen Minitopia und Foodsharing weitere Ansätze. Hierzu gehören die Verteilung der Fördergelder auf verschiedene Institutionen, um ein ungünstiges Abhängigkeitsverhältnis zu reduzieren, die rechtliche Modifikation des Mindesthaltbarkeitsdatums und eine umfassende digitale Vernetzung zur Verbesserung der intra- sowie interorganisatorischen Kommunikation.

Code E: Bedürftige

Subcode E.1: Essverhalten von Bedürftigen

*„Ja, aber das Problem, was jetzt sozusagen die Tafel hat, viele Menschen mit sehr geringer Zahlungsbereitschaft oder auch sehr geringer Möglichkeit zu bezahlen, die essen wollen zum Beispiel, das hat die Solawi in der Regel gar nicht. Deswegen kommt das Thema Kontrolle auch gar nicht so sehr auf die Tagesordnung. Ist ja klar, wenn ich kein Geld habe, dann ist es naheliegend, dass ich mir ganz viele Nahrungsmittel nehme, um die weiterzuverkaufen, zum Beispiel. Dann habe ich wenigstens ein bisschen Geld. * Und gerade, wenn dann kein richtiger persönlicher Bezug zu den Menschen da ist, die diese Lebensmittel verteilen oder man weiß, dass die da vielleicht Geld für kriegen, sind vielleicht gut bezahlt, die sind irgendwie vom Staat oder die sind irgendwie privilegiert, dann ist das ja auch gar kein Grund, es nicht zu machen. Also das nicht auszunutzen, irgendwelche Verteilungssysteme oder so."* (Solawi)

*„Also viele *2 sec* Kunden, Klienten, ich weiß nicht, wie das bei der Tafel genannt wird-. Auf jeden Fall, die Leute, die zu der Tafel gehen, haben nicht immer die Möglichkeit, was zuzubereiten und nehmen dann auch sehr gerne Convenience-Food oder schon fertig zubereitete Sachen mit."* (Foodsharing)

„Genau, ein Teil ging auch an die Tafel, das was die Tafel halt haben wollte. Wieder gut verarbeitete Lebensmittel. Brot nehmen sie immer mit Kusshand, aber sowas wie Lebensmittel, die man noch stark verarbeiten muss, sowas wie Gemüse, Obst, ja oder auch Alkohol nehmen sie GAR NICHT an. Genau, und Obst und Gemüse halt nur bedingt. Also solche Kooperationen gibt es auch." (Foodsharing)

> *„Aber Bedürftigen kann ich (betont) nur bedingt helfen. Also die Schränke, also die Fair-Teiler sind ja für jedermann offen. Und immer, wenn ich zum Beispiel Bedürftige darauf hinweise, dass es Fair-Teiler gibt, dann wissen die das meistens schon. Also die wissen schon, wo die sind. * Teilweise wird ja von Foodsharing auch was an die Bahnhofsmission gegeben. Und ich kenne auch sehr viele Leute, die mit Jugendzentren zusammenarbeiten. Also das Essen geht, gerade wenn es in großen Mengen gerettet wird, sehr oft an soziale Einrichtungen."* (Foodsharing)

> *„Also ich kann beispielsweise auch von meiner Mama sagen, die arbeitet auch in der Lebensmittelbranche, da schmeißen die die Lebensmittel nicht gleich weg. Die stellen die auf die Rampe neben den Mülleimern und warten dann ein, zwei Stunden, und dann (betont) schmeißen sie weg, was noch übrig ist. Und die Leute wissen das auch. Also da gibt es dann Foodsaver, Bedürftige, Rentner mit einer geringen Rente, Studenten, die kommen vorbei und holen sich Lebensmittel ab, weil sie wissen, dass da regelmäßig, jeden Tag, was hingestellt wird."* (Foodsharing)

Beim Blick auf die KlientInnen der Tafel wird das Ernährungsverhalten von Bedürftigen nach Aussagen der befragten ExpertInnen von Pragmatismus geprägt. Einige der Bedürftigen scheinen keine Möglichkeit zu haben, Speisen zuzubereiten, weswegen es dementsprechend eine hohe Nachfrage von Backwaren und Convenience-Produkten gäbe. Überdies wird der Vorwurf formuliert, dass von der Tafel erworbenes Essen weiterverkauft werden würde, um die finanzielle Situation zu verbessern.

Subcode E.2: Interventionen für bedürftige Zielgruppen

> *„Ja und eine kommunal ausgerichtete Kooperation finde ich, glaube ich, interessant für eine Solawi, weil ich auch denke, dass Solawi allgemein mit kommunaler Arbeit eigentlich ganz gut zusammenpasst, weil die Kommune die Daseinsfürsorge und zum Beispiel auch die gesunde Ernährung aller zum Ziel hat. Und die Solawi natürlich irgendwie dasselbe Ziel verfolgt unter anderem, aber das Ziel eben typischerweise überhaupt nicht erreicht, weil die Menschen, die wirklich Bedarf [haben], irgendwie gar nicht Mitglied sind und noch nicht mal von der Sache wissen und noch nicht mal Leute kennen, die Mitglied sind und ich glaube, dass früher oder später Solawi auch Menschen, Menschen die Solawi machen, später auch staatliche Gelder annehmen oder ob sie sich in irgendeiner Form kommunal, ob sie sich in irgendeiner Form einbinden wollen. [...] Und gäbe es zum Beispiel eine kommunal bezahlte Verteilstation in so einer Straße, wäre schon mal die erste Hürde genommen. Wenn es sozusagen die kommunal oder ganz finanzierte Information und Kommunikation gäbe, dass man dann schaut, was hält die Menschen davon ab, auf diese Art und Weise irgendwie*

Lebensmittel zu konsumieren. Oder was brauchen die? Und wie muss die Erzeugung sein, damit es für möglichst viele Menschen interessant wird. Da könnten, glaube ich, fruchtbare Effekte entstehen." (Solawi)

„Und die schreiben hier eben auch, dass die Freiheit eben immer noch das höchste ist. Das ist es für die Leute auch. Denn es gibt ja noch keine Gesetze, wie das öfter mal anklingt, dass man sagt, dass die Leute, die sich so:: schlecht ernähren, dass die aus der Krankenkasse rausfliegen oder die müssen andere Krankenkassenbeiträge bezahlen oder so. Das ist ja nur manchmal in der Diskussion, das ist aber nicht in der Umsetzung. Die Aufklärung gibt es, die gibt es ja häufig an Schulen, an der Volkshochschule oder die kriegst du auch bei Ärzten und überall. Das macht ja auch die Krankenkasse, diese Anreize. Dass du, wenn du bestimmte Vorsorgeuntersuchungen machst, dann ja auch Geld von der Krankenkasse zurückbekommst. Ich finde schon (betont), dass sich da von verschiedenen Seiten viel bemüht wird." (Regionalausschuss)

„Ich habe immer politische Erwachsenenbildung gemacht und auch Bildungsurlaube, wo Eltern ihre Kinder mitbringen konnten. Dann habe ich einmal ein ganzes Seminar konzipiert, eine ganze Woche lang. Das hieß ‚Vom Nahrungsmittel zum Lebensmittel'. Um mal so den Unterschied zu zeigen, was bei uns ein Nahrungsmittel ist und was ich als Lebensmittel definieren würde. Wie groß ist da der Unterschied? Und das haben wir parallel mit Kindern gemacht. Also die Erwachsenen hatten ihre Lerneinheiten und die Kinder sind betreut worden, aber auch fachlich (betont). Die haben Pizza selbst gemacht und Pizza fertig gekauft und die haben Apfelsaft selber gemacht und Apfelsaft fertig gekauft. Pommes selber gemacht und fertig gekauft. Und die haben zum Beispiel auch in dem Laden geguckt und dann auf so einer großen Weltkarte mit Nadeln Fäden gemacht, wo kommen die Sachen im Laden eigentlich her? Wo du die Kinder noch richtig mit schocken kannst. Wenn die dann lesen können, oder es wird ihnen vorgelesen. Und dann heißt es, die Zwiebeln kommen aus Neuseeland oder Australien oder so was, dann verstehen (betont) die Kinder das gar nicht. Dann sagen die, warum (betont) kommen die von da, wo es die doch auch bei uns gibt. Und die (betont) kriegst du in dem Alter noch." (Regionalausschuss)

„Ich weiß nicht, ob das noch (betont) stattfindet, aber es ist eine Zeit lang ganz viel gewesen, diese Subsistenzwirtschaft, die einige machen." (Regionalausschuss)

Zwei der befragten ExpertInnen betonen die substanzielle Bedeutsamkeit einer der Intervention vorgeschalteten Bedarfsanalyse, um die Zielgruppe der Bedürftigen zu erreichen. Als weiteren Aspekt nennt die Expertin des Regionalausschusses die fehlende Effizienz

bereits bestehender Angebote von staatlicher Seite oder den Krankenkassen, da diese gerade von dem von gesundheitlicher Ungleichheit betroffenen Milieu nicht genutzt werden. Zudem ergänzt sie, dass eine wirksame Intervention bei Bedürftigen den gemeinsamen Einbezug von Eltern und Kindern umfassen müsse, da letztere noch in ihrem Ernährungsverhalten geprägt werden können. Weiterhin erwähnt sie die in Hamburg-Wilhelmsburg ehemals praktizierte Subsistenzwirtschaft der türkischen Bevölkerung als möglichen Ansatz für eine Maßnahme zur Reduktion von Ernährungsarmut.

8. Diskussion

In diesem Kapitel soll eine kritische Interpretation der eruierten Ergebnisse vorgenommen werden. Hierbei soll zusätzlich ein Bezug zur verwendeten Fachliteratur und zu den vorgestellten Aktionsplänen hergestellt werden. Die Erkenntnisse aus dieser qualitativen Untersuchung beziehen sich aufgrund der kleinen Stichprobe auf das Setting im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg und bieten somit eine Basis für die Entwicklung einer allgemeingültigen Übertragbarkeit auf weitere lokale Settings.

Aus den Befragungen resultiert die Erkenntnis, dass bereits sozialräumliche lokale Kooperationen unterschiedlichen Formats unter den befragten AkteurInnen im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg bestehen. Diese umfassen sowohl Abstimmungsvereinbarungen zwischen der Tafel Wilhelmsburg und Foodsharing, um einen Wettbewerb um gespendete Lebensmittel zu unterminieren als auch vertragliche Vereinbarungen zwischen den einzelnen Betrieben vor Ort mit den Initiativen. Zusätzlich arbeiten die Solawi und Minitopia mit der Initiative Foodsharing zusammen. Ferner liegt eine interorganisatorische kooperative Vernetzung mit weiteren AkteurInnen vor. So unterstützt Foodsharing lokale Festivals wie das jährlich in Wilhelmsburg veranstaltete „Dockville“, indem die Initiative nicht verzehrte Lebensmittel abholt und weiter verteilt. Das Projekt „Minitopia“ versteht sich als Netzwerk und bietet Organisationen mit ähnlichen Wertvorstellungen eine Plattform zur Repräsentation. Um eine effizientere, schnelle Informationsverbreitung unter Mitgliedern sowie KooperationspartnerInnen zu gewährleisten, setzen Organisationen wie die Solawi, Foodsharing und die Tafel digitale Kanäle wie Whatsapp, Telegram, E-Mails, Webseiten oder Foren ein. Des Weiteren befürworten sie die digitalen Kanäle, da diese die Arbeit erleichtern, Prozesse vereinfachen und eine flexible Reaktion auf Änderungen erlauben würden. Eine gemeinsame digitale Kommunikationsstrategie könnte folglich für die kooperative, flexible, effiziente Zusammenarbeit aller befragten AkteurInnen förderlich sein.

Die Ergebnisse zeigen überdies einen hohen Grad an Partizipation der lokalen Zivilgesellschaft bei den untersuchten Organisationen. Durch eine aktive Mitgliedschaft bei Foodsharing im Sinne des Foodsavings werden auf der Mikroebene gerettete Lebensmittel an den Freundeskreis, an die Familie oder die Nachbarschaft verteilt und ein neues soziales Umfeld erschlossen. Bei der Solawi wird ein nachbarschaftliches Miteinander durch gemeinsame Planungsrunden und Depottreffen realisiert, während die Plattform Minitopia im regelmäßigen Turnus von Schulklassen genutzt wird. Bei der Tafel arbeiten teilweise nicht nur selbst Bedürftige, sondern es erfolgt durch ein niedrigschwelliges Berufsangebot zusätzlich eine Inklusion vulnerabler Bevölkerungsgruppen. Ausschließlich das Angebot der Applikation „Too Good To Go“ lässt darauf schließen, dass deren NutzerInnen kein neues

Netzwerk aufbauen, da höchstens ein sozialer Kontakt beim Erwerb einer Mahlzeit des kooperierenden Betriebes nachgewiesen kann. Der Status quo eines nachbarschaftlichen, schichtenübergreifenden Miteinanders würde in hohem Maße die von George vorgenommene, in Abschnitt 4.2 (s. S. 21) vorgestellte Definition einer lokalen Kooperation erfüllen, die sich durch eine zielgerichtete und aufgabenorientierte „Zusammenarbeit von [der] Stadt, […] mit Dritten wie BürgerInnen, Vereinen oder Wirtschaftsunternehmen“ manifestiert (George, 2010, S. 38 f.) und deren Kernaufgabe die Verbesserung der Lebensqualität durch innovative Prozesse sei (vgl. George, 2010, S. 38 f.). Eine hohe Partizipation greift zudem die „Theorie der sozialen Netzwerke“ wieder auf, nach der dank der Festigung der sozialen Netzwerke auf lokaler Ebene die Diskrepanz zwischen dem prekären Milieu und den oberen sozio-ökonomischen Schichten überwunden werden könne (vgl. Islam et al., 2006, S. 112-129).

Dieser erwünschte Effekt kann nach dem Urteil der ExpertInnen für den Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg nicht nachgewiesen werden, weil das prekäre Milieu bei vier der untersuchten Organisationen mit einem theoretisch für die gesamte Bevölkerung konzipierten Angebot nur rudimentär partizipieren würde. Die selbsterklärende Ausnahme bildet aufgrund des ausschließlichen Angebotes für Bedürftige die Tafel Wilhelmsburg. Des Weiteren führte das Interview mit der Expertin von Minitopia zu keiner konkreten Aussage bezüglich der dort partizipierenden Schichten. Grundsätzlich lassen sich die AbnehmerInnen der Solawi nach Meinung der befragten Person als Menschen mit „eine[r] hohe[n] formale[n]Bildung und überhaupt gute[m] Zugang zu Ressourcen“ beschreiben, wodurch „fast ausschließlich alle sehr privilegierten Menschen Teil [der] Solawi“ (Experte Solawi) seien. Auch Foodsharing wird von dem Solawi-Experten, der selbst eine Zeit lang Teil der Initiative war, als „geschlossenes System“ wahrgenommen, welches den Zugang für Bedürftige erschwert, während die App „Too Good To Go“ nach schriftlicher Stellungnahme des Unternehmens vorwiegend von Studierenden sowie Berufstätigen genutzt wird. Die fehlende Partizipation der von gesundheitlicher Ungleichheit betroffenen Zielgruppe zeigt sich indirekt auch in der der Foodsharing-Expertin: „Und immer, wenn ich zum Beispiel Bedürftige darauf hinweise, dass es Fair-Teiler gibt, dann wissen die das meistens schon. Also die wissen schon, wo die sind.“ Es ist hierbei aufgrund der Schilderung einer einzelnen Person jedoch nicht möglich, Schlussfolgerungen über den universellen Bekanntheitsgrad der Organisationen bei den Bedürftigen zu formulieren. Zumindest scheint die Option, kostenlose Lebensmittel über Fair-Teiler zu erstehen, geläufig zu sein.

Die fehlende aktive Mitgliedschaft des prekären Milieus bei den befragten vier Organisationen Foodsharing, Solawi, „Too Good To Go“ und Minitopia verlangt auch deswegen nach einer Ursachenforschung, weil die Angebote theoretisch die Bedürftigen adressieren.

Schließlich ermöglicht der Status des Foodsavers bei Foodsharing das Abholen von nicht mehr für den Verkauf bestimmten Lebensmitteln und könnte demnach eine willkommene Ergänzung zu dem Angebot der Tafel in Wilhelmsburg darstellen. Außerdem ist das aktive Retten von Lebensmitteln im Gegensatz zur passiven Inanspruchnahme von Hilfeleistungen mit einem hohen Potenzial für ein erfülltes Sozialleben verbunden. Hierbei wird nämlich gleichzeitig das grundlegende Bedürfnis nach Homogenität in Form kooperativer Beziehungen, Kommunikation, Nachbarschaft sowie kollektiver Identität und andererseits das Streben nach Selbsterhaltung und -verwirklichung erfüllt (vgl. Strasser, 1987, S. 68 f.). Ferner wurde bereits herausgestellt, dass der Besuch der Tafel mit subjektiv erlebter Stigmatisierung der KlientInnen einhergehen kann (vgl. Pfeiffer/Ritter/Hirseland, 2011, S. 9) und besonders für Ältere eine Hürde für die Inanspruchnahme der Nahrungsmittelhilfe darstellt (vgl. Simmet/Tinnemann/Stroebele-Benschop, 2018, S. 13). Überdies bietet auch das Angebot der Solawi eine zusätzliche Möglichkeit, hochwertige Lebensmittel günstiger als auf dem freien Markt zu erwerben. Der Experte der Solawi ist sich sicher, „dass der Durchschnitt aller Mitglieder günstiger an das Biogemüse kommt als bei Aldi sogar, also nicht nur im Bioladen oder beim Wochenmarkt.“ Des Weiteren können durch die Nutzung der App „Too Good To Go“ vergünstigte Speisen von Restaurants oder Cafés in der Nähe erworben werden, wobei dieses momentan noch stark ausbaufähig wäre. Ferner will das Projekt „Minitopia“ mit Bildungsangeboten zur nachhaltigeren Lebensmittelverwendung und -lagerung im Haushalt für einen souveränen Umgang mit Nahrungsmitteln sorgen.

Eine Ursache für die unterdurchschnittliche Partizipation des prekären Milieus könnte die Nichterfüllung einer Grundbedingung der sozialen Theorie von Seiten der untersuchten Organisation sein. Nach dieser solle durch die Implementierung von identitätsstiftenden und geteilten Werten der Zusammenhalt der gesamten Bevölkerung gestärkt werden (vgl. Islam et al., 2006, S. 112-129). Eine Maßnahme zur Erhöhung der Partizipation des prekären Milieus wäre somit zu Beginn einer gemeinsamen Kooperation oder weiteren, ungerichteten Öffentlichkeitsarbeit die Entwicklung eines gemeinsamen Konsenses der Organisationen mit allen AnwohnerInnen über mögliche Werte und Ziele. Diese sollten im Idealfall einfach und verständlich formuliert werden (vgl. Hurrelmann/Richter, 2013, S. 179).

Eine zweite Ursache der geringen Partizipation könnten fehlende materielle sowie moralische Ressourcen der Betroffenen sein, was laut Lockwood einen eigenverantwortlichen Einsatz für Chancengleichheit in der Gesellschaft obstruiert (vgl. Lockwood, 1987, S. 36). Darüber hinaus ist der Zugang zu essentiellen Versorgungsleistungen aufgrund der subjektiv empfundenen Exklusion vom „Wohlstand der Wohlstandsgesellschaft“ erschwert (vgl. Hurrelmann/Richter, 2013, S. 29, 161 f.). Dieses lenkt einen kritischen Blick auf das derzeit geltende deutsche Wohlfahrtsstaat-Prinzip „Welfare to Workfare“, das von allen

Sozialhilfeleistungsberechtigten eine Neukonstruktion des Lebensentwurfs, Anpassungswillen und aktive Selbsthilfe einfordert (vgl. Münchmeier, 2014, S. 81-83; s. a. Clarke, 2014, S. 32). Nach den Erkenntnissen aus dieser Untersuchung ist dieses Postulat zumindest im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg nicht für alle Betroffenen umsetzbar, wie die passive Nutzung der Fair-Teiler und die nicht vorhandene Mitgliedschaft bei Foodsharing, die nur über Eigeninitiative gelingt, rückschließen lässt. So könnte die subjektiv empfundene Stigmatisierung zum einen dazu führen, dass eine Hemmnis besteht, die Angebote der untersuchten AkteurInnen zu nutzen, zum anderen könnten fehlende Ressourcen eine aktive Modifikation des bisherigen Konsummusters und demzufolge beispielsweise die Inanspruchnahme des Solawi-Angebotes oder eine Mitarbeit bei Foodsharing verkomplizieren.

Als eine effektive Maßnahme zur Reduzierung des subjektiv empfundenen Gefühls der Stigmatisierung und zum Ausgleich mangelhaft ausgeprägter, eigener Ressourcen wird die sogenannte „Bring-Struktur“ genannt, die sich durch eine aktive Kontaktaufnahme auszeichnet, sich explizit an Menschen ohne Herausbildung von Veränderungsfähigkeit richtet und berücksichtigt, dass nicht alle Individuen die Prämissen Empowerment, Partizipation und Eigenverantwortung eigenständig umsetzen können (Beyer, 2002, S. 158-162). Bei diesem Ansatz suchen AnbieterInnen gezielt vulnerable Zielgruppen auf und führen zum Beispiel zusammen mit den Betroffenen die Bedarfsanalyse und die Konzipierung von Zielvereinbarungen durch. Ist die vulnerable Zielgruppe erst einmal in die Gruppe der kooperierenden Organisationen integriert, könnte im Idealfall das Gefühl entstehen, Teil dieser Gruppe zu sein. Des Weiteren wirken die Mitglieder bei Foodsharing, Solawi und Minitopia oder auch die NutzerInnen von „Too Good To Go“ als MultiplikatorInnen in der Nachbarschaft und im Freundeskreis. Hieraus ableitend könnte ein Gruppenmitglied aus dem prekären Milieu effektiv Mitmenschen aus dem gleichen Milieu für die Angebote gewinnen.

Die fehlende Implementierung von gemeinsamen Werten deutet allgemein auf eine Problematik bei der Angebotsstruktur der untersuchten Organisationen hin. So wäre es möglich, dass die Produkte und Dienstleistungen aufgrund der ausbleibenden Integration des prekären Milieus nicht den Bedarf adressieren. Hierzu konstatiert auch die Expertin des Regionalausschusses: „Es nützt ja nichts, wenn wir […] einen Bedarf ermitteln, aber die Seite, von der wir mutmaßen, dass sie einen Bedarf hätte, spürt den Bedarf gar nicht oder sagt, nein, ich bin doch gar nicht bedürftig.“ Folglich wäre neben der Implementierung gemeinsamer Werte vor der Erstellung weiterer Angebote oder Kooperationsvereinbarungen eine Bedarfsanalyse unter der Voraussetzung der Partizipation der Betroffenen obligat, um eine Best-Practice-Kooperation für den Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg zu konzipieren. Dieses Vorgehen unterstützen auch Landsberg, nach dem „alle AkteurInnen in [den] Prozess eingebunden werden“ (Landsberg, 2010, S. 24 f.) sowie Shediac-Rizkallah und Bone, nach

denen die Wahrscheinlichkeit für gewünschte Veränderungsprozesse höher liegt, wenn die adressierte Zielgruppe involviert wird (vgl. Shediac-Rizkallah/Bone, 1998, S. 95). Zusätzlich empfiehlt der Kooperationsverbund für Gesundheitliche Chancengleichheit in seinen „Kriterien für gute Praxis der soziallagenbezogenen Gesundheitsförderung“, dass Partizipation die Beteiligungsmöglichkeit von der Bedarfserhebung bis zur Umsetzung und Bewertung gewährleisten müsse und dass die Beteiligungsprozesse zielgruppengerecht gestaltet sein sollten. Weiterhin müssten die Betroffenen dazu befähigt werden, eigene Wünsche zu formulieren und umzusetzen, weshalb eine empathische und respektvolle Haltung gegenüber der Zielgruppe obligat sei (vgl. Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit, 2017, S. 31). Letzteres ist nach Aussagen der ExpertInnen bereits jetzt in der Struktur von Organisationen wie Minitopia, Foodsharing, der Tafel oder Solawi nachweisbar, welche das nachbarschaftliche Miteinander auf Augenhöhe postuliert. Demzufolge ist ein Charakteristikum internen Miteinanders gelebte Fairness, die sich zum einen durch die gleichberechtigte Behandlung aller Solawi-MitarbeiterInnen zeigt, da eine einheitliche Bezahlung aller über dem Mindestlohn angestrebt wird, und die zum anderen durch eine anteilsgleiche Aufteilung geretteter Lebensmittel unter den Foodsavern realisiert wird. Und zumindest im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg würden die Aktiven nach Meinung der Foodsharing-Autorität über eine hohe Teamfähigkeit verfügen. Eine weitere eruierte Spezifikation des Miteinanders ist die fluide Position der AbnehmerInnen, die aufgrund eigener produzierender Tätigkeit in der Organisation gleichzeitig als ProduzentInnen auftreten, was die konventionelle, starre Trennung zwischen AnbieterInnen und VerbraucherInnen auflöst. Ausgenommen ist hier die GmbH „Too Good To Go“, die in ihrer jetzigen Konstitution auf ein herkömmliches AnbieterInnen-NutzerInnen-Verhältnis zugeschnitten ist. Das Phänomen der Fluidität erzwingt zudem die Frage, ob die ineinandergreifende AnbieterInnen- und AbnehmerInnen-Rolle eines Individuums als potentes Kriterium für nachhaltige, lokale Kooperationen bewertet werden kann. Demnach könnte ein nachbarschaftliches, gleichberechtigtes Agieren auf Augenhöhe als ein aus den Interviews abgeleitetes Best-Practice-Kriterium für sozialräumliche lokale Kooperationen im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg eingestuft werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der empirischen Untersuchung war das Essverhalten des prekären Milieus. So konnte bereits durch die Fachliteratur dargelegt werden, dass sowohl Männer als auch Frauen weniger Lebensmittel mit einem günstigen Energie-Nährstoff-Verhältnis wie Gemüse oder Hülsenfrüchte verzehren, während im Vergleich mit höheren Schichten größere Verzehrsmengen von fett- und zuckerreichen Lebensmitteln wie Fleisch oder Süßigkeiten gemessen wurden (vgl. Max Rubner Institut, 2008, S. XXII). Durch die Befragungen wurden antagonistische Erfahrungswerte ermittelt: Gemäß der Tafel Wilhelmsburg

wird täglich frisches Gemüse an die KlientInnen ausgegeben, was auch von der Vorstandsperson der Tafel Hamburg bestätigt wird. Entgegengesetzt dazu betonte die Expertin von Foodsharing, dass bei Absprachen mit der Tafel kein gerettetes Gemüse der Betriebe an die Tafel weiterverteilt werden solle, da deren KlientInnen Convenience-Food sowie Backwaren aufgrund teilweise eingeschränkter Zubereitungsmöglichkeiten präferieren würden. Hierbei blieb ungeklärt, ob sich diese Anmerkung explizit auf die Tafel Wilhelmsburg oder andere Stellen bezog. Natürlich kann dieser Aspekt ebenso zu dem Rückschluss leiten, dass die nachgefragte Gemüse-Quantität bei der Tafel-Abgabestelle bereits ausreicht und somit weiteres Gemüse aus Einzelabholungen obsolet ist. Weiterhin erfolgen die Foodsharing-Abholungen abends. Würden die Tafeln das an diesen Orten eingesammelte Gemüse wie beispielsweise Salate annehmen, könnten einige Sorten aufgrund der teilweise kurzen Lagerfähigkeit am nächsten Tag bereits nicht mehr genießbar sein. Somit ist an dieser Stelle nicht objektiv beantwortbar, wie der Verzehr von Gemüse durch die Bedürftigen im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg bewertet werden kann.

Berücksichtigt man aufgrund der gegensätzlichen Befunde aus den Befragungen ausschließlich die wissenschaftlich evaluierten Erkenntnisse aus der Fachliteratur zum Essverhalten des prekären Milieus, sollten im Fall Hamburg-Wilhelmsburg neben der Bedarfsanalyse durch die Organisationen weitere Maßnahmen erfolgen. Diese sollten eine Modifikation des Ess- sowie Konsumverhaltens inkludieren und fallen daher in den Aufgabenbereich von Politik und Wirtschaft. So gelänge laut der „Ottawa-Charter“ der WHO eine Bekämpfung gesundheitlicher Ungleichheit nur durch die koordinierte, interdisziplinäre Zusammenarbeit „von Verantwortlichen in Regierungen, im Gesundheits-, Sozial- und Wirtschaftssektor, in nichtstaatlichen und selbstorganisierten Verbänden und Initiativen sowie in lokalen Institutionen, in der Industrie und den Medien [sowie] […] mit Hilfe der Zivilgesellschaft“ (WHO, 1986). Demgemäß fordern die WHO und die Vereinten Nationen die Verwirklichung „Gesundheit für alle“ mit Hilfe der Stärkung von Nachbarschaften und Gemeinden (WHO, 1986; s. a. WHO-Regionalbüro für Europa, 2018, S. 7). Zusätzlich seien laut den SDGs Maßnahmen wie die Regulierung des Ernährungsmusters anhand gezielter Vorschriften und durch die Erhöhung der Partizipation der lokalen Bevölkerung eminent, was durch „gemeindenahe, transformative Wirtschaftsmodelle“ (WHO-Regionalbüro für Europa, 2018, S. 11) realisiert werden könnte.

Ferner wurde in dieser Arbeit demonstriert, dass das individuelle Ernährungsverhalten als Mitursache gesundheitlicher Ungleichheit einzuordnen ist, welche soziale Unterschiede im Gesundheitszustand, im Gesundheitsverhalten sowie in der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung abbildet und somit der Kausationshypothese folgt (vgl. Lampert et al., 2018, S. 302; s. a. Lampert/Kroll, 2005, S. 22). Demzufolge steht beispielsweise ein niedriger

sozio-ökonomischer Status in Verbindung mit Fehlernährung oder ernährungsbedingten Krankheiten wie Magen- und Darmkrebs, Adipositas sowie Diabetes mellitus, erzeugt einen erheblichen Anteil der Kosten des Krankheitsversorgungssystems und verkürzt im Vergleich zu hohen Einkommensgruppen die Lebenserwartung von Männern und Frauen gleichermaßen (Hurrelmann/Richter, 2013, S. 37; s. a. Lampert/Kroll, 2005, S. 18 f.).

Schaut man auf den Möglichkeiten-Spielraum der lokalen Kooperation, auf die eben genannten Problematiken positiv einzuwirken, rückt eine Aussage von der Expertin des Regionalausschusses in den Fokus. Diese spricht sich aufgrund eigener Berufserfahrung dafür aus, dass es Interventionen im Kindesalter und in der Jugend geben müsse, da in diesem Alter noch eine ausgeprägte Lernfähigkeit bestehen würde. So kam sie während eines Seminars für Eltern und Nachwuchs zu dem Schluss, dass Kinder sehr emotional auf neues Wissen zum Thema „Essen“ reagieren: „Und die [Kinder] haben zum Beispiel auch in dem Laden geguckt und dann auf so einer großen Weltkarte mit Nadeln Fäden gemacht, wo kommen die Sachen im Laden eigentlich her? Wo du die Kinder noch richtig mit schocken kannst.“ Eine weitere positive Erfahrung sammelte die Expertin des Regionalausschusses mit sogenannten „Selbstversorgerbeeten“ für Familien, durch die ihrer Meinung nach eine höhere Wertschätzung für Gemüse entstehen könnte, weil dieses schließlich eigenhändig angebaut und gepflegt wird. Dieser Ansatz mit hohem praktischem Schwerpunkt könnte ein weiteres Best-Practice-Kriterium für lokale Kooperationen sein, die für eine Reduktion gesundheitlicher Ungleichheit und Ernährungsarmut sorgen wollen.

Grundsätzlich reichen ausschließliche Maßnahmen auf lokaler Ebene nicht aus. Laut Lampert et al. muss zur Herstellung gesundheitlicher Chancengleichheit die Verhältnisprävention priorisiert werden, die für eine Verbesserung der Lebensbedingungen und sozialen Teilhabechancen der Bevölkerung sorgen soll und nur mit Hilfe von politikbereichsübergreifenden Anstrengungen gelingt (vgl. Lampert et al., 2018, S. 313). Diese Ansicht unterstreicht auch Luthe, nach dem nicht übertragbare, ernährungsabhängige Zivilisationskrankheiten wie etwa Übergewicht oder Typ-2-Diabetes mellitus nur unter Einbeziehung des gesellschaftlichen Umfeldes und der relevanten gesellschaftlichen Akteure langfristig eliminiert werden können (vgl. Luthe, 2017, S. 46).

Ergänzend hierzu fordern Hurrelmann und Richter eine Verbindung aus verhaltens- sowie verhältnisbezogenen Ansätzen. Im Bereich Verhaltensänderung befürworten sie das Angebot ökonomischer Anreize wie zum Beispiel die Besteuerung von Zucker und die gleichzeitige Subventionierung von gesundheitsförderlichen Produkten wie Gemüse, was dem modernen intervenierenden Ansatz des „Nudging“ entspräche (vgl. Hurrelmann/Richter, 2013, S. 174). Wie wichtig die Verhältnisprävention ist, zeigt ferner die Feststellung der Expertin

des Regionalausschusses, nach der ein verantwortungsvoller Einkauf im Supermarkt durch Werbemaßnahmen erschwert werden würde:

> *„Und weil die Werbung ja auch alles dafür tut. Du hast ja immer eine glückliche Kuh, die alleine auf der Weide steht und einen strahlenden Bauer daneben und was ja alles Quatsch ist. Ich meine, da wird ja so viel gefakt, dass die Leute glauben (betont), es wäre ok, das zu essen. Wie bei den Zigaretten“* (Regionalausschuss).

In einer weiteren Aussage spricht sie sich daher ebenfalls für eine Reglementierung des Lebensmittelangebotes von staatlicher Seite aus:

> *„Wenn der Staat reglementierend eingreift und sagt, wir schaffen die Massentierhaltung ab und dann kostet das Fleisch natürlich entsprechend. Ich würde natürlich auch staatlicherseits was an den Preisen machen. Das ist genau wie jetzt bei der Frage des Fliegens, ob das teurer wird oder nicht“* (Regionalausschuss).

Es muss hierzu allerdings ergänzt werden, dass die befragte Person eher dem gut situierten Milieu zuzuordnen ist und eine Besteuerung von Lebensmitteln für sie demnach, im Gegensatz zum prekären Milieu, keine finanzielle Einschränkung bedeuten würde, unabhängig davon, ob sie diese gerne verzehrt oder nicht.

Die aktuelle Studienlage erlaubt keine Aussagen zu möglichen Effekten dieser staatlichen Regulierung. So liegt laut Brambila-Macias et al. keine Evidenz zu möglichen positiven Folgen einer staatlichen Reglementierung durch Steuern vor (vgl. Brambila-Macias et al., 2011, S. 373). Empfehlenswerter scheint die Verteilung von Essensgutscheinen an die vulnerable Zielgruppe zu sein, welche bereits in Großbritannien über das Programm „Healthy Start“ Wertmarken gegen hochwertige Lebensmittel wie Milchprodukte, Obst und Gemüse eintauschen kann und dadurch den eigenen Konsum von frischen Lebensmitteln nachweislich erhöht (vgl. Brambila-Macias et al., 2011, S. 371). Dieses würde allerdings zusätzliche Staatsausgaben erforderlich machen. Schaut man auf die bundesweit steigende Anzahl an Tafeln und Bedürftigen, scheint diese Investition keine guten Aussichten zu haben. Stattdessen besteht die Tendenz einer zusätzlichen Reduzierung der sozialen Sicherungssysteme inklusive weiterer Sparmaßnahmen. Zuerst müsste demnach eine fortgesetzte „aktivierende Transformation des deutschen Sozialstaates“ verhindert werden, die eine Zuspitzung sozialer Ungleichheiten evoziert und die finanziellen Möglichkeiten der prekären Haushalte weiter einschränken würde, was laut der Fachliteratur ein ungünstiges Essverhalten und Ernährungsarmut fördert (vgl. Kroll, 2010, S. 174 f.). Ein gesünderes Essverhalten und eine gesicherte Ernährungssituation könnten somit ausschließlich durch die Finanzierung über den Wohlfahrtsstaat und die sozialen Sicherungssysteme gelingen, welche schließlich auch das Gesetz zur Sicherstellung der Ernährung mit Hilfe des „Regelbedarfs zur Sicherung des Lebensunterhalts“ (§ 20 Abs. 1 Satz 1 SGB II, 2019) inkludieren (vgl. Kroll, 2010, S. 270).

Es kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass eine sozialräumliche lokale Kooperation nicht die Hauptursachen gesundheitlicher Ungleichheit und Ernährungsarmut bekämpfen kann. Die primären Ursachen liegen in der fehlenden Verantwortungsübernahme des deutschen Wohlfahrtsstaates und in einem bereits in der Kindheit erlernten ungünstigen Essverhalten. Letzteres wird durch die problematische finanzielle Haushaltssituation der Betroffenen verschärft. Vielmehr kann aufgrund der Erkenntnisse eine lokale Kooperation der Tafel Wilhelmsburg mit allen anderen untersuchten Organisationen als ergänzende Unterstützung staatlicher Interventionen für eine effiziente, ausgewogene Lebensmittelrettung und somit -verteilung sorgen. Hierfür müsste die Voraussetzung einer Partizipation des prekären Milieus erfüllt werden und im Rahmen einer gemeinsamen Bedarfsanalyse Angebote konzipiert werden, die eine finanziell erschwingliche und gleichzeitig ausgewogene Ernährung fördern. Es muss noch einmal betont werden, dass derartige Kooperationen im lokalen Setting den Wohlfahrtsstaat nicht von seiner Verantwortung entbinden dürfen, eine gesicherte, ausgewogene Ernährung für alle seine BürgerInnen sicherzustellen. Des Weiteren führt das Thema „gesunde Ernährung“ den Bias sozialer Erwünschtheit und den Faktor des Underreportings mit sich, weshalb eine Bedarfsanalyse der Kooperationen weiterhin eine sensible Vorgehensweise und die Unterstützung durch externes wissenschaftliches Fachpersonal aus den Bereichen Ökotrophologie, Ernährungswissenschaften und Public Health erforderlich macht.

Neben den Problemen der gesundheitlichen Ungleichheit und der Ernährungsarmut verweisen die Erkenntnisse aus der explorativen Untersuchung auf ein weiteres Ungleichgewicht in der Ernährungspolitik: Von allen befragten Personen wird die hohe gesellschaftliche Relevanz des Themas der Lebensmittelverschwendung betont, welche ein Paradoxon aus allgemeinem Überfluss und dem eben thematisierten individuellem Mangel an Lebensmitteln in Deutschland entwirft. Laut Muriana sei die moderne Lebensmittelkette aufgrund von Handelsnormen oder weiteren Faktoren von Produktverlusten betroffen, die Lebensmittelabfälle oder -verluste sowie abgelaufenes und nicht mehr für den Konsum von Mensch oder Tier geeignetes Essen umfassen (vgl. Muriana, 2017, S. 557). Weiterhin entstehe Lebensmittelverschwendung durch die Entsorgung, Kontaminierung oder durch den Verlust von für den menschlichen Konsum hergestellten Produkten (vgl. Girotto/Alibardi/Cossu, 2015, S. 32). Im Allgemeinen gehen die Betriebe im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg nach Aussagen von Foodsharing unterschiedlich mit der Problematik der Lebensmittelverschwendung um. Während einige Händler inzwischen über ein eigenes Retour-System verfügen und weitere der Rettung von Lebensmitteln durch Foodsharing positiv gegenüberstehen würden, begegnen einige wenige diesem Thema anscheinend mit Ablehnung. Letztere könnte beispielsweise daher rühren, dass man sich als Unternehmen nicht mit seinen

Fehlern im Umgang mit Lebensmitteln offenbaren möchte und somit von Vornherein eine Zusammenarbeit mit der Initiative Foodsharing ablehnt. Da sich Foodsharing als Initiative begreift, die sich selbst abschaffen und die Aufmerksamkeit auf die Themen Lebensmittelverschwendung und privates Konsumverhalten lenken möchte, sind zudem Betriebe, die eine Lebensmittelrettung als Ablassbrief begreifen, nach Aussage der Foodsharing-Expertin ein unwillkommener Effekt, den es zu vermeiden gelte. Falls eine entsprechende Einstellung vorherrscht, ist zu bezweifeln, dass dieses möglich ist, da eine einfache Form der Entsorgung die verantwortungsvolle, auf Eigeninitiative fußende Reflektion über eigene ineffiziente Verhaltensmuster wie eine ungenaue Planung oder fehlendes Qualitätsmanagement obsolet macht.

Als verschärfendes Problem wird von allen befragten AkteurInnen vor allem die derzeitige gesetzliche Gestaltung des Mindesthaltbarkeitsdatums (MDH) gesehen, welches eine Rettung von Lebensmitteln und eine Weiterverteilung an Bedürftige zu erschweren scheint. So gäbe es laut der Expertin von Foodsharing beispielsweise keine Supermarkt-Verteiler mit Lebensmitteln, welche das Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten haben, weil der Laden dann in Haftung träte. Und die Expertin fügt hinzu: „Bis zum Mindesthaltbarkeitsdatum ist es der Hersteller. Der Laden möchte dieses große Risiko nicht eingehen, also werden die Lebensmittel weggeschmissen, obwohl sie vielleicht noch ok sind.“ Ein weiteres Problem ist die Einschränkung der Tafeln bei der Lebensmittelausgabe, da diese nach Wissen der befragten Person aus dem Regionalausschuss nichts verteilen, was schon abgelaufen sei. Aufgrund der hohen Quantität an verteilten Lebensmittel wäre eine Abgabe von Produkten mit überschrittenen Mindesthaltbarkeitsdatum somit problematisch, da die Tafel für einen großen Personenkreis in Haftung treten würde, was eminente Kosten verursachen und aufgrund der Präsenz in der Öffentlichkeit mit einem Imageverlust einhergehen könnte. In dem Positionspapier der Tafel Deutschland wird daher auch eine Weiterentwicklung des Gesetzes zum Mindesthaltbarkeitsdatum sowie eine Differenzierung nach Produktgruppen bei Nutzung des Datums gefordert (vgl. Tafel Deutschland e.V., 2018). Schließlich gewährleiste der Hersteller mit dieser Angabe lediglich, dass ein Produkt bei angemessener Lagerung eine einwandfreie Beschaffenheit von Aussehen, Geruch, Geschmack sowie Konsistenz aufweist (vgl. Tafel Deutschland e.V., 2018).

Eine modifizierte Regelung würde auch die Kooperation zwischen der Tafel und Foodsharing vereinfachen, welche jeweils anderen Lebensmittelgesetzen unterliegen, da somit einfacher Lebensmittel untereinander aufgeteilt werden können. Die Expertin von Foodsharing verwies als mögliche Verbesserungsmaßnahme auf Skandinavien, wo das Mindesthaltbarkeitsdatum durch den Zusatz „Könnte auch danach noch gut sein“ abgeschwächt wird. Des Weiteren wollen AkteurInnen wie „Too Good To Go“ einen Wegwerfstopp durch politisch

bindende Maßnahmen erwirken, was natürlich auch für das Image der Unternehmen förderlich wäre. Nach Girotto, Alibardi und Cossu bestünde zudem ein realisierbares Management überproduzierter Lebensmittel darin, diese an Bedürftige zu verteilen und diese Maßnahme durch politische Unterstützung zu erleichtern (vgl. Girotto/Alibardi/Cossu, 2015, S. 41). Um die Ernährungsarmut zu reduzieren und gleichzeitig der Verschwendung noch essbarer Lebensmittel entgegenzuwirken, müssen demnach also eine Novellierung von Handelsnormen, des aktuellen Lebensmittelgesetzes, insbesondere des Mindesthaltbarkeitsdatums, und ein effizienteres Qualitätsmanagement der gesamten Handelskette erfolgen, um im umfassenden Maß Verbesserungen zu realisieren. Zusätzlich könnten im Sinne nachhaltigerer Prozesse nicht mehr essbare Lebensmittelreste von Handel und Privathaushalten als Biokraftstoff verwendet werden (vgl. Girotto/Alibardi/Cossu, 2015, S. 41).

Eine Reduzierung der Lebensmittelverschwendung könnte allerdings gleichzeitig mit einer sinkenden Quantität an Nahrungsmittelspenden für Bedürftige einhergehen, womit die positiven Effekte der als Best-Practice-Konzept realisierten, sozialräumlichen lokalen Kooperation zur Reduzierung von Ernährungsarmut schwinden könnten. Spätestens bei der gesetzlichen Eingrenzung der Lebensmittelverschwendung wäre also der deutsche Wohlfahrtsstaat in der Verantwortung, die Lebensmittelversorgung von Bedürftigen zu gewährleisten, um die aus der nachhaltigeren Produktion resultierende fehlende Spendenquantität der Tafeln abzudecken.

Für den langfristigen Erfolg einer sozialräumlichen lokalen Kooperation der Zivilgesellschaft ist allgemein eine finanzielle oder auch materielle Unterstützung durch weitere AkteurInnen hilfreich. Beim Blick auf den Grad der politischen Unterstützung der untersuchten Organisationen durch die politische Ebene wird deutlich, dass eine finanzielle Förderung sehr heterogen verteilt ist. Während einzelne Projekte von Minitopia über das BMU oder Fördergelder subventioniert werden, agieren die Initiativen Solawi und Foodsharing aktuell unter der ausschließlichen behördlichen Duldung, obwohl beide soziale Zwecke wie eine gerechtere, nachhaltige Landwirtschaft oder die Rettung von Lebensmitteln verfolgen. Diese Varianz zeigt auf, dass eine generelle Beantwortung der Frage, inwieweit gemeinsame Projekte sozialräumlicher lokaler Kooperationen im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg politische Unterstützung erfahren, an dieser Stelle nicht zu beantworten ist. Hierfür müssten einheitliche gesetzliche Vorgaben für die Projektarbeit lokaler Kooperationen im Sinne der Gemeinnützigkeit implementiert werden.

Diese zum Zeitpunkt der Untersuchung vorherrschende Unsicherheit scheint demgegenüber keine Hürde für eine gelingende interdisziplinäre Zusammenarbeit aller AkteurInnen zu sein. So sei es nach Meinung der Minitopia-Expertin generell von Vorteil, Fördergelder

von unterschiedlichen AkteurInnen wie Stiftungen, der Wirtschaft oder der Stadt zu beantragen und diese auf einzelne Projekte zu begrenzen. Dieses verhindere eine absolute Abhängigkeit und die Gefahr, Ziele im Sinne der fördernden Person formulieren zu müssen. Demgemäß seien somit auch Aktionen gewährleistet, die sich beispielsweise für Gesetzesänderungen im Lebensmittelrecht einsetzen. Des Weiteren erfordert die begrenzte Höhe des Verfügungsfonds generell eine Bereitstellung von Eigenmitteln, was laut der Expertin von Minitopia einer Förderung durch AkteurInnen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft bedarf. Grundsätzlich mokiert diese die ausbleibende Unterstützung von Seiten des Staates. Mit dieser Aussage betont sie die schon ausführlich beschriebene und nachgewiesene Problematik der sukzessiven Verantwortungsübertragung von öffentlichen Aufgaben an private AkteurInnen, was Clarke auch als „Familiarisierung der Wohlfahrt“ beschreibt (vgl. Clarke, 2014, S. 24-31).

Ein weiterer Erfolgsfaktor für eine sozialräumliche lokale Kooperation ist nach dem Kooperationsverbund für Gesundheitliche Chancengleichheit das ganzheitliche, prozessorientierte Qualitätsmanagement inklusive einer abschließenden Evaluation. Schließlich hängt die Vergabe von Verfügungsfonds an einen Stadtteil insbesondere davon ab, ob ein „räumlich integrierte[s], ressort- und akteursübergreifende[s] Konzept [besteht], in dem Entwicklungsziele und Maßnahmen expliziert werden“ (BMU, 2016, S. 9). Diese Bedingung könne durch ein einheitliches Qualitätsmanagement realisiert werden. Weiterhin würden nach Stellungnahme des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit seit 2012 primär städtebauliche Gesamtmaßnahmen gefördert werden, die mit Stiftungen oder privaten Unternehmen zusammenarbeiten, wie bereits bei Minitopia erkennbar, und ein Quartiersmanagement inkludieren, das als Ansprechperson und Koordinierungsstelle im Stadtteil fungiert (vgl. BMU, 2016, S. 10).

Während die Qualitätssicherung vor allem der Erfüllung „gesetzlich oder durch den Träger vorgegebener Qualitätsstandards“ dient, soll die Qualitätsentwicklung einen „kontinuierlichen und systematischen Reflexions- und Lernprozess“ ermöglichen, der für eine stetige Verbesserung der Angebote sorgen soll (vgl. Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit, 2017, S. 39). Die Evaluation ist ein Element des Qualitätsmanagements und soll „die Erreichung der formulierten Ziele […] im Projektverlauf [überprüfen] und Arbeitsabläufe in Abhängigkeit von den Ergebnissen der Überprüfung zu verändern [vermögen]“ (Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit, 2017, S. 47). Überdies erhält dieser Prozess einen eigenen Steckbrief im Gefüge der Kriterien guter Praxis des Kooperationsverbundes und unterstreicht dadurch seine Wichtigkeit für Projekte mit dem Ziel der „Gesundheitsförderung für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen“. So könnten eine Dokumentation sowie Evaluation aufgrund der „innovativen und unkonventionellen“

Ansätze für mehr Transparenz und Akzeptanz sorgen (vgl. Mielck et al., 2002, S. 13). Dementgegen verfügen Minitopia und Solawi nach Erkenntnissen aus den Befragungen über keine implementierte ganzheitliche Evaluation. Als ein Grund wurde von der Expertin von Minitopia die Priorität genannt, erst einmal innerorganisatorische Stabilität herstellen zu müssen, bevor Maßnahmen zur stetigen Verbesserung eingeführt werden. Was jedoch schon erfolgt, ist zum einen eine Strategieplanung und zum anderen eine quantitative Evaluation:

> *„[Im] Rahmen der einzelnen Projekte, aber quantitativ, weniger qualitativ, weil es schwer ist-. Also mit unseren Schülern können wir es teilweise machen. Die sind ein halbes Jahr da und dann kannst du die beobachten und auch befragen. […] Und ansonsten ist die Evaluation quantitativ“* (Minitopia).

Im Gegensatz dazu führte die Solawi im vorigen Herbst eine qualitativ ausgerichtete Online-Umfrage zur Zufriedenheit unter allen AbnehmerInnen durch, womit ein erster Schritt zur Analyse von Verbesserungsmöglichkeiten getan ist. Dieser entspricht laut den Kriterien des Kooperationsverbundes für Gesundheitliche Chancengleichheit allerdings lediglich der ersten von vier möglichen Stufen und kennzeichnet sich dadurch, dass „Arbeitsabläufe und -ergebnisse nur gelegentlich und nicht systematisch dokumentiert [werden]. Es gibt keine verbindlichen Vorgaben zum Format der Dokumentation, zur Ablage oder zur Vermittlung der Ergebnisse.“ Als Definition eines weiteren Best-Practice-Kriteriums für die sozialräumliche lokale Kooperation müsste demnach die höchste Stufe einer internen Evaluation erreicht werden:

> *„[Bei der* die MitarbeiterInnen] *auf der Grundlage der Daten aus der Dokumentation und ggf. [!] weiterer Informationen die Arbeit und die Ergebnisse ihrer Maßnahme anhand transparenter Methoden [überprüfen]. Im Rahmen dieser Selbstevaluation wird die Zielerreichung diskutiert und nach Möglichkeiten gesucht, auf Grundlage dieser Erkenntnisse die Maßnahme weiter zu entwickeln“* (Kooperationsverbund Gesundheitl. Chancengleichheit, 2017, S. 47-50).

Dieser Punkt zeigt auf, dass die untersuchten Organisationen im ersten Schritt, soweit noch nicht geschehen, ein eigene Evaluation nach einheitlichen DIN-Normen implementieren müssten, bevor diese ein übergeordnetes System für die kooperative Arbeit realisieren können. Da auch für die erste Maßnahme kaum personelle Ressourcen zur Verfügung stehen, wäre zu überlegen, ob die Aufgabe über externe Dienstleister oder aber über ein Quartiersmanagement erfolgen könnte, da letzteres nach Aussage der politischen Person bereits besteht und diese Stelle die Koordinierung der lokalen Projekte verantwortet.

Aktuell ist im dem der Evaluation übergeordneten Kontext des Qualitätsmanagements bei der Initiative Foodsharing die Position der betriebsverantwortlichen Person zu nennen, die für einen Betrieb sowie dessen zugeteiltes Abholteam organisatorische Aufgaben übernimmt und Beschwerden, Ablaufmodifikationen oder Verbesserungsvorschläge beider

Seiten kommuniziert und regelt. Somit agiert Foodsharing im Rahmen der Betriebsabläufe auf der vierten Stufe der Kriterien guter Praxis, nach der mit Hilfe „klarer personeller Zuständigkeiten [...] sowohl Planung und Konzeption als auch Strukturen und Arbeitsprozesse (vor dem Hintergrund der Zielsetzung) geprüft und weiterentwickelt [werden]“ (Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit, 2017, S. 45). Allerdings fehlen hierbei noch der geforderte „Soll-Ist-Vergleich“ und vor allem eine ganzheitliche Anwendung des Qualitätsmanagements für alle Arbeitsabläufe. Im Vergleich dazu wurde bei der Solawi die Problematik der fehlenden Automatisierung von Prozessen genannt, da jede wöchentliche Gemüselieferung individuell zusammengestellt wird und demzufolge eine kontinuierliche, stete Wachsamkeit aller Mitarbeitenden über die Korrektheit aller Arbeitsschritte bestehen müsse. Mit Hilfe des Qualitätsmanagements könnte eine Fehleranfälligkeit unter der Voraussetzung freier personeller Kapazitäten zur Implementierung eines effizienteren Arbeitsablaufes erreicht werden. Von der Tafel Wilhelmsburg gab es keine Aussagen zu dem Thema Qualitätsmanagement. Bei Betrachtung des Geschäftsberichts des Dachverbandes sind zwar keine Rückschlüsse auf ein zertifiziertes Qualitätsmanagement möglich, dafür agieren regelmäßig themenspezifische Kommissionen, Arbeitskreise und ein wissenschaftlicher Beirat zur Konzeption von Lösungsvorschlägen und Zukunftsstrategien (vgl. Tafel Deutschland e. V., 2019, S. 55-59). Zusammenfassend ist zu den Parametern Evaluation und Qualitätsmanagement der untersuchten Organisationen festzuhalten, dass diese bereits in Ansätzen entsprechende Maßnahmen anwenden, um Abläufe zu verbessern. Für reibungslose Arbeitsprozesse und eine daraus resultierende, effiziente, kooperative Zusammenarbeit ist jedoch eine ganzheitliche Anwendung der kontinuierlichen Qualitätssicherung obligat, die im Idealfall folgendermaßen verläuft: Der erste Schritt umfasst eine Ist-Analyse inklusive der bereits thematisierten Bedarfsanalyse, während danach anhand einer Soll-Bestimmung unter Einbezug aller potentiellen LeistungsträgerInnen ein Handlungsprogramm konzipiert wird. Dieses wird im dritten Schritt implementiert und anschließend durch eine Evaluation optional modifiziert. Abschließend beginnt ein neuer Zyklus, der eine laufende Optimierung der Prozesse erzielen soll (vgl. Hurrelmann/Richter, 2013, S. 234-237).

Abschließend wird nun resümiert, inwiefern eine sozialräumliche lokale Kooperation zu einer Reduzierung von gesundheitlicher Ungleichheit und Ernährungsarmut beitragen kann und in welchem Maße diese Arbeit als Best-Practice-Perspektive für die lokale Ebene dienen könnte.

9. Fazit

9.1 Resümee

Mit Hilfe einer sozialräumlichen lokalen Kooperation von allen befragten AkteurInnen könnten unter der Voraussetzung einer hohen Partizipation des prekären Milieus wirksame Maßnahmen zur Reduzierung gesundheitlicher Ungleichheit und Ernährungsarmut realisiert werden. Hierfür wäre vor Aufnahme der kooperativen Arbeit eine Bedarfsanalyse unter Einbezug aller AnwohnerInnen obligat. Weiterhin müsste laufend sichergestellt werden, dass insbesondere eine aktive Mitwirkung durch die von gesundheitlicher Ungleichheit sowie Ernährungsarmut Betroffenen sichergestellt wird. Anhand der Kriterien guter Praxis des Kooperationsverbands Gesundheitliche Chancengleichheit sowie den innovativ gelagerten Best-Practice-Ansätzen aus dieser Arbeit könnte schließlich eine effiziente, stabile und prozessorientierte Kooperationsstruktur inklusive eines Qualitätsmanagements implementiert werden, womit zusätzlich die Wahrscheinlichkeit einer staatlichen Förderung von Projekten erhöht werden könnte. Dienlich sind hier auch die Erfahrungswerte der Minitopia-Expertin, die bereits Fördergelder über verschiedene AkteurInnen wie Stiftungen oder Behörden generiert. Durch die Mitwirkung möglichst vieler AnwohnerInnen können überdies das nachbarschaftliche Miteinander verbessert und Synergieeffekte ermöglicht werden, die beispielsweise eine bessere Lebensqualität im Stadtteil umfassen. Bei Einbezug vulnerabler Zielgruppen, die nur mit Hilfe einer Bring-Struktur erreicht werden, könnten zusätzlich auch diese aktiv an der Gestaltung ihres unmittelbaren Umfeldes mitwirken, wodurch bei dieser Bevölkerungsgruppe auf lange Sicht ein höheres Selbstbewusstsein und mehr Eigenständigkeit entstehen könnte. Zur Reduktion der gesundheitlichen Ungleichheit im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg kann eine entsprechende Kooperation gemeinsame Bildungsangebote zum Thema „Ernährung und Gesundheit“ anbieten, welche auf die Wünsche der Bedürftigen zugeschnitten werden. Schließlich konnte eruiert werden, dass sich die von gesundheitlicher Ungleichheit Betroffenen ihres im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen schlechteren Gesundheitszustandes bewusst sind. Es ist aber noch Aufklärungsarbeit zu leisten, die die Zusammenhänge zwischen der Ernährung und nicht übertragbaren Zivilisationskrankheiten wie Diabetes mellitus aufzeigt. Ferner soll angenommen werden, dass durch die Integration des prekären Milieus im Kooperationsgefüge eine günstige Gruppendynamik erwirkt werden kann, die zum einen die Bereitschaft der Bedürftigen erhöht, neben den aus der Bedarfsanalyse ermittelten Angeboten auch die zurzeit bestehenden Angebote der Organisationen wahrzunehmen, und zum anderen für Multiplikatoren-Effekte sorgt. Ferner ist aufgrund der Erfahrungen der befragten Personen anzunehmen, dass die aktiven Mitglieder der Kooperation mit dem Freundeskreis, mit NachbarInnen sowie Verwandten über die Aktionen sprechen und somit ein willkommener Domino-Effekt entstehen

könnte, der die bisher nicht sehr erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit für das prekäre Milieu ablösen würde.

Unter der Prämisse einer effizienten Zusammenarbeit kann eine derartig gestaltete Kooperation im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg außerdem dazu beitragen, dass mehr überproduzierte oder sonstige aussortierte Lebensmittel gerettet und weiterverteilt werden. Dadurch könnten in einem gewissen Rahmen zusätzlich eine nachhaltigere Produktion und ein bewussterer Konsum von Lebensmitteln gefördert werden. Diese Wirkung kann durch die digitale Vernetzung und Kommunikationskanäle wie Webseiten oder Nachrichten-Applikationen weiter verstärkt werden und entspricht des Weiteren dem Postulat der „nachhaltigen europäischen Stadt“, welche als Ziel in der „Leipzig Charta“ (2007) proklamiert wird und durch integrierte Stadtentwicklung realisieren werden soll (vgl. BMU, 2007, S. 1).

Schließlich könnte die Effizienz der kooperativen Zusammenarbeit der AkteurInnen im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg durch eine bundesweite Verhältnisprävention zur Modifikation der Ernährungsmuster Bedürftiger von staatlicher Seite erhöht werden, da beispielsweise eine Besteuerung von fett- oder zuckerreichen Nahrungsmitteln die Wahl von frischen Lebensmitteln wie Gemüse fördern soll, womit auf lange Sicht auch das aktuelle Gemüseanteile-Angebot der Solawi attraktiver werden könnte.

Abschließend ist jedoch festzuhalten, dass die Problematik der Ernährungsarmut in die Verantwortung des deutschen Wohlfahrtsstaates fällt und dieser aufgrund seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Sicherung der Ernährung ebenfalls umfassende Maßnahmen ergreifen muss, um eine weitere Zunahme der Tafel-Abgabestellen und -KlientInnen zu verhindern. Beispielsweise müssen SozialhilfeempfängerInnen mindestens so viel Geld zur Verfügung haben, dass sie sich theoretisch täglich eine vollwertige Ernährung leisten können. Dieses könnte unter anderem durch eine Definition und Implementierung des Faktors „vollwertige Ernährung“ in den Beitragssatz erfolgen, der somit angepasst werden müsste. Im Übrigen könnten zusätzlich die in Großbritannien verwendeten Essensgutscheine für gesunde Lebensmittel oder Subventionen von Obst und Gemüse ein gesünderes Essverhalten von Bedürftigen evozieren.

Insgesamt ist die Herstellung gesundheitlicher Chancengleichheit und die Reduktion der Ernährungsarmut eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deren Erfüllung Kernelement der Aktionspläne von WHO oder den Vereinten Nationen ist. Die sozialräumliche lokale Kooperation kann hier einen wichtigen Beitrag leisten; eine wirkungsvolle Intervention bedarf jedoch einer interdisziplinären Zusammenarbeit aller beteiligten AkteurInnen und politischer Handlungsebenen.

9.2 Einschränkungen

Aufgrund der qualitativen Untersuchung und der kleinen Stichprobenzahl können die dargestellten Erkenntnisse in ihrer jetzigen Form nicht mit dem Anspruch der Allgemeingültigkeit auf andere Stadtteile übertragen werden. Weiterhin bergen Interviews die Gefahr des Bias sozialer Erwünschtheit, der durch die gezielt offene Fragestellung möglichst klein gehalten werden sollte. Dennoch lassen einzelne Aussagen von Foodsharing, Solawi, „Too Good To Go“ oder der Expertin des Regionalausschusses darauf rückschließen, dass beide GesprächspartnerInnen aufgrund der Untersuchungsziele die gleichen Interessen, wie beispielsweise ein bewusstes Ess- oder Konsumverhalten, verfolgen würden. Dieses zeigte sich beispielsweise in Formulierungen wie „wir“. Andererseits ermöglicht gerade das qualitativ ausgerichtete Interview die Herstellung von Tiefenperspektive und neuen Erkenntnissen, was ganz im Sinne dieser induktiv ausgerichteten Arbeit lag.

Ferner ist anzunehmen, dass die ExpertInnen als aktive MitgliederInnen eine grundsätzlich positive Haltung zu ihrer Organisation einnehmen und somit weitere, in dieser Untersuchung nicht eruierte, negative Aspekte wie beispielsweise Probleme mit anderen Mitgliedern oder Arbeitsabläufen und von der Initiative abweichende Werteeinstellungen nicht thematisiert wurden. Da die sozialräumliche lokale Zusammenarbeit zur Reduktion von gesundheitlicher Ungleichheit und Ernährungsarmut einen innovativen Ansatz repräsentiert, liegen noch keine universellen, evaluierten Handlungsempfehlungen in Deutschland vor. Somit können die Ergebnisse dieser Arbeit zusammen mit den Kriterien guter Praxis des Kooperationsverbundes für Gesundheitliche Chancengleichheit eine Orientierung bei der Konzeption einer ähnlich gestalteten Kooperation auf lokaler Ebene bieten. Für eine Übertragbarkeit auf andere Stadtteile wäre schließlich weitere Forschung notwendig, die sich zum einen aus gleichermaßen gestalteten qualitativen Untersuchungen in anderen deutschen Stadtteilen zusammensetzen könnte und zum anderen durch quantitative Verfahren überprüft werden müsste. Eine weitere aus der explorativen Untersuchung gewonnene Erkenntnis ist die obligate Durchführung einer Bedarfsanalyse des prekären Milieus sowohl im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg als auch in anderen lokalen Settings, welche für eine Konzeption von zielgruppenspezifischen, wirkungsvollen Interventionen zur Herstellung gesundheitlicher Chancengleichheit unabdingbar ist.

9.3 Ausblick

Es bleibt abzuwarten, in welche Richtung die Transformation des deutschen Wohlfahrtsstaates in Zukunft verläuft. Bleibt es bei der tendenziellen Verantwortungsabgabe von sozialen Leistungen an private AkteurInnen, könnte sich trotz einer erwünschten Verbreitung von stabilen, sozialräumlichen lokalen Kooperationen die Problematik der Ernährungsarmut

verschärfen und auch Bevölkerungsgruppen aus anderen sozialen Milieus tangieren. Gleichzeitig gibt es bereits Sperrlisten sowie Wartelisten einiger Tafeln, was punktuell auf erreichte Kapazitätsgrenzen verweist und durch den fehlenden Rechtsanspruch auf Nahrungsmittel privater AkteurInnen langfristig zusätzlich zu einer Zunahme der Ernährungsarmut führen könnte.

Die mediale starke Präsenz des Themas der Lebensmittelverschwendung hat bereits in der Vergangenheit für Modifikationen des Handelsangebots gesorgt, die beispielsweise die Reduktion von Plastiktüten sowie das Verbot von Plastiktrinkhalmen umfassen. Im Bereich des Lebensmittelangebots stehen das zurzeit illegale Containern sowie die aktuelle gesetzliche Gestaltung des Mindesthaltbarkeitsdatum im Fokus der Öffentlichkeit. Demnach kann an dieser Stelle noch keine Aussage getroffen werden, inwiefern Politik und Handel Maßnahmen implementieren, um die Lebensmittelverschwendung einzudämmen. Vereinzelte Ansätze und Ideen existieren bereits, es braucht jedoch auch in diesem Fall ein bundesweit einheitliches Vorgehen, um diese Problematik einzudämmen. Diese Schlussfolgerung könnte dazu führen, dass Lebensmittelspenden für Bedürftige über andere Wege erworben werden müssten oder aber durch eine finanzielle stärkere Unterstützung des prekären Milieus, wie bereits vorgestellt, die Tafel-Arbeit obsolet werden würde.

Schließlich erfordert die Herstellung gesundheitlicher Chancengleichheit neben kooperativen lokalen Aktivitäten weiterhin die interdisziplinäre Unterstützung weiterer AkteurInnen aus Politik, Medizin oder aus einer genuin ökotrophologischen Perspektive. Es wird sich zeigen, ob und welchem Maß die in den Aktionsplänen vorgestellten Interventionsstrategien in der Praxis umgesetzt werden und inwieweit Papier geduldig ist, wie auch die Expertin des Regionalausschusses resümiert.

Zusammenfassung

In dieser qualitativen, explorativen Untersuchung wurde anhand des induktiven Ansatzes der „Grounded Theory“ das Potenzial sozialräumlicher lokaler Kooperationen am Beispiel des Settings Hamburg-Wilhelmsburg zur Reduzierung gesundheitlicher Ungleichheit und Ernährungsarmut in Deutschland erforscht.

Hierfür wurde nach der Vorstellung der bestehenden wissenschaftlichen Empirie zur Prävalenz und Konsequenz von (Ernährungs-)Armut sowie gesundheitlicher Ungleichheit in Deutschland ein Analyserahmen entwickelt, aus dem unter anderem folgende Forschungsfragen abgeleitet wurden: Wie bewähren sich die in den politischen Aktionsplänen vorgestellten Ansätze in der Praxis? Können zu diesem Zeitpunkt in deutschen Stadtteilen mit interdisziplinären Strategien sowie kooperativ ausgerichteten Projekten zur Reduzierung von gesundheitlicher Ungleichheit und Ernährungsarmut mögliche Effekte evaluiert und eine Bewertung von Nachhaltigkeit und Effizienz der Maßnahmen vorgenommen werden? Inwieweit sind AkteurInnen, die sich im lokalen Setting direkt oder indirekt gegen gesundheitliche Ungleichheit einsetzen, miteinander vernetzt?

Für die Beantwortung der Fragen wurden die Methoden des ExpertInnen-Interviews sowie die qualitative Analyse verwendet. Das Ziel war die empirisch begründete Formulierung von subjekt- und situationsspezifischen Aussagen, die der Genese neuer Hypothesen dienten. Weiterhin sollte durch den ergebnisoffenen Prozess und aufgrund der Verstehensleistung durch die forschende Person die Konzipierung einer Practice-Perspektive ermöglicht werden. Die Stichprobenanzahl betrug insgesamt sechs ProbandInnen. Fünf ExpertInnen kamen aus Organisationen mit dem Schwerpunkt Lebensmittelverteilung, -bildung und/oder -rettung, eine Person gehörte zu dem Regionalausschuss im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg.

Es konnte eruiert werden, dass unter der Voraussetzung einer Partizipation des prekären Milieus durch eine sozialräumliche lokale Kooperation wirksame Maßnahmen zur Reduzierung gesundheitlicher Ungleichheit und Ernährungsarmut im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg realisiert werden können. Ein weiteres Best-Practice-Kriterium für eine nachhaltige kooperative Zusammenarbeit und Angebotsgestaltung aufgrund der höheren Wahrscheinlichkeit staatlicher Förderung wären eine Bedarfsanalyse unter Einbezug aller AnwohnerInnen sowie ein einheitliches Qualitätsmanagement inklusive einer abschließenden Evaluation. Es wurde ferner dargelegt, dass eine derartige Kooperation nur als unterstützende Maßnahme zur Reduktion der untersuchten Problematiken dienen kann. Schließlich könnte diese nur der Wohlfahrtsstaat Deutschland aufgrund der Gesetzeslage sowie der erforderlichen bundesweiten Verhältnis- sowie Verhaltensprävention mit umfassenden

Interventionen unterstützen. Dementgegen kann im Rahmen dieser Untersuchung nicht geklärt werden, wie die Transformation des deutschen Wohlfahrtsstaates in Zukunft verläuft. Bleibt es bei der tendenziellen Verantwortungsabgabe von sozialen Leistungen an private AkteurInnen, könnte sich trotz einer erwünschten Verbreitung von stabilen, sozialräumlichen lokalen Kooperationen die Problematik der Ernährungsarmut verschärfen und auch Bevölkerungsgruppen aus anderen sozialen Milieus tangieren.

Diese empirische Untersuchung erlaubt durch ihre qualitative Ausrichtung und der kleinen Stichprobenzahl keine allgemeingültige Übertragbarkeit auf andere lokale Settings. Hierfür wäre weitere Forschung notwendig, die die in dieser Arbeit eruierten qualitativen Kategorien in eine quantitative Studie transferiert.

Abstract

In this qualitative, explorative study, the inductive approach of the "Grounded Theory" was chosen to explore the potential of socio-spatial local cooperation using the example of the Hamburg-Wilhelmsburg setting to reduce health inequalities and nutritional poverty in Germany.

Therefore, an analytical framework based on scientific empirical studies regarding the prevalence and consequences of (nutritional) poverty and health inequality in Germany was developed. In this context, the following research question was raised: How do the approaches presented in the political action plans work in practice? Can possible effects be evaluated at this stage in German districts using interdisciplinary strategies and cooperative projects to reduce health inequalities and food poverty, and can the sustainability and efficiency of the measures be assessed? To what extent are actors who work directly or indirectly against health inequalities in the local setting already networked?

The methods of expert interviews and qualitative analysis were applied to answer these questions, with the aim of providing empirically substantiated subject- and situation-specific statements that served the genesis of new hypotheses. Furthermore, the open-ended process and the understanding of the researcher should enable the conception of a practice perspective. The number of samples was a total of six subjects, five experts of organizations focusing on food distribution and / or rescue, and one political person from the regional committee in the district of Hamburg-Wilhelmsburg.

It could be ascertained that effective measures to reduce health inequalities and nutritional poverty can be implemented in the district of Hamburg-Wilhelmsburg by means of socio-spatial local cooperation, provided that the precarious milieu participates. Another best practice criterion for sustainable cooperative cooperation and target group-oriented offerings would be an assessment of need involving all residents as well as a standardized quality management including a final evaluation. This, in turn, can increase the probability of state support for joint projects. Finally, it must be emphasized that such cooperation can only serve as a supportive measure to reduce the investigated problems, since only the welfare state of Germany can offer comprehensive interventions due to the legal situation as well as the necessary nationwide prevention of restriction and behaviour. Moreover, it remains unclear how the transformation of the German welfare state will proceed in the future. If the tendency to transfer responsibility for social services to private actors remains, the problem of nutritional poverty could worsen despite the desired proliferation of stable, socio-spatial local cooperation and could also affect population groups from other social milieus. However, due to its qualitative orientation and the small number of samples, this

empirical study does not permit transferability to other local settings. This would require further research, which would necessitate both qualitative and quantitative studies.

Literaturverzeichnis

Alamar, M. del C./Falagán, N./Aktas, E./Terry, L. A. (2017): Minimising food waste: a call for multidisciplinary research, in: Journal of the Science of Food and Agriculture, 98(1), S. 8-11, doi:10.1002/jsfa.8708

Alternation e. V. (2019): Klimaschutz, in: Minitopia. Spielplatz urbaner Selbstversorgung, http://minitopia.hamburg/klimaschutz (Zugriff 07.08.2019)

– (2019): Satzung, in: Minitopia. Spielplatz urbaner Selbstversorgung, http://minitopia.hamburg/impressum-datenschutz (Zugriff 07.08.2019)

– (2019): Start, in: Minitopia. Spielplatz urbaner Selbstversorgung, http://minitopia.hamburg/minitopia (Zugriff 07.08.2019)

Arbeitsloseninitiative Wilhelmsburg (2016): Satzung des Vereins Arbeitsloseninitiative Wilhelmsburg e. V., http://tafel-wilhelmsburg.de/satzung-der-arbeitsloseninitiative-wilhelmsburg/ (Zugriff 28.07.2019)

– (2017): Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, http://tafel-wilhelmsburg.de/ (Zugriff 28.07.2019)

Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (2018): Auszug aus dem Datenreport 2018 - Kapitel 8, in: Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deuschland (S. 189-339), Berlin: Statistisches Bundesamt

Bandura, A. (1977): Self-efficacy: Toward a Unifying Theory of Behavioral Change. A Psychological Review, 84(2), S. 191-215, doi:10.1016/0146-6402(78)90002-4

– (1995): Self-efficacy in Changing Societies, Cambridge: Cambridge University Press

Bazerghi, C./McKay, F. H./Dunn, M. (2016): The Role of Food Banks in Addressing Food Insecurity: A Systematic Review, Journal Community Health, 41(4), S. 732-740, doi:https://doi.org/10.1007/s10900-015-0147-5

Beyer, M.-A. (2002): Aktiv und gesund in der Arbeitslosigkeit? Wie aus einer Fragebogenaktion eine Projektidee wurde - Erfahrungen aus dem Arbeitslosenzentrum in Berlin-Hohenschönhausen, in: *A. Mielck/M. Abel/H. Heinemann/K.-P. Stender* (Hrsg.), Städte und Gesundheit - Projekte zur Chancengleichheit, Bd. 17, S. 133-147, Lage: Jacobs

Black, A. P./Brimblecombe, J./Eyles, H./Morris, P./Vally, H./O´Dea, K. (2012): Food subsidy programs and the health and nutritional status of disadvanted families in high income countries: a systematic review, BMC Public Health, 12(1099), S. 1-24, doi:https://doi.org/10.1186/1471-2458-12-1099

Boyle, M. A./Holben, D. H. (2010): Community Nutrition in Action: An Entrepreneurial Approach, Fifth Edition, Belmont: Wadsworth Cengage Learning

Brambila-Macias, J./Shankar, B./Capacci, S./Mazzocchi, M./Perez-Cueto, F. J./Verbeke, W./ Traill, W. B. (2011): Policy Interventions to Promote Healthy Eating: A Review of What Works, What Does Not, and What is Promising, Food and Nutrition Bulletin, 32(4), S. 365–375, doi:https://doi.org/10.1177/156482651103200408

Braun, R./Heuschkel, Z./Marí, F./Pippig, J./Albrecht, S. (2013): Future of Food: State of the Art, Challenges and Options for Action, München: oekom Verlag

Bräutigam, K.-R./Jörissen, J./Priefer, C. (2014): The extent of food waste generation across EU-27: Different calculation methods and the reliability of their results, Waste Management & Research, 32(8), S. 683–694, doi:10.1177/0734242X14545374

Brinkmann, S., Kvale, S. (2014): Doing Interviews. The SAGE Qualitative Research Kit, 2. Ausg., Bd. 2, London: SAGE Publications Ltd.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017): Lebenslagen in Deutschland - Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/5-arb-langfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=6 (Zugriff 01.04.2019)

– (2019): Das ändert sich im neuen Jahr, https://www.bmas.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2018/das-aendert-sich-im-neuen-jahr.html (Zugriff 07.08.2019)

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft/Max Rubner-Institut (2008): Nationale Verzehrsstudie II - Ergebnisbericht Teil 2. Die bundesweite Befragung zur Ernährung von Erwachsenen und Jugendlichen, in: Max Rubner-Institut (Hrsg.), https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ernaehrung/NVS_ErgebnisberichtTeil2.pdf;jsessionid=4C10AE2066142D451CFA75F977D801F1.2_cid358?__blob=publicationFile (Zugriff 15.01.2019)

Bundesministerium für Inneres und Bau (Hrsg.) (2011): Hamburg-Wilhelmsburg/Südliches Reiherstiegviertel, https://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/Stadtumbau/StadtumbauWest/Praxis/Kommunale_Praxisbeispiele/Massnahmen/hamburg_wilhelmsburg/hamburg_wilhelmsburg_inhalt.html (Zugriff 07.06.2019)

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2007): Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/bauen/wohnen/leipzig-charta.pdf;jsessionid=7272C01C8004A8AC247E5A490247D5D2.1_cid287?__blob=publicationFile&v=2 (Zugriff 07.08.2019)

– (Hrsg.) (2016): Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier - Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt, https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/alt_bauen/Staedtebauf oerderung/soziale_stadt_strategie_bf.pdf (Zugriff 07.08.2019)

Burzan, N. (2011). Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien, 4. Ausg, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Charmaz, K. (1996): Grounded Theory, in: J. A. Smith/R. Harré/L. V. Langenhove (Hrsg.), Rethinking Methods in Psychology, S. 27-49, London: Sage Publications, http://www.sxf.uevora.pt/wp-content/uploads/2013/03/Charmaz_1996.pdf (Zugriff 07.08.2019)

Clarke, J. (2014): The End of the Welfare State? The Challenges of Deconstruction and Reconstruction, in: P. Sandermann, The End of Welfare as We Know It? Continuity

and Change in Western Welfare State Settings and Practices, S. 19-34, Toronto: Barbara Budrich Publishers

Coleman, J. S. (1988): Social Capital in the Creation of Human Capital, The American Journal of Sociology, 94, Supplement, Organizations and Institutions: Sociological and Economic Approaches to the Analysis of Social Structure, S. 95-120

Commission on Social Determinants of Health (2008): Closing the gap in a generation: health equity through action on the social determinants of health, in: Final Report of the Commission on Social Determinants of Health, Geneva: World Health Organization

Depa, J./Gyngell, F./Müller, A./Eleraky, L./Hilzendegen, C./Stroebele-Benschop, N. (2018): Prevalence of food insecurity among food bank users in Germany and its association with population characteristics, Preventive Medicine Reports, 9, S. 96-101, doi:https://doi.org/10.1016/j.pmedr.2018.01.00

Emmenegger, P./Kvist, J./Marx, P./Petersen, K. (2015): Three Worlds of Welfare Capitalism: The making of a classic, in: J. Leschke/E. Pavolini/M. Seeleib-Kaiser (Hrsg.), Journal of European Social Policy, 25(1), S. 3-13, doi:0.1177/0958928714556966

Europäische Kommission (2011): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - Eine neue EU-Strategie für die soziale Verantwortung der Unternehmen (CSR), https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52011DC0681&qid=1401278421883&from=DE (Zugriff 28.07.2019)

Fischer, A. (2002): Soziale Ungleichheit als politisches Phänomen und ihre Auswirkungen auf Gesundheit und Gesellschaft, in: *A. Mielck/M. Abel/H. Heinemann/K.-P. Stender* (Hrsg.), Städte und Gesundheit - Projekte zur Chancengleichheit, Bd. 17, S. 19-29, Lage: Jacobs

Flick, U. (2017): Qualitative Sozialforschung - Eine Einführung, in: *B. König* (Hrsg.), 8. Ausg., Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag

Foodsharing e. V. (2019): Lebensmittel Retten Wiki, https://wiki.foodsharing.de/Hauptseite (Zugriff 28.07.2019)

- (2019): Lebensmittel Retten WIKI - Fair-Teiler und Abgabestellen, https://wiki.foodsharing.de/Fair-Teiler_und_Abgabestellen#Hygieneregeln (Zugriff 28.07.2019)

- (o. J.): Willkommen bei foodsharing, https://foodsharing.de/#wilkommen (Zugriff 28.07.2019)

George, W. (2010): Ziele kommunaler Kooperation, in: *W. George/M. Bonow* (Hrsg.), Regionales Zukunftsmanagement - Kommunale Kooperation, Bd. 4, S. 36-46, Lengerich: Pabst Science Publishers

Gesellschaft für Konsumforschung (2017): Systemische Erfassung von Lebensmittelabfällen der privaten Haushalte in Deutschland - Schlussbericht zur Studie, in: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.), o.V: Nürnberg

Gesunde Städte-Netzwerk (2019): Ziele und Aufnahmekriterien, in: Stadt Frankfurt am Main (Hrsg.), http://www.gesunde-staedte-netzwerk.de/index.php?id=7 (Zugriff 07.08.2019)

Giegel, H.-J. (1987): Individualisierung, Selbstrestriktion und soziale Ungleichheit, in: B. Giesen/H. Haferkamp (Hrsg.), Soziologie der sozialen Ungleichheit, Bd. 101, S. 346-368, Opladen: Westdeutscher Verlag

Giesen, B./Haferkamp, H. (1987): Soziologie der sozialen Ungleichheit, Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Girotto, F./Alibardi, L./Cossu, R. (2015): Food waste generation and industrial uses: A review, Waste Management: International Journal of Integrated Waste Management, Science and Technology, 45, S. 32-41, doi:https://doi.org/10.1016/j.wasman.2015.06.008

Hill, T. D./Ross, C. E./Angel, R. J. (2005): Neighborhood Disorder, Psychophysiological Distress, and Health, Journal of Health and Social Behavior, 46(2), S. 170-186, https://www.jstor.org/stable/4150396 (Zugriff 02.12.2018)

Humburg, M./Rothschild, M. (2018): Wenn die Kommune verschwindet... Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung in Wilhelmsburg, in: *Netzwerk Bürgerbeteiligung* (Hrsg.), https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/informieren-mitmachen/beitraege-themenschwerpunkte/einzelansicht-beitraege-themenschwerpunkte/article/wenn-die-kommune-verschwindet-buergerengagement-und-buergerbeteiligung-in-wilhelmsburg-einem/ (Zugriff10.07.2019)

Hurrelmann, K./Richter, M. (2013): Gesundheits- und Medizinsoziologie: Eine Einführung in sozialwissenschaftliche Gesundheitsforschung, Bd. 8, Weinheim und Basel: Beltz Juventa

–/Richter, M./Rathmann, K. (2011): Welche Wohlfahrtspolitik fördert die Gesundheit? Der ungeklärte Zusammenhang von ökonomischer und gesundheitlicher Ungleichheit, Gesundheitswesen 2011, 73, S. 335 – 343, doi:http://dx.doi.org/10.1055/s-0030-1265195

Islam, M. K./Merlo, J./Kawachi, I./Lindström, M./Gerdtham, U.-G. (2006): Social capital and health: Does egalitarianism matter? A literature review, International Journal for Equity and Health, 5(3), doi:10.1186/1475-9276-5-3

Kessel, F./Reutlinger, C. (2010): (Sozial)Raum – ein Bestimmungsversuch, in: F. Kessel/C. Reutlinger (Hrsg.), Sozialraum - Eine Einführung (2. Ausg., Bd. 4, S. 21-38). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Kienle, M. (2018): Positionspapier zur Abschaffung des Mindesthaltbarkeitsdatums und zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung, https://www.tafel.de/fileadmin/media/Positionen/PDF/2018_03_16_MHD_Positionspapier.pdf (Zugriff 16.03.2019)

Kooperationsverbund Gesundheitlicher Chancengleichheit (2017): Kriterien für gute Praxis der soziallagenbezogenen Gesundheitsförderung des Kooperationsverbundes Gesundheitliche Chancengleichheit, Berlin: Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit

– (2018): Ziele des Kooperationsverbundes Gesundheitliche Chancengleichheit, Berlin: Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit

Kroll, L. E. (2010): Sozialer Wandel, soziale Ungleichheit und Gesundheit - Die Entwicklung sozialer und gesundheitlicher Ungleichheiten in Deutschland zwischen 1984 und 2006, in: U. Bauer/M. Richter/U. H. Bittlingmayer (Hrsg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

–/Müters, S./Lampert, T. (2015): Arbeitslosigkeit und ihre Auswirkungen auf die Gesundheit - Ein Überblick zum Forschungsstand und zu aktuellen Daten der Studien GEDA 2010 und GEDA 2012, Bundesgesundheitsblatt, 2016(59), S. 228-237, doi:10.1007/s00103-015-2282-7

Kuhlmann, C. (2012): Der Begriff der Inklusion im Armuts- und Menschenrechtsdiskurs der Theorien der Sozialen Arbeit - eine historisch-kritische Annäherung, in: *H.-J. Balz/B. Benz/C. Kuhlmann* (Hrsg.), Soziale Inklusion - Grundlagen, Strategien und Projekte in der Sozialen Arbeit, S. 35-55, Wiesbaden: Springer VS

Lamnek, S. (Hrsg.) (2005): Qualitatives Interview, in: Qualitative Sozialforschung, S. 396-401, Weinheim: Beltz Verlag

Lampert, T. (2016): Soziale Ungleichheit und Gesundheit, in: *M. Richter/K. Hurrelmann* (Hrsg.), Soziologie von Gesundheit und Krankheit, S. 121-137, Wiesbaden: Springer VS

–/Kroll, L. E. (2005): Einfluss der Einkommensposition auf die Gesundheit und Lebenserwartung, DIW Discussion Papers (527), o. O: o. V.

–/Kuntz, B./Hoebel, J./Müters, S./Kroll, L. E./Robert Koch-Institut (2018): Gesundheitliche Ungleichheit, in: *Bundeszentrale für politische Aufklärung/Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung* (Hrsg.), Datenreport 2018 - Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, S. 302-313, https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2018.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (Zugriff 23.05.2019)

Landsberg, G. (2010): Anforderungen kommunaler Kooperationen aus Sicht der Städte und Gemeinden, in: *W. George/M. Bonow* (Hrsg.), Regionales Zukunftsmanagement - Kommunale Kooperation, Bd. 4, S. 21-29, Lengerich: Pabst Science Publishers

Lindström, B. (2018): Workshop salutogenesis and the future of health promotion and public health, Scandinavian Journal of Public Health, 46 (Suppl. 20), S. 94-98, doi: https://doi.org/10.1177/1403494817743902

Lockwood, D. (1987): Schichtung in der Staatsbürgerschaft, in: *B. Giesen/H. Haferkamp* (Hrsg.), Soziologie der sozialen Ungleichheit, Bd. 101, S. 31-48, Opladen: Westdeutscher Verlag

Loss, J./Warrelmann, B./Lindacher, V. (2016): Gesundheitsförderung: Idee, Konzepte und Vorgehensweisen, in: *M. Richter/K. Hurrelmann* (Hrsg.), Soziologie von Gesundheit und Krankheit, S. 435-449, Wiesbaden: Springer VS, doi:10.1007/978-3-658-11010-9

Luthe, E.-W. (2017): Gesundheitliche Daseinsvorsorge heute - theoretische Perspektiven, in: *W. R. Wendt* (Hrsg.), Soziale Bewirtschaftung von Gesundheit -

Gesundheitswirtschaft im Rahmen sozialer Versorgungsgestaltung, S. 21-68, Wiesbaden: Springer VS

Max Rubner Institut (2008): Nationale Verzehrsstudie II, in: Bundesministerium für Ernährung, Lebensmittel und Verbraucherschutz (Hrsg.), https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ernaehrung/NVS_ErgebnisberichtTeil2.pdf?__blob=publicationFile (Zugang 05.04.2019)

Mayring, P. (1994): Qualitative Inhaltsanalyse, in: A. *Boehm/A. Mengel./T. Muhr* (Hrsg.), Texte verstehen : Konzepte,Methoden, Werkzeuge, S. 159-178, Konstanz: UVK Universitäts-Verlag Konstanz

Mielck, A., Abel, M., Heinemann, H., Stender, K.-P. (2002): Städte und Gesundheit - Projekte zur Chancengleichheit, Bd. 17, in: *A. Mielck/M. Abel/H. Heinemann/K.-P. Stender* (Hrsg.), Lage: Jacobs

Münchmeier, R. (2014): Regulating the Poor - Revisited. Notes on the Shifting Relationship of Social Policy and Social Work in the German Welfare State, in: *P. Sandermann* (Hrsg.), The End of Welfare as We Know It? Continuity and Change in Western Welfare State - Setting and Practices, S. 71-86, Toronto: Barbara Budrich Publishers

Muriana, C. (2017): A focus on the state of the art of food waste/losses issue and suggestions for future researches, Waste Management, 68, S. 557–570, doi:https://doi.org/10.1016/j.wasman.2017.06.047

Neter, J. E./Dijkstra, S. C./Visser, M./Brouwer, I. A. (2016): Dutch food bank parcels do not meet nutritional guidelines for a healthy diet, British Journal of Nutrition, 116(3), S. 526–533, doi:10.1017/S0007114516002087

Oschmiansky, F./Kühl, J. (2010): Wohlfahrtsstaatliche Grundmodelle, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/55072/wohlfahrtsstaatliche-grundmodelle?p=all (Zugriff 09.07.2019)

Pfaff, H./Proksch, J./Rübenach, S. (2018): Soziale Sicherung, in: *Bundeszentrale für politische Bildung/Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin* (Hrsg.), Datenreport 2018 - Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, S. 314-327, https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2018.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (Zugriff 23.05.2019)

Pfeiffer, S./Ritter, T./Hirseland, A. (2011): Hunger and nutritional poverty in Germany: quantitative and qualitative empirical insights, Critical Public Health, 21(4), S. 417-428, doi:10.1080/09581596.2011.619519

– */Oestreicher, E./ Ritter, T.* (2016): Hidden and Neglected: Food Poverty in the Global North - The Case of Germany, in: *H. K. Biesalski/R. E. Black* (Hrsg.), Hidden Hunger. Malnutrition and the First 1000 Days of Life: Causes, Consequences and Solutions, Basel: Karger

Pulker, C. E./Trapp, G. S./Scott, J. A./Pollard, C. M. (2018): Global supermarkets' corporate social responsibility commitments to public health: a concent analysis. Globalization and Health, 14(121), doi:https://doi.org/10.1186/s12992-018-0440-z

Putnam, R. D. (1995): Bowling Alone: America's Declining Social Capital, Journal of Democracy, 6(1), S. 65-78, o. O.: o. V.

Qaim, M. (2017): Conference on 'Sustainable food consumption': Globalisation of agrifood systems and sustainable nutrition. Proceedings of the Nutrition Society, 76(1), S. 12–21, doi:10.1017/S0029665116000598

Robert Koch-Institut (2016): Gesundheit in Deutschland – die wichtigsten Entwicklungen. Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Gemeinsam getragen von RKI und Destatis, Berlin: RKI, doi:10.17886/RKI-GBE-2016-021.2

Roelfs, D. J./Shor, E./Davidson, K. W./Schwartz, J. E. (2011): Losing Live and Livelyhood: A Systematic Review and Meta-Analysis of Unemployment and All-Cause Mortality, Social Science & Medicine, 72(6), S. 840-854m doi:10.1016/j.socscimed.2011.01.005

Scholl, A. (2018): Die Befragung, 4. Ausg., Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH

Schubecker, C. (2002): Soziale Stadtentwicklung in Eidelstedt-Nord (Hamburg), in: *A. Mielck/M. Abel/H. Heinemann/K.-P. Stender* (Hrsg.), Städte und Gesundheit - Projekte zur Chancengleichheit, Bd. 17, S. 103-113, Lage: Jacobs.

Shediac-Rizkallah, M. C./Bone, L. R. (1998): Planning for the sustainability of community-based health programs: conceptual frameworks and future directions for research, practice and policy, Health Education Research - Theory & Practice, 13(1), S. 87-108, doi:https://doi.org/10.1093/her/13.1.87

Simmet, A./Depa, J./Tinnemann, P./Stroebele-Benschop, N. (2017): The Nutritional Quality of Food Provided from Food Pantries: A Systematic Review of Existing Literature, Journal of the Academy of Nutrition and Dietetics, 117(4), S. 577–588, doi:http://dx.doi.org/10.1016/j.jand.2016.08.015

–*/Tinnemann, P./Stroebele-Benschop, N.* (2018): The German Food Bank System and Its Users - A Cross-Sectional Study, International Journal of Environmental Research and Public Health, 15(7), S. 14-18, doi:10.3390/ijerph15071485

SINUS-Institut (Hrsg.) (2018): Die Sinus Milieus 2018, Heidelberg, https://www.sinus-institut.de/fileadmin/user_data/sinus-institut/Bilder/Sinus-Milieus_092018/2018-10-31_Information_on_Sinus-Milieus_English_version.pdf (Zugriff 25.06.2019)

Solawi Superschmelz e. V. (2019): Fragen und Antworten, in: Solawi Superschmelz, https://solawi-superschmelz.de/faq/ (Zugriff 07.08.2019)

Solidarische Landwirtschaft e. V. (2019): Was ist solidarische Landwirtschaft?, in: *Netzwerk Solidarische Landwirtschaft* (Hrsg.), https://www.solidarische-landwirtschaft.org/das-konzept/, (Zugriff 07.08.2019)

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Hrsg.) (2017): Hamburger Stadtteil-Profile: Berichtsjahr 2017 - Wilhelmsburg, http://www.statistik-nord.de/fileadmin/maps/Stadtteil_Profile_2018/pdf/Wilhelmsburg.pdf (Zugriff 03.07.2019)

Strasser, H. (1987): Diesseits von Stand und Klasse: Prinzipien einer Theorie der sozialen Ungleichheit, in: *B. Giesen/H. Haferkamp* (Hrsg.), Soziologie der sozialen Ungleichheit, Bd. 101, S. 50-92, Opladen: Westdeutscher Verlag

Tafel Deutschland e. V. (Hrsg.) (2017): Die Tafeln - gemeinsam Menschen helfen. Jahresbericht 2017, https://www.tafel.de/fileadmin/media/Publikationen/Jahresberichte/PDF/Jahresbericht_2017.pdf (Zugriff 17.01.2019)

– (2018): Positionspapier zur Abschaffung des Mindesthaltbarkeitsdatums und zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung, https://www.tafel.de/fileadmin/media/Positionen/PDF/2018_03_16_MHD_Positionspapier.pdf (Zugriff 19.06.2019)

– (2019): Die Tafeln - Jahresbericht 2018, Berlin: Die Tafeln Deutschland e. V.

Too Good To Go ApS (2019): Om us, in: Too Good To Go, https://toogoodtogo.dk/da/about-us (Zugriff 08.08.2019)

– (2019): Über uns, in: Too Good To Go, https://toogoodtogo.de/de/about-us (Zugriff 08.08.2019)

– (o. A.): FAQ, in: Too Good To Go, https://toogoodtogo.de/de/faq (Zugriff 08.08.2019)

Träger der Nationalen Präventionskonferenz (2018): Die Nationale Präventionskonferenz - Bundesrahmenempfehlungen, https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/P/Praeventionsgesetz/BRE_Fassung_vom_29.08.2018.pdf (Zugriff 07.06.2019)

Ullrich, C. (2018): Wohlfahrtsstaat, in: *J. Kopp/A. Steinbach* (Hrsg.), Grundbegriffe der Soziologie, Wiesbaden: Springer Fachmedien, doi:https://doi.org/10.1007/978-3-658-20978-0_101

Walter, U./Volkenand, K. (2017): Kommunale Prävention und Gesundheitsförderung in Deutschland: Pflichten, Rechte und Potenziale im Kontext der kommunalen Daseinsvorsorge, Das Gesundheitswesen, 79(04), S. 229-237, doi:10.1055/s-0042-113129

Wendt, W. R. (Hrsg.) (2017): Gesundheitsbezogenes soziales Wirtschaften, in: Soziale Bewirtschaftung von Gesundheit - Gesundheitswirtschaft im Rahmen sozialer Versorgungsgestaltung, S. 69-120, Wiesbaden: Springer VS

World Health Organization (1986): Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung, Copenhagen: WHO Regional Office for Europe, http://www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0006/129534/Ottawa_Charter_G.pdf (Zugriff 10.04.2019)

WHO-Regionalbüro für Europa (2018): Charta von Belfast für gesunde Städte - Operationalisierung des Konsenses der Kopenhagener Tagung der Bürgermeister: Gesündere und glücklichere Städte für alle, Kopenhagen: Publications WHO Regionalbüro für Europa

Rechtsquellenverzeichnis

Deutscher Bundestag (2019): Sozialgesetzbuch Zweites Buch, Grundsicherung für Arbeitssuchende, § 1 Abs. 1 Satz 1 SGB II. Neugefasst durch Bek. v. 13.5.2011 I 850, 2094; Zuletzt geändert durch Art. 3 G v. 29.4.2019 I 530, s. S. 1

– (2019): Sozialgesetzbuch Zweites Buch, Grundsicherung für Arbeitssuchende, § 20 Abs. 1 Satz 1 SGB II. (2019) Neugefasst durch Bek. v. 13.5.2011 I 850, 2094; Zuletzt geändert durch Art. 3 G v. 29.4.2019 I 530, s. S. 1

Europäisches Parlament/Rat der Europäischen Union (2002): VO (EG) Nr. 178/2002, Art. 1, Abs. 3. (2002). Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28.01.2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32002R0178&from=DE (Zugriff 08.08.2019), s. S. 28

Verzeichnis ExpertInnen-Gespräche

ExpertInnen-Gespräch, Vorstand Hamburger Tafel, Hamburg, persönlich geführt am 25.06.2019, 11:00 - 12:00 Uhr (Fragenkatalog A)

ExpertInnen-Gespräch, Gärtner Solawi Superschmelz, Hamburg-Wilhelmsburg, persönlich geführt am 02.07.2019, 22:00 - 23:00 Uhr (Fragenkatalog A)

ExpertInnen-Gespräch, Mitarbeiterin Tafel „Arbeitsloseninitiative Wilhelmsburg e.V.“, Hamburg-Wilhelmsburg, persönlich geführt am 04.07.2019, 9:50 - 10:05 Uhr (Fragenkatalog A)

ExpertInnen-Gespräch, Vorstand Minitopia, Hamburg-Wilhelmsburg, persönlich geführt am 11.07.2019, 16:00 - 16:45 Uhr (Fragenkatalog A)

ExpertInnen-Gespräch, Pressesprecherin Too Good To Go GmbH, Berlin, Beantwortung des Fragebogens schriftlich via Mail, Zusendung am 15.07.2019, 16:40 Uhr (Fragenkatalog A)

ExpertInnen-Gespräch, Botschafterin von Foodsharing, für den Stadtteil Wilhelmsburg Hamburg-Wilhelmsburg, persönlich geführt am 17.07.2019, 17:30 - 18:30 Uhr (Fragenkatalog A)

ExpertInnen-Gespräch, Akteurin im Regionalausschuss für Hamburg-Wilhelmsburg, Hamburg-Wilhelmsburg, persönlich geführt am 18.07.2019, 15:10 - 16:00 Uhr (Fragenkatalog B)

Anlage

I Material zur empirischen Untersuchung……..……..…...…98

A. Schlüsselfragen…….....98

B. Transkriptionsregeln……...……..101

C. Interviewleitfäden……...…….……....102

C.1 Fragebogen-Leitfaden ExpertInnen der Organisationen.……..103

C.2 Fragebogen-Leitfaden politische AkteurInnen…….....105

C.3 Fragebogen-Leitfaden AbnehmerInnen…….……..106

E. Qualitative Inhaltsanalyse……...……..107

Code A: Kooperation…….…….……....107

Code B: Hürden einer kooperativen Zusammenarbeit……..……125

Code C: Problembewusstsein……...…132

Code D: Evaluation……..150

Code E: Bedürftige…….….155

Übersicht 1 - Verteilung der Subcodes in den Interviews……..164

Übersicht 2 - Verteilung der Subcodes in den Interviews……...……..165

II Quellen (weitere Interviews)……..……..……167

F. Notizen zum ExpertInnen-Gespräch mit dem Vorstand der Tafel Hamburg…….…….…….....167

I Material zur empirischen Untersuchung

A. Schlüsselfragen

<u>Kooperation</u>

Aktuelle Kooperationsstruktur

- Wie stellt sich die derzeitige Kooperationsstruktur der zu untersuchenden AkteurInnen in dem Stadtteil Wilhelmsburg dar?
- Welche AkteurInnen sind miteinander vernetzt (Zivilgesellschaft/Organisationen/Politik)?

Kooperative Zukunftskonzepte

- Sind in Zukunft Kooperationen der befragten Personen mit den zu untersuchenden AkteurInnen sowie weiteren potentiellen PartnerInnen geplant?

Unterstützung von Kooperationen

- Gibt es aus den Bereichen Wirtschaft, Politik und/oder Zivilgesellschaft finanzielle oder sonstige Unterstützung der Organisationen beziehungsweise von deren kooperativer Zusammenarbeit?
- Gäbe es einen Anknüpfungspunkt an das Bund- und Länder Programm „Soziale Stadt“, das in seinem Strategiepapier (2016) ein ressort- und fachübergreifendes, nachhaltiges integriertes Entwicklungskonzept für Quartiere und Kommunen proklamiert, bei dem eine Aktivierung sowie Beteiligung von Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Kommune für selbsttragende BewohnerInnen-Strukturen sorgen soll?
- Gibt es - wie in dem Strategiepapier empfohlen - in Wilhelmsburg bereits ein Quartiersmanagement, das als Schnittstelle zwischen Verwaltung und BürgerInnen fungiert und bei Anträgen für Fördermitteln mitwirkt?
- Gibt es einen Verfügungsfond für Projekte im Sinne des Programms „Soziale Stadt“?

Effekte von Kooperationen

- Könnte durch eine Kooperation aller gemeinnützigen Organisation mit dem Ziel, Lebensmittel an Bedürftige zu verteilen, die Ernährung der prekären Schicht im Sinne der DGE-Richtlinien durch Umverteilung verbessert werden und somit auch dem Problem der Ernährungsarmut entgegengewirkt werden?

- Und könnte durch diese Maßnahme der Parameter der Stigmatisierung reduziert werden, den die prekäre Schicht durch ihre Abhängigkeit von materiellen sowie finanziellen Leistungen in der Gesellschaft erlebt?

Öffentlichkeitsarbeit

- Wie informieren die AkteurInnen innerhalb der Organisation und in kooperativen Verbünden ihre Adressatinnen und die Öffentlichkeit?

Hürden einer kooperativen Zusammenarbeit

Hindernisse Vernetzung

- Welche Hürden zur Vernetzung von allen AkteurInnen im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg existieren?

Hindernisse Lösungsstrategien

- Welche Hindernisse könnten bei der Entwicklung von nachhaltigen Lösungsstrategien zur gerechten Lebensmittelverteilung auftreten?

Gesetzlich bedingte Einschränkungen

- Inwieweit begrenzen Gesetze wie das Lebensmittelrecht das Agieren der unterschiedlichen AkteurInnen?
- Begrenzen Gesetze das Spenden von Lebensmitteln durch VerbraucherInnen an Organisationen?
- Gäbe es Änderungsmöglichkeiten, die dennoch den präventiven Ansatz des in Deutschland geltenden gesundheitlichen Verbraucherschutzes gewährleisten?

Problembewusstsein

Status gerechte Lebensmittelverteilung

- Wie schätzen die zu untersuchenden Organisationen und politischen AkteurInnen (ExpertInnen) die soziale Gerechtigkeit der Lebensmittelverteilung im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg ein?

Lebensmittelqualität der Organisationen

- Reichen die Angebote der Wilhelmsburger Tafel, um theoretisch eine vollwertige, frische Ernährung, wie sie die DGE empfiehlt, umzusetzen?

Status Lebensmittelverschwendung

- Wie ist das Problembewusstsein der ExpertInnen bezüglich des Themas Lebensmittelverschwendung?

Evaluation

Qualitätsmanagement

- Gibt es ein Qualitätsmanagement der befragten AkteurInnen der Organisationen, um die eigene Arbeit zu evaluieren und stetig zu verbessern?

Best-Practice-Kriterien

- In welchem Maße sind die Kriterien für die gute Praxis der soziallagenbezogenen Gesundheitsförderung, die die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung mit dem Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit in einem Leitfaden empfiehlt und die auch Qualitätsmanagement sowie Evaluation berücksichtigt, für das in der Arbeit zu erstellende Best-Practice-Konzept im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg geeignet?

B. Transkriptionsregeln

Transkriptionsregeln	**Bedeutung**
Orthografie	bereinigt; Dialekt, wenn von Bedeutung
Interpunktion	Konventionell
Pausen	kurze Pause * Pausen ab 1 sec *Dauer*
Unverständliches	((unverständliches Wort))
unsichere Transkription	(Wort)
Laut	WORT (Großbuchstaben)
Leise oder betonte Worte	mit Kommentar
Wort-, Satzabbrüche	Abc-
hörbares Einatmen	<hhhh>
gedehnte Töne	Wort::: (Lautdehnungen durch Doppelpunkte im Verhältnis zur Länge der Dehnung)
paralinguistische Äußerungen	(mit Kommentar)
gleichzeitiges Sprechen	# abc #
Zahlen	ausgeschrieben; Jahreszahlen in Ziffern
Anonymisierung	Namen mit <°>

Tab. B.1: (Flick, 2017, S. 381 f.) *(siehe auch Kapitel 6.3, S. 41)*

C. Interviewfragen

ExpertInnen der Organisationen: ExpertInnen-Interview (Leitfaden C.1)

Politische AkteurInnen: ExpertInnen-Interview (Leitfaden C.2)

AbnehmerInnen der Organisationen (entfällt; siehe auch Kapitel 6.2): Klientenzentriertes Interview (Leitfaden C.3)

Ablauf der persönlichen Interviews (siehe auch Kapitel 6.2):

Dank für die Teilnahme und Begrüßung

Vorstellung des Projektthemas und Klärung offener Fragen

Aufklärung über Verlauf des Interviews sowie Gewährleistung des Datenschutzes

(Schriftliches) Einverständnis für Aufzeichnung und Transkription des Gesprächs

Befragung

Klärung offener Themen/Fragen

Verabschiedung

C.1 Fragebogen-Leitfaden ExpertInnen der Organisationen

Über die Organisation:

- Welche Aufgaben im Bereich Lebensmittelverteilung haben Sie sich/Ihre Organisation für den Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg gestellt?
- Was bedeutet Ihre Arbeit für Sie?
- Wer ist Ihre Zielgruppe bzw. Ihre AbnehmerInnen in Wilhelmsburg?
- Welchen Nutzen haben Ihre AbnehmerInnen von Ihrem Angebot?
- Sind Sie mit Ihrem aktuellen Angebot zufrieden?
- Was denken Sie, ist die Meinung Ihrer AbnehmerInnen zu Ihrem Angebot?
- Planen Sie, Ihr Angebot in Zukunft zu verändern?
- Woher stammen die Lebensmittel, die Sie anbieten?
- Könnten Sie mir Ihre Logistik beschreiben?
- Wo in Wilhelmsburg bieten Sie Ihr Angebot an?
- Wie erfahren Ihre AbnehmerInnen von Ihrem Angebot?
- Wie evaluieren Sie die Qualität Ihrer Arbeit?

Thema Kooperation:

- Gibt es AkteurInnen (Stadt/Wirtschaft/Zivilgesellschaft/andere Organisationen…), die Ihre Arbeit unterstützen?
- Welche Organisationen fallen Ihnen noch ein, die sich gegen Lebensmittelverschwendung und für eine gerechtere Lebensmittelverteilung einsetzen?
- Wissen Sie, ob sich die eben thematisierten Organisationen untereinander über ihre Arbeit austauschen bzw. kooperieren?
- Wie stehen Sie zu einer lokal ausgerichteten Kooperation aller gemeinnützigen Organisationen im Bereich Lebensmittelverteilung?
- Wenn positiv, wie müsste eine Kooperation Ihrer Meinung nach optimalerweise gestaltet sein, damit alle Beteiligten nachhaltig und erfolgreich zusammenarbeiten?
- Könnten Sie mir sagen, welche Probleme eine Kooperation erschweren könnten?

Probleme/Hürden:

- Fallen Ihnen Probleme ein, die Sie/Ihre Organisation bei der täglichen Arbeit in dem Stadtteil einschränken?
- Was bräuchte es, damit Sie diese Probleme lösen können?
- Kennen Sie lebensmittelrechtliche Auflagen, die aktuell eine gerechte Verteilung von Lebensmitteln erschweren könnten?

Arbeit mit der Politik:

- Erhalten Sie/Ihre Organisation für Ihre Aufgabe staatliche Fördermittel?
- Wenn ja: Könnten Sie mir darlegen, wie diese konkret eingesetzt werden?
- Wenn nein: Planen Sie eine Beantragung von Fördermitteln?
- Wie ist generell Ihre Meinung zur finanziellen Beteiligung der Stadt an der Arbeit gemeinnütziger Organisationen im Bereich Lebensmittelverteilung?

C.2 Fragebogen-Leitfaden politische AkteurInnen

Projekte zum Thema Lebensmittelverteilung / Ernährungsarmut in Wilhelmsburg:

- Könnten Sie mir sagen, ob es im Moment Projekte für den Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg gibt, die das Thema Ernährung für Bedürftige behandeln?
- Gibt es zu den eben genannten Themen geplante Projekte für Wilhelmsburg?
- Wissen Sie von gemeinnützigen Organisationen, die sich in Wilhelmsburg für eine gerechtere Lebensmittelverteilung einsetzen?
- Gibt es für den Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg ein Quartiersmanagement oder eine ähnliche Stelle, die soziale Lebensmittelprojekte vor Ort koordiniert?
- Gäbe es eine Möglichkeit, dass gemeinschaftlich agierende Organisationen den Verfügungsfond beantragen können, der für Projekte des Programms „Soziale Stadt“ vergeben wird?

Probleme/Hürden:

- Kennen Sie lebensmittelrechtliche Auflagen, die aktuell eine gerechte Verteilung von Lebensmitteln erschweren könnten?
- Fallen Ihnen Hürden ein, die eine gerechte Lebensmittelverteilung insbesondere an benachteiligte Schichten erschweren könnten?

Thema Kooperation:

- Wissen Sie, ob sich Organisationen in dem Themenfeld Lebensmittelverteilung untereinander über ihre Arbeit austauschen bzw. kooperieren?
- Wie stehen Sie zu einer lokal ausgerichteten Kooperation aller gemeinnützigen Organisationen im Bereich Lebensmittelverteilung?
- Wenn positiv, wie müsste eine Kooperation Ihrer Meinung nach optimalerweise gestaltet sein, damit alle Beteiligten nachhaltig und erfolgreich zusammenarbeiten?
- Könnten Sie mir sagen, welche Probleme eine Kooperation erschweren könnten?

Qualitätsmanagement:

- Wie evaluieren Sie die Qualität Ihrer Arbeit?

C.3 Fragebogen-Leitfaden AbnehmerInnen (nicht verwendet)

Zur Organisation:

- Könnten Sie mir erzählen, wo Sie Ihre Lebensmittel normalerweise bekommen?
- Können Sie mir darlegen, wie hoch der Anteil an Lebensmitteln in einer Woche ist, der von (Organisation einsetzen) stammt?
- Können Sie mir erzählen, was für Lebensmittel bei (Organisation einsetzen) gewöhnlich angeboten werden?
- Wie würden Sie das dortige Lebensmittelangebot durchschnittlich bewerten?
- Wenn Sie frei entscheiden könnten: Welche Lebensmittel sollten dort noch im Angebot aufgenommen werden?
- Sind Ihnen Probleme aufgefallen, die immer wieder auftreten?
- Hätten Sie Verbesserungsvorschläge?
- Wie oft nehmen Sie das Angebot von/m (jeweilige Organisation einsetzen) wahr?
- Erwerben Sie noch von weiteren Organisationen Lebensmittel?
- Würden Sie sich anders ernähren, wenn Sie die Möglichkeit hätten?
- Wie würde diese Ernährung dann aussehen?

Über den Stadtteil

- Wie würden Sie die Atmosphäre in Wilhelmsburg beschreiben, wenn Sie an den Umgang der Menschen miteinander denken?
- Hat sich in den letzten Jahren diesbezüglich etwas verändert?
- Können Sie mir generell etwas zum Lebensmittelangebot in Ihrer Nähe sagen?
- Hätten Sie eine Idee, wie auch Menschen mit kleinem Budget in Ihrer Nachbarschaft an frische, hochwertige Lebensmittel kommen könnten?
- Wissen Sie, ob Ihre lokale Verwaltung hier in Wilhelmsburg beim Thema gesunde Ernährung in irgendeiner Form aktiv ist?
- Hätten Sie eine Idee, wie Verbraucher noch genießbare Lebensmittel an Menschen in ihrer Nachbarschaft spenden könnten?
- Was meinen Sie? Wie weit dürfte eine Sammelstelle für gespendete Lebensmittel maximal von einem Haushalt entfernt sein, damit möglichst viele mitmachen?

Offene Themen

- Gibt es noch etwas, das Ihnen zu diesem Interview einfällt und das Sie gerne noch mitteilen möchten?

D. Qualitative Inhaltsanalyse

Code A: Kooperation

Subcode A.1: Aktuelle Kooperationsstruktur

Farbe	Kommentar	Befragte Person	Gewicht	Segment
●	Die Tafel und Foodsharing stehen bezüglich der Lebensmitteln-Abholungen im Austausch miteinander	Tafel Wilhelmsburg	3	Wüsstest du davon, dass wir mit Foodsharing zusammenarbeiten? Nein, oder? (Aus dem Hintergrund:) Zusammenarbeiten nicht. Ab und zu gibt es mal Lebensmittel, mehr nicht.
●	Aktive Zusammenarbeit von Too Good To Go mit der Tafel, Foodsharing sowie weiteren Initiativen	Too Good To Go	3	Wir arbeiten eng mit vielerlei Initiativen zusammen. Beispielsweise kann man über die App an die Tafeln in Berlin, Hamburg, München und Frankfurt spenden. Außerdem haben wir das Bündnis Lebensmittelverschwendung zusammen mit Foodsharing, SIRPLUS und „Restlos Glücklich“ gegründet, mit dem wir verschiedene Themen mit vereinter Stimme in der Öffentlichkeit angehen.

●	Minitopia: Bleibende plus wechselnde Kooperationen aufgrund der Plattform-Aufstellung	Minitopia	3	Und klar machen wir auch eigene Angebote, aber hauptsächlich sind wir ein Netzwerk. Um Dinge zusammenzubringen und möglich zu machen. Und da kooperieren wir ständig. Wir hatten erst letztens das Nyéléni-Netzwerk hier, das war total toll. Da geht es halt um Ernährungssouveränität. Ich weiß nicht, wie viele Initiativen es da gibt, das ist ja eine weltweite Bewegung. Wie viele Initiativen da eigentlich * in diesem Netzwerk sind. Also da kommt alleine schon ein ganzer Haufen aus allen Bereichen zusammen. Und das hat halt einen unglaublichen Effekt. Wenn solche Leute zusammenkommen. Man muss aufpassen, dass man nicht immer nur die erreicht, die ohnehin schon immer voll aktiv sind. Aber das ist immer das Problem. Aber hier haben wir dann eine Plattform, wo sich auch mal Leute her trauen, weil die schon hier waren, weil die den Garten nutzen oder so. Die gehen dann auch mal zu solchen Treffen, wo sie sonst vielleicht nicht hingehen würden. Weil es hier dann heimisches Gebiet ist, dann kommen die auch. Aber insofern, alles ist hier auf Kooperation angelegt. Das ist die Hauptsache. Das macht voll Sinn. Da brauchen wir übrigens auch die Stadt nicht.
●	Zusammenarbeit mit Festivals und „Go Mokry“ führt zu weiterer Vernetzung, da das Hausprojekt ebenfalls lokal bekannt ist	Foodsharing	3	Wir haben jetzt zum Beispiel auch die Kooperation vom „Dockville“ übernommen, das haben vorher die Harburger Botschafter gemacht. Jetzt machen es die Wilhelmsburger Botschafter, weil es ja auch in Wilhelmsburg stattfindet. Aber es gab keinen Botschafter, deswegen gab es da niemanden, der sich darum gekümmert hat und die Harburger fanden es zu schade, dass einfach alles weggeschmissen wird. * Jedenfalls haben wir es dann letztes Jahr so gemacht, dass wir die restlichen Lebensmittel in dem Hausprojekt „Go Mokry“ ausgestellt haben, wie in einem Laden. Und * da wohnen ja auch relativ viele Leute, ich glaube so an die hundert.
●	Kooperation der Solawi aktuell mit benachbarter Landwirtschaft sowie mit Kontakten aus der Bio-Branche	Solawi	3	Die Solawi ist wie sehr viele andere Solawis auch ziemlich eigenständig und unabhängig. * Andere Organisationen kooperieren bisher nur am Rande oder umgekehrt kooperiert die Solawi relativ wenig. Auf der Ebene der Erzeugung wird durchaus kooperiert mit Nachbarhöfen oder überhaupt in der Biogemüse-Szene, das ist aber ja eine Notwendigkeit der Arbeit.

●	Leitung der Solawi durch Minitopia; Gründung einer Food-Kooperation	Minitopia	3	Wir nennen uns Spielplatz urbaner Selbstversorgung, also zum Beispiel eine Ernteschwemme haltbar machen für den Winter. Wo es halt nicht dieses ganze Sortiment zur Verfügung gibt. Also da ist zum einen schon dieser Fokus auf Bildungsangeboten, aber da haben wir auch die Solawi gegründet. Heißt, wir versorgen-, wir haben siebenhundert Anteile, die wir mit Gemüse versorgen. Und * parallel haben wir jetzt gerade eine Food-Koop gegründet, wo es um Lagersachen geht, Trockenware. Da tun sich auch Leute zusammen und kaufen in Großgebinden, lagern gemeinsam ein und holen sich ihren Bedarf dann jeweils ab. Das sind so die Hauptgeschichten. Ansonsten sind es überwiegend Bildungsangebote.
●	Zusammenarbeit von Minitopia mit Foodsharing; Initiativen können Plattform als Raum für eigene Angebote nutzen	Minitopia	3	Ja, mit Foodsharing sowieso für unsere Reste. Wir machen aber auch Foodsharing, Slowfood, * mit den Containerleuten. Also was Lebensmittelverschwendung angeht. Schnippelparties mit Slowfood-Gärtnern, Ernährungsrat Hamburg, * sowas im Ernährungsbereich auf jeden Fall. Und dann aber auch sonst-, Alternulltiv, diese Zero-Waste-Geschichten. Also wir sind hier ja eine Plattform. Also ich lade die ein. Das sind nicht alles Angebote von uns, sondern das sind Angebote von Initiativen, die das hier nutzen dürfen. Nutzen SOLLEN.
●	Politischer Expertin sind keine Kooperationen bzgl. des Themas „Gesundheitlicher. Ungleichheit“ bekannt	Regionalausschuss	3	Also von dem Stadtteilbeirat kriege ich auch manchmal Protokolle. Und ich bin ja auch im Stiftungsrat vom Bürgerhaus. Ich habe von solchen Projekten hier auf der Insel überhaupt (betont) noch nichts gehört. Dass es sowas gibt.
●	Aktuelle Nutzung der App vorw. nicht von Bedürftigen	Too Good To Go	2	Wir haben in dem Sinne keine Zielgruppe, da unsere App für alle Menschen offen ist und jeder sie sehr leicht benutzen kann. Wir haben aber festgestellt, dass unsere Hauptnutzergruppe [die] junge[n] Berufstätige[n] sind, gefolgt von Studierenden.
●	Angebot über kooperierende Betriebe	Too Good To Go	2	Die Lebensmittel stammen von dem jeweiligen beteiligten Partnerbetrieb.
●	Politische Person kennt untersuchte Organisationen	Regionalausschuss	2	Genau, da gibt es die Tafel. Dann gibt es noch diese Foodsharing-Leute und es gibt ja den Fair-Teiler (betont). Der ist ja bei den Zinnwerken, diese Kiste. Und dann gibt es die Solawi. Solawi hat ja manchmal was übrig und gibt das, glaube ich, manchmal auch in den Fair-Teiler.

●	Kooperation zw. Tafel und Foodsharing schließt Kannibalisierung durch hierarchische Absprache aus (Beispiel 1)	Foodsharing	2	Auch wenn zum Beispiel die Tafel in einem Betrieb Lebensmittel abholt, würden wir niemals davor hingehen. Wenn wir wissen, die Tafel holt alles, ist das völlig in Ordnung. Oft gibt es auch solche * Konstellationen, dass die Tafel irgendwo abholt. Die können oft nicht alles abholen, weil sie das bei sich nicht loswerden, wie zum Beispiel Gemüse, das man zubereiten muss.
●	Kooperation zw. Tafel und Foodsharing (Beispiel 2)	Foodsharing	2	Genau, * ein Teil ging auch an die Tafel, das was die Tafel halt haben wollte. Ja, * wieder gut verarbeitete Lebensmittel. * Brot nehmen sie immer mit Kusshand, * aber sowas wie-, Lebensmittel, die man noch stark verarbeiten muss, sowas wie Gemüse, Obst, ja oder auch Alkohol nehmen sie GAR NICHT an. Genau, und Obst und Gemüse halt nur bedingt. Also solche Kooperationen gibt es auch.
●	Verantwortungsübernahme der BotschafterInnen für Foodsharing Wilhelmsburg führte zu Wiederbelebung der lokalen Aktivitäten der Organisation	Foodsharing	2	Und in Wilhelmsburg war es dann auch so, dass vor ein paar Jahren, als Foodsharing bekannt wurde, dann insbesondere Foodsharing auch in Wilhelmsburg sehr groß war, weil hier einfach super viele Studenten wohnen. Leute, die sich dafür interessieren. Und:: dann ist das so ein bisschen abgeflacht, weil der Botschafter oder die Botschafterin nicht mehr dabei war. So ist der Bezirk dann ein bisschen gestorben. Und zusammen mit meinem Mitbewohner <°> und einer anderen Foodsaverin, <°>, haben wir dann zu dritt den Bezirk wiederaufgebaut. Also das bedeutet dann insbesondere, dass wir einen Fair-Teiler gebaut haben, der schon mal existierte, dann aber zusammengeklappt ist, nicht gepflegt wurde, nicht präsent war, nicht sichtbar. Da haben wir dann vor einem Jahr ungefähr den Fair-Teiler installiert, zusammen mit den Zinnwerken. Die haben Material und auch Fachwissen beigesteuert und wir haben dann die Manneskraft organisiert.

●	Unterschiedliche Quantitäten und Anforderungen der mit Foodsharing kooperierenden Betriebe	Foodsharing	2	Es gibt * Bäckereien, da holst du zwischen zwölf und sechs Uhr nachmittags ab, dann gibt es viele Buffets, da muss man Punkt zwei da sein, weil die da sonst alles abräumen, weil da nämlich der Café-Betrieb quasi losgeht, nachdem das Buffet angeboten wird. * Also, da ist es dann wirklich so, dass man top vorbereitet da hinkommen muss, mit tausend Schüsseln und * Tupperware und was weiß ich. Dann muss man alles ganz schnell einsammeln und da merkt man einfach diesen Druck, der da im * Gastronomiesektor herrscht. Dass er sich natürlich auch aufs Retten überträgt. * Also ich hatte schon so:: unterschiedliche Abholungen, auch von der Menge her. Ich war schon für zwei Brote unterwegs. Ich hatte hier schon dreißig Liter Saft und fünfzig Liter Eis herumstehen.
●	Mikroebene: Vernetzung bei Foodsharing unter Freundeskreis, Nachbarschaft, anderen Aktiven	Foodsharing	2	Oder auch Infrastruktur im Sinne von, ich habe viele Freunde, die davon wissen, dass ich rette. Nachbarn, die auch was abnehmen, Bei denen ich auch weiß, ok, ich persönlich esse zum Beispiel * das Lebensmittel XY nicht, weiß aber, mein Nachbar mag das total gerne.
●	Lokale Organisationen wie Minitopia leben durch die nachbarschaftliche Partizipation > Erfolgreiche Kooperation bedingt auch eine Partizipation nachbarschaftlicher Systeme	Minitopia	2	Ja, und gerade, wenn man solche Strukturen aufbauen will wie eine Food-Koop, Solawi ja auch, aber auch unsere offenen Werkstätten, unser offenes Atelier. Das ist eine Nachbarschaftsgeschichte. Da brauchst du halt Leute, die das nutzen. Es kommen viele auch nur für einen Workshop vorbei. Die kommen auch tatsächlich von weiter her. Das finde ich immer ganz interessant, dass die den Weg auf sich nehmen, aber * die Hauptleute sind hier in Wilhelmsburg und Umgebung.
●	Hohe Nachfrage nach Angeboten von Minitopia durch Initiativen	Minitopia	2	Und jetzt (betont) ist das Jahr ja auch schon durchgeplant. Aber einfach, weil die Anfragen, die wir unterbringen müssen, ne-. Also bis Ende des Jahres sind wir eigentlich schon dicht. Aber das kam halt, das kommt halt.

●	Minitopia und Solawi sollen u. a. um Bildungsangebote wachsen	Minitopia	2	Also dazu auch ein bisschen mehr, wenn man an Solawi denkt, das soll sich noch verändern. Das haben wir bis jetzt gar nicht geschafft. Das haben wir ja Anfang des Jahres übernommen und das war jetzt nicht so unbedingt unser Wunsch. Ich habe selber ein laufendes Projekt. Und das kam dann noch dazu und da war aber auch klar, die Solawi gibt es nicht mehr, wenn wir das jetzt nicht machen. Also haben wir das übernommen und da waren bis jetzt überhaupt keine Kapazitäten, um jetzt noch groß Artikel zu schreiben und Bildungsangebote zu machen oder so. Aber das ist ein Anliegen, was kommt.
●	Mitglieder einer Organisation wie Solawi sind selbst MultiplikatorInnen und sind lokal vernetzt	Solawi	2	Es gibt auf jeden Fall Menschen im Orga-Kreis der Solawi, die vielfältige Kontakte in kommunale als auch privatwirtschaftliche, als auch zivilgesellschaftliche Bereiche haben. [...] Es sind natürlich auch Solawi-Mitglieder MultiplikatorInnen, die sind in irgendwelchen Organisationen selbst Mitglied, die arbeiten in irgendwelchen Firmen oder die arbeiten vielleicht sogar bei der öffentlichen Hand.
●	Fehlende Routine und Erfahrung von Solawi erschwert aktuell kooperative neue Partnerschaften	Solawi	2	Aber es geht im Moment auch ganz viel in dieser Solawi darum, den Normalbetrieb * zu optimieren und auch reibungslos hinzukriegen und auch noch mehr zu lernen, dass tatsächlich erstmal die Produktion und Verteilung des Gemüses gut läuft, so wie das die meisten haben wollen. Weil das durch großes Wachstum und viel ehrenamtliche Arbeit * auf jeden Fall in der Vergangenheit auch nicht immer perfekt funktioniert hat, beziehungsweise auch viele Schulden angehäuft wurden. Und genau, dass tatsächlich eine Art Stabilität hergestellt wird und wir erstmal das machen, was wir sozusagen als Kerngeschäft machen. Das ist auch, glaube ich, eine Priorität, die noch paar Jahre wichtig sein wird, bevor * von den meisten, die da aktiv sind, weitere Ziele angepeilt werden.
●	Foodsharing agiert in der öffentlichen Wahrnehmung als geschlossenes Netzwerk	Solawi	1	Auf der privaten Ebene werden klitzekleine Dinge gemacht. * Leute, die bei Foodsharing sind, verschenken Gemüse, das übriggeblieben ist. Aber Offizielles, gerade in diese Richtung, *2 sec* Lebensmittelversorgung oder auch Verschwendung oder so oder auch Zugang, dazu fällt mir nichts so richtig ein.

●	Vernetzung Foodsharing Wilhelmsburg sehr routiniert und eingespielt	Foodsharing	1	Da merkt man dann auch, dass Foodsharing recht gut aufgestellt ist. Also die Vernetzung ist gut. Die Leute sind auch inzwischen sehr gut dadurch eingespielt, dass es Foodsharing in diesem Jahr schon seit fünf Jahren gibt. Da wissen die Leute, wie sowas funktioniert. Die haben dann Kisten bei der Abholung, kommen mit dem Auto, kommen mit dem Lastenrad. * Sie haben auch Möglichkeiten zum Kühlen dabei, weil die Kühlkette ja nicht unterbrochen werden darf * oder sollte, auch einfach, wenn man das jetzt weiterverteilen möchte.
●	Kooperation von Foodsharing auch mit Ausbildungsbetrieben im Lebensmittelbereich > Abnahme von nicht marktfähigen Produkten	Foodsharing	1	Da ist ja der Elbcampus. Und da werden auch Bäcker ausgebildet * und der Ausbildungsbetrieb hatte jeden (betont) Tag-, nein, zweimal in der Woche haben die Praxisunterricht und dann backen die einfach, um zu backen. Um das zu lernen. Aber sie backen jetzt nicht, damit das gut verkauft wird, sondern es ist klar, dass das am Anfang nicht so schön aussieht, weil das ja noch Lehrlinge sind. Die haben, glaube ich, auch einen eigenen Laden da, aber * der Elbcampus ist total überversorgt mit Bäckereiartikeln. Und so sind sie dann auf Foodsharing zugegangen und haben gesagt, ey, bitte, bitte, kommt vorbei und holt das ab.
●	Kooperationen mit z. B. öffentlichen Stellen zur Aufstellung eines Fair-Teilers; Arbeit mit kooperierenden Betrieben erst nach Schulung	Foodsharing	1	Also es gibt eine Internetseite, foodsharing.de. Da kann man sich im Wiki erstmal durchlesen, wie das alles aufgebaut ist. Das ist alles relativ gut beschrieben, aber auch recht umfangreich. Und um Foodsaver zu werden, gibt es mehrere Etappen. Also man muss sich vorstellen, dass alle diese Kooperationen auf Vertrauen * und Verbindlichkeit aufbauen. Das heißt, man will jetzt nicht jeden Hinz und Kunz in diese Gruppe der Foodsaver lassen, sondern man will erstmal prüfen, hey, bist du überhaupt sensibel gegenüber Lebensmittelverschwendung? Weißt du, wie man ordentlich mit Lebensmitteln umgeht? Sind dir gewisse Hygieneregeln bekannt? * [...] Naja, jedenfalls liest man sich ein bisschen im Wiki durch, * und dann gibt es einen Online-Test, den man durch Anklicken lösen kann. Dann steigt man zum Foodsharer auf, so nennt sich das. Dann darf man einen Account bei Foodsharing erstellen und kann schon mal selbst Lebensmittel anbieten und abholen. Denn es gibt verschiedene Möglichkeiten, Lebensmittel zu verteilen. Also zum einen gibt es ja die Fair-Teiler, das sind öffentlich zugängliche Regale. Teils haben sie Öffnungszeiten, teils nicht. Kommt ein bisschen darauf an, wo * sie stehen. Manchmal stehen sie zum Beispiel im Gemeindehaus, das hat nicht immer offen. Hier in Wilhelmsburg ist es nun immer offen. Manche haben aber auch einen Kühlschrank, manche sind nur ein Regal wie bei uns. Dann gibt es noch sogenannte Essenskörbe, die… …man bei Foodsharing einstellen

				kann. [...] Und um dann Foodsaver zu werden, und wirklich aktiv zu den Läden zu gehen, wird man dann ein bisschen eingeführt. Also man wird an die Hand genommen und bekommt drei Einführungsabholungen, die möglichst auch in drei verschiedenen Betrieben stattfinden, damit man als Foodsharer mal die * Diversität von Foodsaving kennenlernt. Also, ich empfehle den Neulingen immer, einmal zum Bäcker zu gehen und einmal zum Markt und vielleicht noch einmal zum Buffet.

Subcode A.2: Kooperative Zukunftskonzepte

Farbe	Kommentar	Befragte Person	Gewicht	Segment
●	Politische Expertin steht lokalen Kooperationen positiv gegenüber	Regionalausschuss	3	[Eine lokale Kooperation] finde ich gut. Ich glaube, das wäre nicht schlecht. Also die, die du da schon recherchiert hast oder die ich auch noch aufgezählt hab, kann ich mir durchaus vorstellen. Wenn das da jemand in die Hand nimmt und wenn die da auch Interesse dran haben.
●	Expansion Too Good To Go; weitere Kooperationen mit Betrieben	Too Good To Go	3	Natürlich arbeiten wir jeden Tag daran in noch mehr Läden in ganz Deutschland vertreten zu sein, denn unser Ziel ist es, dass nirgendwo mehr Essen entsorgt werden muss.
●	Interorganisatorisch betriebene Verteilerstation	Solawi	3	Eine weitere mögliche Kooperation wäre natürlich, dass alle, die in irgendeiner Form Verteilerstellen betreiben oder benötigen, sich auch zusammentun und eine gemeinsame Verteilstelle existiert, die zum Beispiel alle Formen von Lebensmitteln aus verschiedenen Quellen verteilt, wo die verteilt werden können. Wo vielleicht auch Informationen gebündelt sein können, wo Veranstaltungen stattfinden, wo zum Beispiel auch gekocht werden kann und in gewisser Weise dadurch auch wieder Informationen vermittelt werden.

●	Langfristige Vision von Solawi: Nachbarschaftshilfe und -projekte in vielerlei Bereichen; generelle autarke Zusammenarbeit für solidarische Angebote	Solawi	2	In der weiten Zukunft, glaube ich, dass das Potential von so einer solidarischen Landwirtschaft darin liegt, dass man auch andere Dinge nach einem ähnlichen Prinzip gestalten kann. Na, also einerseits [sollte man] versuchen die Leute, die eine Dienstleistung oder ein Produkt anbieten, [...] denen für einen längeren Zeitraum eine finanzielle Sicherheit zu geben. [Damit] sie schon, wenn sie anfangen zu arbeiten, wissen, die Arbeit wird auch gekauft, ist schon gekauft und dass gleichzeitig die Gruppe, die das kauft oder die Bedürfnisse befriedigen will, dass sie dann auch in der Gruppe versuchen zu unterstützen beziehungsweise versuchen solidarisch miteinander zu sein. Also es könnte zum Beispiel ein Restaurant geben, das mit Monats- oder Jahresabo funktioniert, im Prinzip nach denselben Prinzipien. […] Oder es gibt noch eine andere langfristige Zukunft, die ich interessant finde, die gegenseitige Hilfe allgemein, die Nachbarschaftshilfe beispielsweise, die ja irgendwie entstehen muss. * Und es ist ja letztendlich egal, was man gemeinsam unternimmt, aber man muss ja in der Nachbarschaft irgendwie Vertrauen aufbauen, wenn man Unterstützung haben möchte, wenn man die braucht. Man muss ja auch eine Möglichkeit dazu haben, [dass] Menschen zusammen an Treffen teilnehmen können, wo besprochen wird oder wo geplant wird, wie produzieren wir diese Lebensmittel, und [dass die] sich ein Stück weit selbst organisieren müssen. [...] Die können sich ja mit der Zeit kennenlernen und * es können ja eigentlich unbegrenzt viele Bildungsveranstaltungen oder politische Veranstaltungen oder gemeinsames Kochen, Workshop-ähnliche, also im weitesten Sinne Bildungsveranstaltungen oder kulturelle Veranstaltungen stattfinden im Rahmen dieser Gruppe. Und ich glaube, dass dann erst wirklich das Potenzial der Idee etwas mehr ausgeschöpft wird.
●	Soziales Netzwerk als Ziel; Erweiterung des Ziels einer fairen Landwirtschaft	Solawi	1	Genau, aber das könnte so eine ganz ferne Zukunft sein, dass es stärker in eine sozialere Richtung geht und die Qualität des Gemüses und die Menge und überhaupt das Erzeugen der Lebensmittel nur noch ein Teil, ein wichtiger, aber nicht der einzige Teil ist von diesem, was die Gruppe zusammen möchte oder was da passiert.

Subcode A.3: Unterstützung von Kooperationen

Farbe	Kommentar	Befragte Person	Gewicht	Segment
●	Politische Unterstützung von Minitopia durch das BMU für zwei Jahre im Rahmen eines Bildungsangebotes	Minitopia	3	Wir werden vom Umweltministerium gefördert, dem BMU, also von dem Bundesministerium für Natur, Umwelt und Reaktorsicherheit. Das ist im Rahmen von „Kurze Wege für den Klimaschutz“. Das sind halt Bildungsangebote, die wir machen. Also für zwei Jahre sind wir da gefördert. Aber die Miete ist immer Querfinanzierung über unsere Schulgeschichten, Honorare, auf die wir verzichten, Spenden und halt Vermietungen und so was. Wenn wir Veranstaltungen und so was haben, damit müssen wir die Miete-. Also wir sind nicht institutionell gefördert
●	Stiftungen als Unterstützer	Minitopia	3	Und dann sind da teilweise auch Stiftungen, die dann mit unterstützen. Nicht die reinen Schulangebote, aber zum Beispiel Praxis-Lerntag, das ist so eine Metall-Berufsvorbereitung. Die kommen halt schon morgens, immer am Mittwoch. Das ist Berufsorientierung und * die sind normalerweise-. Da zahlt die Schule gar nichts, weil die normalerweise einen Tag pro Woche im Betrieb sind. Und im Betrieb läuft das ja eh so mit. Die haben sowieso ihre Einnahmen. Die haben ihr Material, die haben ihre Angestellten. Das haben wir hier alles nicht. Also * das finanziert dann zum Beispiel die Bürgerstiftung Hamburg. Weil die das ermöglichen wollen, dass wir * vor allem Handwerk mit den Jugendlichen machen. Das müssen wir dann über Stiftungen holen. Aber Stiftungen finanzieren jetzt halt nicht normale Schulkurse oder die Betriebskosten dafür, denn das ist Aufgabe der Schule. Die finanzieren auch nichts, wo eigentlich der Staat zuständig wäre.

●	Verschiebung Verantwortung der Schulen/staatlichen Institutionen an private Initiativen, um Finanzen zu sparen und Ganztagesbetrieb zu gewährleisten; fehlende Unterstützung/Wertschätzung der KursleiterInnen mit Angebot für SchülerInnen	Minitopia	3	Also die Schulen sourcen ja aus. Die haben ja einen Ganztagsbetrieb, müssen also bis sechszehn Uhr Unterricht gewährleisten * und schieben das dann an die außerschulischen Lernorte *, aber die haben dann die Kosten. Dann ist hier natürlich auch so ein Kursleiter günstiger als ein angestellter Lehrer. Damit ist schon mal viel gespart. Aber halt die Anlagen, damit haben die nichts am Hut. Wird einfach- (pfeift). Keine Ahnung, wenigstens irgendeine Pauschale oder so etwas. Es gelten ja auch Museen als außerschulischer Lernort, weil da mal eine Schulklasse für einen Tag kommt. Aber wir haben halt jeden Tag Schüler.
●	Sponsoring v. Minitopia über wirtschaftliche AkteurInnen; Angebote für Unternehmen (Teambuilding, Betriebsfeiern) > Zusammenarbeit mit der Wirtschaft	Minitopia	3	Also Wirtschaft, * ja was das Sponsoring angeht. Also Reeder Vogel sponsert uns Industrierollen oder HPA hat uns ganz viele Elektroden, was zum Schweißen und Metallbearbeitungsgeräte geschenkt. Wir machen hier mit Unternehmen Teamtage. Die kommen dann für einen Tag mit ihren Mitarbeitern und arbeiten schwer und geben uns auch noch Geld dafür. Die sind uns irgendwie am liebsten. Oder manchmal gibt es hier Betriebsfeiern.
●	Unterstützung der Tafel durch wirtschaftlich agierende Unternehmen; somit keine Unterstützung durch die Stadt / den Staat Deutschland	Tafel Wilhelmsburg	3	Die Haspa hier, die spendet ja auch regelmäßig, die Affi - und ich glaube noch so eine Baufirma, ich bin mir aber nicht sicher. Ja, Einmalsachen, so hauptsächlich zu Weihnachten. Aber von der Stadt Hamburg, da kommt gar nichts, da gibt es gar keine Unterstützung.
●	Duldung von Foodsharing durch politische AkteurInnen statt aktiver Zusammenarbeit zum Thema „Lebensmittelverschwendung"; Ausnahme: Universitäre Einrichtungen und Hochschulen	Foodsharing	3	Ansonsten läuft es halt ohne Geld. * Also von politischer Seite ist das eigentlich mehr dahingenommen oder geduldet, als dass wir jetzt wirklich aktiv unterstützt werden. * Ich muss mal überlegen. *2 sec* Also zum Beispiel könnte man auch Uni-Politik mit dazu nehmen. * An der TUHH, an der HAW, an der UHH gibt es ja auch Fair-Teiler. Also Unis sind ja auch oft politisch, und von daher haben sie sich auch aktiv dafür eingesetzt oder haben ihren Zuspruch geleistet, dass die Fair-Teiler da geöffnet werden können. So, das wäre jetzt das Politischste, das ich mir vorstellen kann. Aber sonst werden wir nicht unterstützt. Ich glaube auch, das ist einfach noch nicht brisant genug, das Thema. Da gibt es andere * Themen, die für Politiker (betont) gerade wichtig sind.

●	Ausschließliche Abhängigkeit der Finanzierung der Tafel Wilhelmsburg von der Kirche	Tafel Wilhelmsburg	3	Und die Stadt Hamburg kommt jetzt nicht und sagt, joa, hier, euer Auto ist kaputt oder ich gebe euch [...] mal eine gewisse Summe. Ja, das wird halt alles von der Kirche gespendet, getragen oder auch nicht. Also insofern wäre es von der Stadt Hamburg schon wünschenswert.
●	Als GmbH fungiert Too Good to Go ohne staatliche Gelder	Too Good To Go	3	I: Planen Sie eine Beantragung von Fördermitteln? T: Nein.
●	Bisher gibt es in Wilhelmsburg vom Regionalausschuss noch keine bewilligten Anträge zu Projekten mit der Thematik „Gesundheitliche Ungleichheit“ oder „Ernährungsarmut“	Regionalausschuss	2	Der Stadtteilbeirat kann ja Gelder vergeben und der Regionalausschuss auch. Aber da sind solche Anträge [zur Reduzierung gesundheitlicher Ungleichheit] noch nicht aufgetaucht. Also ich kenne das ja nur vom Regionalausschuss, da werden dann andere Sozialgeschichten mit Kindern aus nicht so betuchten Familien geplant, irgendwelche Feriengeschichten oder häufig sowas für Jugendliche. Dafür gibt es Geld. […] Aber dass es für sowas Anträge gibt, habe ich noch nicht gehört. Muss man mal ausprobieren.
●	Keine staatliche Unterstützung trotz der Sustainable Developement Goals der WHO bei Programmen zur Reduzierung von gesundheitlicher Ungleichheit lt. politischer Expertin; Ausnahme: gemeinsames Frühstück an Schulen	Regionalausschuss	2	Also diese siebzehn Ziele, die alle erreichen müssen. [...] Ziel eins ist, glaube ich, „Keine Armut“. Ziel zwei ist „Kein Hunger“ und dann geht das so weiter. Wie du weißt, ist Papier geduldig * und * 2 sec * ich frage mich auch, wer sowas machen soll. Natürlich soll das von staatlicher Seite passieren, denke ich. Und da müssen bei uns natürlich auch diese Wohlfahrtsverbände und Kirchen und so weiter Programme gegen Armut machen. Aber für gerechtere Lebensmittelverteilung, * da kenne ich eigentlich nur die Tafel. Oder eben die Leute, die selber containern. [...] Es gibt ja die ganzen Frühstücke in den Schulen, was ich schon ganz enorm finde.
●	Staatliche, unterstützende Mittel sind begrenzt	Regionalausschuss	2	Ich glaube, das ist bei dem Stadtteilbeirat nicht anders, das weiß ich aber nicht genau, man muss immer auch Eigenmittel haben. Man kriegt ja immer nur so und so viel dazu. Also das heißt, die eigene Arbeit und irgendwelche anderen Mittel und dann kann man rund fünfhundert Euro, tausend Euro, manchmal auch zweitausend Euro, ich weiß gar nicht, wie das Gesamtbudget ist, pro Jahr dazubekommen.

●	Bedarfsanalyse für Bedürftige und Kommunikation über Angebote sollte lt. Solawi von Kommune/lokaler Verwaltung initiiert werden; durch diese staatliche Unterstützung könnten Angebote von Solawi und Co sowie entsprechenden Kooperationen auch die bedürftige Zielgruppe erreichen; Kritikpunkt: Drohender Verlust der Unabhängigkeit der Organisationen (siehe auch: Subcode E.2: Interventionen für Bedürftige)	Solawi	2	Eine kommunal ausgerichtete Kooperation finde ich, glaube ich, interessant für eine Solawi, weil ich auch denke, dass Solawi allgemein mit kommunaler Arbeit eigentlich ganz gut zusammenpasst, weil * die Kommune die Daseinsfürsorge und zum Beispiel auch die gesunde Ernährung aller zum Ziel hat. Und die Solawi natürlich irgendwie dasselbe Ziel verfolgt unter anderem, aber das Ziel eben typischerweise überhaupt nicht erreicht, weil die Menschen, die wirklich Bedarf- irgendwie gar nicht Mitglied sind und noch nicht mal von der Sache wissen und noch nicht mal Leute kennen, die Mitglied sind und * ich glaube, dass früher oder später Solawi auch Menschen, die Solawi machen, später auch staatliche Gelder annehmen. [...] Und gäbe es zum Beispiel eine kommunal bezahlte Verteilstation in so einer Straße, wäre schon mal die erste Hürde genommen. Wenn es sozusagen die kommunal oder ganz finanzierte Information und Kommunikation gäbe, dass man dann schaut, was hält die Menschen davon ab, auf diese Art und Weise irgendwie Lebensmittel zu konsumieren. Oder was brauchen die? Und * wie muss die Erzeugung sein, damit es für möglichst viele Menschen interessant wird? Da könnten, glaube ich, fruchtbare Effekte entstehen. Nachteil ist natürlich, dass die Solawi so ein bisschen zum Spielball der Politik, oder auch Parteipolitik und so weiter wird und bisher sind, glaube ich, die meisten Solawi-AkteurInnen noch ganz zufrieden mit der Vorstellung, dass sie außerstaatlich, unabhängig sozusagen, arbeiten, nicht gebunden sind an Parteien oder an Wahlen, also an ihre eigenen Wahlen vielleicht schon.
●	Hoher bürokratischer (zeitl.) Aufwand für das Stellen von Anträgen durch Reportingsysteme von z. B. der Stadt Hamburg; geht lt. Expertin von Minitopia an Praxis vorbei	Minitopia	2	Und für unsereins, also BMU, die Förderung, das ist halt ein wahnsinniger Aufwand. Und da sind einige größere Stiftungen-. Ich sage mal, wenn du hunderttausend Euro oder mehr haben willst, dann sind alle Anträge bürokratisch. Aber das ist kein Vergleich zu dem, was die Stadt haben will. Die haben halt selber ein riesen Reporting. Beim BMU sind die immer so, ja, wir wissen das. Das kann man jetzt eigentlich gar nicht so genau festlegen, aber wir müssen selber viel an die Bundesregierung leisten. Und deswegen brauchen wir die ganzen Angaben von euch. Und das macht teilweise überhaupt keinen Sinn. Da merkst du richtig, dass jemand das am Schreibtisch entworfen hat. Der hat selbst noch nie Projektmanagement gemacht.

●	Innovative Projekte erfordern Vertrauensvorschuss von GeldgeberInnen; es kann kein Businessplan vorgelegt werden	Minitopia	2	Also die ersten Stiftungen, die uns hier finanziert haben, denen wir noch GAR NICHTS vorlegen konnten, also das wünschen wir uns und das wollen wir auch initiieren. Aber was am Ende entsteht, können wir nicht sagen.
●	Vielfalt an Stiftungen ermöglicht kooperative Zusammenarbeit auf Basis ähnlicher Wertvorstellungen mit ähnlich denkenden AkteurInnen	Minitopia	2	Bei der Stiftung muss man auch vorzeigen, welche Projekte geplant sind. Aber da kann man es sich aussuchen und man findet sich. Du machst nur was mit den Stiftungen, mit denen du zusammenpasst. Also von den Stiftungen aus ja auch.
●	Kritikpunkt der Abhängigkeit durch die Stadt bei Annahme staatlicher Gelder auch bei Minitopia; Bevorzugung von Stiftungen	Minitopia	2	I: Ah, ok. Und warum möchtest du nicht, dass die Stadt das finanziert? M: Weil man auf eine Art unabhängiger bleiben kann und man auch mehrere Möglichkeiten hat, an Gelder zu kommen. Und du kannst dir die Stiftung aussuchen, die dir am * ähnlichsten ist, sag ich mal.
●	Projektfinanzierung der Solawi über Fördergelder politischen AkteurInnen geplant	Solawi	2	Es gibt eine Idee, einen Teil der organisatorischen Arbeit nachträglich durch Projektfinanzierung zu vergüten, die dieses Jahr anfällt. Das hat aber auch viel damit zu tun, dass Leute, die im Moment sehr viel Verantwortung haben, sehr viel Zeit mit Fördermittelbeantragung verbringen und sich damit sehr gut auskennen. *2 sec* Also es ist durchaus wahrscheinlich, dass in Zukunft Fördermittel bewilligt werden und beantragt werden sie sogar ziemlich sicher, denke ich.
●	Keine politische Unterstützung von Too Good To Go, da GmbH	Too Good To Go	2	I: Erhalten Sie/Ihre Organisation für Ihre Aufgabe staatliche Fördermittel? T: Nein, wir sind eine GmbH.
●	Mangel an staatlicher Verantwortung bzgl. Finanzierung von sozialen Leistungen	Minitopia	2	Aber es gibt nun mal bestimmte Dinge, die Stiftungen nicht finanzieren. Völlig zu Recht, weil der Staat dafür verantwortlich ist. Und die ziehen sich immer weiter raus und geben das immer weiter an die Zivilgesellschaft ab. Und da sagen die Stiftungen, das machen wir nicht. Und da haben sie total recht mit, finde ich.

●	Aktives Aufsuchen verschiedener politischer AkteurInnen empfohlen, um Befürworter zu finden	Minitopia	2	Also ich würde mir tatsächlich immer mehr Zusammenarbeit wünschen, und das passiert aber auch. Und du musst die richtigen Leute in der Politik finden. Und in der Verwaltung finden. Weil da überall Leute sitzen, die ein Herz dafür haben, * und wenn man die kriegt, dann können die schon mal etwas weitertragen.
●	Initiative der Stadt bei allgemeiner Unterstützung gefragt	Minitopia	2	Aber es ist natürlich doof, wenn die Stadt das auch nicht macht. Dann finanziert es halt gar keiner. Und es gibt jetzt auch nur wenige Möglichkeiten, Druck aufzubauen. Wenn jemand sagt, das ist eure Aufgabe. Ja, es ist eure Aufgabe. Und das war es dann. Mehr kann man nicht tun. Das Thema ist im Fundraising schon uralt, uralt. Aber das ist nichts Neues.
●	Foodsharing agiert wie viele andere Initiativen ähnlicher Ausrichtung parteienlos; Zusammenarbeit mit Politik muss dieses berücksichtigen	Foodsharing	2	Also ich hatte da auch mal was gelesen, da wollte ein Botschafter ein AfD-Mitglied ausgrenzen. Weil die nämlich gerade nicht (betont) wollten, dass es politisch wird. Also Foodsharing ist nicht politisch * und dass diejenige, derjenige, wie auch immer da Stimmung macht unter anderen Foodsavern * und auch in Betrieben vor Kooperationspartnern, das geht halt absolut gar nicht (betont). Aber das ist jetzt nicht nur auf die AfD begrenzt, sondern eigentlich auf jede (betont) Partei.
●	Zusammenarbeit zw. Zivilgesellschaft und Stadt nur bei Gewährung der Unabhängigkeit	Minitopia	1	Aber es GIBT schon tolle Partnerschaften in dem Bereich. Mit der Stadt und der Zivilgesellschaft. Grundsätzlich bin ich dafür. Ich bin nur nicht dafür, dass man sich davon abhängig macht.

Subcode A.4: Effekte von Kooperationen

Farbe	Kommentar	Befragte Person	Gewicht	Segment
●	Kooperationen und Mitarbeit innerhalb der Organisation fördert und stärkt das Sozialleben und nachbarschaftliches Miteinander	Foodsharing	3	Also ich hab dadurch so:: viele Leute in Wilhelmsburg kennengelernt. * Das hätte ich niemals gedacht und das hat mir nochmal eine ganze Welt eröffnet, eine soziale. Und auch sowas wie-, Freunde einladen. „Ey, mein Kühlschrank platzt aus allen Nähten, kommt vorbei und helft mir das aufzuessen.“ Oder auch einfach, dass man mal bei Freunden vorbeiradelt und Essen vorbeibringt. Ja, das stärkt auf jeden Fall die Interaktion.
●	Nachbarschaftliche Vernetzung im Privaten: Austausch von Lebensmitteln auf der Mikroebene; könnte aktives Element von Kooperationen sein	Regionalausschuss	3	Und wir verteilen untereinander Sachen, auch von der Solawi. Oder andere haben auch Öko-Kisten. Wir haben eine E-Mail-Adresse, wo alle drin sind * oder da [bekam] jemand neulich eine Schokolade geschenkt, die er nicht mochte. Und die Kinder sowieso, die werden dann reihum versorgt, wenn es irgendwo Pfannkuchen gibt. Oder Nudeln mit Tomatensoße.
●	Nach erstmaligem Aufwand lohnen sich Kooperationen lt. Too Good To Go	Too Good To Go	3	Hauptsächlich dauert die Zusammenarbeit bei Kooperationen zwischen ehrenamtlichen Organisationen und hauptberuflich agierenden Organisationen ein bisschen länger, da unterschiedliche Verfügbarkeiten und Arbeitsweisen aufeinandertreffen. Es lohnt sich aber am Ende auf jeden Fall und ist bereichernd
●	Positive Effekte einer Kooperation können nur erzielt werden, wenn Zielgruppe deren Angebote nutzt und die Vorteile zu schätzen weiß	Regionalausschuss	2	Zuhause kriegt sie kein Frühstück und die wird so spät zur Schule geschickt, sodass sie auch das Schulfrühstück nicht mitmachen kann. Das heißt, die ganzen Angebote nützen überhaupt nichts, wenn du das dann nicht, zumindest wenn es Kinder betrifft, von elterlicher Seite aus auch möchtest (betont), dass dein Kind gefrühstückt zur Schule geht. Wenn es dir egal ist, dann kannst du noch so viel anbieten.

●	Kooperation erfordert gewisse Erfahrung der beteiligten Organisationen mit eigenen Betriebsabläufen, um dann eine Arbeit im größeren Rahmen zeitlich und personell umsetzen zu können	Solawi	1	Im Fall unserer Solawi läuft ganz wenig Kooperation. Und ein Grund ist auf jeden Fall, dass die Solawi sehr stark mit sich selbst beschäftigt ist. Da ganz viel im Ehrenamt passiert. Also die Menschen, die Gemüse anbauen, kooperieren eher mit Nachbarhöfen oder schaffen das ein, zweimal im Jahr eine andere Biogärtnerei zu besuchen, zum Austausch, weil sozusagen die ganze Basis-Arbeit bezahlt ist, gut bezahlt und dann hat man vielleicht noch eher die Chance rechts und links zu schauen. Die Menschen aber, die organisatorische Arbeit machen, sind doch eher noch sehr beschäftigt, einfach nur den Normalbetrieb hinzukriegen und gemeinsam zu lernen, wie man eine so große Solawi und überhaupt eine Solawi-. Ich glaube, niemand ist dabei, der schon fünf Jahre Solawi gemacht hat und jetzt sagt, das war super, ich weiß ungefähr, wie das geht und ich kann quasi alles erklären. Wir wiederholen jetzt nochmal dasselbe. Also alle probieren das gemeinsam aus und im Ehrenamt * und da ist ja oft die Zeit richtig knapp und ich glaube, was dann oft hinten runterfällt, ist, was gut und verständlich ist. Was es rechts und links für andere AkteurInnen gibt, die ähnliches machen und wie kann man sich vielleicht zusammentun.

Subcode A.5: Öffentlichkeitsarbeit

Farbe	Kommentar	Befragte Person	Gewicht	Segment
●	Werbung über lokale Medien; wenig Nutzung sozialer Netzwerke	Solawi	3	Die Werbung für die Solawi, die ist auf jeden Fall auf verschiedenen Kanälen gemacht worden. Schwer zu sagen, welcher besonders wichtig ist. Also es wurde in verschiedenen Stadtteilen, in Stadtteilzeitschriften oder in der Lokalpresse versucht darauf aufmerksam zu machen. Es gab Informationsveranstaltungen, die aber letztlich auch ohne die lokalen Medien eventuell gar nicht so bekannt gewesen wären. Es wurde ziemlich wenig in sozialen Netzwerken geworben. Viele Menschen kommen, glaube ich, auch dazu, weil die Freunde, Bekannten davon erzählen und es wird bei Veranstaltungen geworben.

●	Mund-zu-Mund-Propa-ganda	Minitopia	3	Der eine bringt dann noch eine Freundin mit. Oder, ah, ich weiß noch von einer Nachbarin, die muss unbedingt mal herkommen und dann muss mein Sohn mal kommen und der bringt einen Kumpel mit. Wenn wir einen NDR-Bericht haben oder sowas, dann kommen hier ganz viele neue Leute auf den Hof. Aber wer dann andockt und wer halt nur mal gucken kommt oder eine Sache mitmacht, das ist nochmal ein Unterschied.
●	Persönliche Akquise	Foodsharing	3	Also was wir dann gemacht haben, ist einfach mal die Veringstraße runter-zugehen und in jeden Laden reinzugehen, Flyer mitzugeben, Handynum-mern dazulassen. „Wenn ihr was übrighabt, gebt es uns.“
●	Persönliche Akquise	Foodsharing	2	Also wir gehen einfach durch die Straßen und gucken, was da für Läden sind. Fragen die Inhaber oder die Betreiber, was mit den Lebensmitteln passiert. Also neben dem Verteilen unter den Mitarbeitern, unter den Kunden gibt es auch welche, die ein eigenes Retour-System haben, wo zum Beispiel übrige Lebensmittel für Viehfutter weiter verwertet werden oder in Biogas-Anlagen geraten. Was heißt geraten, kommen.
●	Informationsvermittlung über Stände vor Ort	Foodsharing	2	Zum Beispiel gibt es bei Foodsharing auch eine Gruppe, die sich mit Bildung beschäftigt und Wissensverbreitung beziehungsweise auch Infostände be-treut. Damit man das Thema mal an den Mann bringt. Und so:: gibt es zum Beispiel in Hamburg diesen Nachhaltigkeitsmarkt, den Helden-Markt, da ist Foodsharing jeden Tag vertreten. Dann auch die Altonale, die Grüne Meile, da hat Foodsharing auch jedes Jahr einen Stand. Und, wie gesagt, bei Achtundvierzig-Stunden-Wilhelmsburg hatten wir auch schon mal einen Stand, um auf den Fair-Teiler selbst aufmerksam zu machen.
●	S.o.	Foodsharing	1	Einfach um die Leute darauf aufmerksam zu machen, dass da jetzt das Regal steht. Und vielleicht, bevor sie einkaufen gehen, selbst noch etwas reinlegen. Plus, um auf das Thema aufmerksam zu machen.
●	S.o.	Foodsharing	1	Aber für viele Menschen ist das ein total neues Wort, Lebensmittelver-schwendung. * Und da werden dann erstmal Gedanken angerollt und andere haben dann schon viel mehr Wissen, viel speziellere Fragen. Wie macht ihr das mit dem Kühlen?
●	Kooperationspartner werden über Applikation angezeigt	Too Good To Go	1	Sobald sie die App heruntergeladen haben, wird ihnen per GPS angezeigt, welche Läden in ihrer Umgebung mitmachen.

Code B: Hürden einer kooperativen Zusammenarbeit

Subcode B.1: Hindernisse einer Vernetzung

Farbe	Kommentar	Befragte Person	Gewicht	Segment
●	Digitale Kanäle sind für moderne Vernetzung essentiell; Problem Finanzierung von Software wie Apps	Foodsharing	3	Dank Push-Nachrichten, wenn im Umkreis von einem Kilometer ein Essenskorb gepostet wird, gar kein Problem, alles umsetzbar. Das Problem ist, dass auch die Entwickler, die dahinter sitzen und diese Apps betreiben, nicht bezahlt werden. * Das ist halt zu hundert Prozent ehrenamtlich. Da kriegt keiner (betont) irgendeinen Penny. Das einzige Geld, das fließt, * ist für Pfand.
●	Trotz guter Vernetzung von FS und Tafel werden noch LM weggeworfen; Abhängigkeit von der Zuverlässigkeit spendender Betriebe	Foodsharing	3	Seien es unzuverlässige Abholungen, die dann doch geplatzt sind oder weil ich dann wieder mit zwanzig Kilo auf dem Rücken in die super volle S-Drei steigen musste oder so was. Oder man schafft es doch nicht, das aufzubrauchen, was man gerettet hat oder man wird es nicht los. Also gerade Fleisch ist super schwer loszuwerden. Dann kann ich nur für mein Gewissen sagen, ich habe alles gegeben, habe alle Kontakte gefragt, die ich kenne, ich habe es in alle möglichen Foren gestellt, in irgendwelchen Gruppen angeboten. Wenn ich es dann nicht loswerde, dann ist das so. Und * ja, da muss man sich dann auch von lösen können und nicht jeder Scheibe Wurst hinterhertrauern.
●	Kooperationen erfordern Abstimmungsprozesse, personelle freie Kapazitäten und Zeit	Too Good To Go	3	Hauptsächlich dauert die Zusammenarbeit bei Kooperationen zwischen ehrenamtlichen Organisationen und hauptberuflich agierenden Organisationen ein bisschen länger, da unterschiedliche Verfügbarkeiten und Arbeitsweisen aufeinandertreffen. Es lohnt sich aber am Ende auf jeden Fall und ist bereichernd.
●	Lediglich Duldung von Foodsharing in Hamburg, keine Zusammenarbeit; Gefahr v. Schließungen besteht immer	Foodsharing	3	Die [Umweltbehörde von Hamburg] duldet es, dass Foodsharing in Hamburg existiert. Die sagen nicht viel dagegen. Also da haben wir schon ziemlich Glück, im Gegensatz zu anderen Städten wie Berlin zum Beispiel. Da gibt es immer wieder Probleme mit dem Gesundheitsamt, [weil] die Bedenken haben.

●	Untersch. Wertvorstellungen der potentiellen Kooperationsmitglieder könnten Zusammenarbeit zwischen sozial orientierten Organisationen und wirtschaftlichen AkteurInnen erschweren	Solawi	2	Also gewisse Grenzen haben die Kooperationen wahrscheinlich dadurch, dass viele Menschen bei Solawi mitmachen, dadurch dass sie auch das Gefühl haben oder die Hoffnung, dass dies ein Erwirtschaften oder Sich-Versorgen jenseits des Marktes ist. Also dass man tatsächlich behaupten könnte, dass es formal gar nicht kapitalistisch ist, wenn nichts angehäuft wird. Weil kein Äquivalenztausch stattfindet, weil man nicht sagen kann, was man eigentlich gegen was tauscht. Man gibt ja erstmal das Geld und bekommt dann was in der Zukunft. Und das ist im Extremfall gar nichts oder ganz viel. Viel mehr, als man auf dem freien Markt bekommen hätte. Und * das, diese Hoffnung auf „irgendwas ausprobieren, was ein ganz klein bisschen anders oder abgemildert läuft“, im Vergleich zu den Gesetzmäßigkeiten, die das Wirtschaftsleben und damit auch die Politik und damit auch das Leben aller Menschen, die nicht völlig autark leben können, prägen. Das gibt, denke ich mal, eine gewisse Grenze vor * für Kooperationen mit Firmen und mit dem Staat. Weil der Staat natürlich in Symbiose mit kapitalistischem Wirtschaften funktioniert und die Firmen sowieso. Und dann eine Kooperation zwischen Firma X und Solawi Y oder Foodsharing und Solawi, „Social Cooking“ und Solawi und alle gemeinsam mit einer Firma irgendwann wahrscheinlich an inhaltliche Grenzen stoßen würde. Wenn man sich verständigen müsste, wo wollen wir langfristig hin, wollen wir mehr Steuergelder generieren, wollen wir mehr Wachstum? [...] Ja, die Kooperation kann * durch alles Mögliche erschwert werden.
●	Keine langfristige Planung möglich> Erschwernis bei Gelder-Beantragung	Minitopia	1	Aber wir haben hier tatsächlich so ein Bottom-up-Projekt. Es gibt ja auch nicht so:: viele Projekte, die wirklich von unten gestaltet werden. Ich KANN einen Fünf-Jahres-Plan aufmachen, klar, kann ich machen. Ich kann das komplett durchplanen. [...] Aber das ist nicht die Idee. Das ist nicht das, was wir hier WOLLEN. Und das ist auch nicht die Dynamik, die hier herrscht. Also Minitopia würde es so nicht geben, wenn wir das hier komplett durchplanen würden.

Subcode B.2: Hindernisse Lösungsstrategien

Farbe	Kommentar	Befragte Person	Gewicht	Segment
●	Angebote für Bedürftige bedingen einer Bedarfsanalyse, aktuelle Interventionen zur Änderung des Ernährungsverhaltens scheinen aufgrund der signifikant schlechteren Gesundheit ebendieser diese Essenz noch nicht zu berücksichtigen	Regionalausschuss	3	Es nützt ja nichts, wenn wir (betont) irgend so einen Bedarf ermitteln, aber die Seite, von der wir mutmaßen, dass sie einen Bedarf hätte, spürt den Bedarf gar nicht oder sagt, nein, ich bin doch gar nicht bedürftig. Ich kann mir mit meinem Geld bei Lidl oder Aldi oder bei frag´ mich was die Sachen kaufen und ich brauche das nicht. [...] * Und dann sagen die, Gemüse will ich schon mal gar (betont) nicht haben. Das stelle ich mir eher als die Schwierigkeit vor. Das muss ja von beiden Seiten kommen. Also es muss ja eine Bedarfsanalyse oder so was da sein, ein empfundener Bedarf von Leuten, dass die sagen, wir würden gerne (betont) hochwertigere Lebensmittel zu uns nehmen, wenn wir das Geld hätten oder wir würden uns gerne gesünder ernähren, aber wir können uns das nicht leisten. Dann (betont) kann man sagen, da kann man die unterstützen.
●	Teilweise fehlt Unterstützung im Elternhaus; Programme für Kinder/Jugendliche können nur mit Rückhalt der Eltern/einer anderen Bezugsperson wirksam werden	Regionalausschuss	3	Bei vielen Familien, die es hier in Wilhelmsburg gibt und auch in den Schulen kriege ich das ein bisschen durch diese Förderung mit, wie wenig die Eltern an dem Vorankommen der Kinder interessiert sind, an den Erfolgen der Kinder. Ich habe das mal in der Neuhöfer Straße miterlebt, das war 2012, als sich die Sturmflut zum fünfzigsten Mal jährte, da habe ich mit den Jugendlichen einen Ausflug gemacht. Wir sind an die Nordsee und haben zu Sturmflut und Klima gearbeitet. Und die selber haben ein Jahr lang ein Theaterstück einstudiert, zwei Klassen, und haben das dann aufgeführt. Und sie haben zu dieser Aufführung alle ihre Eltern eingeladen. * Abends um sechs. Und ich war auch eingeladen. Und außer mir (betont) waren da noch drei andere Erwachsene. Die anderen Eltern hat das am Arsch nicht interessiert. Und die Kinder waren so enttäuscht, weil die so:: tolle Sachen auf der Bühne gemacht haben, das Bühnenbild selber gebastelt und das Theaterstück selber gemacht haben. Und da habe ich auch gedacht, wenn die so:: wenig von den Eltern unterstützt werden, dann brichst du auch irgendwann ab.

●	Der in der Arbeit untersuchte Ansatz der Kooperationen zur Reduzierung gesundheitlicher Ungleichheit ist innovativ; daher sollte die politische Akzeptanz durch Antragstellen getestet werden	Regionalausschuss	3	Es würde sich vielleicht lohnen, [beim Bürgerausschuss] mal einen Antrag zu stellen. Wenn das sinnvoll erscheint. Also man kann da auch hingehen. Beim Regionalausschuss ist vorher, also immer zu Beginn, eine offene Fragestunde. Da können auch Bürgerinnen und Bürger, ist ja immer öffentlich, kommen. Am Anfang haben die ein Sprach- oder Fragerecht. Oder wir können auch mal als verschiedene Fraktionen Leute einladen. Das Schwierige ist ja immer, welche Ebene ist für was zuständig? Ist das jetzt der Bezirk oder die Stadt oder der Regionalausschuss?
●	Angebot fairer Lebensmittel-Verteilung der Solawi erreicht Bedürftige nicht; für diese wird eigene Ansprache benötigt	Solawi	2	Ich denke, dass tatsächlich nur so das Problem der Elitenbildung und der homogenen Gruppe, dass die Privilegierten unter sich bleiben, ernsthaft angegangen wird. Weil sich der Staat ja von der Aufgabe her um die Unterprivilegierten kümmern MUSS, einer seiner wichtigsten Jobs. Also die Kommunalpolitik muss das auch tun. Die Solawi muss das ja gar nicht. Gerade die Solawi SOLL allen das Gemüse, allen die Lebensmittel möglich machen, aber * der soziale Ausleseprozess, der stattfindet, dass Leute überhaupt zu Solawi finden, der ist * komplex und, glaube ich, ziemlich mächtig und den kann man nicht einfach ausblenden, wenn man so einen Wert vorgibt. Also ich finde es auf jeden Fall schwierig zu behaupten, dank Solawi können sich alle Menschen günstig Biogemüse leisten. Und daher können jetzt alle Menschen saisonal essen und irgendwie möglichst ressourcenschonend sogar. Denn nur weil das Angebot da ist, heißt das ja nicht, dass Leute das realistischerweise auch nutzen. Oder wenn achtundneunzig Prozent Privilegierte das nutzen, dann sind die zwei Prozent unterdurchschnittlich Gebildeten und Verdienenden eher das Feigenblatt und nicht der Effekt dieser Arbeit.
●	Bürokratie scheint oft zu langsam/unflexibel für eine moderne Projektarbeit (und somit auch Kooperationen)	Minitopia	2	Jeder trägt Ideen in sich, auf jeden Fall. Und dann hat man aber auch Bock loszulegen. Dann will ich nicht warten, bis ein Antrag geschrieben und ein Termin gefunden ist oder so, sondern wir wollen ja auch loslegen. Und das meine ich mit Aktionismus. Wenn die Energie da ist, hau rein!

●	Um die Lebensmittel-Verschwendung zu reduzieren, reicht Kapazität der Zivilgesellschaft nicht aus	Minitopia	1	Einige politische Entscheidungen bräuchte es einfach. Wir können das ja so auf unsere Ebene machen. Aber das hat Grenzen. Und darum geht es hier eigentlich auch. Wo sind eigentlich die Grenzen, mit dem, was wir bewirken können als Verbraucher, als Gesellschaft? * Aber wo muss eindeutig die Politik Regelungen finden und erst einmal politischen Willen artikulieren? Damit können wir helfen, aber dann geht es auf eine Art nicht weiter.

Subcode B.3: Gesetzlich bedingte Einschränkungen

Farbe	Kommentar	Befragte Person	Gewicht	Segment
●	Neue Unternehmensform Solawi: Bräuchte es eine Anpassung des Gesetzes und eine Förderung sozialer Projekte im Bereich gerechte Lebensmittel-Verteilung durch staatliche Seite?	Solawi	3	Ich glaube, wenn solche Behörden es darauf anlegen, Solawis zu kontrollieren, gerade Solawis, die noch mehr als nur Gemüse und zum Beispiel Eier und Fleisch und sowas liefern, dann * gibt es auf jeden Fall große behördenrechtliche Probleme. Die Frage ist ja, aus welcher Sicht von jeglicher Art von Behörde, was eigentlich eine Solawi ist? Ist das ein Laden? [...] Oder ist es eine Abo-Kiste? Dann muss aber auch irgendeine Firma bestehen und es müssen auf jeden Fall, so oder so, Steuern gezahlt werden. * [...] Bisher ist das eher auf der steuerlichen Ebene, da es sozusagen auf der vereinsrechtlichen Ebene ein Thema-. Weil es immer wieder Berichte von Solawis gibt, die von Ämtern nicht mehr einfach durchgewunken werden. [...] Dass gesagt wird, ihr seid doch schon als Konzept in den Medien. [...] Aber eine Unsicherheit, welche Rechtsform man wählt oder ob man Steuern einkalkulieren muss und wenn ja, in welcher Höhe als Solawi * und solche Unsicherheiten, die sind auf jeden Fall eine Hürde für Solawis, also für eine Neugründung oder für eine Weiterentwicklung. * Das liegt eben daran, dass diese Unternehmensform, diese klitzekleine, relativ neu ist und alle Gesetze im Durchschnitt deutlich älter und sich niemand die Mühe macht, ein kleines Solawi-Gesetz vorzuschlagen. Und in dem dann so ein paar spezifische Fragen geregelt sind.

●	Haftung für Lebensmittel mit überschrittenem MHD erschwert anderen Umgang von abgelaufenen Lebensmitteln durch den Einzelhandel	Foodsharing	3	Aber die Diskussion war auch schon ziemlich lange in den Medien vertreten, ob Containern legalisiert werden sollte oder nicht. Hamburg wollte ja Vorreiter sein, hat das aber nicht geschafft. Irgendwie ist das durch die Bürgerschaft nicht durchgekommen. * Aber die Läden werden jetzt auch selbst aktiv und * bauen teilweise Regale auf. Es gibt bestimmte Ketten, da ist neben dem Eingang ein kleines Regal, da liegt abgelaufene Ware drin. Da steht dann drüber: Essen auf eigene Gefahr. * Deshalb wird ja Ware, die das Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten hat, weggeschmissen, weil der Laden dann in Haftung tritt. Und bis zum Mindesthaltbarkeitsdatum ist es der Hersteller. Der Laden möchte dieses große Risiko nicht eingehen, also werden die Lebensmittel weggeschmissen, obwohl sie vielleicht noch ok sind. Wenn das jetzt abgepackte Lebensmittel sind, dann muss es halt jeder selber entscheiden.
●	Verbot, Lebensmittel nach MHD zu verteilen (starke Einschränkung d. Quantität geretteter Lebensmittel)	Regionalausschuss	3	Die [Tafeln] dürfen, glaube ich, auch nichts verteilen, was schon abgelaufen ist. […] Was ich doof finde, ich kaufe immer (betont) abgelaufene Sachen, weil ich genau weiß, dass die noch gut sind.“
●	Gegen Lebensmittel-Verschwendung müssen Gesetzesänderungen implementiert werden	Too Good To Go	3	Wir haben mit dem Bündnis Lebensmittelrettung drei Forderungen an die Politik gestellt, die rechtlich bindende Maßnahmen beinhalten. Dazu gehört ein Wegwerfstopp, dass es schwerer wird Lebensmittel zu entsorgen und einfacher macht Lebensmittel zu retten.

●	Aktuell noch Tolerierung von Foodsharing Wilhelmsburg durch das Hygieneamt, auch aufgrund der Lebensmittel-Gesetzeslage unter Privatpersonen; Bekanntgabe Hygienevorschriften durch Foodsharing	Foodsharing	2	In Hamburg wissen sie natürlich von uns, aber sie sind relativ tolerant. So lange nichts passiert, so lange das alles noch im Rahmen ist, ist alles ok. In Berlin gibt es da schon mehr Gegenwind. Vielleicht kann man das so sagen. Also da gab es echt schon Schließungen von Fair-Teilern, weil anscheinend Hygienerichtlinien nicht eingehalten wurden. Also dazu muss man sagen, dass auch an jedem Fair-Teiler ein Zettel angebracht ist. Alles, was du hier rausnimmst, musst du auf eigene Gefahr konsumieren. Achte auf deine Sinne! * Es ist zum Beispiel auch verboten, frisches Mett reinzulegen oder rohen Fisch oder Sachen, wo die Kühlkette unterbrochen ist. Das darf man alles nicht reinlegen. * Lebensmittel werden halt trotzdem schlecht. Meistens sind die schon drüber, wenn die gerettet werden und sie leben halt nun mal. Es ist doch ganz normal, dass da was schlecht wird. [...] Das muss man sich auch mal vor Augen führen, dass es auch mal in Ordnung ist, wenn etwas schlecht wird. Aber das Hygieneamt von Berlin hat da heftigen Gegenwind geleistet. Es gibt Fair-Teiler in Deutschland, da wurden schon Versicherungen abgeschlossen, weil das Amt da so:: * gegengesteuert hat.
●	Lebensmittel-Verschwendung kann nicht ohne Gesetzesänderung effektiv reduziert werden	Minitopia	1	Einige politische Entscheidungen bräuchte es einfach. Wir können das ja so auf unsere Ebene machen. Aber das hat Grenzen. Und darum geht es hier eigentlich auch. Wo sind eigentlich die Grenzen, mit dem, was wir bewirken können als Verbraucher, als Gesellschaft? * Aber wo muss eindeutig die Politik * Regelungen finden und erst einmal politischen Willen artikulieren? Damit können wir helfen, aber dann geht es auf eine Art nicht weiter.

Code C: Problembewusstsein

Subcode C.1: Status gerechte Lebensmittelverteilung

Farbe	Kommentar	Befragte Person	Gewicht	Segment
●	Faire Bezahlung bei der Solawi; Landwirtschaft und Logistik gleichberechtigt	Solawi	3	Alle verdienen gleich viel und alle verdienen, würde ich behaupten, mehr als bei vergleichbaren Solawis, Biogärtnereien oder sonstigen Unternehmen, Abo-Kisten und so weiter. * Also das Arbeiten in der Logistik wird gleich entlohnt wie das Arbeiten mit Gemüse. Was noch nicht funktioniert, ist die Entlohnung der organisatorischen Arbeit.
●	In Wilhelmsburg herrsche unter Foodsavern überwiegend Fairness	Foodsharing	3	Also manche sehen das schon so als * umsonst Einkaufen, aber es wird auch versucht, das bei Foodsharing zu unterbinden. Dass da solche Mentalitäten aufkommen, das geht einfach GAR NICHT. Das Optimale ist für uns natürlich, wenn es nichts abzuholen gibt. Dann heißt das, dass der Laden gut kalkuliert hat. Das ist eigentlich der Optimal-Zustand. Ich sag mal, wie in JEDEM Verein oder in JEDER Gruppe von Menschen hat man halt ein paar Idioten dabei. Aber es hält sich zum Glück in Grenzen. Und in Wilhelmsburg ist das sehr entspannt. Da gibt es jetzt nicht so:: (betont) viel Futterneid.
●	Gerechte Lebensmittel-Verteilung unter allen Foodsaver-Gruppen	Foodsharing	3	Und da ist es auch interessant, wie aufgeteilt wird. Also dass bei Foodsharing wirklich die Fairness großgeschrieben wird. Jeder bekommt den gleichen Anteil. Natürlich kann man was sagen, wenn man was nicht will, aber es geht vor allem darum, dass nicht einer die [ganze] Schale Erdbeeren nimmt. [...] Sondern, dass man erst versucht, alles aufzuteilen, was es aufzuteilen gibt und dann * gibt es die restlichen Lebensmittel, die nicht aufzuteilen gehen. * Und dann nimmt man in Runden.

●	Solawi-Angebot scheint eher priorisiert von akad. gebildeten Menschen genutzt zu werden	Solawi	3	Die Zielgruppe sind alle Menschen, de facto die AbnehmerInnen, in der Realität sind es auf jeden Fall überwiegend akademisch gebildete Menschen. *3 sec* Und ja, es ist ein bisschen, glaube ich, geteilt zwischen Stadt und Land. Also wir haben ein bisschen weniger als die Hälfte der Mitglieder auf dem ländlichen Raum, in der Nordheide in Buchholz, Tostedt, Buxtehude und einigen umliegenden Ortschaften und die andere Hälfte in Hamburg, Harburg, Wilhelmsburg. Und ich glaube, dass die Mitglieder auf dem Land eher *2 sec* ein leicht überdurchschnittliches bundesdeutsches Einkommen verdienen und die Mitglieder in Hamburg, gerade in Wilhelmsburg nicht unbedingt. Aber was beide Seiten vermutlich eint, ist, denke ich, eine hohe formale Bildung und überhaupt guter Zugang zu Ressourcen und da sind auf jeden Fall alle, fast ausschließlich alle sehr privilegierte Menschen Teil dieser Solawi.
●	Durchschnittlich günstigerer Erwerb von hochwertigem Gemüse bei der Solawi als beim Discounter	Solawi	3	Der Nutzen [...] ist für viele die Hoffnung auf Gesundheit, auf gesunde Nahrung. Für viele auch ein ethischer Wert Richtung Umweltschutz oder globale Fragen. * Das ist dann aber erstmal, solange sich die Leute nicht intensiv in einer Laborstudie testen lassen, ob sie durch dieses Gemüse wirklich gesünder werden oder weniger schnell altern oder so, alles ein gefühlter Nutzen, also eher auf der psychologischen und einer ethisch, gesellschaftlich, politischen Ebene. * Der praktische Nutzen ist, dass man Nahrung hat, [man] bezahlt einen gewissen Preis * oder ein Teil der Mitglieder bezahlt vielleicht weniger als auf dem freien Markt, weil das intern eben solidarisch sein soll durch die verschieden hohen Gebote und meine persönliche Meinung ist, [...] dass der Durchschnitt aller Mitglieder günstiger an das Bio-Gemüse kommt als bei Aldi sogar, also nicht nur im Bioladen oder beim Wochenmarkt.
●	Spenden, um geschlossenen Kreis aufzubrechen	Solawi	3	Eine offene Frage ist zum Beispiel, ob die Solawi auch regelmäßig der Zivilgesellschaft Gemüse zur Verfügung stellen möchte, damit das nicht ausschließlich in der geschlossenen Gruppe bleibt, sondern auch ein kleines Stück, vielleicht auch nur symbolisch, für zivilgesellschaftlich tätige Projekte gespendet wird.

●	Gruppendynamik und Geschlossenheit bei Solawi und Foodsharing verhindern Teilnahme von Bedürftigen - obwohl das Angebot theoretisch jedem offen steht	Solawi	3	Wobei ich auch bei Foodsharing gelegentlich aktiv war und den Eindruck habe, dass es ein ähnlich in sich geschlossenes System ist wie die Solawi. Und die relativ hohe Hürden hat, [um] da mitzumachen. Ein Verteilungseffekt ist also eher zu vernachlässigen, also ein Umverteilungseffekt der Lebensmittel oder der Werte. Aus meiner Sicht funktioniert Foodsharing eher so, dass sich privilegierte Menschen Zugang zu kostenlosem, durchaus hochwertigem Essen verschaffen und das dann in der privilegierten Gruppe, also im Freundeskreis beispielsweise weiter verteilen und nur ein Bruchteil und nur das Unbeliebte wird dann an prekär lebende Menschen weiterverteilt. Es gibt aber auch Ausnahmen.
●	Nutzung der Tafel über Bedürftigkeitsnachweis	Tafel Wilhelmsburg	3	Hauptsächlich Menschen, die Hartz Vier bekommen. Rentner können auch kommen, also halt Geringverdiener. Es ist natürlich eine gewisse Grenze gesetzt. Du musst schon einen Bescheid mitbringen, dass du irgendwie Sozialhilfe-, dass du was vom Sozialamt kriegst oder einen Hartz-Vier-Bescheid oder * Rentenbescheid geht auch. Aber es darf halt einen gewissen Satz nicht überschreiten.
●	Die Tafel Wilhelmsburg bietet ein Café und Essen zu günstigen Preisen: Versorgung mit warmen Speisen und sozialer Treffpunkt; keine reine Ausgabe-Station	Tafel Wilhelmsburg	2	Nein, Frühstück gibt es hier gar nicht mehr, aber hier ist ein Café. Also hier kann jeder reinkommen, Kaffee trinken. * Eine Tasse kostet fünfzig Cent, ein Becher Kaffee ein Euro, ein Tee pro Becher fünfzig Cent und das Essen kostet, egal was es gibt, zwei Euro fünfzig. Das kann auch sein, dass es, das habe ich schon mal gemacht, Schweinebraten, Rotkohl und Klöße gibt. Das gibt es dann für zwei fünfzig. Oder ein halbes Hähnchen mit Salat. Egal, was es ist, es kostet zwei fünfzig und manches Mal gibt es dann einen Nachtisch dazu. [...] * Aber es wird auch nichts gekauft. Das wird aus den Spenden, die wir bekommen, gemacht. Also man kann jetzt vorher keine Menükarte und Speisekarte machen und sagen: Montags gibt es dies, dienstags das. Das wird immer alles kurzfristig entschieden, was an Spenden da ist, was gekommen ist und ja, daraus wird dann was gezaubert.
●	Lebensmittel-Abholung bei der Tafel Wilhelmsburg für insg. 4 Euro	Tafel Wilhelmsburg	2	Jeden Tag kann man kommen, seine vier Euro bezahlen und dann kriegt man jeden Tag Lebensmittel. Wenn man jetzt jeden Tag kommt. Und samstags ist hier auch Ausgabe von um halb eins bis um zwei Uhr, also wir haben hier auch samstags auf. Also fünf Tage die Woche. Montags und sonntags ist zu. Montags ist dann in der Veddel auf und Kirchdorf-Süd gibt es ja auch noch.

●	Manuell, wöchentlich berechnete Verteilung ermöglicht faire Verteilung auch kleiner Mengen (höherer Aufwand für Logistik/Mitarbeitende)	Solawi	2	Die Logistik, die bekommt Gemüse von den Gärtnerinnen und Gärtnern direkt am Hof und hat einen Überblick, wie viele Abholstellen existieren, hat einen Überblick aus der Mitgliederverwaltung, wie viele derzeit in welcher Abholstelle Mitglied sind. Oft wechseln Mitglieder die Abholstelle oder ziehen weg und haben ein Ersatzmitglied in petto, das dann aber an einer anderen Abholstelle abholt und so weiter. Und mit diesen Zahlen * puzzelt die Logistik aus dem geernteten Gemüse eine gerechte Verteilung. Zusätzlich noch mit der Info, welche Abholstelle in der Vergangenheit welches Gemüse bekommen hat. So können auch kleinere Mengen verteilt werden.
●	Idee der solidarischen Bietrunde: Wer weniger Geld hat, zahlt weniger; niedrige Hemmschwelle durch Anonymität innerhalb der Gruppe. Funktioniert ergo nur, wenn ausreichend besserverdienende Mitglieder den Fehlbetrag mit einer Summe über dem Richtwert ausgleichen; sozioökonomischer Status aller Mitglieder einer Solawi muss gewisses Verhältnis aufweisen	Solawi	2	Also das funktioniert so, dass bei [...] der Bietrunde alle einen Zettel abgeben, auf dem steht ein Euro-Betrag, den man für ein Jahr Gemüse ausgeben möchte. Und:: vorher wurde [darüber] informiert, was geplant ist auszugeben, was würde das für ein Jahr Gemüse kosten und das wird dann durch die Anzahl der geplanten Mitgliederanzahl geteilt. Daraus ergibt sich ein Richtwert, der als Orientierung dienen soll und die schreiben dann ihren Richtwert auf ihren Zettel. Also:: das ist eben so gedacht, dass man mehr oder weniger frei irgendeinen Betrag draufschreibt, die Zettel werden eingesammelt, von einer Person addiert beziehungsweise von mehreren. Die Zettel sind dann erstmal ohne Namen, und wenn die Summe, die für ein Jahr benötigt ist, direkt zusammenkommt, ist die Runde beendet. Es ist danach allerdings wichtig, dass alle noch ein Formular ausfüllen, auf dem sie den Betrag noch einmal notieren und ihren Namen und ein paar persönliche Daten und das muss natürlich irgendjemand-. Also das ist ja eigentlich sehr anonym und soll anonym sein, aber irgendjemand muss diese Formulare auch sammeln und nachschauen, ob irgendjemand im Laufe des Jahres vergessen hat zu bezahlen oder aus Versehen zu viel bezahlt hat. Deswegen gibt es mindestens eine Person, die den Überblick hat, wer mehr bezahlt, wer weniger bezahlt. Aber die große Gemeinschaft oder die Mitglieder, der Durchschnitt, * die Gruppe an sich soll das nicht wissen. [...] Die Idee ist, dass dann die Hemmschwelle niedriger ist, auch weniger zu zahlen oder wenn man das nicht so an die große Glocke hängen möchte, dass man mehr bezahlt.
●	Ausreichende Quantität bei der Tafel Wilhelmsburg	Tafel Wilhelmsburg	2	Und das ist meistens viel und MEISTENS gut. Also alle werden satt, oder (zur mitarbeitenden Person gewandt)?

●	Tafel Wilhelmsburg hat viele Großspender im Einzelhandel	Tafel Wilhelmsburg	2	EDEKA macht mit, Marktkauf, Aldi auch, Lidl, Penny, Rossmann, ab und zu. Von Rossmann kommt auch ab und zu mal was.
●	Tafel Ausgabe in Wilhelmsburg fünf Mal die Woche; gute Versorgung	Tafel Wilhelmsburg	2	Aber in der Regel kommen die Leute nur einmal die Woche. Manche kommen aber auch jeden Tag mit drei, vier dicken IKEA-Taschen. Aber dafür ist man ja da. Was die damit machen, das wird nicht hinterfragt.
●	Foodsharing-Mitglieder bevorzugen hochwertige Lebensmittel	Foodsharing	2	Es gibt auch einige Kandidaten bei Foodsaving, die sehr mit dem ausgefahrenen Ellenbogen abholen. *2 sec* Gerade Bioläden sind natürlich super beliebt, um da etwas abzuholen. Wohingegen vielleicht aufgebackene Ware von so einem Fertigbäcker jetzt nicht so:: allseits beliebt ist. Weiße Brötchen, heute Morgen belegt und lagen den ganzen Tag in der Auslage. Da wird natürlich nicht so gerne was abgeholt. Letztendlich muss man sich überlegen, dass all das eigentlich Leute ernähren könnte und trotzdem in der Tonne landet. * Also man muss sich überlegen, mit welcher Motivation man da herangeht.
●	Hierarchie und viele Regularien von Foodsharing als Hindernis mitzumachen?	Foodsharing	2	Wie du merkst, ist das schon relativ stark strukturiert. * Und es ist auch recht hierarchisch, was mir persönlich ein bisschen gegen den Strich geht, weil ich finde, dass man das auch mit weniger Regeln gut realisieren könnte.
●	Einfachste Interaktion bei Foodsharing: Fair-Teiler; hier kann jeder mitmachen	Foodsharing	2	Dann kann man an dieser Community immer noch * teilhaben, indem man zum Beispiel Lebensmittel, die man selbst nicht verwertet, in die Fair-Teiler gibt. Sei es [...] vor dem Urlaub oder auch einfach bei Sachen, die man kauft und wo man sich denkt, einmal gegessen, irgendwie schmeckt es mir nicht.
●	Foodsharing als Mittel bei finanziellen Engpässen	Foodsharing	2	Letzten Sommer, da hatte ich relativ viel (betont) Zeit, einfach durchs Studium. Da habe ich vielleicht für fünf oder zehn Euro Lebensmittel gekauft.
●	Dissonanz zw. Lebensmittel-Überproduktion und Ernährungsarmut	Foodsharing	2	Denn scheinbar ist der Rohstoff Lebensmittel viel (betont) zu günstig, als dass man darüber zu viele Gedanken verschwenden müsste. Das ist halt heftige Dekadenz und so eine überhebliche Haltung gegenüber * jedem Menschen, der es sich nicht leisten kann, eine ausgewogene Ernährung zu finanzieren.

●	Fair-Teiler als Hauptquelle für Bedürftige (passive Option)	Foodsharing	2	Bedürftigen kann ich (betont) nur bedingt helfen. Also die Schränke, die Fair-Teiler sind ja für jedermann offen. Und immer, wenn ich zum Beispiel Bedürftige darauf hinweise, dass es Fair-Teiler gibt, dann wissen die das meistens schon. [...] Teilweise wird von Foodsharing auch was an die Bahnhofsmission gegeben. Und ich kenne sehr viele Leute, die mit Jugendzentren zusammenarbeiten. Das Essen geht, gerade wenn es in großen Mengen gerettet wird, sehr oft an soziale Einrichtungen.
●	Hartz IV-Aufstockung durch Foodsharing-Lebensmittel	Foodsharing	2	Es gibt auch ein paar Leute, die:: auf Hartz Vier leben und bei Foodsharing mitmachen.
●	Bedürftige im Einzelfall bei aktiver Selbsthilfe staatliche Nachteile	Foodsharing	2	Und [im Foodsharing-Forum] hat dann auch einer geschrieben, dass einer Foodsaverin vom Amt die Stütze gekürzt werden sollte, weil das Amt mitbekommen hat, dass sie bei Foodsharing aktiv ist.
●	Foodsharing priorisiert Lebensmittel-Rettung; Hilfe Bedürftiger sei u. a. Aufgabe der Tafel	Foodsharing	2	Ich kenne [...] auch genug Leute, die sagen, ich arbeite voll, ich brauche das eigentlich nicht, um mein Portemonee zu entlasten, aber ich mache das aus Prinzip. Das ist auch einer der Grundsätze bei Foodsharing, dass eigentlich nie (betont) Geld involviert ist. Und es ist schön, wenn man Bedürftigen helfen kann, aber * ich sag mal, primär ist es dazu da, Lebensmittel vor der Tonne zu retten. Und nicht, um Bedürftige zu unterstützen.
●	Versorgung Bedürftiger hat Vorrang	Foodsharing	2	Wenn die Tafel zum Betrieb XY fährt und da abholt, haben die natürlich immer Vorrang.
●	Aktive Mitarbeit bei Foodsharing vermittelt ein gutes Gefühl beim Erwerb aussortierter Lebensmittel; Tafel vermittle Abhängigkeit	Foodsharing	2	Und bei Foodsharing ist es schon so, dass du aktiv werden musst. Du musst selbst hinfahren, du musst deine Abholung organisieren, du musst dich vorbereiten. * Es ist schon mit mehr Aktivität verbunden. Es ist halt ein Ehrenamt. Und deswegen glaube ich, dass das für Leute, die, sag ich jetzt mal, sich nicht so viele Lebensmittel leisten können, vielleicht eine ganz schöne Alternative zur Tafel ist.
●	Foodsharing als Chance für abwechslungsreichere Ernährung	Foodsharing	2	Von daher glaube ich, dass es den Leuten schon:: auch eine größere Bandbreite an Lebensmitteln ermöglichen kann, als sie sich normalerweise leisten könnten.
●	Too Good To Go ermöglicht günstiges Essen in hoher Qualität	Too Good To Go	2	Die KundInnen haben in erster Linie die Möglichkeit nachhaltig zu konsumieren und selbst etwas gegen die Lebensmittelverschwendung zu tun. Außerdem bekommen sie leckeres Essen zu vergünstigtem Preis.

●	Unternehmensforderungen an staatliche Gesetzesänderungen bzgl. Lebensmittel-Verschwendung	Too Good To Go	2	Wir haben mit dem Bündnis Lebensmittelrettung drei Forderungen an die Politik gestellt, die rechtlich bindende Maßnahmen beinhalten. Dazu gehört ein Wegwerfstopp, dass es schwerer wird Lebensmittel zu entsorgen und einfacher macht Lebensmittel zu retten.
●	Mehr Bildung über Landwirtschaft und Probleme der Bäuerinnen und Bauern, um Wertschätzung d. VerbraucherInnen ggü. landwirtschaftlich. produzierten Lebensmitteln zu ändern; hohe Lebensmittel-Verschwendung schon bei der Ernte	Minitopia	2	Mir ist wichtig, dass da ein Teil Bildung über Landwirtschaft kommt, nachhaltige Landwirtschaft und unser Ernährungssystem insgesamt. [...] Da kannst du glücklich sein, wenn du Solawi-Bauer bist. Ansonsten fällt die Kultur einfach aus. Du machst einen finanziellen riesen Verlust. Das haben wir ja nicht so. * Aber die Probleme treffen uns genauso. [...] Das sieht man im Supermarkt ja gar nicht, was dahintersteckt. Und ich möchte wissen, dass die Solawistas wissen, was dahintersteckt. Also was für eine Arbeit, was für eine Liebe für die Arbeit-. Was da auch tagtäglich auf dem Acker für Entscheidungen getroffen werden müssen, das kriegt man im Supermarkt gar nicht mit. Du siehst dann vielleicht noch, dass die Preise teurer oder günstiger werden. * Aber was da eigentlich hinter steckt, das weiß man halt nicht. Und mir ist wichtig, dass in der Solawi nicht nur Konsum [herrscht]. [...] Dass da so ein bisschen „Wir tragen diesen Hof gemeinsam“ sichtbar ist. Wir sind keine Dienstleister. Und insofern geht das auch uns alle an.
●	Nicht haltbare Anspruchshaltung der VerbraucherInnen führt zu Überproduktion und negativen Effekten in ärmeren erzeugenden Ländern	Foodsharing	1	Viele haben ja bereits ein System. Es ist ja nicht allen Ladenbesitzern egal, was damit passiert. Viele nehmen das auch mit nach Hause. Wenn das ein inhabergeführter Laden ist, dann verkochen die das in der Familie. Das ist ja auch nur natürlich, oder? Du verbrennst sonst wirklich Geld, wenn du das einfach wegschmeißt. Von daher empfinde ich die Diskussion als ein bisschen sehr (betont) mit Scheuklappen geführt. [...] Die Warenkosten sind dann halt * in den Erzeugerländern versteckt, wo die Böden ausgelaugt und die Brunnenspiegel erniedrigt werden und, und, und. Also das, was wir hier jetzt durch unsere Geiz-ist-geil-Mentalität an den Lebensmitteln sparen, das bezahlen andere Leute mit anderen Dingen. Nicht mit Geld, aber mit Gesundheit, mit Naturschutz.
●	Bio-Fleisch ist im Vergleich sehr teuer; Gefahr Bias: soziale Erwünschtheit?	Regionalausschuss	1	Also ich bin keine Vegetarierin, aber ich esse fast (betont) kein Fleisch und wenn dann aus dem Bioladen, zu neunzig Prozent jedenfalls, und ich denke mir natürlich jedes Mal auch, wenn ich mir da so ein Hühnerbeinchen kaufe. WOW, da kriegst du woanders zwei ganze Hühner für.

●	Deklarierung und Werbung von Lebensmitteln müsste gesetzlich reglementiert werden; Werbung/Packaging legitimiert Kauf nicht nachhaltig produzierter Lebensmittel	Regionalausschuss	1	Weil die das ausblenden. Und weil die Werbung auch alles dafür tut. Du hast ja immer eine glückliche Kuh, die alleine auf der Weide steht und einen strahlenden Bauer daneben und was ja alles Quatsch ist. Ich meine, da wird ja so viel gefakt, dass die Leute glauben (betont), es wäre ok, das zu essen. Wie bei den Zigaretten. Man müsste eigentlich auf den Schweinefleisch- und Rinderpackungen diese ganzen im eigenen Kot liegenden, verletzten Tiere draufmachen, wie bei den Zigarettenpackungen.

Subcode C.2: Lebensmittelqualität der Organisation

Farbe	Kommentar	Befragte Person	Gewicht	Segment
●	Hochwertige Lebensmittel zu einem vorteilhaften Preis-Leistungsverhältnis	Solawi	3	Und man dann aus meiner Sicht im Idealfall durchschnittlich etwas mehr Gemüse für das Geld bekommt als beim Einkauf auf dem Markt.
●	AbnehmerInnen von Solawi: Nutzen Angebot aus ethischen u. gesundheitlichen Gründen; das gute Gewissen. Andere Ansprache von Bedürftigen?	Solawi	3	Ich denke, dass dieses Ein-Jahres-Abo für Gemüse, so könnte man es ja auch in gewisser Weise nennen, das ist ein Produkt, das gönnt man sich, man möchte sich gut damit fühlen, man möchte etwas Sinnvolles tun und so weiter. Oder was Gesundes haben oder was Frisches. Das ist auch für manche eine Motivation, dass sie denken, das wäre dann vielleicht frischer als der Durchschnitt. Und meine persönliche Meinung ist, dass die Menschen dann in der Regel davon ausgehen, dass das Angebot auch den Nutzen erfüllt, von dem sie denken, dass er diesen erfüllen soll. Dass sie das auch vielleicht deswegen gemacht haben, mehr Aufwand in Kauf genommen haben.

●	Versuch, maximal Lebensmittel zu retten; Abwägung erfordert eigene Reflexion der Teilnehmenden über Konsummuster und Qualität von Lebensmittel	Foodsharing	3	Und den Rest holt dann Foodsharing ab. Und zwar bedingungslos. Wir sortieren nicht aus, wir schauen nicht, kriegen wir das irgendwie los, esse ich das gerne, wie lange ist das noch haltbar. Das ist alles egal. In unserem Vertrag mit dem Vertrieb steht, wenn wir vorbeikommen, dann holen wir alles ab. * Und das liegt dann quasi an den Foodsavern, das weiter zu verteilen und vor der Tonne zu bewahren. Aber es gab auch schon Kooperationen, * insbesondere mit Gemüseläden, die sowieso schon von alleine das Gemüse im Wert runtersetzen und dann günstig verkaufen. [...] Da gab es auch schon Kooperationen, die wieder gestorben sind. Und manchmal fragt man sich, warum wurde da nicht abgeholt? Manche verkaufen bis zum bitteren Ende und dann lohnt es sich auch nicht, da hin zu gehen.
●	Lt. Foodsharing sei Gemüse bei den kooperierenden Tafeln nicht so beliebt	Foodsharing	3	Ein Teil ging auch an die Tafel, das, was die Tafel halt haben wollte. Ja, wieder gut verarbeitete Lebensmittel. * Brot nehmen sie immer mit Kusshand, aber sowas wie Lebensmittel, die man noch stark verarbeiten muss, sowas wie Gemüse, Obst oder auch Alkohol nehmen sie GAR NICHT an. Genau, und Obst und Gemüse nur bedingt. Also solche Kooperationen gibt es auch.
●	Lebensmittel-Versorgung der Tafel Wilhelmsburg meistens quantitativ zufriedenstellend	Tafel Wilhelmsburg	3	Es läuft eigentlich in der Regel ganz gut. Also es gibt mal solche und solche Tage. Mal gibt es weniger [Essen für die Tafel], es gab auch schon mal ganz, ganz wenig. Aber eigentlich reicht es aus. Es ist auch immer von Dienstag bis Samstag geöffnet und das ist ja auch ein Unterschied zu anderen Tafeln. Die haben nur einmal die Woche geöffnet.
●	MHD ist kontroverses Thema bei Tafel-KlientInnen	Tafel Wilhelmsburg	2	Gut, da sind halt auch Lebensmittel, die sind in einem Tag abgelaufen oder bis heute haltbar und es kommen dann auch immer viele Leute, die sagen „NEE, das ist abgelaufen, das wollen wir nicht.“
●	Foodsharing-AbnehmerInnen meist aufgeklärt über Ernährung, viele Vegetarier/Veganer; wohin mit übrig gebliebenem Fleisch?	Foodsharing	2	Das Thema Fleisch ist da immer ganz weit oben bei Foodsharing. Weil die Leute, die sich viel um Lebensmittel Gedanken machen, oft auch Vegetarier sind oder sogar vegan leben und * dementsprechend super picky bei den Abholungen sind. Klar kann man, wenn man nicht alleine rettet, den anderen fragen: „Isst du Fleisch? Kennst du Leute, an die du das abgeben kannst?“ Aber oft ist es so, dass alle veggie unterwegs sind * und dann muss man halt gucken, wie man das los wird.

●	Foodsharing: Rettung von Nischenprodukten	Foodsharing	2	Und:: man muss sich auch bewusst machen, dass oft die (betont) Lebensmittel weggeschmissen werden, oder von den Läden normalerweise weggeschmissen würden, die ein bisschen exotisch sind. Das heißt, exotische Früchte, neue Artikel, die die Welt noch nicht gesehen hat. Auch super spezielle Sachen. Also * wir retten auch regelmäßig Gewürze. Ich habe auch schon mal zehn Liter Olivenöl gerettet. Alles ist möglich bei Foodsharing. Die meisten denken, das ist nur Brot oder Brötchen. Das ist auch der größte Teil, aber die komplette Bandbreite an Lebensmitteln ist * möglich.
●	Foodsharing erlaubt kostenlosen Zugang zu hochwertigen Lebensmitteln	Interview 4_Foodsharing	1	Also von daher glaube ich, * dass es vielleicht den Leuten schon:: auch eine größere Bandbreite an Lebensmitteln ermöglichen kann, als sie sich normalerweise leisten könnten.

Subcode C.3: Status Lebensmittelverschwendung

Farbe	Kommentar	Befragte Person	Gewicht	Segment
●	Nachhaltige Landwirtschaft: Möglichst alles Geerntete soll verteilt werden; Überdenken von Handelsnormen und kleinen „Schönheitsfehlern“	Solawi	3	Und in der Zeit wird, soweit ich das beurteilen kann, im Vergleich zu anderen Biogärtnereien, die ich kenne, sehr viel Gemüse, was normalerweise auf dem Feld bleiben würde, auch [in der Solawi] verteilt. Das ist auch ein kleines Ziel, würde ich sagen, der Solawi oder auch des Teams, das dieses Gemüse anbaut, oder auch mancher Mitglieder, gerade der Mitglieder, die beim Ernten helfen, dass man möglichst viel Essbares verteilt und sich ein wenig löst von Handelsnormen und * den ganzen Vorstellungen, mit denen man so aufwächst oder mit denen man so lebt, was ist essbar, was ist gesund, was ist komisch. [...] Ich hatte auch bis zu meiner Gärtnerausbildung mit siebenundzwanzig oder eigentlich nie wirklich auf einem typischen Gemüsefeld einen Einblick und diese Erfahrung, die ich dann in der Ausbildung machen konnte, dass teilweise fünfzig Prozent, manchmal nur zwanzig, manchmal auch achtzig Prozent des Gemüses gar nicht geerntet wird oder kurz geerntet und dann wieder fallengelassen.

●	Maximale Verwendung aller verteilten Lebensmittel bei AbnehmerInnen der Solawi	Solawi	3	Wo genau das verteilt wird, was gerade reif ist, sodass eigentlich extrem wenig Reste entstehen sollten und weil ich auch denke, dass zumindest langjährige Mitglieder, die so ein bisschen engagierter dabei sind, das mit etwas Ernsthaftigkeit betrachten oder Leidenschaft, auch weniger von diesem Gemüse wegwerfen und zuhause vom Kühlschrank in die Tonne-, weil eine höhere Identifikation mit dem Produkt da ist.
●	MHD wird von vielen befragten VerbraucherInnen angezweifelt; Konsum trotz abgelaufenem Datum; Vertrauen auf die Sinne	Tafel Wilhelmsburg	3	Genau, es heißt ja Mindesthaltbarkeitsdatum. Das heißt nur, dass die Lebensmittel in der Konsistenz, im Geschmack, im Aussehen bis genau zu diesem Datum haltbar sind. Das heißt ja nicht, dass sie schlecht werden. Einen Joghurt kannst du auch zwei Wochen später noch essen. Nur wenn du das aufmachst, musst du das gleich verbrauchen. Aber ich nehme mir ja auch zwischendurch was mit und habe eine Milch im Kühlschrank stehen, die ist schon seit drei Tagen abgelaufen, aber die steht bei mir noch drei, vier Tage im Kühlschrank und ist noch gut. So, und das muss auch irgendwie in die Köpfe der Leute, weil dieses „EEW, HIER ist ja was abgelaufen, das ist SCHLECHT-." Eine Freundin von mir, die hat zum Beispiel einen kleinen Sohn und da habe ich ihr gesagt, streiche doch das Mindesthaltbarkeitsdatum einfach durch, da der auch so drauf ist. „NEE, das esse ich nicht."
●	Minitopia für Ernährungsbildung: Souveräner Umgang mit Lebensmitteln zur Reduktion der Lebensmittel-Verschwendung	Minitopia	3	Minitopia ist grundsätzlich erstmal ein Bildungsort. Deswegen machen wir viele Angebote zum Thema Ernährung. Dazu zählt alles Mögliche: Lebensmittel haltbar machen, Aktionen gegen Lebensmittelverschwendung, Unverpackt-Geschichten, aus der Naturkosmetik, aus Abfall, Reinigungsmittel machen. Da geht es eher darum, Lebensmittelabfälle zu minimieren, Lebensmittel-VERPACKUNGEN zu minimieren. Und auch, wir nennen uns Spielplatz urbaner Selbstversorgung, zum Beispiel eine Ernteschwemme haltbar machen für den Winter. Wo es halt nicht dieses ganze Sortiment zur Verfügung gibt.
●	Ziel Minitopia: VerbraucherInnen-Verhalten und Konsummuster durch Bildung ändern	Minitopia	3	Aber dann geht es auch um unseren Konsum. Was wir auch auf Verbraucherebene verbessern können.

●	Foodsaving als Intervention gegen Überangebot und -produktion des Handels	Foodsharing	3	Es ging ja prinzipiell darum, die Lebensmittelverschwendung einzudämmen und so:: hat in Berlin ein Foodsaver mit verschiedenen Bioläden kooperiert, die nicht wollten, dass er containern muss. Einfach weil sie nicht wollten, dass er in den Müll steigen muss und denen das aber auch leidtat, die Sachen wegzuschmeißen und so sind dann mehrere Kooperationen entstanden. * Und übers Hören-Sagen hat sich diese Idee verbreitet und ich würde behaupten, die Epizentren sind Berlin und auch Hamburg.
●	Umgang/Problembewusstsein der Betriebe mit Thema Lebensmittel-Verschwendung; Foodsaving als letzte Instanz	Foodsharing	3	Natürlich versucht man da erst mal vorsichtig reinzugehen und zu fragen: Hey, was macht ihr eigentlich mit euren übrigen Lebensmitteln? Und dann kommen ganz unterschiedliche Antworten. Manche haben dann scheinbar die Panik, dass wir vom Gesundheitsamt sind und dann sagen sie NE, es gibt keinen Müll und das geben wir GAR NICHT raus und so. Was natürlich nicht unsere Intention ist. Manche sagen, wir verteilen das an die Putzfrauen, wir verteilen das unter den Mitarbeitern, wir verschenken das an die letzten Kunden, die bei uns sind. Und das ist ja auch alles in Ordnung. Wenn es da eine Lösung gibt, ist das vollkommen ok. * Foodsharing ist sozusagen das allerletzte Glied in der Kette der Möglichkeiten.
●	Ablass-Schein versus verbesserte Effizienz der Betriebe	Foodsharing	3	Weil Foodsharing prinzipiell schon dafür da ist, um sich selbst abzuschaffen. Um drauf aufmerksam zu machen, dass es Lebensmittelverschwendung gibt und dass die Leute ihre Gewohnheiten anpassen. Also in manchen Betrieben sieht man auch, dass es weniger wird. Aber * manchmal habe ich auch das Gefühl, das ist jetzt sozusagen der Ablassschein.
●	Ziel Minitopia: eigene Beete für Kinder zum Erlernen der Lebensmittel-Herkunft	Minitopia	2	Ich habe jetzt gesagt, ab August habe ich dann wieder eine fünfte, sechste Klasse, und wir werden zwischendurch auch Sachen mit Essen und Kochen machen. Und ab nächstem Schuljahr, also ab Februar, geht das los. Die sollen hier auch ihre eigenen Beete haben.
●	Kita-Beete als Angebot	Minitopia	2	Kitas kriegen ihren eigenen Bereich da hinten, das war unsere DJ-Bühne vom Festival, * da kriegen die Kitas ihre eigenen Beete. Dann fangen die ganz Kleinen mit Gemüsegärtnern an.
●	Lebensmittel-Reste für Vieh oder Biogas-Anlagen	Foodsharing	2	Unter den Kunden * gibt es auch welche, die ein eigenes Retour-System haben, wo übrige Lebensmittel zum Beispiel für Viehfutter noch weiter verwertet werden * oder in Biogas-Anlagen geraten.

●	Bei Wilhelmsburger Betrieben scheint Bewusstsein da zu sein, dass Lebensmittel-Verschwendung untragbar ist	Foodsharing	2	Das waren auch super unterschiedliche Mengen. Weil ja klar ist, wenn die Kekse backen, ist das halt nicht so viel vom Volumen her. Aber ich hatte da auch schon den ganzen sechzig Liter Backpacker voll mit irgendwelchen Hefe-Zöpfen. Und man freut sich natürlich über so eine Kooperation, weil die Leute auch begreifen, dass es schlecht ist, Lebensmittel wegzuschmeißen.
●	Hohe Lebensmittel-Verschwendung im Handel (Beispiel 1)	Foodsharing	2	Das ist wirklich extremst, was an Brot jeden Tag, jede Woche weggeschmissen wird. * Da macht man sich überhaupt keine Vorstellungen, wenn man in den Supermarkt geht und sich das Regal anguckt oder zum Bäcker. Und der Markt ist meistens relativ umfangreich. Da sieht man auch mal, welche Mengen zusammenkommen, wenn man wirklich viele Stände anspricht.
●	Hohe Lebensmittel-Verschwendung im Handel (Beispiel 2)	Foodsharing	2	Wenn eines kaputt war, haben sie das nicht aussortiert und uns hingestellt, sondern die haben einfach die ganze Verpackung in den Müll geschmissen, weil das für die halt Müll (betont) war.
●	Folgen der niedrigen Kosten der Lebensmittelproduktion tragen die produzierenden Länder	Foodsharing	2	Viele haben bereits ein System. Es ist nicht allen Ladenbesitzern egal, was damit passiert. […] Aber was wichtig ist, und was gut war, ist, dass es überhaupt mal thematisiert wurde. Weil es einfach zu günstig ist * und deswegen tut es den Leuten nicht weh, Sachen wegzuschmeißen. Die Warenkosten sind dann halt * in den Erzeugerländern versteckt, wo die Böden ausgelaugt werden und die Brunnenspiegel erniedrigt werden und, und, und. Also das, was wir hier jetzt durch unsere Geiz-ist-geil-Mentalität an den Lebensmitteln sparen, das bezahlen andere Leute mit anderen Dingen. Nicht mit Geld, aber mit Gesundheit, mit Naturschutz.

●	Haftung des Einzelhandels als Grund für Wegwerfen von Lebensmitteln mit überschrittenem MHD	Foodsharing	2	Aber die Diskussion war ja auch schon ziemlich lange in den Medien vertreten, ob Containern legalisiert werden sollte oder nicht. Hamburg wollte ja Vorreiter sein, hat das aber nicht geschafft. Irgendwie ist das durch die Bürgerschaft nicht durchgekommen. * Genau, aber die Läden werden jetzt auch selbst aktiv und bauen teilweise Regale auf. Es gibt bestimmte Ketten, da ist neben dem Eingang ein kleines Regal, da liegt dann abgelaufene Ware drin. Da steht dann drüber, Essen auf eigene Gefahr. * Deshalb wird ja Ware, die das Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten hat, weggeschmissen, weil der Laden dann in Haftung tritt. Und bis zum Mindesthaltbarkeitsdatum ist es der Hersteller. Der Laden möchte dieses große Risiko nicht eingehen, also werden die Lebensmittel weggeschmissen, obwohl sie vielleicht noch ok sind. Wenn das abgepackte Lebensmittel sind, muss es halt jeder selber entscheiden.
●	MHD-Option in Skandinavien	Foodsharing	2	Gerade in Norwegen und im Allgemeinen sind die skandinavischen Länder wie immer Vorreiter. Wo dann draufsteht, mindestens haltbar bis, aber könnte auch danach noch gut sein.
●	Problematische Anspruchhaltung der VerbraucherInnen	Foodsharing	2	Der Kunde bezahlt. Ich möchte Qualität und Service bieten und andererseits ist da der Kunde, der auch etwas für sein Geld erwartet. Ich habe hier so und so viel Geld hingelegt und dann möchte ich auch, dass die Auslage bis zum Schluss voll ist.
●	Flexible Quantitäten bei Abholungen	Foodsharing	2	Man kann das von zwei Broten bei Foodsharing aufziehen, also dass man für geringe Quantitäten Abholungen organisiert. Und das auch selten. Bis hin zu, wir holen hier in so einem Großlager, auch in der Nähe von Wilhelmsburg, ab. Hier sind ja auch relativ viel Industrie und große Umschlagplätze. In manchen Lebensmittellagern werden Lebensmittel einfach schlecht, also die übersteigen das Mindesthaltbarkeitsdatum. Und da hatten wir jetzt im Juni diverse Abholungen und palettenweise Essen, Kühlware.
●	Fair-Teiler von Foodsharing als einfache Möglichkeit für Privatpersonen zu partizipieren	Foodsharing	2	Dann kann man an dieser Community immer noch teilhaben, indem man Lebensmittel, die man selbst nicht verwertet, in die Fair-Teiler gibt. Sei es jetzt, wie gesagt, vor dem Urlaub oder auch einfach bei Sachen, die man kauft und wo man sich denkt, einmal gegessen, irgendwie schmeckt es mir nicht.

●	Multiplikatoren gegen Lebensmittel-Verschwendung	Foodsharing	2	Für mich ist der persönliche Mehrwert auch, dass ich meine Mitmenschen darüber sensibilisiere, dass sie nicht zu viel kaufen sollten. * Und sich beim Einkauf Gedanken machen.
●	Eigene Initiative durch Handel	Foodsharing	2	Also ich kann beispielsweise auch von meiner Mama sagen, die arbeitet auch in der Lebensmittel-Branche, die schmeißen das nicht gleich weg, die Lebensmittel. Die stellen die auf die Rampe neben den Mülleimern und warten dann ein, zwei Stunden, und dann (betont) schmeißen sie weg, was noch übrig ist. Und die Leute wissen das auch. Also da gibt es Foodsaver, Bedürftige, Rentner mit einer geringen Rente, Studenten, die kommen vorbei und * holen sich Lebensmittel ab, weil sie wissen, dass da regelmäßig, jeden Tag, was hingestellt wird.
●	Lebensmittelsouveränität für besseren Umgang mit Nahrungsmitteln	Minitopia	1	Für Schulklassen, aber auch für Erwachsene. Wir machen viele Schnippelparties, * Aktionen. Apfeltage, wie erntet man eine Streuobstwiese ab und dann pressen wir hier Saft, setzen Apfelessig an. Wir machen dann Aktionstage.
●	S. o.	Minitopia	1	Und gerade bei den Workshops zum Essen, also haltbar machen und fermentieren oder so, da sind auch viele Ältere dabei.
●	S. o.	Minitopia	1	Das Thema Ernährung haben wir eigentlich hauptsächlich in den Projekttagen und Projektwochen.
●	Einzelne Betriebe ohne Problembewusstsein für Lebensmittel-Verschwendung	Foodsharing	1	Da wird jeden Tag von einem Hotel eine IKEA-Tasche voll mit Brötchen, Croissants und gekochten Eiern abgeholt, wo man sich fragt, sag mal, lernt ihr eigentlich gar nichts daraus?
●	Viel Einzelhandel in Wilhelmsburg > weniger Lebensmittel-Verschwendung	Foodsharing	1	Aber auch einfach, weil hier nicht so fancy:: Läden sind, die bis zum Schluss die Auslage voll haben müssen. Und wir haben hier auch nicht so viele Ketten im Bezirk.
●	Teilweise noch Aufklärungsbedarf der Wilhelmsburger Bevölkerung	Foodsharing	1	Aber für viele Menschen ist das ein total neues Wort, Lebensmittelverschwendung. * Und da werden dann erstmal Gedanken angerollt und andere haben dann schon viel mehr Wissen, viel speziellere Fragen. Wie macht ihr das mit dem Kühlen?

●	Handelsnormen verschärfen Lebensmittel-Verschwendung	Foodsharing	1	Dieses Krumme-Gurken-Gesetz meinst du, oder? * Ja, das war ja mal ein paar Jahre in Kraft und die Unternehmen haben sich ganz (betont) stark dafür eingesetzt, damit sie weniger Verpackung brauchen, auch irgendwie nachhaltig, aber immer noch fraglich. * Und wenn man jetzt in den Supermarkt guckt, findet man auch nur gerade Gurken. Also das hat sich so durchgesetzt und das bleibt halt so.
●	MHD-Problematik für Tafeln	Regionalausschuss	1	Die [Tafeln] dürfen, glaube ich, auch nichts verteilen, was schon abgelaufen ist. Das würde ja darunterfallen. Was ich doof finde, ich kaufe immer (betont) abgelaufene Sachen, weil ich genau weiß, dass die noch gut sind.
●	MHD-Kritik	Regionalausschuss	1	Nur weil es da draufsteht. Und ich rieche und sehe und schmecke, dass es in Ordnung ist, dann kann doch so ein Datum keine Aussage sein, dass es jetzt nicht mehr hält.
●	App gegen Lebensmittel-Verschwendung: Vorteil geringe Kosten	Too Good To Go	1	Die KundInnen haben in erster Linie die Möglichkeit nachhaltig zu konsumieren und selbst etwas gegen die Lebensmittelverschwendung zu tun. Außerdem bekommen sie leckeres Essen zu vergünstigtem Preis.

Code D: Evaluation

Subcode D.1: Qualitätsmanagement

Farbe	Kommentar	Befragte Person	Gewicht	Segment
●	Evaluation im Sinne der qualitativen Methode der Online-Umfrage unter AbnehmerInnen	Solawi	3	Die Qualität der Arbeit wurde noch nicht evaluiert. Es wurde im Herbst eine Zufriedenheitsumfrage, eine Online-Umfrage durchgeführt, da haben auch mehrere hundert Menschen teilgenommen, soweit ich das in Erinnerung habe, und relativ aussagekräftige Rückmeldungen gegeben. Da ging es allerdings ausschließlich um das Gemüse, die Mengen, die Sorten, die Regelmäßigkeit und so weiter und da ging es jetzt nicht um die Arbeitsprozesse. * Es ging auch nicht wirklich um die Mitbestimmungsprozesse, es ging, glaube ich, ein wenig um, wie möchte ich mich einbringen oder was wünsche ich mir noch.
●	Flexibel gestaltete Strategieplanung für fluide Plattformen; kein starres Konstrukt	Minitopia	3	Und da sind wir jetzt im dritten Jahr und Ende des Jahres machen wir die Strategieplanung, sag ich mal. Das geht aber natürlich jetzt schon los. Also es wird sich in allen Bereichen ein bisschen was verändern. Aber grundsätzlich ist erstmal das, was wir haben, zu stabilisieren. Das ist eigentlich das wichtigste. Food-Koop, Solawi, dass das läuft. Mit den Werkstätten. Wir haben noch so viele Ideen, die in der Schublade sind. Das schaffen wir alles gar nicht.

●	Evaluation; hauptsächlich quantitativ; bei Schulprojekten (langfristige TeilnehmerInnen) auch qualitativ	Minitopia	3	In einzelnen Projekten, nicht insgesamt. Das machen wir vielleicht am Ende des Jahres mal. Keine Ahnung, alles mal Revue passieren lassen. Das müssen wir sogar auch machen, für unsere Förderer. * Die große Frage ist immer noch die Wirkung, die nachhaltige Entwicklung. Wie willst du das messen? Das kannst du eigentlich nicht. Du kannst zwischendurch mal wieder eine Umfrage machen. „Benutzt ihr eure Bienenwachstücher oder kauft ihr wieder Frischhaltefolie?“ Ja, also im Rahmen der einzelnen Projekte, aber quantitativ, weniger qualitativ, weil es schwer ist-. Also mit unseren Schülern können wir es teilweise machen. Die sind ein halbes Jahr da und dann kannst du die beobachten, und kannst die auch befragen. „Wie hat sich das verändert und so. Hast du vielleicht ein paar neue Erkenntnisse?“ Mit Schülern in Projekten, die über einen längeren Zeitraum laufen, können wir das machen. Und ansonsten ist die Evaluation quantitativ.
●	Kooperationen brauchen Teamleiter/Repräsentanten der jeweiligen Partnerschaften, um Feedback und Beschwerden zu koordinieren; dieses sollte vor Kooperationsbeginn festgelegt werden	Foodsharing	3	Aber nichtsdestotrotz hat jeder Betrieb einen Betriebsverantwortlichen, auch wenn es Absprachen, Änderungen gibt. Um welche Uhrzeit wird gerettet? Wie ist der Ablauf der Rettung? Wie viele Leute kommen? Gab es Beschwerden über Foodsaver? Gab es Beschwerden von (betont) Foodsavern? Manchmal sind die Betriebe zum Beispiel nicht damit zufrieden, dass wir keine Handschuhe tragen. Dann wird das an den Betriebsverantwortlichen getragen, der kommuniziert das dann in der Gruppe und dann funktioniert es wieder. Oder * es gab auch immer wieder Abholungen, wo von den Mitarbeitern alles weggeschmissen worden ist. Also in einem Betrieb, wo es nicht kommuniziert wird, dass es Foodsharing gibt. Das ist dann auch Aufgabe des Betriebsverantwortlichen auf die Betriebsführung zuzugehen, * und das zu kommunizieren.

●	Automatisierung der Prozesse könnte Fehler minimieren	Minitopia	3	Also so wie letzte Woche, da kamen ein paar Sachen zusammen. Die Gärtner haben nicht richtig eingetragen, ich war in der Kommissionierung. Da wurde schon ein Teil falsch geliefert, das wurde dann aber falsch eingetragen. […] Wir müssen uns auf die Liste blind verlassen können, was die Gärtner schon vom Feld abgeholt haben. Wenn das nicht stimmt, dann stimmt natürlich die ganze Kommissionierung nicht. Da ist halt nichts automatisiert, sondern das hängt von allen auch individuell ab. Und dafür sind wir ziemlich gut, mit Sicherheit.
●	Struktur der Hierarchie im Einzelfall nicht beliebt; dennoch kein Hinderungsgrund zu partizipieren	Foodsharing	2	Also wenn ein Betrieb mehr als drei Filialen hat, wird die Betriebskette angesprochen, ob sie es ok finden, dass wir die einzelnen Filialen ansprechen und dann gibt es ein generelles Ja oder Nein. Ja, und dann gibt es auch noch Betriebe, die nur ein, zwei Filialen haben. Da können wir [BotschafterInnen] auch losgehen und anfragen. Ohne jetzt Rücksprache * mit irgendwelchen Leuten bei Foodsharing zu halten. Wie du merkst, ist das schon relativ stark strukturiert. * Und es ist auch recht hierarchisch, was mir persönlich auch ein bisschen gegen den Strich geht, weil ich finde, dass man das auch mit weniger Regeln * gut realisieren könnte.
●	Quartiersmanagement: Basis für Interventionen im Quartier	Regionalausschuss	1	Ja, das [Quartiersmanagement] gibt es.

Subcode D.2: Best-Practice-Kriterien

Farbe	Kommentar	Befragte Person	Gewicht	Segment
●	Partizipation und aktive Mitarbeit der Mitglieder stellt bleibende Verbindung zu der Organisation her	Minitopia	3	Es ging halt am Anfang tatsächlich um Infrastruktur und um das Ziel, überhaupt eine gemeinsame Infrastruktur schaffen. Denn ganz viel, was du hier siehst, ist von Kids gebaut und gestaltet. Und das war uns auch wichtig, dass die hier Teil der Gestaltung sind. Dass die sich auch hier zeigen * und verewigen. Und das merkt man dann auch, wenn die kommen und dann zeigen, guck mal, das habe ich gemacht und das haben wir gemacht.

●	Verteilung der Einnahmen durch Förderung, Spenden, Miete etc. über verschiedene Standbeine > Risikominimierung und mehr Flexibilität im Agieren und Planen	Minitopia	3	Aber noch einmal zurück auf die Fördergeschichte. Die Stadt braucht das und die Stiftungen meistens auch. Aber die Stiftungen sind flexibler und es gibt mehr Möglichkeiten. Und du kannst deine Finanzierung auch auf verschiedenen Standbeinen aufbauen. [...] Wenn du einen Anteil Mitglieder hast, die dir deine Mitgliedsbeiträge bringen. Wenn du dauerhafte Spender hast. [...] Ich schreibe nie nur eine Stiftung wegen irgendwas an. Wenn die erste zusagt, ziehe ich die anderen Anträge zurück. Aber sich nur auf eine Sache zu verlassen-. Also ich habe so viel mit Trägern zusammengearbeitet, die institutionell gefördert werden, also von der Stadt finanziert werden, die sind echt träge, was das angeht. Die sind das so gewohnt. Und da mal was wegfällt, stehen die völlig (betont) auf dem Schlauch. [...] Und was die Schulen angeht, wären wir gerne institutionell gefördert. Aber die einzelnen Projekte würde ich nach wie vor über Stiftungen machen.
●	Bei staatlichen AkteurInnen Initiative zeigen und Verbesserungsmöglichkeiten präsentieren (gegenseitige Unterstützung auf Augenhöhe)	Minitopia	3	Aber trotzdem bin ich immer dafür, dass da eine Zusammenarbeit ist. Ich habe das auch bei fast jedem Treffen, wo es darum geht, dass die Forderungen an den Staat stellen. Vielleicht können wir auch mal Vorschläge machen, statt immer nur Forderungen zu stellen. Mach doch mal ein Angebot statt einer Forderung. Das ist ja schon mal eine ganz andere Haltung. Und wir haben vielleicht Angebote. Wir haben viel-leicht ganz gute Ideen für euch. Und dann aber auch eine Brücke bauen. Bei mir fällt auch die Klappe, wenn da irgendwie jemand mit einer Forderung kommt. Nicht dass man bei bestimmten Sachen nicht auch Druck machen sollte, die sie sich eigentlich schon auf die Fahnen geschrieben HABEN. Auf jeden Fall.
●	Mitglieder einer Kooperation sind Multiplikatoren in ihrer Nachbarschaft/im Freundeskreis > MultiplikatorInnen unter den Bedürftigen gewinnen	Foodsharing	3	Und:: ich glaube, dadurch, dass ich das jetzt auch mache und mich so stark damit beschäftige und das auch sehr stark in meinem Freundes- und Bekanntenkreis trage, konnte ich meine Mitmenschen auch schon zumindest für das Thema sensibilisieren. Und die sehen ja auch, wie voll mein Kühlschrank ist.
●	MHD anpassen, um Lebensmittel-Verschwendung zu reduzieren; Tafeln erlauben, diese Lebensmittel zu verteilen	Foodsharing	3	Gerade in Norwegen und so im Allgemeinen sind die skandinavischen Länder wie immer Vorreiter. Wo dann draufsteht, mindestens haltbar bis, aber könnte auch danach noch gut sein.

●	Digitale Kanäle essentiell für schnellen Austausch, flexible Kommunikation zwischen Organisationsmitgliedern und einzelnen Kooperationen	Foodsharing	3	Dass so eine gute Vernetzung einfach realisiert werden kann. Dass man nicht erst rumlaufen muss. Hast du noch einen leeren Kühlschrank? Hast du noch Interesse daran? Also gerade in Wilhelmsburg ist das mit den gekühlten Sachen schwierig. Da kann man entweder einen Essenskorb machen. Da gibt es auch eine riesige Whatsapp-Gruppe, wo auch Nicht-Foodsaver dabei sind. Und wir haben uns einfach auch dafür entschieden, weil es auch auf dem Handy erscheint. Es gibt auch eine App von Foodsharing, aber die ist ganz, ganz grauenhaft.
●	Digitale Plattform zum Austausch, für Vernetzungsarbeit und Best-Practice-Entwicklung	Foodsharing	2	Und da gibt es dann auch immer wieder Fragen von anderen Botschaftern. Also immer, wenn man Rat braucht. Man kann sich untereinander oder in der eigenen Stadt nicht wirklich beraten oder man kommt nicht weiter, dann kann man in dieses Forum schreiben und kann das quasi deutschlandweit klären.
●	Smartphone ist immer dabei; auch Bedürftige besitzen eines; Whatsapp ist allgemein genutzter Kommunikationskanal; niedrige Hürde	Foodsharing	2	Deswegen haben wir uns auch dafür entschieden, neben der Plattform auch Whatsapp zu nutzen. Oder Telegram, was auch umstritten ist, weil man natürlich auch Foodsaver exkludiert, die kein (betont) Whatsapp oder Telegram haben. Andererseits sehe ich da auch den größeren Gewinn, weil ich auch Leute kenne, die keinen Bock haben, sich irgendwo anzumelden, aber halt Whatsapp haben und in so einer Gruppe mitlesen. Das ist dann nicht so anstrengend. Und ich kenne alle meine Nachbarn und hier in der Nähe wohnen auch viele Freunde und dann kriegt man das auch meistens ganz gut verteilt.
●	Medien in vor Ort weit verbreiteten Sprachen	Foodsharing	2	Bei uns gab es jetzt auch die Idee, dass wir das jetzt vielleicht noch einmal in Türkisch übersetzen, weil hier einfach so eine große türkische Gemeinde am Start ist. Einfach, um nochmal klar zu machen, dass es keine Alternative zum Einkaufen ist. *

●	Ansatz lokaler Kooperationen zur Reduzierung gesundheitlicher Ungleichheit und Ernährungsarmut ist für Wilhelmsburger Behörden Neuland	Regionalausschuss	2	Also der Stadtteilbeirat kann ja Gelder vergeben und der Regionalausschuss kann auch Gelder vergeben. Aber da sind solche Anträge noch nicht aufgetaucht. Also ich kenne das jetzt ja nur vom Regionalausschuss, da werden dann andere Sozialgeschichten mit Kindern aus nicht so betuchten Familien geplant, irgendwelche Feriengeschichten oder häufig sowas für Jugendliche. Dafür gibt es Geld. Oder wenn irgendwas Neues gebaut werden muss oder für die Feuerwehr oder was weiß ich, dann werden Gelder beantragt. Aber dass es für sowas Anträge gibt, habe ich noch nicht gehört. Muss man mal ausprobieren.
●	Demokratische Werkzeuge wie Sitzungen der Bürgerinitiativen nutzen > Innovatives Vorhaben, Antragsstellung sollte ausprobiert werden	Regionalausschuss	2	Also es würde sich vielleicht lohnen, da mal einen Antrag zu stellen. Wenn das sinnvoll erscheint. Also man kann dann da auch hingehen. Beim Regionalausschuss ist immer zu Beginn eine offene Fragestunde. Da können auch Bürgerinnen und Bürger, ist ja immer öffentlich, kommen. Am Anfang haben die dann ein Sprach- oder Fragerecht. Oder wir können auch mal als verschiedene Fraktionen Leute einladen. * Das Schwierige ist ja immer, welche Ebene ist für was zuständig? Ist das jetzt der Bezirk oder die Stadt oder der Regionalausschuss?
●	Weitere AnsprechpartnerInnen: Diakonie der Kirche, Vericom	Regionalausschuss	2	Aber mit Vericom kann ich mir das vorstellen oder es gibt ja auch die <°>. Ich weiß nicht, ob du schon auf die gestoßen bist. Eigentlich arbeitet die bei der Stadtteildiakonie, Elbinsel, die sitzen ja hinter dem Tor zur Welt. [...] Und Kirche, Diakonie, Vericom, wie gesagt, das wären vielleicht so welche, die man auch mit ins Boot bekäme, wenn man mal so ein Projekt anzetteln will. [...] Denn die Diakonie will ja auch auf alle Fälle, dass die Leute versorgt sind und so. Dass man da mal ein Projekt initiiert und guckt, ob man das durchgeführt kriegt.
●	Aktive Selbsthilfe statt Abhängigkeiten	Regionalausschuss	2	Und der Garten funktioniert ja auch. Also den gibt es ja immer noch. Und das gehört im weitesten Sinne ja dazu, wenn ich ein Stück Land habe, da ist ja für meine Ernährung auch schon anders gesorgt als wenn ich kein Beet habe.
●	Bürokratie oft zu langsam	Minitopia	1	So wie den Lehmofen, ich wollte daraus einen Workshop machen. Und dann standen aber sechs Leute hier, wir hatten schon Lehm da. Und ein Wochenende und zack, am Ende des Wochenendes stand der Lehmofen. Da brauche ich gar nicht anfangen zu planen oder Gelder zu beantragen oder Werbung zu machen oder so was. Sondern das läuft dann so, zack.

●	Gesetzesänderung im Lebensmittel-Handel für Klima- und Tierschutz essentiell; alleinige Verantwortung der VerbraucherInnen wird nicht ausreichen	Regionalausschuss	1	Wenn der Staat reglementierend eingreift und sagt, wir schaffen die Massentierhaltung ab und dann kostet das Fleisch natürlich entsprechend. Ich würde natürlich auch staatlicherseits was an den Preisen machen. Das ist genau wie jetzt bei der Frage des Fliegens, ob das teurer wird oder nicht. Ich gehöre nicht zu denen, Freiheit geht über alles, wenn ich aufgrund meiner falsch verstandenen Freiheit solche Schäden damit anrichte.
●	Eins-Zu-Eins-Betreuung von vulnerablen Zielgruppen; Geh-Struktur statt Komm-Struktur	Regionalausschuss	1	Es gibt so Eins-zu-Eins-Patenschaften. Wir hatten auch mal ein Projekt zu dem Thema, wie kriegen Jugendliche, die schwer vermittelbar sind, eine Ausbildungsstelle und wie halten die das durch? Und da haben wir uns verschiedene Projekte zu in Deutschland angeguckt, haben dann so eine kleine Tagung in Hamburg gemacht und es gab ein Projekt, [...] da haben die wirklich so ein Mentoren-Programm aufgezogen. Also die haben wirklich Jugendliche identifiziert und zu denen passende Erwachsene gefunden, die sich bereit erklärt haben und die sind die ganzen Jahre betreuungsmäßig am Ball geblieben, die die Ausbildung gemacht haben. Die sind mit denen auf Lehrstellensuche gegangen, die haben mit denen die Bewerbung gemacht, die haben die zu allem möglichen begleitet. Die haben die regelmäßig gesehen. * Und wenn sie in Krisen waren, haben sie sie wiederaufgebaut. Also das war anders. Also das, was die Eltern nicht geleistet haben, haben die Mentoren gemacht und das erste Mal waren die jemandem wichtig. Den Eltern waren die nie wichtig. Und durch die Wichtigkeit der Erwachsenen haben die alle ihren Weg gemacht. Da hat keiner abgebrochen. Also in dem Moment, wo jemand hinter dir steht, klappt das. Also es ist ein sehr zeitaufwendiges, personalaufwendiges Vorgehen, aber es funktioniert. Wenn man das durchsetzen könnte, das würde gehen.
●	Gemeinschaft als Ort für Bildung - nicht Individuen	Regionalausschuss	1	Und aus Afrika kommt ja auch der Spruch: Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind aufzuziehen. Da ist es auch so.

Code E: Bedürftige

Subcode E.1: Essverhalten von Bedürftigen

Farbe	Kommentar	Befragte Person	Gewicht	Segment
●	Vermutung: Weiterverkauf von Tafel-Lebensmittel durch Bedürftige, um finanzielle Situation zu verbessern?	Interview 1_Solawi	3	Ja, aber das Problem, was jetzt sozusagen die Tafel hat, viele Menschen mit sehr geringer Zahlungsbereitschaft oder auch sehr geringer Möglichkeit zu bezahlen, die essen wollen zum Beispiel, das hat die Solawi in der Regel gar nicht. Deswegen kommt das Thema Kontrolle auch gar nicht so sehr auf die Tagesordnung. Ist ja klar, wenn ich kein Geld habe, dann ist es naheliegend, dass ich mir ganz viele Nahrungsmittel nehme, um die weiterzuverkaufen, zum Beispiel. Dann habe ich wenigstens ein bisschen Geld. * Und gerade, wenn dann kein richtiger persönlicher Bezug zu den Menschen da ist, die diese Lebensmittel verteilen oder man weiß, dass die da vielleicht Geld für kriegen, sind vielleicht gut bezahlt, die sind irgendwie vom Staat oder die sind irgendwie privilegiert, dann ist das ja auch gar kein Grund, es nicht zu machen. Also das nicht auszunutzen, irgendwelche Verteilungssysteme oder so.
●	Bevorzugung von Convenience-Food durch Tafel-KlientInnen	Foodsharing	3	Also viele *2 sec* Kunden, Klienten, ich weiß nicht, wie das bei der Tafel genannt wird-. Auf jeden Fall, die Leute, die zu der Tafel gehen, haben nicht immer die Möglichkeit, was zuzubereiten und nehmen dann auch sehr gerne Convenience-Food oder schon fertig zubereitete Sachen mit.
●	Bevorzugung von Backwaren und verarbeiteten Produkten	Foodsharing	3	Genau, ein Teil ging auch an die Tafel, das was die Tafel halt haben wollte. Wieder gut verarbeitete Lebensmittel. Brot nehmen sie immer mit Kusshand, aber sowas wie Lebensmittel, die man noch stark verarbeiten muss, sowas wie Gemüse, Obst, ja oder auch Alkohol nehmen sie GAR NICHT an. Genau, und Obst und Gemüse halt nur bedingt. Also solche Kooperationen gibt es auch.

●	Fair-Teiler als zusätzliche Lebensmittel-Quelle für Bedürftige	Foodsharing	3	Aber Bedürftigen kann ich (betont) nur bedingt helfen. Also die Schränke, also die Fair-Teiler sind ja für jedermann offen. Und immer, wenn ich zum Beispiel Bedürftige darauf hinweise, dass es Fair-Teiler gibt, dann wissen die das meistens schon. Also die wissen schon, wo die sind. * Teilweise wird ja von Foodsharing auch was an die Bahnhofsmission gegeben. Und ich kenne auch sehr viele Leute, die mit Jugendzentren zusammenarbeiten. Also das Essen geht, gerade wenn es in großen Mengen gerettet wird, sehr oft an soziale Einrichtungen.
●	Eigene Initiativen durch den Handel	Foodsharing	3	Also ich kann beispielsweise auch von meiner Mama sagen, die arbeitet auch in der Lebensmittel-Branche, da schmeißen die die Lebensmittel nicht gleich weg. Die stellen die auf die Rampe neben den Mülleimern und warten dann ein, zwei Stunden, und dann (betont) schmeißen sie weg, was noch übrig ist. Und die Leute wissen das auch. Also da gibt es dann Foodsaver, Bedürftige, Rentner mit einer geringen Rente, Studenten, die kommen vorbei und holen sich Lebensmittel ab, weil sie wissen, dass da regelmäßig, jeden Tag, was hingestellt wird.
●	Angebote werden in Einzelfällen nicht genutzt. Was tun?	Regionalausschuss	2	Also ihre Eltern kommen aus der Türkei und sie kriegt immer zwei Euro mit und sie kommt aber auch nicht (betont) zum Frühstück. Zuhause kriegt sie kein Frühstück und die wird so spät zur Schule geschickt, dass sie auch das Schulfrühstück nicht mitmachen kann. Das heißt, die ganzen Angebote nützen überhaupt nichts, wenn du das dann nicht, zumindest wenn es Kinder betrifft, von elterlicher Seite aus auch möchtest (betont), dass dein Kind gefrühstückt zur Schule geht. Wenn es dir egal ist, dann kannst du noch so viel anbieten.
●	Einzelfallbericht: Unregelmäßige Essenszeiten bei Bedürftigen?	Regionalausschuss	1	Also wir haben um elf immer, manchmal auch um zehn Leseförderung gehabt. Dann habe ich immer Obst mit hingenommen, saisonales, was gerade dran war. Jetzt zum Beispiel Erdbeeren oder im Winter Mandarinen. Das war dann immer das erste, was sie dann-. Oder auch mal Kekse oder so. Was sie dann gegessen hat.

●	Essverhalten muss in Kita/Schule geprägt/modifiziert werden; alleinige Aufklärung der Erwachsenen scheint keine Änderungen herbeizuführen; Stichwort individuelle Freiheit zumindest beim Essen (generelles Problem der modernen Konsum-Gesellschaft)	Regionalausschuss	1	Und die schreiben hier eben auch, dass die Freiheit immer noch das höchste ist. Das ist es eben für die Leute auch. Denn es gibt ja noch keine Gesetze, wie das öfter mal anklingt, dass man sagt, dass die Leute, die sich so:: schlecht ernähren, dass die aus der Krankenkasse rausfliegen oder andere Krankenkassenbeiträge bezahlen müssen oder so. Das ist manchmal in der Diskussion, das ist aber nicht in der Umsetzung. Die Aufklärung gibt es, die gibt es ja häufig an Schulen, an der Volkshochschule oder die kriegst du auch bei Ärzten und überall. Das macht ja auch die Krankenkasse, diese Anreize, dass du, wenn du bestimmte Vorsorgeuntersuchungen machst, dann ja auch Geld von der Krankenkasse zurückbekommst. Ich finde schon (betont), dass sich da von verschiedenen Seiten viel bemüht wird, aber wenn ich bei Edeka einkaufen gehe-. [...] Da denke ich mir, whoa, was ist das? Lauter Fertigzeugs und Pappe und Plastik. Irgendwas verbirgt sich darin, was ich gar nicht kenne. * Das mit der Ernährung hat sich eben sehr verändert.
●	Frühe Fehlprägung im Elternhaus?	Regionalausschuss	1	Ja, man wird ja so früh geprägt. Wenn du als Kind natürlich in so einem Haushalt aufwächst. Ich sehe das manchmal, wenn ich von der S-Bahn aussteige. Im Bus war neulich eine Mutter mit einem wirklich ganz (betont) kleinen Kind. Ich glaube, das war kein Jahr alt. Das konnte aber schon im Kinderwagen sitzen und hatte so eine fettige Pizza in der Hand, die sie da irgendwie da gekauft haben.
●	Frühe Fehlprägung in öffentlichen Einrichtungen: Es gibt Qualitätsstandards für Ernährung in Kitas. In der Praxis scheint dieses in Einzelfällen keine Anwendung zu finden	Regionalausschuss	1	Und die Kinder sind so:: durch dieses Essen in der Kita an dieses Kartoffelpüree aus Pulver gewöhnt, dass die mit richtigem Kartoffelmus gar nichts mehr anfangen können. Die denken einfach, Kartoffelmus muss so schmecken, wie sie es kennen, als Pulver in Wasser gerührt. Alles andere ist für sie * komisch. Und das ist es ja für uns umgekehrt auch.

●	Angebote wie Solawi brauchen eine andere Werbung für Bedürftige, um diesen deren Vorteile vor Augen zu führen	Regionalausschuss	1	Die [Solawi hat] ganz doll (betont) in Kirchdorf geworben, aber, wie gesagt, wer nicht kocht und überwiegend Fleisch-lastig oder keine Ahnung, Pasta und so alles essen kann, wenn man kein Gemüse isst, für die ist das echt nicht attraktiv. Und dann kommen dir diese fünfhundert-irgendwas Euro im Jahr erstmal viel vor, und dann kommen da so komische Sachen, mit denen du womöglich nichts anfangen kannst. Lauter so komische Salatsorten, die du gar nicht kennst.

Subcode E.2: Interventionen für Bedürftige

Farbe	Kommentar	Befragte Person	Gewicht	Segment
●	Bedarfsanalyse als essentielles Element einer Interventionsstrategie	Solawi	3	Ja und eine kommunal ausgerichtete Kooperation finde ich, glaube ich, interessant für eine Solawi, weil ich auch denke, dass Solawi allgemein mit kommunaler Arbeit eigentlich ganz gut zusammenpasst, weil die Kommune die Daseinsfürsorge und zum Beispiel auch die gesunde Ernährung aller zum Ziel hat. Und die Solawi natürlich irgendwie dasselbe Ziel verfolgt unter anderem, aber das Ziel eben typischerweise überhaupt nicht erreicht, weil die Menschen, die wirklich Bedarf [haben], irgendwie gar nicht Mitglied sind und noch nicht mal von der Sache wissen und noch nicht mal Leute kennen, die Mitglied sind und ich glaube, dass früher oder später Solawi auch Menschen, Menschen die Solawi machen, später auch staatliche Gelder annehmen oder ob sie sich in irgendeiner Form kommunal, ob sie sich in irgendeiner Form einbinden wollen. [...] Und gäbe es zum Beispiel eine kommunal bezahlte Verteilstation in so einer Straße, wäre schon mal die erste Hürde genommen. Wenn es sozusagen die kommunal oder ganz finanzierte Information und Kommunikation gäbe, dass man dann schaut, was hält die Menschen davon ab, auf diese Art und Weise irgendwie Lebensmittel zu konsumieren. Oder was brauchen die? Und wie muss die Erzeugung sein, damit es für möglichst viele Menschen interessant wird. Da könnten, glaube ich, fruchtbare Effekte entstehen.

●	Interventionen bestehen; scheinbar treffen Angebote nicht Bedarf der Zielgruppe?	Regionalausschuss	3	Und die schreiben hier eben auch, dass die Freiheit eben immer noch das höchste ist. Das ist es für die Leute auch. Denn es gibt ja noch keine Gesetze, wie das öfter mal anklingt, dass man sagt, dass die Leute, die sich so:: schlecht ernähren, dass die aus der Krankenkasse rausfliegen oder die müssen andere Krankenkassenbeiträge bezahlen oder so. Das ist ja nur manchmal in der Diskussion, das ist aber nicht in der Umsetzung. Die Aufklärung gibt es, die gibt es ja häufig an Schulen, an der Volkshochschule oder die kriegst du auch bei Ärzten und überall. Das macht ja auch die Krankenkasse, diese Anreize. Dass du, wenn du bestimmte Vorsorgeuntersuchungen machst, dann ja auch Geld von der Krankenkasse zurückbekommst. Ich finde schon (betont), dass sich da von verschiedenen Seiten viel bemüht wird.
●	Gemeinsame Interventionen von Eltern und Kindern scheinen wirksam zu sein; das Essverhalten von Kindern kann noch leichter modifiziert werden	Regionalausschuss	3	Ich habe immer politische Erwachsenenbildung gemacht und auch Bildungsurlaube, wo Eltern ihre Kinder mitbringen konnten. Dann habe ich einmal ein ganzes Seminar konzipiert, eine ganze Woche lang. Das hieß „Vom Nahrungsmittel zum Lebensmittel“. Um mal so den Unterschied zu zeigen, was bei uns ein Nahrungsmittel ist und was ich als Lebensmittel definieren würde. Wie groß ist da der Unterschied? Und das haben wir parallel mit Kindern gemacht. Also die Erwachsenen hatten ihre Lerneinheiten und die Kinder sind betreut worden, aber auch fachlich (betont). Die haben Pizza selbst gemacht und Pizza fertig gekauft und die haben Apfelsaft selber gemacht und Apfelsaft fertig gekauft. Pommes selber gemacht und fertig gekauft. Und die haben zum Beispiel auch in dem Laden geguckt und dann auf so einer großen Weltkarte mit Nadeln Fäden gemacht, wo kommen die Sachen im Laden eigentlich her? Wo du die Kinder noch richtig mit schocken kannst. Wenn die dann lesen können, oder es wird ihnen vorgelesen. Und dann heißt es, die Zwiebeln kommen aus Neuseeland oder Australien oder so was, dann verstehen (betont) die Kinder das gar nicht. Dann sagen die, warum (betont) kommen die von da, wo es die doch auch bei uns gibt. Und die (betont) kriegst du in dem Alter noch.
●	Subsistenzwirtschaft als Hilfe zur Selbsthilfe	Regionalausschuss	3	Ich weiß nicht, ob das noch (betont) stattfindet, aber es ist eine Zeit lang ganz viel gewesen, diese Subsistenzwirtschaft, die einige machen.

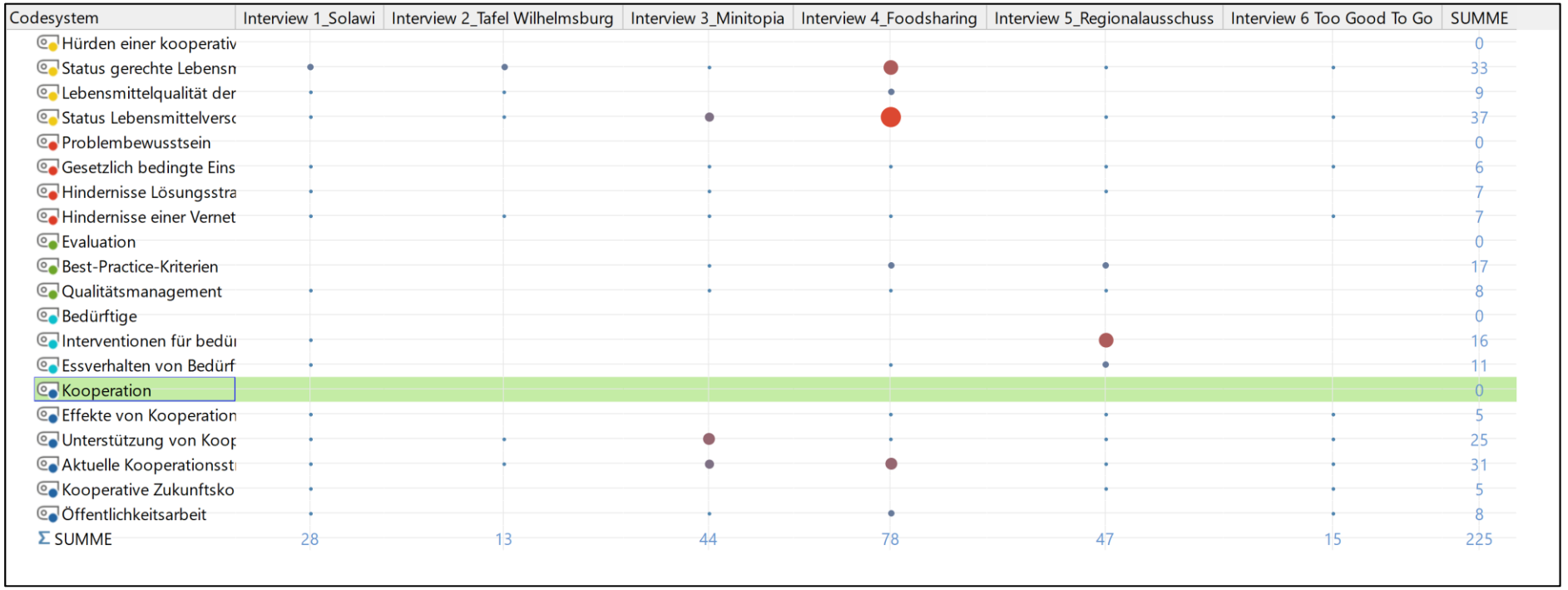
●	Einzelfallbericht: Fehlende Verantwortung der Eltern untergräbt Interventionen	Regionalausschuss	2	Wenn du schon umsonst Frühstück anbietest, muss irgendjemand auch dafür sorgen, dass das Kind dann auch zum Frühstück kommt. Und nicht sagt, nö, das ist ja nur Frühstück. Da reicht es ja, wenn ich zum Unterricht da bin. Dann kaufe ich mir halt in der Pause irgendeine Süßigkeit. Und dann war es das.
●	Bedarfsanalyse als Intervention; Partizipation der Bedürftigen ist essentiell	Regionalausschuss	2	Also diese Subsistenzwirtschaft, das finde ich auch noch stark. Und das ist ja auch die Idee dieser interkulturellen Gärten gewesen. So ist das ja auch damals entstanden. Der erste interkulturelle Garten, der ist ja nach dem Jugoslawienkrieg in Göttingen gewesen. Dass man die Frauen, die dann in Göttingen waren, gefragt hat, was fehlt euch eigentlich am meisten? Oder was bräuchtet ihr am ehesten? Da haben die gesagt, also wahrsten Sinne des Wortes, Boden (betont) unter den Füßen. Und die wollten wieder ihr (betont) Gemüse anbauen. Das haben die zuhause auch gemacht. Die wollten nicht für alles Geld ausgeben, sondern die wollten selber (betont) was anbauen, die wollten Saat austauschen, die wollten Gemüse austauschen und die wollten auch was produzieren, was sie verschenken können, weil sie sonst gar nichts haben und so sind ja die Ideen mit den interkulturellen Gärten entstanden.
●	Interkultureller Garten als eine Intervention im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe	Regionalausschuss	2	Wir sind nämlich mit einigen aus Wilhelmsburg nach Göttingen gefahren, um uns das Modell mal anzugucken. Und das wurde von der Stadt ja auch gefördert. Das hat sich dann ja auch gleich die Umweltbehörde unter ihre Fittiche genommen und die haben das dann mit gefördert und ein Grundstück mit gesucht, weil das erstens zur Integration dienen sollte und zweitens, damit sich die Leute da besser fühlen.

●	Die Bedarfsanalyse als Intervention; Partizipation der Bedürftigen ist essentiell	Regionalausschuss	2	Vorausgesetzt eben die Bedarfsfrage. Es nützt ja nichts, wenn wir (betont) irgend so einen Bedarf ermitteln, aber die Seite, von der wir mutmaßen, dass sie einen Bedarf hätte, spürt den Bedarf gar nicht oder sagt, nein, ich bin doch gar nicht bedürftig. Ich kann mir mit meinem Geld bei Lidl oder Aldi oder bei frag mich was die Sachen kaufen und ich brauche das nicht. Und dann kaufen die und man hat sich dann darauf eingestellt, dass das alles billig ist. Man kann sich ja hier bei uns für ein paar Euro was weiß ich kaufen, diese ganzen No-Name-Produkte. Und dann sagen die, Gemüse will ich schon mal gar (betont) nicht haben. Das stelle ich mir eher als die Schwierigkeit vor. Das muss ja von beiden Seiten kommen. Also es muss ja eine Bedarfsanalyse oder so was da sein, ein empfundener Bedarf von Leuten, dass die sagen, wir würden gerne (betont) hochwertigere Lebensmittel zu uns nehmen, wenn wir das Geld hätten oder wir würden uns gerne gesünder ernähren, aber wir können uns das nicht leisten. Dann (betont) kann man sagen, da kann man die unterstützen.
●	Werbung / Packaging erschwert ein vernunftgeleitetes Einkaufsverhalten	Regionalausschuss	2	Und weil die Werbung ja auch alles dafür tut. Du hast ja immer eine glückliche Kuh, die alleine auf der Weide steht und einen strahlenden Bauer daneben und was ja alles Quatsch ist. Ich meine, da wird ja so viel gefakt, dass die Leute glauben (betont), es wäre ok, das zu essen. Wie bei den Zigaretten. Man müsste eigentlich auf den Schweinefleisch- und Rinderpackungen diese ganzen im eigenen Kot liegenden, verletzten Tiere draufmachen, wie bei den Zigarettenpackungen.
●	Bildungsangebote wie Ernährung und Kochen bereits in Kita/Schule	Regionalausschuss	1	Also es ist in erster Linie eine Bildungsfrage, das glaube ich schon. Aber dadurch, dass bei uns jeder den Lebensstil leben kann, den er oder sie leben will, dass der Staat dann nicht eingreift und die Industrie dann alles produziert und bewirbt-. Ich glaube auch, dass viele Leute, die sich so ernähren, [...] dass die glauben, dass sie sich gut ernähren würden. Dass die sagen, wieso, ich kaufe doch meine Sachen einmal die Woche frisch. Oder ich kenne auch Leute, die sagen: Ich koche (betont) und meinen aber in Wirklichkeit aufwärmen. Wo ich dann sage, kochen ist eigentlich was anderes, das hier nennt man warmmachen. Aber wir (betont) haben früher auch noch Kochen an der Schule gehabt. Aber das findet ja auch inzwischen teilweise wieder statt, oder? Zum Glück. Dass Kinder das mitlernen.

●	Bildungsangebote bei Erwachsenen mit Schwierigkeiten verbunden; Resignation der AnbieterInnen	Regionalausschuss	1	Also ich habe früher bei der Heinrich-Böll-Stiftung gearbeitet, habe politische Erwachsenenbildung gemacht. Und wir wollten richtige Angebotsarbeit machen. Wir haben gesagt, könnt ihr hier bei eurem Klientel rauskriegen, was (betont) sie sich an politischer Bildung wünschen, damit du das wirklich maßgeschneidert machen kannst und dann hat das alles gedauert und sich hingezogen. Und dann dachte ich, Mensch, wenn man sowas schon umsonst (betont) kriegt. Wenn dich jemand fragt, was brauchst du? Ich biete dir alles (betont). Du bekommst das umsonst. […] Und dann kam da irgendwann im weitesten Sinne das Thema Frauenrecht bei raus. Also ein bisschen Familienrecht, Frauenrecht. * 2 sec * Und da haben wir gesagt, dann laden wir dazu eine Frauenrechtlerin ein, eine Rechtsanwältin. Und dann ist dreimal der Termin verschoben worden. Wir mussten ja auch immer mindestens zehn Teilnehmer sein, weil wir mit öffentlichen Mitteln abgerechnet haben. Und wir haben das, nachdem wir es dreimal verschoben haben, letzten Endes mit fünfen gemacht und haben den Versuch dann wieder aufgegeben, mit denen zu kooperieren. Also bildungsfernere Gruppierungen dazu zu kriegen, sich mit etwas anderem zu beschäftigen als dem, was sie sowieso schon mit Familie, Kindern, Geld zusammenkriegen, dass man auch die Miete bezahlen kann. Das ist ganz, ganz schwer. Also ich kenne bis jetzt überhaupt niemanden, der das bis jetzt geschafft hat.
●	Lethargie von Geflüchteten (durch Traumata?) erschwert Ansprache	Regionalausschuss	1	Wir haben auch mit der Flüchtlingsunterkunft in der Dratelnstraße zu den SDGs gearbeitet, weil wir dachten, dass das ja was Globales ist. Also natürlich haben geflohene Menschen ein anderes Thema als [die] siebzehn Ziele vom Weltzukunftsvertrag. Aber es ging ja auch darum: Was wären eure (betont) Prioritäten bei den Zielen? Ist das Geschlechtergerechtigkeit? Oder ist das die Abschaffung von Hunger oder Armut? Oder das Klima? Oder Meeresschutz oder was sich da alles sich hinter verbirgt. Und die haben ja wirklich nichts (betont) zu tun gehabt, als von morgens bis abends dazusitzen und rumzudösen. Und trotzdem, und obwohl sich dann so und so viele angemeldet hatten und es sogar noch Getränke und Kekse und was weiß ich nicht alles noch umsonst gab. Da sind dann nachher auch viel, viel weniger gekommen.

●	Subjektive Erfahrung: Interventionen für Kinder gelingen nur bei Unterstützung durch das Elternhaus oder andere Vorbilder	Regionalausschuss	1	Und bei vielen Familien, die es hier in Wilhelmsburg gibt und auch in den Schulen kriege ich das ein bisschen durch diese Förderung mit, wie wenig die Eltern an dem Vorankommen der Kinder interessiert sind, an der Erfolgen der Kinder. […] Wir sind an die Nordsee und haben zu Sturmflut und Klima gearbeitet. Und die selber haben ein Jahr lang ein Theaterstück einstudiert, zwei Klassen, und haben das dann aufgeführt. Und sie haben zu dieser Aufführung alle ihre Eltern eingeladen. * Abends um sechs. Und ich war unter anderem auch eingeladen. Und außer mir (betont) waren da noch drei andere Erwachsene. Und die anderen Eltern hat das am Arsch nicht interessiert. Und die Kinder waren so enttäuscht, weil die so:: tolle Sachen auf der Bühne gemacht haben und das Bühnenbild selber gebastelt und das Theaterstück selber gemacht haben.
●	Eins-zu-Eins-Betreuung bei vulnerablen, schwer erreichbaren Gruppen	Regionalausschuss	1	Es gibt so Eins-zu-Eins-Patenschaften. Wir hatten mal ein Projekt zu dem Thema, wie kriegen Jugendliche, die schwer vermittelbar sind, eine Ausbildungsstelle und wie halten die das durch? Und […] es gab ein Projekt, [...] da haben die wirklich so ein Mentoren-Programm aufgezogen. […] Die sind mit denen auf Lehrstellensuche gegangen, die haben mit denen die Bewerbung gemacht, die haben die zu allem Möglichen begleitet. Die haben die regelmäßig gesehen. * Und wenn sie in Krisen waren, haben sie sie wiederaufgebaut. Also das war anders. Also das, was die Eltern nicht geleistet haben, haben die Mentoren gemacht und das erste Mal waren die jemandem wichtig. Den Eltern waren die nie wichtig. Und durch die Wichtigkeit der Erwachsenen haben die alle ihren Weg gemacht. Da hat keiner abgebrochen. Also in dem Moment, wo jemand hinter dir steht, klappt das. Also es ist ein sehr zeitaufwendiges, personalaufwendiges Vorgehen, aber es funktioniert. Wenn man das durchsetzen könnte, das würde gehen.
●	Intensive Betreuung für Kinder aus chronischen Hartz-IV-Haushalten	Regionalausschuss	1	Joa, dann kriegen wir halt auch Hartz Vier. Da geht es ja gar nicht darum, kommen wir damit aus, sondern damit hat man sich arrangiert und dann macht man mal etwas Schwarzarbeit, dann kommst du auch über die Runden. Wem das gefällt. * Nein, aber man braucht wirklich eine ganz andere Betreuung für Kinder, die nicht in einem Elternhaus aufwachsen-. Das wäre gut, wenn es sowas gäbe. Wenn ich das bei den Kindern sehe, die hier alle wohnen und was die Kinder für die Eltern hier alle eine Bedeutung haben.

Übersicht 1 - Verteilung der Subcodes in den Interviews



Codesystem	Interview 1_Solawi	Interview 2_Tafel Wilhelmsburg	Interview 3_Minitopia	Interview 4_Foodsharing	Interview 5_Regionalausschuss	Interview 6 Too Good To Go	SUMME
Hürden einer kooperativ							0
Status gerechte Lebensn							33
Lebensmittelqualität der							9
Status Lebensmittelversc							37
Problembewusstsein							0
Gesetzlich bedingte Eins							6
Hindernisse Lösungsstra							7
Hindernisse einer Vernet							7
Evaluation							0
Best-Practice-Kriterien							17
Qualitätsmanagement							8
Bedürftige							0
Interventionen für bedü							16
Essverhalten von Bedürf							11
Kooperation							0
Effekte von Kooperation							5
Unterstützung von Koop							25
Aktuelle Kooperationsst							31
Kooperative Zukunftsko							5
Öffentlichkeitsarbeit							8
Σ SUMME	28	13	44	78	47	15	225

Übersicht 2 - Verteilung der Subcodes in den Interviews

Code A: Kooperation	**Dokumente**	**Prozent**	**Prozent (Gültig)**
Unterstützung von Kooperationen	6	100,00	100,00
Aktuelle Kooperationsstruktur	6	100,00	100,00
Effekte von Kooperationen	4	66,67	66,67
Öffentlichkeitsarbeit	4	66,67	66,67
Kooperative Zukunftskonzepte	3	50,00	50,00
DOKUMENTE mit Code(s)	6	100,00	100,00
DOKUMENTE ohne Code(s)	0	0,00	-
ANALYSIERTE DOKUMENTE	6	100,00	-
Code B: Hürden einer kooperativen Zusammenarbeit	**Dokumente**	**Prozent**	**Prozent (Gültig)**
Status Lebensmittelverschwendung	6	100,00	100,00
Status gerechte Lebensmittelverteilung	6	100,00	100,00
Lebensmittelqualität der Organisationen	3	50,00	50,00
DOKUMENTE mit Code(s)	6	100,00	100,00
DOKUMENTE ohne Code(s)	0	0,00	-
ANALYSIERTE DOKUMENTE	6	100,00	-
Code C: Problembewusstsein	**Dokumente**	**Prozent**	**Prozent (Gültig)**
Gesetzlich bedingte Einschränkungen	5	83,33	83,33
Hindernisse einer Vernetzung	5	83,33	83,33
Hindernisse Lösungsstrategien	3	50,00	50,00
DOKUMENTE mit Code(s)	6	100,00	100,00
DOKUMENTE ohne Code(s)	0	0,00	-
ANALYSIERTE DOKUMENTE	6	100,00	-

Code D: Evaluation	Dokumente	Prozent	Prozent (Gültig)
Qualitätsmanagement	4	66,67	100,00
Best-Practice-Kriterien	3	50,00	75,00
DOKUMENTE mit Code(s)	4	66,67	100,00
DOKUMENTE ohne Code(s)	2	33,33	-
ANALYSIERTE DOKUMENTE	6	100,00	-
Code E: Bedürftige	**Dokumente**	**Prozent**	**Prozent (Gültig)**
Essverhalten von Bedürftigen	3	50,00	100,00
Interventionen für bedürftige Zielgruppen	2	33,33	66,67
DOKUMENTE mit Code(s)	3	50,00	100,00
DOKUMENTE ohne Code(s)	3	50,00	-
ANALYSIERTE DOKUMENTE	6	100,00	-

II Quellen (weitere Interviews)

F. Notizen zum ExpertInnen-Gespräch mit dem Vorstand der Tafel Hamburg

ExpertInnen-Interview (Leitfaden C.1)

Datum: 26.06.2019

I: Interviewende Person

T: Vorstand der Tafel

I: Was bedeutet Ihre Arbeit für Sie?

T: Für die Angestellten ist es ein Job, für die hier arbeitenden Rentner bedeutet es soziales Engagement und erlaubt soziales Feedback; teilweise sind die Aktiven bei der Tafel selbst bedürftig; aktuell arbeiten zwischen 100-120 Ehrenamtliche, 4 Angestellte und 5 Vorstandsmitglieder bei der Tafel Hamburg, die im November 25-jähriges Bestehen feiert

I: Wer ist Ihre Zielgruppe bzw. Ihre AbnehmerInnen?

T: Die Zielgruppe sind alle sozial Bedürftigen (z. B. Rentner mit Rente unter 900 Euro, MigrantInnen, Arbeitssuchende, Alleinerziehende); es gibt 27 Ausgabestellen der Hamburger Tafel sowie Tagesstätten für Obdachlose; Nachweis der Bedürftigkeit führt zu KundInnen-Status, Erhalt eines Ausweises, mit dessen Hilfe die KundInnen-Liste mit Namen an einem Ausgabetag geführt wird

I: Welchen Nutzen haben Ihre AbnehmerInnen von Ihrem Angebot?

T: Die Tafel ist ein soziales Kontaktfeld, ermöglicht eine soziale Beratung inklusive Behördengängen

I: Was denken Sie, ist die Meinung Ihrer AbnehmerInnen zu Ihrem Angebot?

T: Rund 90 % sind zufrieden.

I: Planen Sie, Ihr Angebot in Zukunft zu verändern?

T: Nein, da dauerhaft eine ausreichende Menge (Quantität) und Qualität zur Verfügung steht.

I: Woher stammen die Lebensmittel, die Sie anbieten?

T: Der Hauptteil setzt sich aus Dauerware von der Lebensmittel-Industrie, aus dem Handel und Lagerbeständen zusammen; der Rest wird durch tägliches Einsammeln erworben

I: Wie erfahren Ihre AbnehmerInnen von Ihrem Angebot?

T: Durch Mund-zu-Mund-Propaganda und die Behörde

I: Gibt es AkteurInnen (Stadt/Wirtschaft/Zivilgesellschaft/andere Organisationen), die Ihre Arbeit unterstützen?

T: Aus der Politik keiner; die Wirtschaft liefert die Ware als Spende; weiterhin Zusammenarbeit über Telefon oder E-Mail mit Foodsharing, von denen über 1000 gelistet sind; meistens holen diese weitere nicht von der Tafel benötigte Lebensmittel, meist kleine Mengen, zwischen 7 und 8 bei Supermärkten ab

I: Welche Organisationen fallen Ihnen noch ein, die sich gegen Lebensmittelverschwendung und für eine gerechtere Lebensmittelverteilung einsetzen?

T: Foodsharing und -saving; es gibt Absprachen zwischen der Tafel und Foodsharing, auch zwischen den verschiedenen Ausgabestellen und der Tafel

I: Wie stehen Sie zu einer lokal ausgerichteten Kooperation aller gemeinnützigen Organisationen im Bereich Lebensmittelverteilung?

T: Eine Kooperation ist eine gute Idee, aber nicht auf kommunaler Ebene

I: Fallen Ihnen Probleme ein, die Sie/Ihre Organisation bei der täglichen Arbeit einschränken?

T: Eventuell gibt es Personalprobleme; weiterhin Problematik der rechtlichen Auflagen: das Lebensmittelrecht ist sehr „pingelig“, nur Ware aus der Küche ohne Kontakt mit Personal darf verteilt werden; Ware aus dem Zollausland (z.B. anliegende Kreuzfahrtschiffe oder Airlines) erfordert Import inklusive Tarifnummern, hier besteht zudem Unsicherheit bei der durchgehenden Einhaltung der Kühlkette an Bord; drittes Problem ist je nach Abgabestelle Aufnahmestopp von Bedürftigen, die registriert werden können, diese kommen auf eine Warteliste, teilweise gibt es schon Sperrlisten; dabei ist wichtig zu erwähnen, dass die Tafel nicht nach Herkunft, Religion oder Ethik unterscheidet - es sind alle gleich.

Eidesstattliche Erklärung

„Ich versichere, dass ich die vorliegende Arbeit ohne fremde Hilfe selbständig verfasst und nur die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Wörtlich oder dem Sinn nach aus anderen Werken entnommene Stellen sind unter Angabe der Quelle kenntlich gemacht."

Ort, Datum	Unterschrift